

Till Westermayer

Blogtexte

Band III. Politische Texte 2012/2013

Gundelfingen, Juni 2026

Blogtexte. Band III. Politische Texte 2012/2013

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.dnb.de abrufbar.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß §44b UrhG („Text und Data Mining“) zu gewinnen, ist untersagt.

© 2026 Till Westermayer

Verlag: *Bod · Books on Demand GmbH, Überseering 33, 22297 Hamburg,
bod@bod.de*

Druck: *Libri Plureos GmbH, Friedensallee 273, 22763 Hamburg*

*Till Westermayer
Kandelstr. 62
79194 Gundelfingen*

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	i
Einleitung	iv
<i>Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen.....</i>	<i>7</i>
Sollbruchstellen im grünen Mehrgenerationenprojekt	7
Haushaltsverhandlungen als Gradmesser politischer Nachhaltigkeit.....	11
Spitze und Breite.....	15
Wer hat denn nun gewonnen?.....	19
Bürgerliche Werte – oder wie wir uns unsere WählerInnen vorstellen	22
Zur Aufstellung der Bundestagswahlliste in Baden-Württemberg.....	34
Kleine Nachbetrachtung zur LDK Böblingen und zur Zivilklausel-Debatte.	39
Der Ernst des Politischen.....	44
Regieren nach Zahlen: Was auf der BDK 2013 ansteht.....	46
Was auf der BDK mit dem Wahlprogrammmentwurf passierte	52
Blended Participation: Grüner Mitgliederentscheid gestartet	55
Einige Kennzahlen zum grünen Mitgliederentscheid	62
Nach dem Mitgliederentscheid	65
Wahrheit oder Pflicht: Nachbetrachtung zum grünen Mitgliederentscheid	70
Aufwärmübung.....	75
Nach der Wahl. Fünf Gedanken zum grünen Weg.....	83
Zwei Flügel auf der immerwährenden Suche nach der Mitte	86
Der Grundwiderspruch.....	94
Keine progressive Mehrheit im Novembernebel.....	98
Freiheit, grün gedeutet	101

<i>Politische Fragen</i>	107
Gauck auf der Goldwaage	107
Machtblindheit, oder: ist <i>Law Code</i> ?.....	120
Der langsame Pendelschlag des Zeitgeists	128
Vier Vorschläge zur Identitätskrise der SPD	141
Zum Abend des Tags der Arbeit	144
Unsortiertes zu den Grenzen des (politisch) Gestaltbaren	148
Rein in die Kuschelecke? Raus aus der Kuschelecke!.....	156
Das Erwartungsproblem: Wählen als Akt der Informationsvernichtung....	165
Heute schon eine Effizienzreserve gehoben?.....	170
 <i>Netzpolitik und der Aufstieg und Fall der Piratenpartei</i>	 175
Die Kinder der digitalen Revolution.....	175
FDP und PIRATEN jetzt fusionieren – 10 Gründe.....	179
Die Höflichkeit der Parteien	180
Utopie, Realpolitik und lokale Maxima	186
Ein paar Notizen zum Delegiertenprinzip.....	192
Über Doppelmitgliedschaften – oder: Wozu gibt's Parteien?.....	195
Der Fluss ohne Form. Eine Kritik der <i>Liquid Culture Declaration</i>	201
Work in progress: Für eine linke, grüne Netzpolitik (Version 0.1).....	214
PIRATEN als Bewegung: die 1970er im Remake?	223
20.000 Tweets unter dem Meer	228
Ein klares Nein zur Deutschen Netzinfrastrukturanstalt.....	232
Eine virtuelle Versammlung?	244
Netzpolitik war nie ein <i>Three-Letter-Acronym</i>	248
Datenbefreiung, oder: staatsmonopolistischer Netzkapitalismus	260
PIRATEN: Ablauf des SMV-Scheiterns	268

Die drei Ebenen des Falls Johannes Ponader	277
Vertraute Technik und die Verschlüsselung	286
Die ausbleibende Aufregung	292
<i>Hochschul- und Forschungspolitik</i>	297
Das Ende vom U.....	297
Drei Komponenten grüner Hochschul- und Forschungspolitik.....	303
Ohne Titel?	312
Kurz: Schavan heißt jetzt Wanka.....	316
<i>Anhang</i>	317
Personenindex	317

Einleitung

Ursprünglich dachte ich mal, ich könnte in diesem dritten Band meiner Blogtexte einfach alles sammeln, was ich ab 2012 zu Bündnis 90/Die Grünen geschrieben habe. Um dann erstens festzustellen, dass, wenn nicht immer ganz ordentlich die gleiche Kategorie verwendet wurde, die Suche nach Texten in Wordpress ziemlich aufwändig sein kann. Da hilft auch der Trick, in der URL der Suchfunktion aus der Monats- eine Jahresübersicht zu machen, nur wenig. Zweitens sind das ganz schön viele Texte – das betrifft insbesondere die Jahre 2012 und 2013, in denen ich sehr viel geschrieben habe. Und drittens zeigte sich beim Querlesen, dass es doch interessanter sein könnte, nicht den thematischen Schnitt durch das Blog vorzunehmen, sondern bei überschaubaren zeitlichen Fenstern zu bleiben und dafür inhaltlich ein bisschen nach links und rechts zu schauen.

Es ließe sich jetzt darüber spekulieren, ob die Zahl der Texte am Alter (damals Ende 30), an den Lebensumständen (neuer Job in der grünen Fraktion), an der netzpolitischen Ereignisdichte (Stichwort Aufstieg und Fall der PIRATEN) oder an der intensiv miteinander agierenden Twitter-Blase lag. Angespornt hatte mich sicherlich auch die Tatsache, dass ich einige Texte in dem damals florierenden Netzmagazin *CARTA* veröffentlichen konnte.¹

Auch wenn es die Website *carta.info* noch gibt, laufen die Links dort hin, wenn ich es richtig sehe, inzwischen größtenteils ins Leere. Leider nicht nur dort. Viele meiner Texte kommentieren Postings von anderen oder verweisen auf Netzpublikationen; einige der relevanteren Bezüge habe ich als Fußnoten sichtbar gemacht. Recht viele davon existieren allerdings nicht mehr. Das Netz vergisst dann doch schneller, als man sich das damals so vorgestellt hatte.

Jedenfalls: das intensiv diskutiert und kommentiert wurde, mag dazu beigetragen haben, dass ich mich in den Jahren 2012 und 2013 intensiv mit netzpolitischen Debatten und anderen Fragen (etwa dem Zustand

¹ *CARTA* erschien von 2008 bis 2022 und „pausiert“ laut *carta.info* seitdem.

der SPD) auseinandergesetzt habe. Die Hochphase des Bloggens, die gute alte Zeit von Twitter – und der ironisch gemeinte Begriff der „Netzgemeinde“ hatte eine gewisse Begründung in der Realität.

Die folgenden Texte sind grob sortiert: den Anfang macht eine Auswahl, die sich mehr oder weniger konkret mit *Bündnis 90/Die Grünen*, der Veggieday-Bundestagswahl 2013 und verschiedenen innerparteilichen Innovationen („blended“ Mitgliederentscheid, Urwahl) und Konflikten (z.B. um den Kurs der Partei oder die Frage, wie wir es eigentlich mit Freiheit und Bürgerlichkeit halten) befassen.

Im zweiten Abschnitt geht es – in einer etwas bunten Mischung – allgemeiner um *politische Fragen*. Hier versammelt sind eine Textexegese zu einer Gauck-Rede zum Thema Islam, allgemeinere Überlegungen zu Wahlen (als Informationsvernichtung), zum Zusammenhang zwischen „law“ und „code“ unter Berücksichtigung von Macht und dazu, wie viel Gestaltungsmacht eigentlich mit Politik verbunden ist, und wie es gelingen kann, relevante klimapolitische Entscheidungen zu treffen, die eine Legislaturperiode überdauern sollen. Und um die SPD geht's auch.

Besonders umfangreich dann der dritte Abschnitt, *„Netzpolitik und der Aufstieg und Fall der Piratenpartei“*. 2012/13 schien es eine Zeitlang so zu sein, als würden die 2006 gegründeten PIRATEN sich dauerhaft als Partei etablieren und dabei auch demokratietheoretische Neuerungen mitbringen. Aus grüner Perspektive habe ich diese Debatten mit einigen Analysestücken begleitet. Insbesondere geht es um die „SMV“, die ständige Mitgliederversammlung, die als eine Art andauernder virtueller Parteitag im Sinne der *Liquid Democracy* gedacht war, dann aber doch keine Mehrheit gefunden hat. Mit angefacht hat den Aufwind (und dann den steilen Fall) der PIRATEN jedoch nicht nur durch neue Formen innerparteilicher Meinungsbildung, sondern auch durch die allgemeine netzpolitische „Bewegtheit“ der damaligen Jahre – Akronyme wie ACTA, FSA („Freiheit statt Angst“), LSR (Leistungsschutzrecht) und NSA motivierten teils Altgediente, teils neue Aktivist*innen („Youtube-Kids“), auf die Straße zu gehen. Gleichzeitig stellte dies Parteien vor die Frage, wie sie sich dazu positionieren sollen – und ob „Netzpolitik“ eine

Zukunft als relevantes politisches Feld haben würde, oder in der Vielzahl unterschiedlicher Digitalisierungspolitiken untergehen würde.

Ebenfalls in diesem Abschnitt finden sich die Rohfassung eines grünen netzpolitischen Manifests, eine Auseinandersetzung mit der *Liquid Culture Declaration* sowie Überlegungen dazu, wie weit Netzpolitik auf staatliche Infrastruktur oder doch eher auf die harte Regulierung privatwirtschaftlicher Infrastruktur setzen soll.

Beruflich war ich 2012/13 in der grünen Landtagsfraktion nicht nur für Netzpolitik, sondern auch für Wissenschaft, Forschung (und z.T. Kunst und Medien) zuständig, gleichzeitig in der grünen BAG Wissenschaft aktiv. Die Abschaffung der Studiengebühren, die Einführung der Verfassten Studierendenschaft, Reformen der Verfasstheit der Hochschulen – es wäre anzunehmen, dass all die u.a. von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer vorangetriebenen Themen intensiv Eingang in mein Blog gefunden hätten. Vielleicht auch aus einer gewissen Scheu heraus, berufliches und Meinungsäußerung im Blog zu sehr zu vermischen, ist dem aber nicht so. Entsprechend finden sich im letzten Abschnitt zur *Hochschul- und Forschungspolitik* nur wenige Texte: ein Blick auf das von der neuen verfassten Studierendenschaft abgelöste Freiburger „u-Modell“ einer unabhängigen studentischen Vertretung; einige Beobachtungen dazu, woran sich das besondere an grüner Hochschul- und Forschungspolitik festmachen könnte; und ein Kommentar zum Plagiatsfall Schavan.

Aus heutiger Sicht mit am relevantesten finde ich aus dieser Sammlung meinen Text zu den Pendelbewegungen des Zeitgeists. Die dort beschriebene Dynamik der Wiederentdeckung radikaler sozialer Innovationen, die dann teilweise in reformierter Form Teil unserer sozialen Wirklichkeit werden, teilweise darauf warten, von neuen Generationen politischer Aktivist*innen neu entdeckt zu werden, wenn die Sterne günstig stehen, scheint mir auch heute noch Gültigkeit zu haben.

Gundelfingen, im Juni 2026

Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen

Sollbruchstellen im grünen Mehrgenerationenprojekt

19. Februar 2012 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Frank Schirrmachers Abgesang auf die „konservativ“-neoliberale Fraktion der Babyboomer-Generation ist ein schöner Anlass, um über politische Generationen im grünen, links-alternativen Spektrum nachzudenken. Denn auch wir haben unsere Babyboomer.

Deutlich sichtbar wird das z.B. an der Altersgliederung der derzeitigen Abgeordneten im Deutschen Bundestag:

Bundestag	CDU/CSU	SPD	FDP	LINKE	GRÜNE	gesamt
1932–1935	1	-	-	-	-	1
1936–1940	1	3	2	1	1	8
1941–1945	14	4	7	2	1	28
1946–1950	37	34	13	7	4	95
1951–1955	42	31	12	12	17	114
1956–1960	39	20	11	18	9	97
1961–1965	45	23	14	15	8	105
1966–1970	24	19	7	5	11	66
1971–1975	23	9	16	10	5	63
1976–1980	10	3	8	4	6	31
1981–1985	1	-	2	2	6	11
1986	-	-	1	-	-	1
gesamt	237	146	93	76	68	620

Wie passen diese Zahlen jetzt zu politischen Generationsbegriffen? Die *68er-Generation* kann schematisch den Geburtsjahrgängen 1940–1950 zugeordnet werden; in der Tabelle oben gibt es in der grünen Spalte noch einen Ausreißer nach oben, das ist Hans-Christian Ströbele (*1939), der ganz definitiv zu dieser politischen Generation gehört. Das wären dann sechs Abgeordnete.

Demographisch sind die *Babyboomer* in Deutschland die geburtensstarke Kohorte 1955 bis 1965, Schirmmacher rundet großzügig auf und nimmt noch die bis 1970 Geborenen mit hinein. Nehmen wir die enge Definition (1956–1965), sind es unter den grünen Abgeordneten 17 Personen, in der weiteren sogar 28 Personen.

Zwischen 68er-Bewegung und Babyboomern steht – hier also von 1951 bis 1955 – die klassische grüne Generation derjenigen, die in den *neuen sozialen Bewegungen* (NSB) aktiv waren. Dieser Gruppe gehören in der grünen Fraktion im deutschen Bundestag wiederum 17 Personen an, wenn wir jetzt mal nur die Geburtsjahrgänge betrachten.

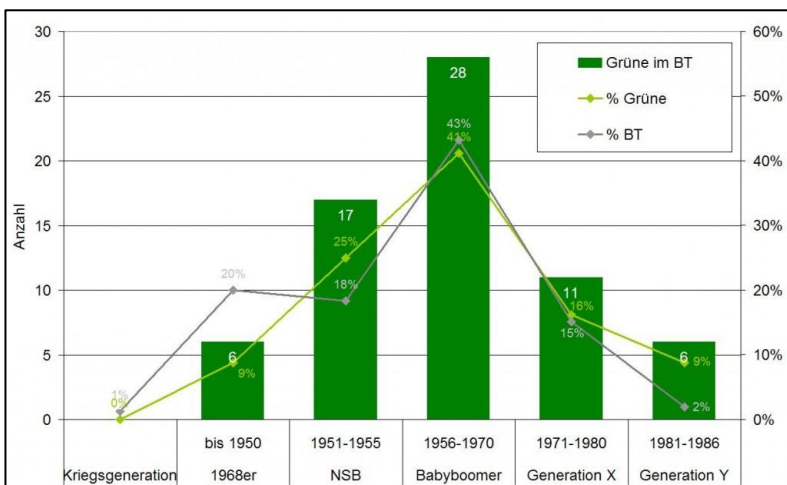


Abbildung 1. Nochmal grafisch zusammengefasst: die Verteilung der Generationen (die nicht immer gleiche Zeiträume umfassen!) in der grünen Bundestagsfraktion im Vergleich zum Bundestag insgesamt

Und nach den Babyboomern? Von 1966 bis 1975 sind es 16 Angehörige der Florian-Illies-„Generation Golf“, und dann folgen noch einmal zwölf zwischen 1976 und 1985 Geborene. Wiederum sind die Generationsgrenzen schwammig – die „*Generation X*“ würde – gefühlt trifft das für meine eigene Generation eher zu – bis 1980 reichen, die „*Generation Y*“ bezeichnet die nach 1980 Geborenen. Mit den weit gefassten Schirmmacher-Babyboomer fängt das Danach erst 1971 an – auch das trifft eher mein Gefühl politischer Scheidelinien. Dann wären in der so definierten Generation X (geboren 1971 bis 1980) elf Abgeordnete.

Im Vergleich zur Altersverteilung im Bundestag insgesamt ist die grüne Gründungsgeneration, die hinter dem Label NSB steckt, überrepräsentiert, ebenso ist die jüngste Altersgruppe besser vertreten. Politisch dominant erscheint in der Tat auch hier – wie im Bundestag insgesamt, mit dort etwa 43 Prozent aller Abgeordneter – die langgestreckte Generation der Babyboomer mit einem Alter zwischen Anfang 40 und Mitte 50. Das dürfte einigermassen bevölkerungsrepräsentativ sein.

Wenn wir mal die Fraktionsspitze anschauen, dann ergibt sich folgendes Bild: Sechs Personen (50%) gehören der hier „NSB“ genannten Generationenkohorte an (Renate Künast, Undine Kurth, Bärbel Höhn, Fritjof Schmidt, Jürgen Trittin und Fritz Kuhn), vier zu den Babyboomern (ein Drittel, nämlich Volker Beck, Britta Haßelmann, Katja Keul und Katrin Göring-Eckardt), und zwei zur Generation X (Josef Winkler, Ekin Deligöz). Sollte Kerstin Andreae (* 1968) Fritz Kuhn ablösen, ändert sich das Verhältnis zugunsten der Babyboomer. Politisch sichtbar ist dabei vor allem die – im Verhältnis zur Gesamtfraktion überrepräsentierte – klassische grüne NSB-Generation, die zwischen 1951 und 1955 geboren ist. Bestätigt sich damit, zumindest in der Außenwirkung, also doch das alte Wort von der grünen Eingenerationenpartei?

Ohne es jetzt zahlenmäßig belegen zu können, habe ich doch den Eindruck, dass die politische Nachfolge dieser Gründungsgeneration nicht von den Babyboomern angetreten wird, sondern dass es eher die Mittdreißiger sind, die jetzt nach vorne streben. Das würde die These Schirmmachers, dass die Babyboomer bis auf die Hinwendung zum Neo-

liberalismus kein bleibendes politisches Vermächtnis hinterlassen, bestätigen. Andererseits glaube ich nicht, dass diese Generation sich damit zufrieden gibt, von den Hinterbänken in den Vorruhestand überzutreten. Es erscheint mir durchaus denkbar, dass der in der nächsten Dekade zu erwartende Schritt der Gründungsgeneration in den Ruhestand neue politische Konfliktlinien in der Partei auflodern lässt, die sich zu einem gewissen Grad auch an der politischen Sozialisation und damit an den Generationskohorten festmachen lassen werden.

Interessant – und auch da fällt mein Blick eher auf die „NSB-Generation“ als auf die Babyboomer – ist im weiteren Blickwinkel schließlich noch ein bisher nicht betrachtetes Thema: Die in den 1970er Jahren politisch aktiv Gewordenen konnten den damaligen Zeitgeist nutzen, um sich erfolgreich zu institutionalisieren – nicht nur im Parteiprojekt DIE GRÜNEN, sondern auch in soziokulturellen Zentren, Kinderläden, Freien Radios, Hausprojekten, Alternativ-Instituten und was die damaligen Bewegungen noch an „Gegenkultur“ ausgespuckt haben (die *taz* wäre auch so ein Projekt, und einige Lehrstühle und Institute sicherlich auch ...). Der Erfolg ist dabei im Einzelfall sicher unterschiedlich; dennoch ist es vielen dieser Projekte – und dieser Personen – gelungen, gegen den herrschenden Kulturbegriff neue Institutionen aufzubauen und sie nach und nach auch in öffentlichen Fördertöpfen zu verankern.

Diese Institutionen der Alternativkultur haben über eine lange Zeit den Gegenentwurf zum Mainstream geprägt. Heute macht sich selbst die CDU für die bessere Förderung soziokultureller Zentren stark. Gleichzeitig nehmen – das Vermächtnis der Babyboomer, wenn es denn eines gibt – die Auseinandersetzungen um „nachhaltige Finanzpolitik“ und Sparnotwendigkeiten öffentlicher Haushalte zu. Was bleibt, sind Projektmittel – und die bestehenden Institutionen eines Generationenprojekts. Auch hier frage ich mich, wie es damit weitergeht, und ob und wie meine Generation sich hier wiederfindet.

Warum blogge ich das? Um das grüne Mehrgenerationenprojekt voranzubringen. Ach ja, und die Kinder der digitalen Revolution gibt es natürlich auch noch

...

Haushaltsverhandlungen als Gradmesser politischer Nachhaltigkeit

5. August 2012 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft



Zuwachsfähiger Verdichtungsraum oder so

Der stellvertretende Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Landeschef unseres Lieblingskoalitionspartners SPD und Finanz- und Wirtschaftsminister, Dr. Nils Schmid, hat ja bekanntermaßen kurz vor seinem fünfwöchigen Urlaub noch ein Interview gegeben, in dem wohl unter anderem der Satz gefallen sein muss, dass dann halt im Schwarzwald mal ein Tal zuwachse. Selten war danach so große Einigkeit zwischen Grünen und Bauernverbänden, Naturschutzlobby und CDU.

Mein erster Gedanke, als ich im Urlaub davon las, war so etwas wie „typisch Sozialdemokratie“: ländlicher Raum, Agrarpolitik, Naturschutz, Umwelt – alles nicht so wichtig wie Bildung (da besteht ja noch eine gewisse Einigkeit) und Beton (in dem Artikel oben: Schwerpunkt in der „verkehrlichen Infrastruktur“). Und das in einem Land, das gerne als „Ländle“ tituliert wird, in dem zwar faktisch nur ein Drittel der Bevölkerung im hierzulande starken ländlichen Raum wohnt, in dem sich aber etwa zwei Drittel mit dem ländlichen Raum identifizieren. Je nach Standpunkt ein klares Eigentor oder ein klarer Beitrag zur Profil-

bildung – der SPD scheinen große Teile des Landes nicht so wichtig zu sein, ganz egal, ob da WählerInnen wohnten oder nicht. Aber eigentlich sind das wohl gar keine Äußerungen zum ländlichen Raum, zur Wirtschaftspolitik (die im ländlichen Raum mit Tourismus, Naturschutz, Landwirtschaft und entsprechenden EU-Mitteln vor allem auch Politik des grünen Ministeriums für den ländlichen Raum ist) oder zur Lebensqualität in Baden-Württemberg. Eigentlich sind es, und das ist die Nachricht hinter der Nachricht, Ansagen des Finanzministers zu den Haushaltsverhandlungen 2013/14.

Bekannt ist, dass Baden-Württemberg – bei einem Haushaltsvolumen von etwa 38 Mrd. Euro – ein strukturelles Defizit im Landeshaushalt von 2,5 Mrd. Euro hat. Das ist zum Teil neu, etwa durch den politisch sehr bewusst gesetztes Verzicht auf Studiengebühren (0,16 Mrd. Euro), zum großen Teil aber Erbschaft einer CDU-Politik, die jahrelang auf Sicht gefahren ist und keine Rücklagen etwa für Pensionen oder für die „Durchfinanzierung“ vielfältiger Wahlkreisförderprogramme aufgebaut hat.

Laut Sitzungsplan des Landtags soll noch in diesem Jahr der Doppelhaushalt 2013/14 verabschiedet werden. In diesem sollen in 2013 0,6 und 2014 0,8 Mrd. Euro eingespart werden. Soweit die Ansage – hinter diesen Zahlen stehen meines Wissens nach bisher aber keine handfesten Einsparkonzepte. Letztlich soll alles, was nicht niet- und nagelfest und unbedingt notwendig ist, auf den Prüfstand gestellt werden. Manche haben den Eindruck, dass dies vorwiegend in den „grünen“ Häusern (Umwelt, Ländlicher Raum, Verkehr und Wissenschaft) geschieht. Auf der anderen Seite sind das – bis auf das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, in dem einerseits sehr viel vertraglich gebunden ist (Solidarpakt mit den Hochschulen) und andererseits niemand bestreitet, dass für die kommenden Jahre mit steigenden Studierendenzahlen und damit eigentlich einem Mehrbedarf zu rechnen ist – alles vom Haushaltsvolumen her eher kleine Ministerien, wie der Blick auf die Visualisierung des Haushalts bei *openspending.org* zeigt (Daten von 2010, die Größenordnungen stimmen aber). Richtig ins Geld – deswegen gab es Anfang Juli auch eine heftige Debatte um freiwerdende Leh-

erstellen – schlagen die Personalkosten in den flächendeckenden Bereichen: Schulen und Polizei – beides SPD-Ministerien. Aber auch die Investitionen des Landes (Bau und Vermögen im Ministerium für Wirtschaft und Finanzen, allg. Finanzverwaltung) sowie die Kommunalmittel des Landes stellen relevante Größenordnungen dar.

Wenn Schmid jetzt darauf hinweist, dass ihm die Landwirtschaft und der Naturschutz nicht so wichtig sind, dann ist das meiner Meinung nach vor allem eine Aussage dazu, wo seiner Meinung nach die noch fehlenden Kürzungen im Landeshaushalt herkommen sollen. Diese Meinung erscheint mir allerdings – alle politischen Prioritäten mal bei Seite gelassen – allein schon rechnerisch schwierig. Wer das strukturelle Defizit im Landeshaushalt grundgesetzkonform abbauen will, kann dies nicht tun, wenn die größten Ministerien und Einzelpläne außen vor gelassen werden. Hier scheint es mir so, als sollten Pflöcke für die nach der Sommerpause wieder anlaufenden Haushaltsverhandlungen eingeschlagen werden. Ob der Finanzminister damit Erfolg hat, werden wir im Herbst sehen – die „Profilbildung“ des SPD-Landeschefs als Bauernfeind und Landverächter ist jedenfalls jetzt schon da. Ob das sein Ziel war?

Aber neben dem politischen Klein-Klein steht für mich die Frage, ob es überhaupt möglich ist, diese strukturellen Einsparungen hinzubekommen, die ja Jahr für Jahr bis 2020 noch ansteigen werden, ohne die Leistungstärke der Landesverwaltung und des Landes deutlich zu reduzieren. (Vor allem dann, wenn beispielsweise Personalkosten von vorneherein zum „roten“ Bereich erklärt werden).

Etwas weiter gefasst: Wie gut muss ein Land wirtschaften können? Und ist die – platt gesagt – kaufmännische Buchhaltung einem Länderhaushalt angemessen? Oder muss noch einmal über die Umsetzbarkeit der in der Verfassung verankerte Schuldenbremse nachgedacht werden? Passen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu diesem Ziel? (Im Bildungsbereich gibt es da ja ebenso wie bei Hochschulen und Forschung durchaus Bedenken). Und was soll ein Land tun, wenn nicht beeinflussbare Rahmenbedingungen – etwa die Steuergesetzgebung

auf Bundesebene – dazu führen, dass letztlich politische Schwerpunktsetzungen in der Landespolitik nur noch im Negativen möglich sind?

Im grünen Diskurs um Nachhaltigkeit wird oft und gerne die „finanzielle Nachhaltigkeit“ angeführt. Gemeint ist damit, dass Staatsschulden die Handlungsspielräume zukünftiger Generationen extrem einschränken. An diesem Punkt einer finanziell nicht nachhaltigen Politik sind wir heute definitiv angelangt.

Die große Frage ist aber – und da kommt ein lebensfähiger und lebenswerter ländlicher Raum als gesellschaftliche Lebensgrundlage wieder mit ins Spiel – was passiert, wenn soziale, wirtschaftliche und vor allem ökologische Nachhaltigkeit daran scheitern sollen, dass Schuldenabbau die Priorität 1 bekommt. Das kann es dann ja – ganz unabhängig von Koalitionsquerelen zwischen „roten“ und „grünen“ Häusern – auch nicht sein, oder?

Warum blogge ich das? Als ganz vorsichtigen Einblick in das politische Uhrwerk der grün-roten Koalition unter Haushaltsvorbehalt.

Spitze und Breite

14. August 2012 – Länderrat, So grün, so grün



Jetzt heißt es, für den Wahlerfolg in Baden-Württemberg sei es ganz wichtig gewesen, dass wir mit Winfried Kretschmann genau einen Spitzenkandidaten gehabt hatten (und ein Team aus drei weiteren Menschen, aber das ist schnell vergessen – der jetzigen Vorsitzenden des Sozialausschusses im Landtag, Bärbl Mielich, der Staatssekretärin im Verkehrsministerium, Gisela Splett, und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Andreas Schwarz). Vor der Wahl gab es in der Landespartei heftige Auseinandersetzungen darum, ob es nicht besser wäre, ein Zweierteam vorne hinzustellen. Das hätte der heutige Ministerpräsident nicht mitgemacht. Und vielleicht war es ja wirklich seine Persönlichkeit, die das entscheidende Quäntchen für den Wahlerfolg ausgemacht hat. Wer weiß.

Gut ein Jahr vor der Bundestagswahl diskutiert das in Berlin wohl schon wieder endende Sommerloch nun die K-Frage. In der SPD geht es um Steinmeier, Steinbrück oder Sigmar „Rolling Stones“ Gabriel. Oder

vielleicht doch um Hannelore Kraft. Am Schluss wird bei den Sozialdemokraten einer (oder ganz vielleicht eine) übrig bleiben, je nachdem als KanzlerkandidatIn oder als Vizekanzlerkandidat. So machen die das.

Bei uns werden es mindestens zwei werden. Da bin ich mir sicher. Nicht nur, weil die Bundespartei die Quote manchmal doch ein bisschen ernster. Sondern vor allem auch deshalb, weil mit derzeit 14 Prozent die Wahrscheinlichkeit, dass wir 2013 eine grüne Kandidatin oder einen Kandidaten für das Amt der Bundeskanzlerin haben werden, doch sehr gering ist. Ok, nie nie sagen – vielleicht passiert irgendetwas. Vielleicht implodiert die CDU, wenn irgendwelche von Mappus hinterlassenen Zeitbomben explodieren. Vielleicht verschiebt sich bis zur Wahl die Parteienlandschaft. Vielleicht brauchen wir dann eine Person, die für das leider bis heute nicht als Doppelspitze ausgeformte Bundeschefamt zur Verfügung stehen muss. Dann können wir ja nochmal wählen.

Viel wahrscheinlicher ist, dass die zwei Personen, die als SpitzenkandidatInnen der Grünen in den Bundestagswahlkampf ziehen, nachher an exponierten Stellen landen werden. Vizekanzler und Außenminister. Fraktionsvorsitzende der Regierungsfraktion. Solche Dinge, wenn's gut läuft. Und sonst eben Doppelspitze der Bundestagsfraktion in der Opposition. Also: eine angemessene Verwendung gibt es auf jeden Fall für ein Zweierteam – und bei mehreren hundert KandidatInnen bundesweit finde ich es auch nicht übertreiben, zwei ganz besonderes rauszustellen. Wenn's denn sein muss.

Bleibt die Frage des Wer und des Wie. Über das Wie entscheidet am 2. September der Länderrat (also der kleine grüne Parteitag) – „TOP 5 Verfahren Findung Spitzenkandidaten“. Der dritte Länderrat dieses Jahr, der zweite reguläre – das in vergangenen Jahren manchmal doch eher staubige Amt des Länderratsdelegierten wird für mich 2012 deutlich spannender. Angekündigt hat der Bundesvorstand, dass es zu einer Urwahl kommen soll, wenn es bis zum 2.9. mehr KandidatInnen als Plätze gibt. Gemeldet haben sich bisher zwei. Die Bundesvorsitzende Claudia Roth, die ihren Anspruch im März angemeldet hat. Und der Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin, der vor einigen Tagen seine



Bewerbung als Spitzenkandidat an die Partei und die Medien gegeben hat.

Wenn es bei den beiden bleibt, wird der Länderrat die Urabstimmung vermutlich abblasen.¹ Weitere Namen schwirren herum – vor allem zwei: die Fraktionsvorsitzende Renate Künast und Katrin Göring-Eckardt, Bundestagsvizepräsidentin. Beiden wird zugetraut, zum Teil auch lautstark zugerufen, doch gegen Claudia Roth anzutreten. Wegen Flügelproporz, oder um mal was Neues zu wagen, oder um eine bewährte Persönlichkeit aufs Schild heben zu können. Und weil wir keine Männerplätze haben, könnte es theoretisch sogar eine weibliche Doppelspitze geben.²

Wie eine Urwahl in der Partei zwischen Roth und Künast oder Roth und Göring-Eckardt ausgehen würde, ist schwer einzuschätzen. Es würde, wenn eine der beiden antritt, also wirklich spannend. Nicht nur

¹ Es gibt da noch die Bewerbung von Werner Winkler aus Waiblingen – aber einige zehntausend Euro auszugeben, um letztlich doch keine echte Wahl zu haben, erscheint mir zumindest wenig sinnvoll.

² Ein Trio halte ich hingegen für unwahrscheinlich. Allein schon, weil das dann doch sehr an die SPD erinnern würde. Siehe oben.

wir als Länderratsdelegierte, sondern wir alle, als Mitglieder der Partei, hätten eine echte Wahl für diese zunächst einmal symbolische Position, zumindest beim Frauenplatz der Doppelspitze.

Das wäre dann nicht nur eine Wahl zwischen verschiedenen Personen, sondern auch eine zwischen verschiedenen Positionen. Jürgen Trittin steht für die staatsmännisch gewordene Linke in der Partei, seriös, ernsthaft und zuweilen doch wortgewaltig und notwendigerweise radikal. Der Blick aufs Ganze in den Grenzen des Machbaren. Und Roth, Künast, Göring-Eckardt? Jede der drei würde ich mit spezifischen Themen und Haltungen assoziieren. Claudia klar mit Menschenrechten, expressiv emotional. Renate hängt der Kuhstall nach – und eine gewisse Bissigkeit. Eine, die sich durchsetzt. Und Katrin wirkt auf mich ein bisschen wie eine ostdeutsche, evangelische Kretschmann-Variante. Wobei ich bei ihr am wenigsten eine Vorstellung habe, was sie eigentlich (außer Kirche und Kultur) vertritt. Vier verschiedene Varianten Grün, denen ganz sicher ihre jeweilige politische Erfahrung, ihre jeweilige Authentizität gemeinsam ist. Eine ganze Reihe möglicher Doppelspitzen.

Hier als Parteibasis eine echte Wahl zu bekommen, steht uns gut an. Das würde spannend (ein Kriterium, das in einer medial durchstrukturierten Welt nicht ganz unwichtig ist). Und am Ende stände auf jeden Fall eine Spitze, die die Breite der Partei repräsentiert, die ein klares Angebot für unsere Wählerinnen und Wähler wäre. Und ich bin zuversichtlich, dass wir vermitteln können, dass eine solche Wahl nicht dazu da ist, die eine oder andere zu beschädigen. Sondern dass das Demokratie ist, Basisdemokratie, um genau zu sein.

Insofern hoffe ich, dass wir am 2.9. guten Gewissens eine echte Urwahl beschließen können. Um dann 2013 eine Programmdebatte führen zu können, die letztlich – so wie wir Grünen sind – in ihren Prioritätensetzungen mehr Gewicht bekommen könnte als die Frage, wer vorne steht.

Warum blogge ich das? Weil aus Binnensicht der mittleren Funktionärsenebene die Bundestagswahl 2013 eigentlich schon fast vorbei ist, so präsent, wie sie sich derzeit zeigt. Und ganz vielleicht wird ja auch schon früher gewählt ;-)

Wer hat denn nun gewonnen?

10. November 2012 – So grün, so grün

Steffi Lemke machte es überhaupt nicht spannend – nach zwei Sätzen dazu, dass Transparenz und Demokratie die Gewinner dieser Urwahl seien, kam dann auch das Ergebnis: Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin sind unsere beiden SpitzenkandidatInnen. Nicht meine Wahl, aber unbestritten die Wahl der Partei. Und da ist mir ein von der Basis verordnetes Team aus @JTrittin und @_KGE_ allemal lieber als ein unter sich ausgeklügelter Peer Steinbrück.

Schade nur, dass die Chance, dass Grüne den Kanzler oder die Kanzlerin nach der Bundestagswahl 2013 stellen werden, trotz wieder ein bisschen gestiegener Umfragewerte wohl nicht allzu groß ist.

Jürgen und Katrin stehen in der Tat für die Breite der Partei. Für eine Bundestagswahl ist das gut, denke ich. Was es für unsere Programmatik und die Weiterentwicklung unseres Selbstverständnisses bedeutet, werden wir sehen. An dieser Stelle auf jeden Fall schon einmal einen herzlichen Glückwunsch an die beiden SpitzenkandidatInnen!

Aber war das Ganze ein überraschendes Ergebnis? Mich hat es nicht überrascht. Das lag zum einen daran, dass ich von noch seltsameren Ergebnissen geträumt habe, gestern Abend – da waren es dann Bettina Wilhelm (die Kandidatin der SPD bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart) geworden, und eine mir unbekanntere weitere Frau. Das geträumte Ergebnis wurde auf einer Pressekonferenz in Anwesenheit von Peer Steinbrück von einem stoisch lächelnden Jürgen Trittin verkündet, samt all der üblichen Floskeln. Dagegen ist das Duo KGE/Trittin schon eher erwartbar.

Dass der Wahlausgang möglich ist, hat mir vor allem aber mein Tipp-spiel gezeigt. Gefragt war da ja nicht nach Wunschergebnissen, sondern danach, was wahrscheinlich herauskommt. Und da hatten einige – insgesamt zehn Personen! – auf Jürgen Trittin und Katrin Göring-Eckardt gesetzt; Claudia Roth und Katrin Göring-Eckardt lagen von den erwarteten Prozentzahlen her mehr oder weniger gleichauf. Ähnliche Ergeb-

Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen

nisse gab es bei Wolfgang Strengmann-Kuhn, der eine nicht repräsentative Nachwahlbefragung durchgeführt hatte.

Zu den tatsächlichen Ergebnissen im Einzelnen: Abgegebene gültige Wahlzettel gab es der Pressekonferenz zufolge 35149 Stück (verschickt worden waren 59266 Briefe mit Wahlunterlagen, zurück kamen 36533 Briefe). Davon waren weitere 84 ungültig (z.B. zwei Männer), so dass die gültigen Stimmzettel 35065 betrug. Die von Steffi Lemke auf der Pressekonferenz verkündeten prozentualen Wahlergebnisse bezogen sich auf diese Zahl von 35065 WählerInnen. Demnach haben:

Rang	KandidatIn	Stimmen	Anteil an den WählerInnen
1.	Jürgen Trittin	25222	71,8
2.	Katrin Göring-Eckardt	16589	47,2
3.	Renate Künast	13522	38,5
4.	Claudia Roth	9180	26,1
5.	Patrick Held	853	2,4
6.	Werner Winkler	466	1,3
7.	Nico Hybbeneth	361	1,0
8.	Peter Zimmer	353	1,0
9.	Markus Meister	173	0,5
10.	F.W. Merck	160	0,5
11.	Hans-Jörg Schaller	152	0,4
12.	Alfred Mayer	149	0,4
13.	Franz Spitzenberger	127	0,4
14.	Roger Kuchenreuther	122	0,3
15.	Thomas Austermann	112	0,3

Dazu kommen 76 Enthaltungen und 147 Nein-Stimmen.

Da ich bei meinem TippSpiel als Basis nicht die WählerInnen, sondern die abgegebenen Stimmen insgesamt angenommen habe, muss als Grundlage die Summe aller gültigen abgegebenen Stimmen genommen werden. Das sind 67764 Stimmen. Es wurden also im Schnitt 1,9 Stimmen pro Stimmzettel abgegeben. Auf die Basis 67764 umgerechnet sehen die Zahlen oben wie folgt aus:

Rang	KandidatIn	Stimmen	Anteil an den WählerInnen	Anteil Stimmen
1.	Jürgen Trittin	25222	71,8	37,2
2.	Katrin Göring-Eckardt	16589	47,2	24,5
3.	Renate Künast	13522	38,5	20,0
4.	Claudia Roth	9180	26,1	13,5

Zum Vergleich: Im Schnitt wurden bei meinem TippSpiel 39,7 Prozent für Jürgen und 27,4 Prozent für Katrin getippt (bezogen auf Stimmen); die Einzige, die deutlich schlecht als erwartet abgeschnitten hat, ist Claudia Roth. Damit lässt sich jetzt auch die Abweichung der zehn, die auf Jürgen und Katrin gesetzt haben, vom tatsächlichen Ergebnis berechnen (gelb markiert im Spreadsheet).

Der Tipp mit der insgesamt kleinsten Abweichung – Katrin um drei Prozent unterschätzt, Jürgen fast exakt – stammt damit vom Freiburger Grünen Timothy Simms, dem ich herzlich gratuliere! Timothy hatte 75 Prozent für Jürgen Trittin und 42 Prozent für Katrin Görig-Eckardt getippt; nach meiner 100 Prozent-Regel habe ich das halbiert (tatsächlicher Faktor war, wie oben dargestellt, 1,9).

Warum blogge ich das? Weil jetzt das Ergebnis da ist.

P.S.: Zahlen inzwischen auch auf gruene.de. Und ich schließe mich in dem Punkt Boris Palmer an: diese Wahl jetzt flügelpolitisch tot zu deuten, ist Quatsch. Jetzt breit aufgestellt in den Wahlkampf starten!



Bürgerliche Werte – oder wie wir uns unsere WählerInnen vorstellen

23.-28. Oktober 2012 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

I. Anfänge

Das *Schwäbische Tagblatt* nimmt die Wahl von Fritz Kuhn zum Oberbürgermeister von Stuttgart zum Anlass für eine Archivrecherche¹ über die grünen Anfänge in Tübingen in den frühen 1980er Jahren. Bündnis 90/Die Grünen heute sind nicht mehr DIE GRÜNEN von 1983. Die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder ist viel später eingetreten und

¹ http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/tuebingen_artikel,-Die-Tuebingener-Jahre-des-kuenftigen-Stuttgarter-OB-arid.191467.html

hat ihre eigenen Ideen in die Partei hineingebracht. Aber viele derjenigen, die heute im Scheinwerferlicht stehen, haben sehr direkt mit diesen Anfängen zu tun. Deswegen glaube ich, dass es für eine Debatte über das grüne Verhältnis zum Bürgertum sinnvoll ist, sich noch einmal vor Augen zu halten, wie diese Partei damals aussah.

Vielleicht an dieser Stelle ein kleiner autobiographischer Einschub. Ich bin 1975 in Tübingen geboren. Meine Eltern waren in der neu gegründeten Partei in dieser Stadt aktiv, bis wir – da war ich etwa acht Jahre alt – nach Abschluss der Promotion meines Vaters wegzogen. Unistadt eben, akademisches Milieu. Auch wenn ich keine direkten Erinnerungen an die ersten Jahre der Grünen habe, gibt es allein schon daher bei mir ein Gefühl biographischer Verbundenheit zu den grünen Anfängen.

Wer waren diese Leute, die damals die grüne Partei gegründet haben? Unzufriedene mit einer SPD, die die in sie gesetzten Erwartungen in einen wirklichen demokratischen, sozialen und ökologischen Aufbruch nicht erfüllt haben. Fritz Kuhn war mal Jusos. Konservative, auch Rechte, denen der Schutz des Lebens wichtig war – und denen die neue Partei bald zu links war. Die Überreste von 1968 und Menschen aus den Bewegungen, die sich in den 1970er Jahren gegründet haben. Frieden, Frauen, Umweltschutz. ProtestantInnen, die aus ihrem Glauben heraus zur solidarischen Entwicklungspolitik und zur Eine-Welt-Bewegung gefunden hatten. In den ASten und K-Gruppen sozialisierte – Winfried Kretschmann und, ebenso, aber ganz anders, Reinhard Bütikofer. NaturwissenschaftlerInnen, die durch den blinden Fortschrittsglauben der herrschenden Lehre an den Hochschulen in die Politik gespült worden waren. EsoterikerInnen, für die Partei Selbsterfahrung war – oder ein Weg, um endlich einmal verschwörerisch Öffentlichkeit zu finden.

Kurz: In den Anfangsjahren war das wohl eine ziemlich wilde Mischung. Die sich in ihrer ganzen Vielfalt zusammengerauft hat, um den drängenden, konkreten Problemen der Zeit eine politische Stimme zu geben. Der Schutz der Lebensgrundlagen. Die atomare Bedrohung. Der Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger nicht ernst nahm. Die erstarrte Gesellschaft grauhaariger Männer.

Was diese ganz unterschiedlichen Menschen zusammengebracht hat, war – neben den ganz konkreten Fragen, den Straßenbauten und Biotopen, den AKW-Standorten und Raketendepots – wohl zunächst einmal ein Zeitgeist, der in seiner Mischung aus Zukunftsangst und utopischer Hoffnung auf das Mögliche diametral zur offiziellen Haltung stand. Vielleicht ein Lebensgefühl.

Waren das schon Werte? Oder fanden die sich erst in der sich formierenden Partei (die auch mal den Slogan „nicht links, nichts rechts, sondern vorn“ gut fand)? Selbst „basisdemokratisch – ökologisch – sozial – gewaltfrei“ als Banner der Grundwerte war ja eigentlich nicht viel mehr als ein Kompromiss, ein Versuch mal aufzuschreiben, was alle so halbwegs teilen konnten, und was jede Einzelne dann doch anders betonte.

Allerdings ist diese Vielfalt zugleich eine grüne Stärke – noch heute. Im aktuellen gültigen Grundsatzprogramm von 2002² werden dementsprechend die linken und liberalen, wertkonservativen und solidarischen Wurzeln der ökologischen Partei beschworen, wird aber auch dargestellt, wie sich aus dieser Heterogenität heraus eine gemeinsame politische Identität „grün“ entwickelt hat. Wer möchte, kann diese Identität unter Begriffe wie sozial-ökologisch, nachhaltig, generationengerecht, zukunftsorientiert stellen. Gleichzeitig bleiben die Wurzeln in ihrer Breite, die trotz der zahlenmäßig geringen Größe der Partei weitgehende diskursive Anschlussfähigkeit herstellen. Volkspartei *en miniature*, aber mit klaren Inhalten. Vielfalt, bei der es übrigens, nebenbei gesagt, überhaupt nicht schadet, diese auch immer wieder öffentlich sichtbar zu machen – nicht zuletzt personell.

II. Werte, Lager und Milieus

Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten vierzig Jahre lassen sich auch anders beschreiben, auf einer noch grundsätzlicheren Ebene. Damit sind wir bei Ingelhart und dem Postmaterialismus. Eine wirt-

² http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf

schaftlich und sozioökonomisch einigermaßen gesättigte Gesellschaft entdeckt, dass es nicht unbedingt um „Haben“ geht. „Sein“ kommt ins Spiel – und differenziert sich weiter aus, in Richtung „Erlebniskonsum“ einerseits und in Richtung „Selbstentfaltung“ andererseits.

Aus diesen Grundorientierungen einerseits und dem sozialen Status – Bildung, Einkommen, Anerkennung, Einfluss; kurz: unten und oben – andererseits lässt sich ein Raster entwickeln. Das Marktforschungsinstitut SINUS hat das gemacht (und Bourdieu hat schon zuvor ähnliches getan, und andere auch) – übrigens wohl aus der Beobachtungen heraus, dass die politischen Differenzen der Bewegungen der 1980er Jahre sich durchaus auch in alltagsästhetischen Unterschieden, in unterschiedlichen Lebensstilpräferenzen niedergeschlagen haben. Am Schluss sind dann Wohnzimmerkataloge herausgekommen.

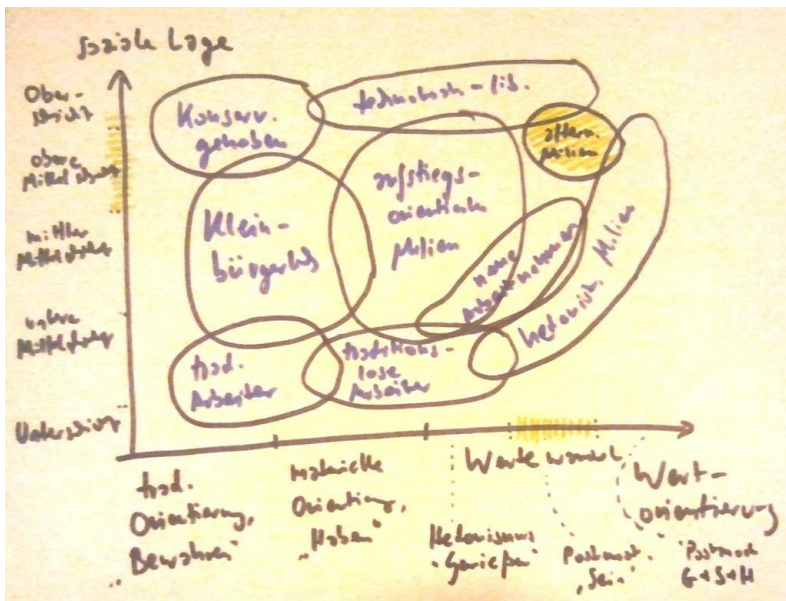
Die wichtige Erkenntnis der Milieutheorie ist für mich zunächst einmal, dass ein identischer sozialer Status, beschrieben in klassischen soziodemographischen Merkmalen, je nach damit verbundener Werthaltung, je nach Lebensstilorientierung, ganz unterschiedliche Praktiken und Einstellungen nach sich ziehen kann. Aus dem eindimensionalen Klassengegensatz von Proletariat und Bourgeoisie, von Arbeiterklasse und Großbürgertum (mit irgendwas Mittlerem dazwischen geschichtet) wird so ein zweidimensionales Feld gesellschaftlicher Positionen. Anders gesagt: das Sein mag zwar einen Einfluss auf das Bewusstsein haben, bestimmt es aber nicht.

Die empirisch unterlegten SINUS-Diagramme, wie es sie seit Anfang der 1980er Jahre gibt, machen alle paar Jahre selbst einen Wandel durch. Milieus wandern, neue Avantgarden kommen hinzu – wohl auch gespeist durch die unerbittlichen Zyklen modischer Abgrenzung -, andere fusionieren. Ein Abbild gesellschaftlicher Dynamik, ergänzt durch Dynamiken, die wohl eher den Besonderheiten der Marktforschung zuzurechnen sind.

Bis Mitte der 1990er Jahre findet sich in den SINUS-Diagrammen noch ein „Alternatives Milieu“ – das vielleicht etwas mit dem zu tun hat, was ich im ersten Teil beschrieben habe. Der zusammen geclusterte Zeit-

geist. Akademische Bildung, eher jünger, kein ganz tolles Einkommen, von den Werten her klar postmateriell – also am „Sein“ – orientiert.

Jenseits der Marktforschung lässt sich dieses alternative Milieu auch als spezifisches Netzwerk beschreiben, zu dem Personen, aber auch Orte und Medien gehören. Alternative Cafes, Kulturzentren. Die ganze Soziokultur. Naturkostläden. Hochschulen. Wohngemeinschaften. Aber auch: Neue Medien, ganz undigital – Zeitungsprojekte wie die *taz*, Stadtzeitungen. Freie Radios. Flugblätter. Knotenpunkte in einem Netzwerk, das ein Milieu mit seinen Praktiken und Haltungen zusammenbindet.



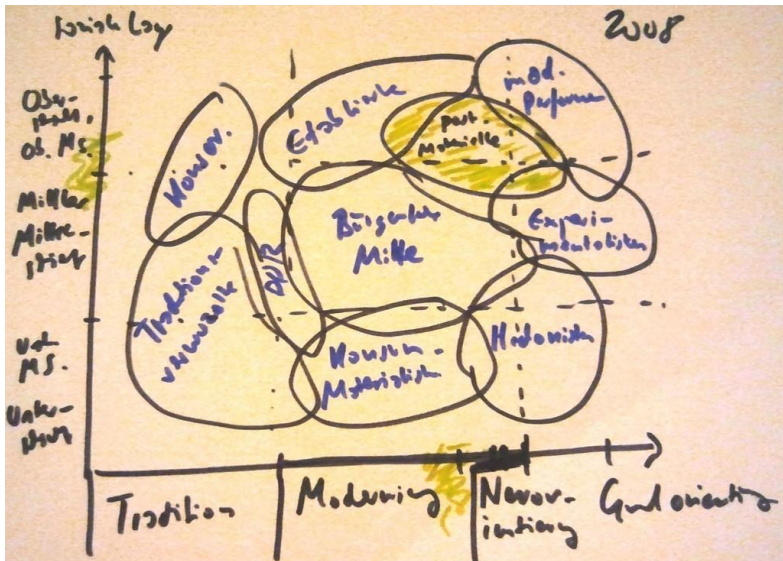
Die SINUS-Milieus in Westdeutschland Mitte der 1990er Jahre, nach Flaig et al. (1997): *Alltagsästhetik und politische Kultur*.

Ein paar Jahre später verschwindet das alternative Milieu aus den SINUS-Diagrammen, um als Leitmilieu der „Postmaterialisten“ (oder ab 2010 dann als sozialökologisches Milieu³) wieder aufzutauchen. (Ich

³ http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mppress/Modellwechsel_2010_neue_Charts.pdf

bleibe hier bei den bis 2009 geltenden Begriffen, wie sie beispielsweise in dieser Studie zu finden sind⁴).

Manche beschreiben diese Entwicklung als Prozess der Verbürgerlichung der Alternativen. HochschulabsolventInnen haben dann doch Karrieren begonnen, manche gerade, manche krummer. Aus der WG ist das Reihenhäuschen geworden, oder das Bauprojekt, oder das Haus auf dem Lande. Die Familie ist gewachsen, Kultur spielt nach wie vor eine Rolle, aber selbstverständlich ist Klassik auch was Schönes. Und der Einkauf im Biosupermarkt gehört dazu. Establishment. Aber eben eine neue Variante Bürgertum.



SINUS-Milieumodell für 2008, die „Postmaterialisten“ machen hier etwa 8 % aus

Als gesellschaftliches Leitmilieu strahlt dieses „grüne“ Milieu in andere Milieus aus. Auch in der „bürgerlichen Mitte“ finden sich teilweise ähnliche Orientierungen. Und am Rand des Milieuspektrums entstehen neue Milieus, experimentierfreudige, nicht starr an einer Identität fest-

⁴ <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3871.pdf>

haltende *Boheme* ebenso wie das Milieu der leistungsorientierten „Modernen Performer“. Die gegenüberliegende, traditionalistische Seite des Spektrums verliert an Gewicht. Beides führt dazu, dass „grüne“ Ideen in die Mitte des Milieudiagramms rücken. Anders gesagt: Aus der Avantgarde wird eine Werthaltung, ein Milieu, das angekommen ist – aber viele Werte und Orientierungen beibehalten hat.

Ich habe hier „grün“ in Anführungszeichen gesetzt. Das hat zum einen etwas mit dem Greenwashing der LOHAS zu tun, vor allem aber damit, dass es eben – leider, zum Glück – nicht so ist, dass Milieuzugehörigkeit und politische Orientierung zusammenfallen.

Es gab lange und gibt vielleicht immer noch eine gewisse Wechselbeziehung zwischen einer „grünen“ politischen Haltung, die etwa in Wahlen sichtbar wird, und einer Zugehörigkeit zum entsprechenden Milieu. Das trifft für andere politische Haltungen aber schon länger nicht mehr zu – wer erinnert sich nicht an Gerhard Schröders Kampf um die Mitte!

Kurz: die politischen Lager und die alltagsästhetischen Milieus sind nicht identisch. „Anhänger“, also Wählerinnen und Wähler der Grünen finden sich in unterschiedlichen Lebensstilclustern wieder, durchaus auch in der „Bürgerlichen Mitte“ oder bei den „Experimentalisten“. Der Schwerpunkt liegt bei einem mittleren bis höheren sozialen Status (das ist aber nicht die „Oberschicht“) und vielfach bei akademischer Bildung und bei neueren Werthaltungen.

Spannend bleibt die Frage, wie weit in weiter entfernt liegende Milieus grün zu wählen anschlussfähig ist. Und wie breit eine Partei aufgestellt sein kann, ohne am einen Ende des Milieuspektrums wieder WählerInnen zu verlieren, die sie am anderen Ende dazugewinnt. Spannend bleibt diese Frage auch deswegen, weil „Bürgertum“ häufig ein Bild der beiden „alten“ Leitmilieus in den Raum wirft – im 2008er-Modell von SINUS sind das die „Konservativen“ (die an preußischem Pflichtgefühl und Bildungskanon orientierte alte Elite) und die leistungsorientierten „Etablierten“. Aber eben nicht mit der relativ breiten bürgerlichen Mitte. Oder etwa doch? Deutlich wird: „Bürgertum“ ist, durch die Milieubrille betrachtet, kein wirklich sinnvoller Begriff. Wenn damit Leitmilieus

gemeint sind, dann gibt es das durchaus auch in grün. Wenn damit Milieus oberhalb der Unterschicht und „rechts“ von den Avantgardemilieus gemeint sind, dann fällt vor allem die „Bürgerliche Mitte“ in den Blick, die sich durch Aufstiegsorientierung und Sicherheitsbedürfnis auszeichnet, aber vielen politischen grünen Ideen vielleicht gar nicht so unaufgeschlossen ist. Und was „bürgerliche Werte“ sein könnten, bleibt zunächst offen.

III. Vom Bürgerschreck zur Bürgerregierung

Im ersten Teil dieses Textes hatte ich noch einmal auf die grünen Anfänge zurückgeblickt. Aus ganz unterschiedlichen Beweggründen kamen Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre ganz unterschiedliche Menschen zusammen, um DIE GRÜNEN aufzubauen und zu gründen. Aus dieser Vielfalt wurden grüne Grundwerte zusammengetragen, eingebettet in den Kommunikationszusammenhängen und Lebensstilen eines alternativen Milieus. Das Stichwort Milieu lieferte dann die Grundlage für den zweiten Teil, in dem ich mehrere Feststellungen getroffen habe:

- Soziodemographische Faktoren (Bildung, Vermögen, soziales Kapital), in ihrem Zusammenwirken auch als Schicht oder – politisch aufgeladen – Klasse bezeichnet, sind nur eine Dimension gesellschaftlicher „Clusterungen“, es gibt mindestens eine weitere Achse, die sich mit unterschiedlichen „Werthaltungen“ oder „Grundorientierungen“ bezeichnen lässt.
- In dem von diesen beiden Achsen (sozialer Status, Grundorientierung) aufgespannten Raum lässt sich, von Lebensstilen und Konsum her kommend, durchaus auch ein „grünes“ Milieu verorten. Dabei ist zu beachten, dass gesellschaftliche Milieus in mehrerer Hinsicht dynamisch sind. Das „alternative Milieu“ Anfang der 1990er Jahre, das Milieu der „Postmaterialisten“ um 2000 oder etwa ein „sozial-ökologisches Milieu“ heute sind keine festen

Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen

Konstanten, sondern verschieben und verändern sich mit Biographien und Lebensereignissen, mit gesellschaftlichen Trends und den Wellenbewegungen des Zeitgeists.

- Lebensstilbezogene Milieus sind keine politischen Milieus. Es gibt zwar gewisse Korrelationen und Verbindungen, aber weder wählen alle „Postmaterialisten“ grün, noch kommen sämtliche AnhängerInnen der Grünen aus diesem Milieu. Progressivere Werte, eher höhere Bildung und eher höheres Einkommen sind Faktoren, die es wahrscheinlicher machen, dass jemand grün wählt – und diese streuen über mehrere Milieus.

Um vom Exkurs über Milieus zu bürgerlichen Werten zurückzukommen, zeigt sich, dass mit „Bürgertum“ ganz unterschiedliche Dinge gemeint sein können, nämlich:

- a. gesellschaftliche Leitmilieus unabhängig von der Werthaltung (dann wäre ein Teil des Bürgertums schon lange alltagsästhetisch wie politisch grün),
- b. sozial „oben“ angesiedelte Milieus mit einer konservativen oder leistungsbezogenen Grundorientierung, also, platt gesagt, die Reste des Adels und traditionsreiche Bürgerfamilien einerseits und das „Unternehmertum“ (ManagerInnen, Führungskräfte, InhaberInnen) andererseits (in beiden Milieus dürfte relativ wenig grün gewählt werden),
- c. das von vielen Seiten umkämpfte Milieu der „bürgerlichen Mitte“, also die einigermaßen progressive, aufstiegsorientierte und auf Sicherheit und Bildung bedachte mittlere Mittelschicht, die sich nach unten gegenüber „Konsummaterialisten“ oder dem „Prekariat“ abgrenzt.

Je nachdem sind bürgerliche Werte etwas ganz Verschiedenes, und je nachdem passen sie besser oder schlechter zu den Grundhaltungen und Grundwerten der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Und je nachdem

ergibt die Aussage, dass Grüne versuchen, das Bürgertum für sich politisch zu gewinnen, mehr oder weniger Sinn. Mit Blick auf die Französische Revolution würde es allerdings seltsam erscheinen, jemand wie beispielsweise den Freiherr von Guttenberg als idealtypischen Bürger einzusortieren. Da passt „irgendwas“ in der Mitte der Gesellschaft schon besser – nur: was sind da die bürgerlichen Werte?

Oder, um das Ganze noch einmal um 90 Grad zu kippen: Beim diesjährigen Landtagsfest der Fraktion GRÜNE Baden-Württemberg äußerte sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann auch kurz zum Thema „Grüne und Bürger“. Sinngemäß sagte er:

„Grün ist der Farbe des Frühjahrs, jetzt aber wird es Herbst, die Blätter färben sich bunt. Bunt und vielfältig ist auch unsere Gesellschaft, denn wir sind alle Bürger.“

Überhaupt fällt es auf, dass die einzige vom einstigen Bürgerschreck GRÜNE geführte Landesregierung großen Wert auf den Begriffsbestandteil des Bürgers legt. Von der Bürgergesellschaft und von deren Engagement ist die Rede, die Regierung bezeichnet sich selbst als Bürgerregierung, und Bürgerinnen und Bürger werden empfangen und sollen sich in der Bürgerbeteiligung aktiv einbringen. Ja: Wir halten Bürgerrechte hoch, tragen mit „Bündnis 90“ ja sogar den Teil einer Bürgerrechtsbewegung im Namen.

In dieser verfassungspatriotischen Wendung des Begriffs wird ein ganz anderes Set bürgerlicher Werte sichtbar. Es geht nicht um die Netzwerke und den Prunk der *Bourgeoise*, wenn das Bürgertum in Betracht gezogen wird, sondern um den *Citoyen*⁵, die aktive Staatsbürgerin. Die ist es, die sich der Ministerpräsident vorstellt, wenn er von den Bürgern redet. Mit dieser Vorstellung des Bürgers, der Bürgerin verbinden sich die Werte der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (Geschwisterlichkeit?) – und eben das aktive Einbringen in den Staat. Und diese Werte, um beide Begriffe jetzt wieder zusammenzubringen, finden sich eben nicht unbedingt beim „Großbürger-

⁵ <http://de.wikipedia.org/wiki/Citoyen>

tum“, sondern sollten eigentlich alle Mitglieder der Gesellschaft, alle BürgerInnen des Staates gleichermaßen betreffen.

Faktisch ist das nicht so: Diejenigen, die sich an Wahlen und Bürgerentscheiden beteiligen, die sich in Parteien einbringen, und die ihre Meinung nicht nur auf dem Sofa zu Hause äußern, sind nicht gleichverteilt über die Gesellschaft. Pessimistisch gesehen, steuern wir auf die Demokratie der gut ausgebildeten Mittelschichten⁶ zu.

Dass demokratische Beteiligungsbereitschaft ungleich verteilt ist, ist kein Wunder, insofern Ressourcen wie Bildung, Selbstvertrauen, Zeit – oder die Möglichkeit, sich Zeit durch den Erwerb von Dienstleistungen – einzukaufen, eben nicht gleich verteilt sind. Und auch die Werthaltungen spielen eine Rolle: Wie wichtig ist mir das Ganze (und sei es auch nur meine Nachbarschaft)? Fühle ich mich dafür verantwortlich? Fühle ich mich berechtigt, politisch zu sprechen? Sehe ich andere als zuständig an, oder möchte ich meine Sache selbst in die Hand nehmen?

Nebenbei: Das heißt auch, dass unterschiedliche Milieus unterschiedlich angesprochen werden können,⁷ wenn es darum geht, sich zu beteiligen. – Aber zurück zu den ungleich verteilten Orientierungen. Diese finden mehr oder weniger Resonanz in unterschiedlichen Milieus – und eben auch bei den WählerInnen unterschiedlicher Parteien.

Eine Studie⁸ der Abteilung Medizinische Psychologie/Medizinische Soziologie der Uniklinik Leipzig zeigt hier nicht nur die oben schon erwähnten positiven Korrelationen zwischen einer grünen Parteipräferenz und dem Abitur sowie einem höheren Einkommen (und keine mit Konfessionszugehörigkeiten), sondern weist auch darauf hin, dass sich subjektiver Gesundheitszustand, Ängstlichkeit und Depressivität je nach Parteipräferenz ganz unterschiedlich verteilen (oder: dass sich die Parteipräferenz je nach Sorge um die Zukunft, den Arbeitsplatz und die emotionale Grundstimmung des eigenen Lebens unterschiedlich verteilt):

⁶ <http://www.bpb.de/apuz/33569/buergerbeteiligung-in-der-postdemokratie?p=all>

⁷ http://www.21-kom.de/fileadmin/user_upload/PDFs/02_Sinus_Milieus/Soziale_Milieus_und_Engagement.pdf

⁸ http://medpsy.uniklinikum-leipzig.de/red_tools/dl_document.php?id=282

Bürgerliche Werte – oder wie wir uns unsere WählerInnen vorstellen

“Bei beiden Merkmalen [Ängstlichkeit, Depressivität, T.W.] sticht die Spitzenposition der Nichtwähler und der Rechten heraus. Nichtwähler und Rechte zeigen eine sehr hohe Ängstlichkeit und Depressivität. Auch die Anhänger der Linken fallen hier auf mit höheren Werten. Die Piraten fühlen sich am wenigsten depressiv und auch nicht besonders ängstlich. Auch die FDP- und Grünen-Wähler zeigen hier gute Werte.”

Auch wenn die Maslow'sche Bedürfnispyramide empirisch umstritten ist, spricht doch einiges dafür, dass, wer seine eigenen materiellen und sozialen Bedürfnisse einigermaßen gesichert sieht, eher den Blick aufs Ganze einnehmen und sich einbringen kann.

Aber Obacht: Alleine erklären eben, wie eingangs angeführt, sozialer Status und Zufriedenheit wenig. Werden alleine der soziale Status und die geringe Ängstlichkeit betrachtet, wirken AnhängerInnen von FDP und GRÜNEN nahezu identisch. Unterschiede zwischen beiden gibt es in der Leipziger Studie etwa in der Geschlechterzusammensetzung der jeweiligen AnhängerInnen. Reicht das aus, um unterschiedliche Wahlpräferenzen zu begründen? Dass genetische Prädispositionen und Hormonschwankungen⁹ politische Einstellungen erklären sollen, wie es ein Überblicksartikel in der *Nature* darlegt, erscheint mir ebenfalls stark hinterfragbar.

Im nächsten Teil *[der dann wohl doch nicht geschrieben wurde, T.W.]* will ich mir nochmal anschauen, wer eigentlich 2011 in Baden-Württemberg grün gewählt hat. Eine interessante Grundlage dafür bietet eine Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung¹⁰ im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung, in der der Frage nachgegangen wurde, ob die neuen grünen WählerInnen in Baden-Württemberg für einen „Zeitgeisteffekt“ stehen, oder tatsächlich einen grünen Wertewandel versinnbildlichen.

⁹ <http://www.nature.com/news/biology-and-ideology-the-anatomy-of-politics-1.11645>

¹⁰ <http://www.demokratie-goettingen.de/studien/zeitgeisteffekt-oder-gruner-wertewandel>



Zur Aufstellung der Bundestagswahlliste in Baden-Württemberg

10. November 2012 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Wer kandidiert eigentlich, und warum? Oder warum nicht? Bei der Urwahl für die Spitzenkandidaturen waren es vier Personen mit Chancen, gewählt zu werden, und ein Fußballteam aus elf Männern, bei denen absehbar war, dass die Ergebnisse unterhalb von drei Prozent liegen würden. Was sich heute bewahrheitet hat.

Interessant ist hier, dass zwar zahlenmäßig sehr viel mehr Männer als Frauen antraten, aber eine echte Konkurrenz in erster Linie zwischen den Frauenplätzen stattfand. Interessant, weil es zwar auch etwas über Absprachen aussagt, und darüber, wie „Niederlagen“ gesehen werden, vor allem aber auch darüber, wer sich was zutraut. Und wer sich wie einschätzt.

Zur Aufstellung der Bundestagswahlliste in Baden-Württemberg

Bei der Landeslistenaufstellung zur Bundestagswahl 2013 kandidieren bis dato 41 Personen. Gewählt wird am ersten Dezemberwochenende – ich gehe davon aus, dass diese Liste bis dahin noch wachsen wird. In Baden-Württemberg gibt es 38 Wahlkreise. Das heißt, schon jetzt sind es nicht nur diejenigen, die direkt in einem Wahlkreis von der Basis gewählt worden sind, sondern auch andere, die ihre Bewerbung eingereicht haben.

Soweit ich weiß, werden wir so etwa 35 Listenplätze wählen. Das hat auch was damit zu tun, dass von den beim letzten Mal (2008) gewählten 20 Listenplätzen inzwischen alle bis auf einen „durch“ sind. Auch wenn sowas wie die Besetzung von Ministerien in einer Landesregierung nicht so oft vorkommt, ist doch klar, dass es diesmal mehr Menschen als die jetzigen elf sein könnten, die für Baden-Württemberg für die Grünen in den Bundestag einziehen könnten. Je nachdem, wie das Wahlergebnis und das Wahlrecht konkret ausfallen, könnten es 15 bis 18 Mandate werden. Das sind so die Schätzungen, die ich bisher gehört habe.

Anders gesagt, von den im Dezember vielleicht fünfzig Menschen, die sich für die baden-württembergische Bundestagsliste bewerben, haben weniger als die Hälfte eine reelle Chance, in den Bundestag einzuziehen. Selbst mögliche Direktmandate werden daran wenig ändern.

Das ist einerseits gut, weil wir damit zumindest formal eine Auswahl haben (übrigens auch der Grund, warum ich es begrüße, dass auch für die Plätze 1 und 2 Gegenkandidaturen angekündigt wurden). Andererseits stelle ich mir zunehmend die Frage, was die Motivation dahinter ist, auf Platz 25 ff. auf die Liste gehen zu wollen – erst recht, wenn damit kein Wahlkreis verbunden ist.

Neben dem Bundes- und dem Landesvorsitzenden (Cem Özdemir bzw. Chris Kühn) treten die bisherigen MdBs wieder an, soweit sie nicht im Lauf der letzten Legislaturperiode Verkehrsminister, Agrarminister oder OB von Stuttgart geworden sind. Einige Abgeordnete aus anderen Ebenen, Mitglieder des Parteirats, lange in der Partei engagierte Leute. Und viele, die überregional völlig unbekannt sind. Die Chancen, gewählt zu werden, sind hier definitiv ungleich verteilt. Der innerparteiliche

Wahlkampf hat längst begonnen – auf leisen Sohlen, und hier und da lautstark.

Im Frühsommer habe ich eine Zeitlang mit dem Gedanken gespielt, selbst anzutreten. Gefragt wird ja niemand. Wer etwas werden will, muss sich selbst darum kümmern. Wie überall. Inzwischen habe ich mich definitiv gegen eine Kandidatur bei dieser Bundestagswahl entschieden. Klar: ein politisches Mandat ist reizvoll. Unbestritten. Aber würde ich tatsächlich zwischen Berlin und Freiburg (oder wo auch immer) pendeln wollen, meine Kinder nur noch am Wochenende sehen, meinen Terminkalender von außen bestücken lassen – Wahlkreistermine, inhaltliche Termine, Bundestagstermine, usw.?

Till Seiler aus Konstanz war einer derjenigen, die relativ weit hinten auf der baden-württembergischen Bundestagsliste standen. Er rückte im Zuge der Regierungsübernahme in den Bundestag nach – und gab nach einigen Monaten sein Mandat wieder ab. Ich kann das durchaus nachvollziehen.

Als parlamentarischer Berater der Fraktion im baden-württembergischen Landtag sehe ich, wie voll die Terminkalender der Abgeordneten sind. Wie ihnen von überall die Erwartung entgegengebracht wird, sich fachlich auszukennen, sich allen Problemen anzunehmen, den direkten Draht zum Ministerpräsidenten zu pflegen und dann noch ein Leben neben dem Parlament – inzwischen ist's offiziell ein Vollzeitparlament – zu haben. Ich kriege mit, wie schlecht oder gut Einzelne damit klar kommen. Und wie wenig Zeit den Abgeordneten bleibt, die tatsächlich in so etwas wie politische Gestaltung fließt. Wo das gelingt, ist das extrem erfreulich. Oft bleibt es dabei, Sprachrohr der Regierung zu sein, und Briefkasten für die Wahlkreissorgen. Das heißt auch: wer Macht gewinnt, gibt Freiheit auf.

Das ist Stuttgart, das ist Baden-Württemberg. Mit dem Bundestag potenziert sich das.

Nicht, dass ich nicht den Reiz nachvollziehen kann, der von politischen Mandaten ausgeht. Auch ein Grund dafür, warum ich inzwischen in der Politik arbeite. So, wie Abgeordnetenmandate derzeit zuge-

schnitten sind, passen sie definitiv nicht jedem, nicht jeder, der/die ordentlich Politik betreiben will. In meiner aktuellen Lebenssituation wäre das nicht meines. Das mag sich ändern. Für heute sehe ich es so.

Ich werde das Risiko eines Wahlkampfes und den Nervenkitzel des Kampfs um den Listenplatzes also nicht eingehen. Vielleicht bin ich feige. Aber sich nett vorzustellen, was alles möglich wäre mit so einem Mandat – das ist ja nur das eine. Dazu, tatsächlich gewählt zu werden, bei der Aufstellungsversammlung im Wahlkreis, auf der Landesliste, durch die Bevölkerung, dazu gehört einiges mehr.

In der Partei gibt es mehr als genug Menschen, die sich seit Jahren engagieren. Die Fachkenntnisse haben. Die vor Ort bekannt sind. Die gut vernetzt sind. Die große Chancen haben, gewählt zu werden. Wer sich die Liste der Bewerbungen anschaut, kann an zwei Händen abzählen, wer vermutlich vorne stehen wird. Und wer hier ernsthaft einsteigen möchte, muss – so jedenfalls meine Beobachtung – schon weit vorher sehr viel Zeit und Energie investieren. Muss sich einen Namen machen. Sollte Erfahrungen in einem Lokalparlament gesammelt haben. Sollte wissen, wie das Spiel der Flügel funktioniert. Und sollte dann noch eine adrette, emotionale, fachliche – kurzum: stimmige – Rede halten. Sympathisch rüberkommen, an seinem Image arbeiten, die Rhetorik schulen, Ticks ablegen und nichts allzu Persönliches twittern.

Wir Grüne stellen unsere Listen von unten her auf. Es gibt keinen Vorschlag der Parteiführung. Es gibt Absprachen, es gibt Bündnisse. Die können halten, die können zerfallen. Am Schluss entscheiden die 200 Delegierten über die Landesliste. Die Delegierten, gewählt von den Kreisverbänden – das ist nicht die Basisbasis, aber ich denke, dass wir Delegierte es trotzdem hinkriegen, klug zu wählen. Am Ende steht im Idealfall eine Liste mit alten und neuen Gesichtern, mit unterschiedlichen Fachthemen, eine Liste, in der nicht nur – Quote macht's möglich – die Geschlechter, sondern auch die unterschiedlichen Regionen und Positionen innerhalb des Themenspektrums der Partei vertreten sind.

Ich freue mich darauf, im Dezember mitzuentcheiden, wie unsere baden-württembergische Landesliste aussehen wird. Mein Name wird

nicht auf dieser Liste stehen. Aber mit etwas Glück viele Namen, denen ich zutraue, im Bundestag weiterhin gute grüne Politik zu machen, denen ich vertraue. Ich habe Respekt vor denen, die kandidieren – und noch mehr vor denen, die kandidieren, und die wissen, auf was sie sich einlassen.

Das Ganze hat noch eine andere Seite. Früher haben wir die Rotation gefordert. Heute gibt es zumindest Leute, die über Amtszeitbegrenzungen oder Neuenquoten nachdenken. „BerufspolitikerIn“ ist ein Schimpfwort. Aber wer sich wirklich die Mühe macht, eine erfolgreiche Kandidatur vorzubereiten, einen Wahlkampf durchzuziehen und sich dann im Parlament zu etablieren – der oder die hat einiges an Arbeit erbracht. Zwischen der Arbeit zum ersten Mal gewählter Abgeordneter und der der alten Hasen gibt es sichtbare Unterschiede. Politik ist *training on the job*. Es gibt keine Ausbildung dafür.

Eine Partei, die dieses Fach- und Erfahrungswissen, diese Kontakte mutwillig wegschmeißt, ist nicht gut beraten. Ich halte viel davon, dass es Neue auf der Liste gibt. Aber das alleine ist kein Kriterium, und der faktische „Mandatsbonus“ der jetzigen Abgeordneten hat – in Balance und Ausgewogenheit zwischen beiden Zielen – durchaus seine Berechtigung.

Politik ist eben auch ein Beruf. Wer das ändern möchte, wer keine „BerufspolitikerInnen“ haben möchte, muss ziemlich viel an unserer Demokratie umbauen. Ob das gut wäre, finde ich schwierig zu beurteilen. In der Theorie sicherlich – das Gedankenexperiment eines Jahr für Jahr unter der Bevölkerung ausgelosten Parlaments hat seinen Reiz. Ob und wie das funktionieren würde, und welche Rolle dann die Apparate der Ministerien, der heutigen Fraktionen und des Parlaments spielen würden, sei dahingestellt.

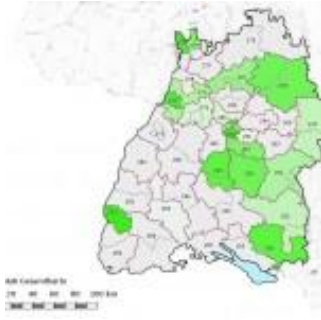
Warum blogge ich das? Aus Gründen der Selbsterkenntnis, um mir sicher zu sein, mich so zu entscheiden. Als Blick auf die Hinterbühne. Und natürlich auch, weil mich interessieren würde, wie das bei anderen so ist mit der Motivation, zu kandidieren oder eben nicht.



Kleine Nachbetrachtung zur LDK Böblingen und zur Zivilklausel-Debatte

5. Dezember 2012 – Hochschulpolitik, So grün, so grün

Nachdem ich begründet habe, warum ich nicht kandidiere (und gesagt habe, was es sonst so im Vorfeld der Listenaufstellung noch zu sagen gibt) und einen kurzen Vorbericht zur grünen Landesdelegiertenkonferenz 2012 verfasst habe, möchte ich mich doch noch kurz zu den Ergebnissen äußern. Einen ausführlichen Bericht mit einigen Einschätzungen dazu, warum manche Abstimmung so ausgefallen ist, wie sie ausgefallen ist, hat Kay Karpinski geschrieben, der die LDK als „externer“ Beobachter aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern zeitweise verfolgt hat. Wer die einzelnen Wahlergebnisse noch einmal nachlesen möchte, kann dies auf der Seite des grünen Landesverbands tun.



Sichtbar wird dort auch, dass es einige extrem knappe Entscheidungen bei der Listenaufstellung gegeben hat. Dies betrifft etwa Platz 7, wo sich Beate Müller-Gemmeke mit einem Vorsprung von sieben Stimmen gegen Biggi Bender durchsetzen konnte, aber auch die Plätze 10, 11, 13 und 14, bei denen es jedes Mal um etwa zehn Stimmen Differenz ging –

leider zumeist zu Ungunsten der von mir favorisierten KandidatInnen.

Wer möchte, kann auch die relativ knappen Ergebnisse der beiden linken KandidatInnen auf die Spitzenplätze – insbesondere von Sylvia Kottling-Uhl – mit in diese Reihe nehmen. Gerhard Schick wurde trotz einer objektiv deutlich besseren Rede nicht auf Platz 2, sondern erst auf Platz 4 gewählt. Enttäuscht bin ich, wenn ich mir die Liste so anschau, insbesondere darüber, dass Memet Kilic erst auf Platz 18 gewählt wurde. Ähnlich sieht es mit den Ergebnisse für Ingrid Hönlinger (Platz 17), Alexander Geiger (letztlich erst auf Platz 28 gewählt) und Ina Rosenthal (auf Platz 23 gewählt) aus. Jörg Rupp, der sich als profiliertes Netzpolitiker einen Namen auch über den baden-württembergischen Landesverband gemacht hat, erhielt keine Chance auf der Liste.

Dass es diese Unzufriedenheiten meinerseits mit unseren Wahlentscheidungen gibt, heißt nun beileibe nicht, dass die Liste insgesamt problematisch wäre. Nein: Ich finde, dass sie – mit allen Verzerrungen – unsere baden-württembergische Partei gut wiedergibt. Trotzdem hätte ich mich die eine oder andere Entscheidung gewünscht, die anders ausgeht – Demokratie kann manchmal ganz schön wehtun. Die Liste ist nun so, wie sie ist. Jetzt geht es darum, gemeinsam Wahlkampf zu machen, und gemeinsam dafür zu sorgen, dass auch die Plätze 17 und 18 noch in den Bundestag kommen.

Neben der Listenwahl gab es auf dem Parteitag zwei große Reden – die von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der den Parteitag nutzte, um einige bildungspolitische Pflöcke einzuschlagen (und die

Kleine Nachbetrachtung zur LDK Böblingen und zur Zivilklausel-Debatte

Relativierung seines Auto-Halbsatzes zu relativieren), und die von unserer Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt, die sich überzeugend als kerngrüne Fängerin bürgerlicher Zweifelnder präsentierte.

Inhaltliche und formale Abstimmungen gab es dagegen nur in relativ kleiner Zahl: eine formale Satzungsänderung bei uns, das Abnicken diverser Satzungsänderungen der grünen Jugend, Anträge zu Tierschutz und zur Bildungspolitik – und zwei Anträge, die dann doch etwas mehr Aufmerksamkeit erzeugten (die Beschlüsse sind leider nicht online). Beide betreffen die Friedenspolitik – zum einen die Frage, ob der Bundeswehr erlaubt werden soll, mit Jugendoffizieren in die Schulen zu gehen (hier setzte die Partei ein deutliches Zeichen für mehr Mut in Richtung Regierung) und die leidige Frage der Zivilklausel.

Generell zum Thema Zivilklausel hatte ich bereits im grünen Blog etwas geschrieben. Auf dem Parteitag war ich neben unserem MdL Kai Schmidt-Eisenlohr und unserer Ministerin Theresia Bauer einer der drei RednerInnen für den Antrag „V4“. Dieser wurde gegen den von Grüner Jugend, Campusgrün, vielen Linken und der Mehrheit der LAG Hochschule unterstützten Antrag „V2“ gestellt, in dem die Einführung einer landesweiten, im Hochschulgesetz verankerten Zivilklausel gefordert wird.



Dass ich mich deutlich gegen V2 ausgesprochen habe, mag manche überrascht haben. Für mich gab es zwei Gründe, den Antrag V4 mitzuschreiben, zu unterstützen und dann eben auch auf dem Parteitag zu vertreten. Zum einen glaube ich, dass es uns Grünen gut täte, wenn wir uns tatsächlich einmal intensiv mit der Frage der Forschungsfreiheit auseinandersetzen würden. Als Sprecher der BAG Wissenschaft ebenso wie als parlamentarischer Berater für Hochschulpolitik fällt mir hier die klassisch-grüne Position, dass wir schon wissen, was für die Wissenschaft richtig ist, immer wieder auf die Füße. Und das zu Recht: Für Forschungsfreiheit zu sein, und gleichzeitig Hochschulen und ForscherInnen von oben herab vorschreiben zu wollen, was geforscht werden darf, geht nicht gut zusammen. Mit einer Zivilklausel geht dies in unserer Richtung – aber genauso gut könnte eine konservative Regierung kritische Sozialforschung verbieten wollen, oder eine evangelikal-christliche Regierung alle der Bibel zuwiderlaufende Naturwissenschaft.

Das heißt nicht, dass wir Grüne nicht gesellschaftliche Werte vertreten und einfordern – neben Frieden steht für mich hier die Frage nachhaltiger Entwicklung ganz vorne – an denen gemessen durchaus nicht alle Forschungsprojekte gleich sind. Nur sollten wir daraus meiner Meinung nach nicht den Schluss ziehen, bestimmte Forschung staatlicherseits verbieten zu wollen.

Was aber dann? Da bin ich bei meinem zweiten Grund, warum ich mich stark für V4 eingesetzt habe: Wenn wir überzeugt davon sind, dass einerseits das Prinzip der Subsidiarität auch für Hochschulen gilt, und dass andererseits öffentlich finanzierte Hochschulen eine besondere gesellschaftliche Verantwortung haben, ergibt sich daraus die in V4 vertretene Position. Dahinter steht die Leitlinie, dass Hochschulen autonome Einrichtungen der Wissenschaft sein sollen, dass sie als „Preis“ dieser weitgehenden Autonomie aber zum einen so organisiert sein müssen, dass die demokratische Beteiligung aller Mitglieder dieses „Gemeinwesens“ gesichert ist (deswegen müssen in der kommenden Novelle des Landeshochschulgesetzes die Senate gestärkt und demokratisiert werden), und dass sie zum anderen eine besondere Rechenschaftspflicht gegenüber

der Öffentlichkeit haben. Forscherinnen und Forscher müssen ihre Forschungsprojekte frei wählen können, müssen aber, wenn sie öffentlich (grund-)finanziert werden, darüber auskunftspflichtig sein, und sich der öffentlichen Diskussion um ihre Projekte stellen.

Dieser Leitlinie folgen die beiden in V4 vorgeschlagenen Instrumente: Verbindliche Regelungen für die Transparenz von Forschungsmitteln und Forschungsvorhaben (wer finanziert welche Forschung mit welchem Ziel – z.B. in einer landesweiten Datenbank erfasst), und die ebenso verbindliche Einrichtung von Senatsausschüssen für Ethik, die – bei größtmöglicher Öffentlichkeit – hochschulintern über Forschungsvorhaben beraten, die ethisch fragwürdig sind. Zudem können einzelne Hochschulen sich als Hochschulen selbst verpflichten, nur für friedliche Zwecke zu forschen. Beides sind durchaus weitreichende Veränderungen des Landeshochschulgesetzes und des Hochschulalltags. Entsprechend aufgeregt lesen sich beispielsweise Stellungnahmen der FDP dazu. Aber sie sind mit diesem Koalitionspartner, in dieser Regierungskonstellation, mit diesem verfassungsrechtlichen Rahmen umsetzbar – das unterscheidet V4 letztlich von V2. Und deswegen habe ich mich aus der Deckung gewagt und für V4 geredet – letztlich mit Erfolg, der Antrag wurde mehrheitlich V2 vorgezogen.

Dabei freut es mich, dass V4 im Lauf des Verfahrens noch einmal verändert wurde, und so deutlicher wird, dass es nicht um eine Ablehnung des Ziels friedlicher Forschung geht, sondern um konkrete, jetzt umsetzbare Instrumente für Forschung in Verantwortung – ohne Eingriff in die Forschungsfreiheit. Damit steht jetzt die Ministerin in der Verantwortung, dies in der kommenden Novelle des Landeshochschulgesetzes umzusetzen.

Warum blogge ich das? Als Parteitagsnachbetrachtung – aber auch, um noch einmal zu begründen, warum ich auf dem Partei gegen das von Gewerkschaften und Friedensbewegung hochgehobene Instrument einer landesgesetzlichen Zivilklausel geredet habe.

Der Ernst des Politischen

13. Februar 2013 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün



Photo: [Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg](#), CC-BY-SA 2.0

Fast schon wieder ein Jahr ist es her, dass ich drüben beim Blog der baden-württembergischen Grünen Ehrlichkeit als herausragende Eigenschaft Winfried Kretschmanns betonte. Das heißt jetzt nicht, dass er nicht in der Lage dazu wäre, Politik auf Botschaften hin zu „spinnen“, und – manche mögen meinen, mit fast schon traumwandlerischer Sicherheit – die Aspekte herauszupicken, die anschlussfähig sind, haften bleiben, aus denen sich dann fast schon stehende Redewendungen ergeben. Aber das ist nur die eine Seite Kretschmanns, der Charme, mit dem politische Erfahrungheit sich hier in der gelungenen Zuspitzung Bahn bricht.

Es gibt eine zweite Seite, die heute beim politischen Aschermittwoch in Biberach (den ich im Stream verfolgte) sichtbar wurde. Eugen Schlachter hat eine launige Wahlkampfrede gehalten, Thekla Walker eine gute Parteitagrede, Renate Künast gewohnt schnoddrig-kabarettistisch den

Stand der Dinge Revue passieren lassen. Katrin Göring-Eckardt zeigte sich als charmante Meisterin im Austeilen von Nadelstichen (was mir sehr gut gefallen hat). Und dann der große Moment, die Kreisvorsitzende kündigt ihn an – unser Landesvater. Und was macht Kretschmann?

Er enttäuscht alle Erwartungen. Er hält keine launige Büttendrede (dass er das auch kann, hat er wohl die Tage zuvor bei diversen Narrenempfängen etc. gezeigt), sondern – ein Medium hat es so bezeichnet – eine „Fastenpredigt“. Thema der Predigt, und das ist die zweite Sache, die ihn ausmacht, für die derzeit wohl nur Kretschmann steht: Die Wut auf den Skandal. Politik ist für ihn kein Spiel. Politik ist nicht dazu da, Spaß zu machen. Wer sich darin überbietet, Fußnoten aufzublasen, um einen Stich in der medialen Laune zu machen, betreibt aus Kretschmanns Sicht keine ernsthafte Politik. Nein: Es soll hart um die Sache gerungen werden. Es soll gesagt werden, was Sache ist. Wo das zu Ärger führt, darf der Ärger geäußert werden. Aber bei diesem politischen Ringen um die Sache ist Maß zu halten mit dem Skandalisieren. Wenn jedes Ärgernis zum Skandal aufgeblasen wird (und dazu fallen mir nicht nur die von ihm genannten Beispiele ein, sondern auch das Standardverhalten unserer Landtagsopposition), dann ist der richtige – politische – Skandal nicht mehr zu unterscheiden von dem, was die Piraten als „Gate“ bezeichnen. Und wenn alles Skandal ist, bleibt Politik nur noch die Inszenierung.

Ein aufs Draufhauen programmiertes Publikum mit einer Predigt für das Maßhalten auch in der Politik zu enttäuschen – und dafür am Schluss tosenden Beifall zu ernten: Das ist derzeit etwas, das nur Kretschmann kann. Etwas, das ihn besonders macht, in der Verbindung der Zuspitzung in der Sache, durchaus auch persönlich, emotional, volksnah, und dem Verzicht auf den Zynismus des politischen Theaters. Chapeau!

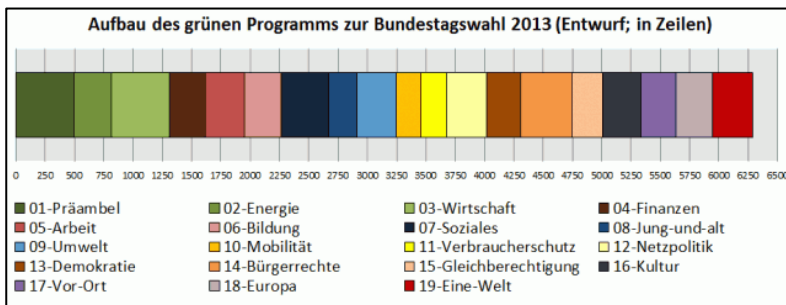
Warum blogge ich das? Weil ich dieses Ernstnehmen des Politischen eindrucksvoll finde. Und weil es mich dazu bringt, darüber nachzudenken, wie viel Spiel ich in der Politik sehe.

Regieren nach Zahlen: Was auf der BDK 2013 ansteht

24. April 2013 – So grün, so grün

„Zeit für den grünen Wandel“ – unter diesem Motto steht der Antrag des Bundesvorstands für das grüne Wahlprogramm 2013. Der Antrag und alle etwa 2500 Änderungsanträge sind hier abrufbar. Wir sind also noch fleißiger gewesen als sonst und haben damit vermutlich die Bundesgeschäftsstelle an ihre absoluten Belastungsgrenzen gebracht. Ab Freitag wird dann entschieden, wie das endgültige Programm aussieht – und ob wir Himbeeren oder Erdbeeren als Beispiel für außer der Saison angebotene Früchte bevorzugen.

Nachdem jetzt alles auf dem Tisch liegt (bis auf die Antragsübersichten der Antragskommission, aus denen ersichtlich ist, für welche Anträge Übernahmen empfohlen werden – aber die sollen ab morgen kommen), habe ich mir mal den Spaß gemacht, und Programm und Änderungsanträge in Excel gekippt. Genauer gesagt habe ich zwei Dinge gezählt: die Zahl der Zeilen pro Kapitel, und die Zahl der Änderungsanträge pro Kapitel (hier die Daten dazu). Erstere sind durchnummeriert, insofern war das relativ einfach – bei letzteren habe ich mich möglicherweise an der einen oder anderen Stelle verzählt. Trotzdem lassen sich damit ein paar interessante Aussagen dazu treffen, wo wir im Wahlkampf Schwerpunkte setzen – und wo die Partei besonders diskussionsfreudig ist.



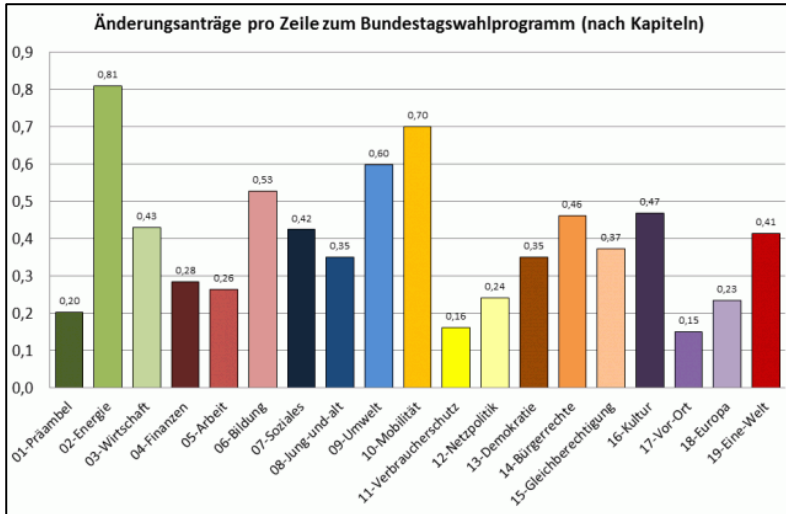
Zunächst einmal zum Aufbau des Programms. Der sieht, in Zahlen gefasst, so aus. Dargestellt sind hier die Textzeilen pro Kapitel. Deutlich wird, das neben der Präambel (493 Zeilen) die Kapitel zu Wirtschaft (495 Zeilen), zu Bürgerrechten (440 Zeilen) und zu Sozialpolitik (413 Zeilen) am meisten Raum einnehmen. Allerdings ist diese Aussage insofern mit Vorsicht zu genießen, als z.B. das, was bei anderen Parteien ein „Umweltkapitel“ wäre, bei uns auf die Themenfelder Energie (326 Zeilen), Umwelt (335 Zeilen), Mobilität (213 Zeilen) und Verbraucherschutz (218 Zeilen) verteilt ist. Ständen die alle in einem Kapitel, würde dieses deutlich am meisten Raum einnehmen. Relativ umfangreich fällt diesmal die Netzpolitik mit 341 Zeilen aus (zum Vergleich: das ganze Bildungskapitel inkl. Schule und Hochschule und Forschung umfasst nur 311 Zeilen).

Mal sehen, wie sich das nach dem Parteitag verändert. Es gibt Anträge, ganze neue Kapitel einzufügen, und es gibt auch Anträge, die Reihenfolge umzustellen.

Änderungsanträge – davon gibt es sehr viele. Die BAGen, die Landesverbände, die Kreisverbände und viele Einzelpersonen waren sehr fleißig. Eine Auswertung danach, welche Akteure wie viele Anträge gestellt haben (vielleicht sogar verbunden mit einer Netzwerkanalyse der UnterstützerInnen) wäre ebenso wie eine Analyse der „Hot spots“ im Wahlprogramm ebenfalls spannend, die konnte ich aber nicht leisten.

Was ich gemacht habe, ist die Zahl der Änderungsanträge pro Kapitel mit dem Umfang des Kapitels in Verbindung zu setzen. Heraus kommt ein Indikator „Anträge pro Zeile“ – wenn der bei 1,0 läge, gäbe es rechnerisch zu jeder Zeile des betreffenden Kapitels einen Änderungsantrag, geht er auf z.B. 0,1 zurück, ist nur jede zehnte Zeile von einem Änderungsantrag betroffen.¹

¹ Das stimmt auch nicht ganz, weil die Änderungsanträge natürlich nicht punktuell sind, sondern zumeist mehrere Zeilen – z.T. mehrere Seiten – verändern wollen. Trotzdem denke ich, dass die Zahl der Änderungsanträge/Zeile ein ganz guter Indikator dafür ist, welche Kapitel heiß umstritten sind, und wo das grüne Herz zufrieden auf Änderungswünsche verzichtet hat.



Der Quotient Änderungsanträge pro Zeile reicht hier von 0,15 im Kapitel zur Kommunalpolitik (und 0,16 beim Verbraucherschutz) bis zu 0,81 im Energiekapitel – das geht es unter anderem auch um den Umgang mit dem Atomausstieg, und natürlich insgesamt um eine grüne Kernkompetenz, insofern wundert es mich nicht, das hierzu sehr viele Änderungsanträge im Verhältnis zum Text vorliegen. Ähnlich hohe Werte erreichen die Themen Mobilität (0,70) und Umwelt (0,60). Ein kleines bisschen Ein-Punkt-Partei schimmert da noch durch ...

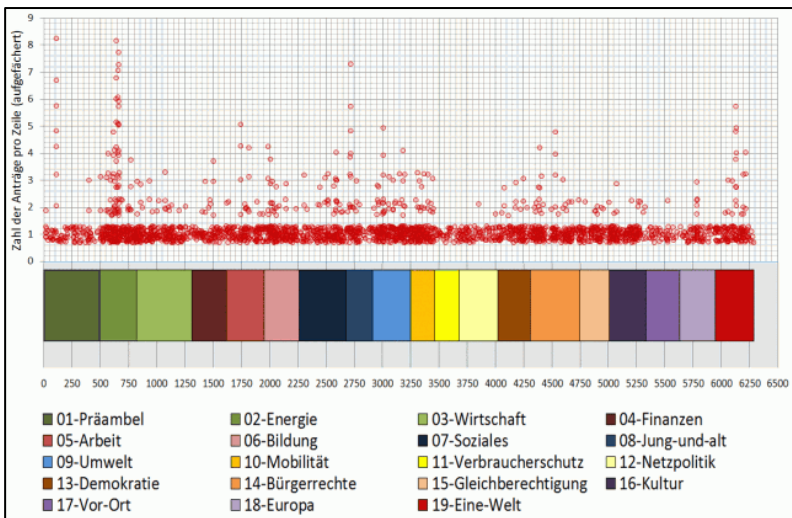
Danach kommt dann mit einem Quotienten von 0,53 das Bildungskapitel. Schule ist ein heißes Thema, zum Hochschulbereich haben wir allein als BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik fast dreißig Änderungsanträge eingereicht, und auch Campusgrün und die Grüne Jugend sind nicht untätig geblieben. Was davon – neben vielen inhaltlichen Präzisierungen und fachlichen Ergänzungen – am Samstag tatsächlich debattiert und abgestimmt werden muss, wird sich zeigen. Ein heißer Tipp meinerseits ist in diesem Antragsfeld das Thema Zivilklausel und Umgang mit Forschungsfreiheit, zu dem eine ganze Reihe an Anträgen vorliegen. In absoluten Zahlen reicht die Zahl der Änderungsanträge pro Kapitel übrigens von 35 Anträgen zum Verbraucher-

Regieren nach Zahlen: Was auf der BDK 2013 ansteht

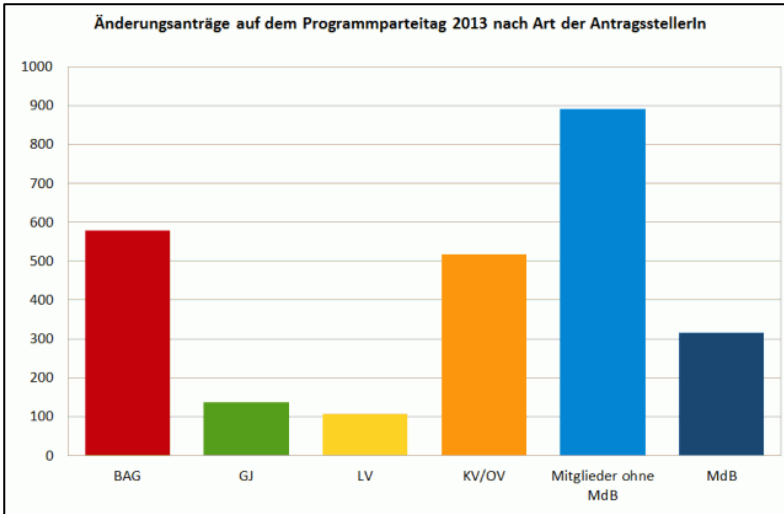
schutz über ein Mittelfeld von 80–150 Änderungsanträgen in den meisten Kapiteln bis zu 203 Anträgen zu Bürgerrechten, 213 zu Wirtschaft und 264 zur Energiepolitik (wiederum ohne Gewähr dafür, dass ich mich nicht verzählt habe).

Warum blogge ich das? Weil ich die große Zahl der – auch wenn's um Himbeeren geht – ernst gemeinten Anträge als Zeichen dafür sehe, das wir eine lebendige Partei sind, die insgesamt ein großes Interesse daran hat, ein durchdachtes und nicht nur an der Oberfläche glänzendes Wahlprogramm vorzulegen.

Nachtrag: Jetzt doch noch eine Darstellung der Hotspots im Programm:



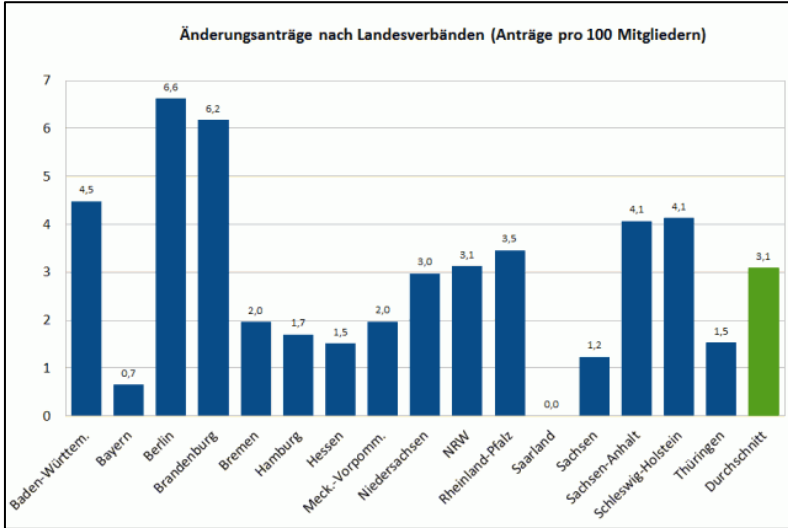
Nachtrag 2 (26.04.2013): Marcel Ernst hat mir gerade noch eine Auswertung nach Erst-AntragstellerInnen geschickt (die Angaben der Landesverbände beziehen sich also nur auf die erste Person, die auf dem Antrag steht, nicht auf alle UnterzeichnerInnen). Danke dafür! Seine Auswertung ergibt folgendes Bild:



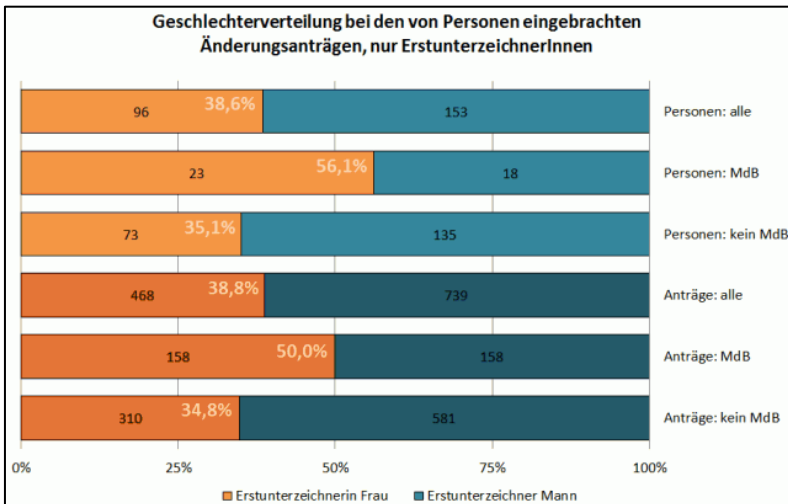
1. Wer stellt überhaupt Anträge zum Programm? Die beiden blauen Balken sind Anträge von Einzelpersonen (47% aller Änderungsanträge haben diesen Charakter). Der größte Teil davon kommt – nach den Erst-antragsstellerInnen – von Mitgliedern, die zumindest keine MdB sind, es sind allerdings, hier nicht ausgewertet, durchaus auch Landtagsmit-glieder und andere FunktionärInnen dabei. Dennoch finde ich es ziem-lich spannend, wie groß der Anteil der Einzelanträge ist.

Auf den Plätzen landen dann die Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG, hier inkl. 53 Anträge des Bundesfrauenrats) mit 23 Prozent aller An-träge sowie Kreis- und Ortsverbände mit 20 Prozent. Führend bei den BAGen ist übrigens die BAG Arbeits, Soziales, Gesundheit (55 Anträge), gefolgt von der BAG ChristInnen (53 Anträge), der BAG Migration und Flucht (52 Anträge), der BAG Energie (39 Anträge) und der BAG Frie-den (35 Anträge). Die Grüne Jugend hat 138 Anträge gestellt (5% aller Änderungsanträge), aus den Landesverbänden (Landesparteitagsbe-schlüsse) kamen weitere vier Prozent aller Anträge.

2. Marcel hat sich dann noch angeschaut, wie viele Anträge aus welchen Landesverbänden kommen (nach dem Landesverband der ErstunterzeichnerIn). Dabei ergibt sich – normiert auf die Mitglieder-



zahl der Landesverbände – folgendes Ergebnis (siehe Abb. oben). In absoluten Zahlen würde dagegen NRW mit 396 Anträgen vorne liegen, gefolgt von Baden-Württemberg mit 393 Anträgen und Berlin mit 352 Anträgen. So – und jetzt muss ich los, abstimmen.

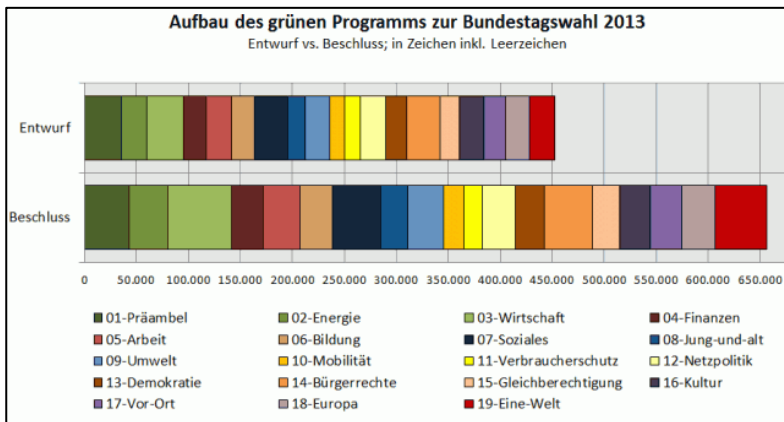


Nachtrag 3: Charlotte Schneidewind-Hartnagel hatte mich darauf aufmerksam gemacht, dass sich aus diesen Daten auch Aussagen zur Geschlechterverteilung ableiten lassen müssten. Das habe ich gemacht – auch hier wiederum nur in Bezug auf die ErstunterzeichnerInnen (im Schnitt gibt es übrigens 4,8 Anträge pro ErstunterzeichnerIn). Dabei ergibt sich diese Darstellung. Soweit ich die Zahlen kenne, entspricht das – sowohl in Bezug auf die Nicht-MdBs als auch in Bezug auf die MdBs – jeweils ganz gut den Geschlechterverhältnissen in der Grundgesamtheit.

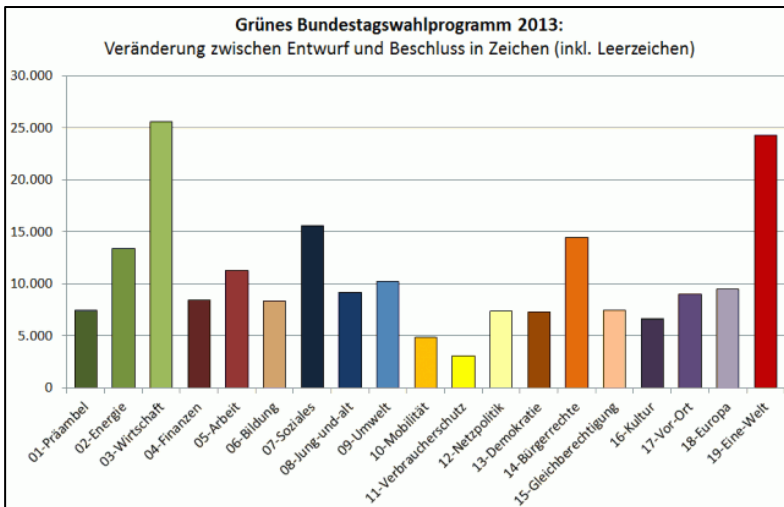
Was auf der BDK mit dem Wahlprogrammentwurf passierte

10. Mai 2013 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Vor dem grünen Programmparteitag (BDK, kurz für Bundesdelegiertenkonferenz) hatte ich ein paar Visualisierungen zu den Änderungsanträgen zum Bundestagswahlprogramm gepostet. Nachdem inzwischen die von der BDK veränderten Texte vorliegen, ist es Zeit für eine kleine Bilanz der Parteitagsarbeit (bzw. der Antragskommissionsarbeit) in drei Diagrammen.



Zunächst einmal fällt auf, dass der verabschiedete Beschluss fast eineinhalb mal so lang ist wie der Entwurf des Wahlprogramms. Ich habe die HTML-Antragstexte von der Website (Zeichen inkl. Leerzeichen) gezählt (bzw. zählen lassen, wozu hat's Programme), und das selbe mit den PDFs der Beschlüsse gemacht, letztere korrigiert um die Fußzeilen etc. Wenn es nicht einen systematischen Fehler dabei gibt, dann sind alle Programmteile länger geworden, einige sogar erheblich länger. In VG-Wort-Normseiten á 1500 Anschlägen waren das vor der BDK knapp 300 Seiten (faktisch eher 150), herausgekommen ist ein Wälzer mit 453 Normseiten (als PDF sind das 191 Seiten).



Da die erste Abbildung nur begrenzt deutlich macht, was sich wie verändert hat, habe ich im zweiten Diagramm (oben) dargestellt, welche Kapitel um wieviel Zeichen gewachsen sind. Im arithmetischen Mittel wuchs jedes Kapitel um 10.705 Zeichen. Im Detail reicht das von einem Plus von 3107 Zeichen im Mobilitätskapitel Kapitel Verbraucherschutz bis zu 24.309 Zeichen im Kapitel „Eine Welt“ und 25.609 Zeichen im Wirtschaftskapitel – das ist jeweils mehr als einzeln Kapitel vorher überhaupt an Zeichen umfasst haben! Diese Ausdehnung hat insgesamt einiges mit

Online-Debatte Schlüsselprojekte Alle Argumente Anmelden

- » Energiewende und Ökologie
- » Gerechtigkeit
- » Moderne Gesellschaft

Dein Argument für Dein Projekt!

Demokratie lebt davon, dass Menschen sich einmischen und mitmachen. Und bei uns GRÜNEN ist Einmischen Programm. Beim grünen Mitgliederentscheid bestimmen erstmals alle Parteimitglieder, welche Projekte wir in einer Regierungsbeteiligung als Erstes anpacken wollen.

Hier könnt ihr im Vorfeld des Mitgliederentscheids über die Schlüsselprojekte des Bundestagswahlprogramms 2013 debattieren.

Jetzt kommt es auf Dich an! Wirb für Dein Projekt, bring das beste Argument und lass es hier debattieren und bewerten.

<http://gruener-mitgliederentscheid.de/schuelsselprojekte/>

Blended Participation: Grüner Mitgliederentscheid gestartet

2. Mai 2013 – So grün, so grün

Während es bei der SPD „Das Wir entscheidet“ heißt, lautet das Leitmotiv des am 2. Mai 2013 gestarteten Mitgliederentscheids von Bündnis 90/Die Grünen „Hier bist Du entscheidend!“. Nach der Urwahl ihrer SpitzenkandidatInnen setzen die Grünen damit zum zweiten Mal einen Beteiligungsakzent im Vorfeld der Bundestagswahl 2013.

In Anlehnung an „blended learning“, also die Mischung von Online- und Offline-Anteilen in Kursen und Seminaren, kann dabei von „blended participation“ gesprochen werden. Statt wie beim „Virtuellen Parteitag“ alleine auf „online“ zu setzen, integriert der Mitgliederentscheid „klassische“ Formen der parteiinternen Meinungsbildung mit Online-Aspekten. In den einzelnen Phasen gibt es dabei unterschiedliche Akzentuierungen.

Grundlage des Mitgliederentscheids ist das von der Bundesdelegiertenkonferenz vom 26. bis 28. April 2013 beschlossene Bundestagswahlprogramm. Dieses Wahlprogramm ist zunächst einmal in ganz herkömmlicher Weise entstanden: Eine vom Bundesvorstand eingesetzte Schreibgruppe hat einen Entwurf vorgelegt. Dieser wurde im Februar 2013 veröffentlicht, so dass dann Mitglieder und Gliederungen

Änderungsanträge dazu stellen konnten. Auf der Grundlage von Verfahrensvorschlägen wurden diese etwa 2500 Änderungsanträge von den Delegierten des Parteitags beraten und abgestimmt; das Gros der Anträge wurde dabei summarisch behandelt, nur in wenigen Fällen gab es Einzelabstimmungen.

Vor der Bundesdelegiertenkonferenz wurde der Programmentwurf in mehreren regionalen Programmforen vorgestellt und diskutiert; zudem gab es mehrfach die Möglichkeit, online Fragen dazu einzureichen. Die Rekordzahl an Änderungsanträgen dürfte mit der breiten Information in der Partei über den Programmprozess zusammenhängen, aber auch damit, dass Plattformen wie Facebook ebenso wie das parteiinterne „Wurzelwerk“ und Tools wie Mailinglisten und Pads selbstverständlich von den Mitgliedern und Gliederungen der Partei dazu genutzt wurden, Änderungsanträge zu schreiben, zu diskutieren und Unterstützungsunterschriften dafür zu sammeln. Einige Schlüsselprojekte wurden dabei im Diskussions- und Abstimmungsprozess verändert oder sogar neu eingefügt.

Ein Bestandteil des Wahlprogramms sind 58 Schlüsselprojekte; d.h. jedem der 18 inhaltlichen Kapitel des Wahlprogramms folgen drei, vier oder fünf Projekte, in denen konkrete politische Vorhaben beschrieben werden, beispielsweise eine verbesserte Kennzeichnungspflicht für gentechnisch hergestellte Lebensmittel, die Erhöhung und der Umbau des Bafögs, die Reform der Drogenpolitik oder den Ausbau des Breitband-Internetzugangs. Darüber, welchen dieser Schlüsselprojekte im Wahlkampf und in etwaigen Koalitionsverhandlungen besonderes Gewicht zukommen soll, soll nun der eigentliche Mitgliederentscheid Auskunft geben.

Dieser gliedert sich in eine Diskussionsphase (Mai 2013) und in die dezentrale Abstimmung. In der Diskussionsphase steht die Website <http://www.gruener-mitgliederentscheid.de> im Mittelpunkt. Auf dieser Website werden zum einen die 58 Projekte – gegliedert in die drei Themenbereiche „Moderne Gesellschaft“, „Gerechtigkeit“ und „Energiewende und Ökologie“ kurz vorgestellt. Jedes einzelne Projekt hat dabei eine



eigene URL und kann über soziale Medien geteilt werden. Dahinter dürfte die Überlegung stehen, im parteiinternen Wahlkampf um die wichtigsten Projekte einen *handle* für einzelne Projekte zu haben, mit dem Interessengruppen und einzelne Mitglieder diese bewerben können. Im Idealfall können sich hier virale Effekte ergeben. Zugleich führt jede Nennung eines der Projekte auf Plattformen wie Facebook, Google plus und Twitter

zu halb-öffentlicher Sichtbarkeit sowohl des Themas als auch des partizipativen Verfahrens und ist damit doppelte Wahlkampfwerbung bereits in der Diskussionsphase.

Die Projekte können aber nicht nur extern beworben werden, sondern sind jeweils online diskutierbar. – allerdings nur für grüne Mitglieder. Dabei wird zwischen Kommentaren, die von allen abgegeben werden können, und „Argumenten“ unterschieden. Argumente – die Ausgangspunkte einer Diskussion – können nur grüne Mitglieder einbringen. Technisch wird dies dadurch erreicht, dass es zum **Kommentieren** Bewerten wie zum Schreiben von Argumenten auf der Mitgliederentscheids-Website notwendig ist, sich mit den Login-Daten des eigenen Wurzelwerk-Accounts einzuloggen. Die so abgegebenen Argu-

mente zu den einzelnen Projekten sind öffentlich sichtbar, und können – wiederum nur von Mitgliedern – kommentiert und bewertet werden. Sie können – nur von Mitgliedern – bewertet und von allen kommentiert werden. Die Projekte mit der meisten Zustimmung werden mit höherer Priorität angezeigt bzw. befinden sich weiter oben in den Listen der Schlüsselprojekte.

Die Begrenzung auf Mitglieder beim Kommentieren hat verschiedene Effekte. Zum einen ist so sichergestellt, dass es sich – zumindest auf der Website, zumindest bei den Hauptargumenten – um eine parteiinterne Meinungsbildung handelt. Kommentare von Lobbygruppen oder konkurrierenden Parteien, die das in der Deliberation gewonnene Meinungsbild verfälschen könnten, werden ausgeschlossen in die Kommentarstränge verwiesen und klar von den Hauptargumenten getrennt. Zum anderen ist zu vermuten, dass die Begrenzung auf Mitglieder dieses Vorgehen das Aufkommen an Spam und beleidigenden Meinungsäußerungen deutlich reduziert und so den Moderationsaufwand für diese Kommentare minimiert. In diesem Sinne nicht kontrollieren lässt sich dagegen Meinungsbildung, die jenseits *gruenermitgliederentscheid.de* stattfindet, etwa auf Facebook.

Prinzipiell hat jedes Parteimitglied Zugangsdaten zum Wurzelwerk, das im Vorfeld der Bundesdelegiertenkonferenz modernisiert und in seiner Attraktivität deutlich aufgewertet wurde. Auch die Antragstellung bei der Bundesdelegiertenkonferenz erfolgte teilweise über ein mit dem Wurzelwerk verbundenes Antragstool. Daten zur Netznutzung durch Parteimitglieder weisen eine für die soziale Zusammensetzung von Bündnis 90/Die Grünen typische hohe Netznutzungsaffinität aus.

Dennoch wurde darauf verzichtet, die immerhin für die Kommunikation im Wahlkampf bedeutsame Entscheidung selbst online stattfinden zu lassen. Aus einer Teilhabe-Perspektive mag dies etwas damit zu tun haben, dass eben auch bei Bündnis 90/Die Grünen nicht alle Mitglieder das Netz nutzen, aus einer Wahlkampf-Perspektive dürfte es aber auch darum gehen, die Mobilisierungs- und Werbeeffekte des Mitgliederentscheids optimal zu nutzen. Der Entscheid selbst findet

deswegen „offline“ statt: Jedes Mitglied bekommt einen Stimmzettel zugesandt und kann diesen per Briefwahl bis zum 8. Juni einreichen. Das soll allerdings der Weg der zweiten Wahl sein – in erster Linie setzt die Partei darauf, dass am 8. und 9. Juni 2013 möglichst alle Kreisverbände vor Ort Mitgliederversammlungen zum Mitgliederentscheid veranstalten. Diese können vom üblichen Setting einer kleinen Kreisversammlung mit 20 bis 30 Leuten bis zu Großveranstaltungen mit mehreren hundert Personen reichen.

Die dezentralen Veranstaltungen sollen durch einen Stream mit einem zentralen Event in Berlin verbunden werden. Unter anderem wird es dabei die Möglichkeit geben, die beiden auf der Website meistdiskutiertesten Projekte auf großer Bühne vorzustellen.

Im Mittelpunkt der dezentralen Veranstaltungen steht – egal, wie sie sonst gestaltet sind – der Wahlakt der anwesenden Mitglieder, die ihren zugesandten Stimmzettel vor Ort abgeben können. Aus den Ergebnissen der Kreisverbände und der Briefwahlstimmen wird das bundesweite Ergebnis des Mitgliederentscheids ausgezählt, und damit festgelegt, welchen Projekten im Wahlkampf eine besondere Aufmerksamkeit zukommt. Durch die vorgeschaltete Diskussionsphase dürfte allerdings auch für andere Projekte die parteiinterne und mediale Aufmerksamkeit steigen, ebenso wie die dezentralen Wahlversammlungen demokratischer Akt und Event zugleich sind.

Demokratiethoretisch interessant ist die Frage nach den mit dem Entscheid verbundenen Risiken. Kann es sein, dass plötzlich völlig „schräge“ Themen an der Spitze landen? Hier bietet das gewählte Verfahren ein dreifaches Auffangnetz:

Erstens handelt es sich „nur“ um eine Auswahl unter den im Wahlprogramm insgesamt bereits beschlossenen Projekten. Damit wird ausgeschlossen, dass völlig neue Projekte an die Spitze gesetzt werden. Alle Projekte sind durch den „Filter“ aus Bundesvorstand, Antragskommission und Bundesdelegiertenkonferenz gegangen. Auf diesem Weg wurde beispielsweise verhindert, dass das Thema „umlagefinanzierter ÖPNV“, das von der Grünen Jugend vorgeschlagen wurde, den Weg ins

Wahlprogramm fand. Damit steht es nicht zur Abstimmung im Mitgliederentscheid.

Zweitens wird mit dem Wahlverfahren verhindert, dass alle Projekte aus einem Bereich kommen. Wie bereits dargestellt, sind die 58 Schlüsselprojekte auf drei große Themenblöcke aufgeteilt. Jedes Mitglied kann nun je Themenblock drei Stimmen vergeben, dazu kommt eine „Joker“-Stimme. Es wird damit unwahrscheinlich, dass sich alle Stimmen in einem Themenblock massieren und nur Projekte aus einem Themenblock unter den neun Spitzenprojekten landen.

Drittens schließlich ist der Entscheid zwar in den Wahlkampf eingebunden, aber keine Urabstimmung im Sinne der Satzung. Die parteiinterne Bindewirkung der Abstimmung ist damit eine extern hergestellte, etwa durch Medienberichte über das Ergebnis. Sie hat aber nicht den bindenden Charakter eines Parteitagsbeschlusses. Entsprechend bleibt relativ wolkig, was genau die ausgewählten Projekte im Vergleich zu anderen Projekten auszeichnet, und in welcher Form diese in den Wahlkampf und gegebenenfalls in Koalitionsverhandlungen einfließen. Es geht nicht darum, zu entscheiden, welche Themen auf den Plakaten stehen, oder was auf jeden Fall in ein Hundert-Tage-Programm aufgenommen werden muss. Hier behalten sich der Bundesvorstand und die SpitzenkandidatInnen also Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten vor. Auch wenn aufgrund der angesprochenen externen Bindung zu vermuten ist, dass es einen gewissen Druck dafür geben wird, dass sich die Ergebnisse des Entscheids etwa in einem Kurzprogramm wiederfinden, es also ohne politische Verwerfungen nicht bei einer reinen Showveranstaltung bleiben kann, ist damit definitiv ein doppelter Boden eingezogen.

Der Erfolg des jetzt gestarteten Mitgliederentscheids wird sich meines Erachtens in drei Dimensionen bewerten lassen:

1. Mobilisierungswirkung: Wie viele Mitglieder nehmen an den Onlinedebatten und letztlich am Entscheid teil? Wie viele Kreisverbände veranstalten dezentrale Termine zum Mitglieder-

Blended Participation: Grüner Mitgliederentscheid gestartet

entscheid? Verändert sich der Bekanntheitsgrad zentraler Projekte in der grünen Anhängerschaft?

2. Öffentliche Sichtbarkeit – der Entscheid als Event: Wie sieht es mit der Medienberichterstattung über den Entscheid und über einzelne Themen aus? Gelingt es, Schlüsselprojekte viral zu verbreiten? Wird in den Medien über das Ergebnis berichtet?
3. Partizipative Wirkung – wird „Hier bist Du entscheidend!“ tatsächlich umgesetzt? Wie geht die Parteispitze mit den letztlich ausgewählten Projekten um? Entfaltet die Entscheidung der Mitglieder über die „neun wichtigsten Projekte unserer Regierungsbeteiligung“ (Website) tatsächlich eine Wirkung im Sinne einer Prioritätensetzung, die es ohne Mitgliederentscheid nicht gegeben hätte?

Unabhängig davon kann der Mitgliederentscheid, der in dieser Form neu in der deutschen Parteienlandschaft ist, als charmantes und kluges Experiment gesehen werden, den sicherlich auch dem Auftauchen der Piratenpartei zu verdankenden Beteiligungsschub konkret umzusetzen. Besonders interessant erscheint dabei aus meiner Sicht die konzeptionell gelungene Verkoppelung aus Online- und Offline-Elementen zu einer „blended participation“.

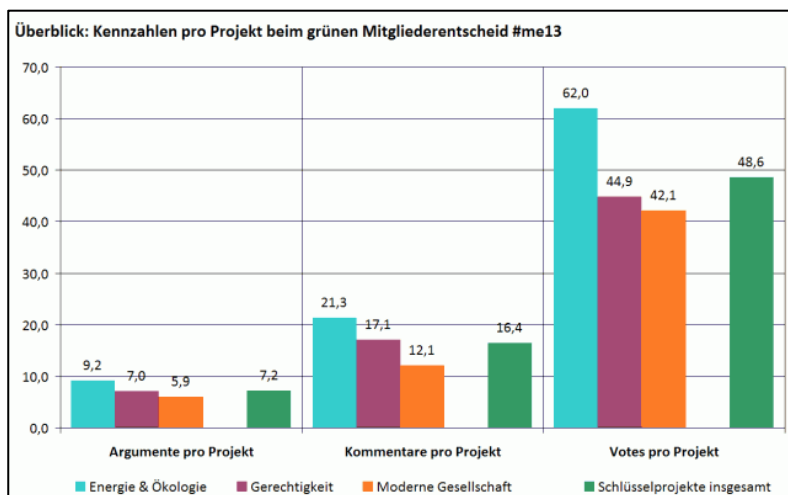
Warum blogge ich das? Weil ich spannend finde, was hier passiert, und seit dem Virtuellen Parteitag, der inzwischen auch schon wieder über ein Jahrzehnt zurückliegt, beobachte, was meine und andere Parteien mit Onlinekommunikation demokratisches anstellen.

Einige Kennzahlen zum grünen Mitgliederentscheid

9. Juni 2013 – So grün, so grün

An diesem Wochenende finden die Urnenwahlen in den Kreisverbänden zum grünen Mitgliederentscheid #me13 statt; schon davor haben sicherlich viele ihre Stimme per Briefwahl abgegeben. Und es konnte auf der Website diskutiert und gevotet werden. Wie der Mitgliederentscheid ausgegangen ist, wird am 12. Juni feststehen. Einige Hinweise, wie er ausgehen könnte, gibt die Diskussion auf der Website. In absoluten Zahlen ist es vermutlich nur ein relativ kleiner Teil der grünen Mitglieder, der sich hier beteiligt hat (das habe ich nicht gezählt, ebenso wie ich keine qualitative Auswertung der Diskussion dort durchgeführt habe). Was sich aber relativ einfach zählen lässt, ist die Zahl der Argumente (Diskussionsbeiträge grüner Mitglieder zu den 58 Schlüsselprojekten), die Zahl der Kommentare zur diesen Argumenten (öffentlich) sowie die Bewertung der Argumente (durch grüne Mitglieder).

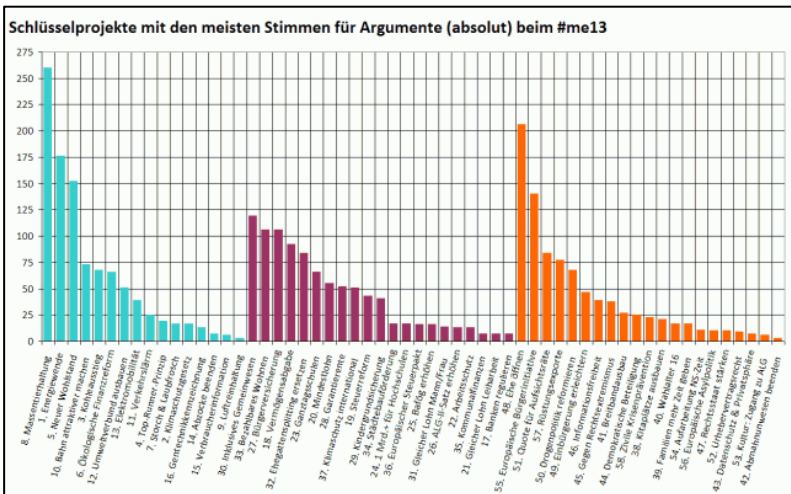
Insgesamt gibt es 58 Schlüsselprojekte. Zu diesen wurden 419 Argumente auf *gruener-mitgliederentscheid.de* eingestellt, zu denen es



954 Kommentare und 2819 Votes gab. Pro Projekt sind das im Schnitt 7,2 Argumente, pro Argument gab es im Schnitt 2,3 Kommentare und 6,7 Votes. Dabei wurde der Bereich „Energie und Ökologie“ deutlich intensiver diskutiert als das Themenfeld „Gerechtigkeit“ bzw. die „Moderne Gesellschaft“, wie die vorhergehende Abbildung zeigt.

Pro Projekt gab es jeweils mindestens ein Argument, maximal 26. Bei den Kommentaren geht die Bandbreite von null Kommentaren bis zu 93 Kommentaren für ein Projekt, bei den Votes (die ja für Argumente vergeben wurden) von drei Stimmen bis zu 260 Stimmen pro Projekt. Argumente und Votes korrelieren miteinander. Die absolute Zahl der Votes – summiert über alle Argumente zu einem Projekt – dürfte, da sich hier nur grüne Mitglieder beteiligen konnten, durchaus etwas darüber aussagen, als wie relevant bestimmte Schlüsselprojekte empfunden wurden. Wenn die tatsächliche Abstimmung ähnlich ausfällt wie das Voting für gute Argumente, dann kommt dabei folgendes heraus:

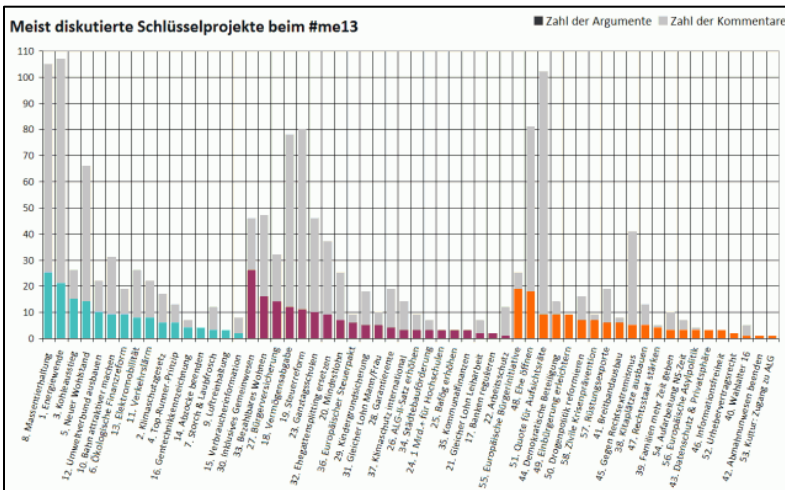
Demnach wären im Bereich „Energie & Ökologie“ die Kritik der Massentierhaltung (Projekt 08), die Energiewende (Projekt 01) und neue Wohlstandsindikatoren (Projekt 05) ganz vorne. Im Bereich „Gerechtigkeit“ würde das inklusive Gemeinwesen (Projekt 30) vor der Mietenproblematik (Projekt 33) und der Bürgerversicherung (Projekt 27)



landen. Auch Vermögensabgabe und Abschaffung des Ehegattensplittings sind hier noch recht weit vorne, wie insgesamt die Verteilung deutlich „flacher“ ausfällt. In der „modernen Gesellschaft“ ist die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (Projekt 48) zumindest den summierten Votes zu Folge das Top-Projekt. Mit deutlichem Abstand folgt die viel beworbene europäische Bürgerinitiative (Projekt 55) und – wiederum mit Abstand ein Cluster aus der Frauenquote für Aufsichtsräte (Projekt 51), der Einschränkung der Rüstungsexporte (Projekt 57) und der Reform der Drogenpolitik (Projekt 50).

Ich befürchte, dass meine Lieblingsprojekte am Schluss ganz ähnlich dastehen werden wie in diesem Voting – das betrifft die Hochschulpolitik, aber auch die Informationsfreiheit und den Internetausbau, die in ihren Themenfeldern jeweils im Mittelfeld gelandet sind.

Zum Schluss noch der Hinweis darauf, dass die Zahl der Kommentare (die auch von Nicht-Grünen abgegeben werden konnten) und die Zahl der auf Mitglieder beschränkten Argumente nicht unbedingt in einem Zusammenhang stehen. Beispielsweise wurde die Steuerreform oder die Vermögensabgabe intensiv kommentiert (siehe Abb. oben).



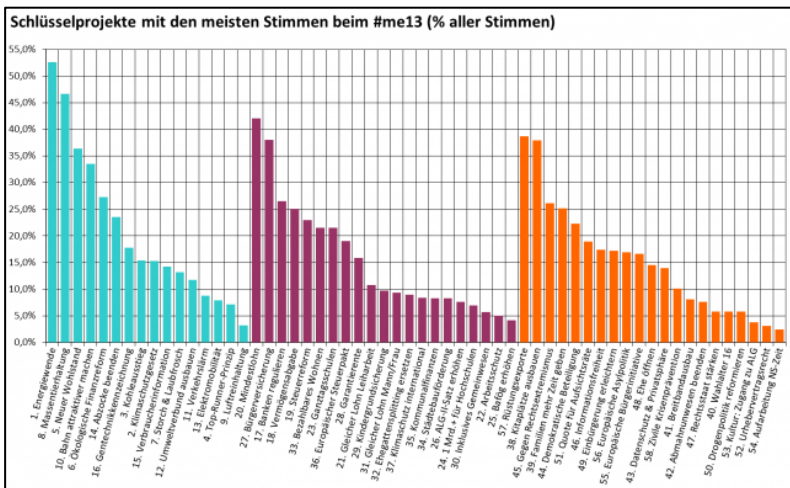
Warum blogge ich das? Wenn ich schon nicht zu einer qualitativen Auswertung der Onlinedebatte zum Mitgliederentscheid komme, dann doch zumindest ein paar quantitative Daten – der nächste Schritt ist dann nach dem 12.6. die Verknüpfung mit den tatsächlichen Abstimmungsergebnissen.

Nach dem Mitgliederentscheid

12. Juni 2013 – So grün, so grün

Am Samstag habe ich mir einige Kennzahlen zum grünen Mitgliederentscheid angeschaut. Heute wurde nun das Ergebnis verkündet.

An der Urabstimmung teilgenommen hat wohl ein gutes Viertel der Mitglieder – 26,2 Prozent, habe ich gehört. Das sind nicht alle, aber sicherlich mehr als die „mittlere Funktionärebene“ der Aktiven in den Landesparteien und in der Bundespartei. In Zahlen wären das bei etwa 60.000 Mitgliedern dann rund 16.200 Personen. Gerade im Vergleich mit den Zahlen zur Onlinebeteiligung finde ich das eine beachtliche Mitglieder motivation (manche sprechen dabei auch von Gamification der politischen Beteiligung – sei’s drum).



In zwei Drittel aller Kreisverbände fanden Mitgliederversammlungen samt Urnenwahl statt, viele haben die Möglichkeit zur Briefwahl genutzt. Ich denke, dass die Auseinandersetzung mit den 58 zur Wahl stehenden Schlüsselprojekten für viele grüne Mitglieder ein erster Schritt dazu war, sich aktiv mit den Beschlüssen zum Bundestagswahlprogramm zu befassen – Mobilisierung und Fortbildung in einem.

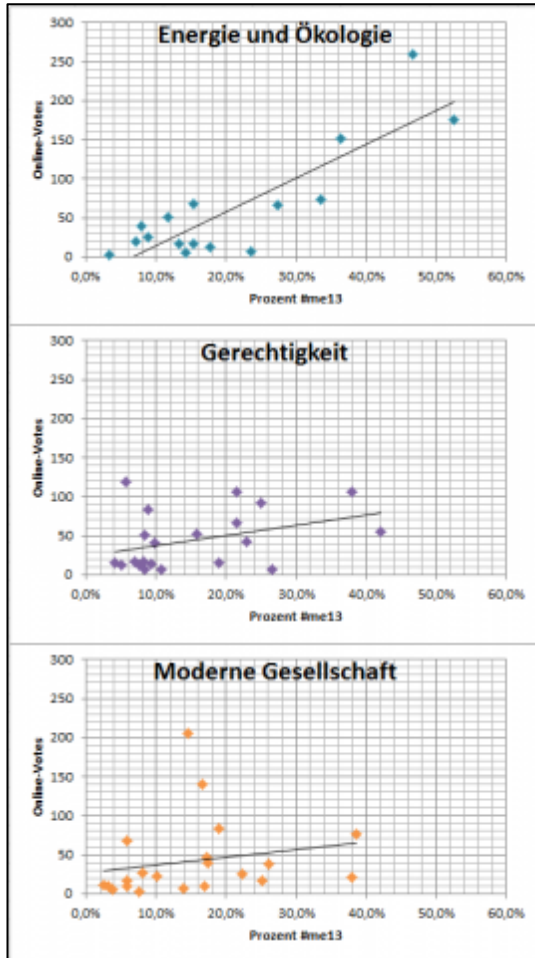
Das Ergebnis der Abstimmung (siehe Abbildung vorherige Seite) entsprach im Bereich Energie und Ökologie meinen Erwartungen, in den anderen beiden Bereichen wurde das, was an Prioritäten bisher erkennbar gewesen war, ziemlich durcheinander gewürfelt. Dargestellt sind in der Abbildung die Prozent der Gesamtstimmen – abgegeben werden konnten ja je Bereich drei Stimmen, dazu kommt die Jokerstimme, die nicht extra ausgewertet wurde, sondern dazu addiert wurde. Da es im Bereich „Energie und Ökologie“ 16 Projekte gab, in den anderen beiden jeweils 21, verwundert es nicht, dass die Spitzenprojekte dort jeweils deutlich besser abschneiden als die Spitzenprojekte bei der „Gerechtigkeit“ oder der „Modernen Gesellschaft“. Die Abbildung zeigt auch, dass die ersten beiden Projekte jeweils mit einem sehr deutlichen Vorsprung vor allen anderen gewählt wurden, und dass die Plätze drei und vier jeweils fast gleichauf liegen. Wer will, kann jeweils drei oder vier Gruppen unterscheiden: Die zwei Topprojekte je Bereich, eine Gruppe von vier bis fünf „Runner-Up“-Projekten mit jeweils relativ ähnlichen Ergebnissen, und die dann „ferner liefen“.

Persönlich schmerzt es mich etwas, dass beide Hochschulprojekte (24 und 25) im Bereich „Gerechtigkeit“ sehr schlecht abgeschnitten haben – hier warf die Konkurrenz durch die großen sozial- und finanzpolitischen Themen einfach zu groß. Bei den netzpolitischen Projekten hat der Ruf nach Informationsfreiheit und Transparenz (Projekt 46) mit 17,4 Prozent noch einigermaßen passabel abgeschnitten. Datenschutz (14,0%), Breitbandausbau (8,1%) und Urheberrecht (7,7% bzw. im Kunstbereich nochmal 3,2%) kamen dagegen auf weniger gute Werte. Mein Kreisverband scheint in dieser Hinsicht übrigens ziemlich repräsentativ für die Partei zu sein – ich durfte auf unserer Mitgliederent-

scheids-Versammlung die hochschul- und die netzpolitischen Projekte vorstellen, erntete bei der Hochschulpolitik ein paar Nachfragen zu Details, aber wenig Interesse, und durfte mir bei den Netzthemen jenseits der Informationsfreiheit durchaus auch kontroverse Meinungen anhören. Beide Themenfelder haben die breite Basis der Partei nicht als *Leitprojekte* für die Bundestagswahl und eine eventuelle Regierungsübernahme überzeugt. Das heißt nicht, dass die Partei denen, die sich damit auseinandersetzen und dort aktiv sind, nicht ausreichend Raum und Rückhalt für durchaus gute Konzepte gibt (die ja weiterhin Teil des Wahlprogramms sind), sondern es heißt, dass die Zentralität, die ich beiden Themenfeldern zuweise, insofern es dabei um die zukünftige Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe und um den produktiven Kern einer Wissens- und Wissenschaftsgesellschaft geht, wird wohl von der Mehrheit der Mitglieder nicht so gesehen. Hier besteht also noch großer parteiinterner Überzeugungsbedarf!

Abgesehen davon finde ich persönlich die Auswahl der Top-Projekte durchaus gelungen: Energiewende, Massentierhaltung und die Frage nach den Grenzen des Wachstums sind grüne Kernthemen mit großer Mobilisierungsfähigkeit und Resonanz. (Auch die ökologische Finanzreform und die Bahnpolitik auf den Plätzen fünf und vier passen gut ins Kernprofil der Partei). Im Bereich „Gerechtigkeit“ stehen mit Mindestlohn und Bürgerversicherung zwei klare Sozialprojekte an der Spitze. Der Wunsch nach gesellschaftlicher Solidarität und gegen die Spaltung der Gesellschaft ist hier sehr deutlich. Auch die folgenden drei Projekte – die Regulierung der Finanzmärkte auf Platz drei, die Vermögensabgabe auf Platz vier und die heiß diskutierte Steuerreform mit immerhin noch 22,9 Prozent der Stimmen auf Platz fünf – stehen für das Profil, gesellschaftliche Solidarität wieder herzustellen, Bürgertum hin oder her. In der „Modernen Gesellschaft“ ist die Kritik an Rüstungsexporten ganz oben gelandet, gefolgt von Kitaplätzen statt Betreuungsgeld. Auf den Plätzen drei bis fünf folgen der Kampf gegen den Rechtsextremismus, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle sowie mehr demokratische Beteiligung. Das ist definitiv eine gute grüne Mischung.

Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen



Noch ein paar Worte zur Frage der Vorhersagekraft der Onlinedebatte. Ich hatte ja die Kommentare und Votes ausgezählt und festgestellt, dass diese recht gut zusammenpassen. Werden jetzt die Votes auf der Onlineplattform, die nur von Mitgliedern verteilt werden konnten, mit dem Abstimmungsergebnis verglichen, ergibt sich eine Überraschung, wie die obige Abbildung zeigt (auf der horizontalen Achse ist jeweils

das Ergebnis beim Mitgliederentscheid aufgetragen, auf der vertikalen Achse die Zahl der Online-Stimmen für Argumente zu diesem Projekt; rechts sind Gewinner der Urabstimmung, oben die Gewinner des Online-Votings).

Ich habe das nicht ausgerechnet, aber im Bereich „Energie und Ökologie“ sieht es nach einer klaren Korrelation aus: Wird nur dieser Bereich betrachtet, wirkt es so, als hätte das Online-Voting eine deutliche Vorhersagekraft für die echte Abstimmung gehabt. Zwar sind Platz 1 und 2 vertauscht, aber es ist doch ein deutlicher Zusammenhang zu erkennen. Anders sieht es bei der „Gerechtigkeit“ und erst recht bei der „Modernen Gesellschaft“ aus. Die Projekte, die in letzterem Bereich mit deutlich Abstand online ganz vorne lagen – „Ehe öffnen“, der orangene Punkt bei 200 Online-Votes, und die (von mir falsch benannte) europäische Bürgerinitiative, also der Demokratiekonvent für Europa, bei etwa 150 Votes – sind in der echten Abstimmung beide nur im Mittelfeld gelandet. Ein Zusammenhang zwischen Online-Votes und echter Abstimmung ist nicht zu erkennen. Dies verwundert insbesondere hinsichtlich des Europa-Projekts 55, für das es eine regelrechte Werbekampagne gab. (Aber auch der Pressewirbel der *taz* für den Laubfrosch hat diesem nicht wirklich genutzt).

Eine mögliche Erklärung für diese Unterschiede zwischen „Energie und Ökologie“ und den anderen Bereichen sehe ich in der größeren Projektheterogenität in den beiden Bereichen, vielleicht auch darin, dass Energiewende, Umweltthemen allgemein, eine latente Wachstumskritik, und selbstverständlich auch der Tierschutz nach wie vor zentrale grüne Herzensthemen sind. Grüne mögen unterschiedliche Auffassungen dazu vertreten, welche Steuersätze richtig sind, wie Entwicklungspolitik und Drogenpolitik am besten gelingen, oder wo die Grenzen der Forschungsfreiheit liegen sollen. Energie- und UmweltexpertInnen sind wir dagegen alle.

Nachdem die Votes bei der Online-Abstimmung eine andere Funktion hatten – im Kern ging es ja darum, die Güte von Argumenten zu bewerten – sollten diese Divergenzen zwischen Online-Abstimmung und Ba-

sisvotum nicht überbewertet werden. Dass die Vorhersagekraft des Online-Votums insgesamt gesehen gering war, kann daher, meine ich, nicht im Umkehrschluss als Argument über die geringe Repräsentativität digitaler Beteiligung herangezogen werden, sondern ist eher eine Aussage darüber, dass es sich eben doch um zwei paar Stiefel handelt.

Warum blogge ich das? Weil ich, Gamification hin oder her, den Mitgliederentscheid als interessantes Experiment der innerparteilichen Mobilisierung und Belebung sehe.

P.S.: Dass es, wenn 58 Projekte zur Abstimmung stehen und davon neun ausgewählt werden, am Schluss 49 Projekte gibt, die nicht an der Spitze landen, war übrigens vorhersehbar.¹

Wahrheit oder Pflicht: Nachbetrachtung zum grünen Mitgliederentscheid

30. Oktober 2013 – So grün, so grün

Eine Besonderheit des grünen Bundestagswahlkampfs 2013 war der Mitgliederentscheid (kurz #me13). Nach dem Beschluss des Wahlprogramms durch die Bundesdelegiertenkonferenz waren alle Mitglieder der Partei aufgerufen, in einer Mischung aus Online-Debatte und Offline-Abstimmung zu entscheiden, welche der 58 Schlüsselprojekte aus dem Wahlprogramm zentral für den Wahlkampf sein sollen (siehe dazu auch [Blended Participation: Grüner Mitgliederentscheid gestartet, Einige Kennzahlen zum grünen Mitgliederentscheid](#) und [Nach dem Mitgliederentscheid](#)).

¹ Und natürlich hat niemand beim Kampf um die Schlüsselprojekte im Prozess rund um das Bundestagswahlprogramm ernsthaft darüber nachgedacht, wie viele wie ausgerichtete Projekte die besten Chancen haben, beim Mitgliederentscheid gewählt zu werden. Denke ich jedenfalls. Was mich zu der Frage führt, was denn jetzt konkret mit den ausgewählten neun Projekten geschieht. Aber das ist noch einmal eine ganz andere Geschichte.

Ich schrieb im Mai 2013, dass es drei Kriterien sind, an denen sich der Erfolg des Mitgliederentscheids bewerten lässt: 1. die Mobilisierungswirkung, also die Frage, wie viele Mitglieder an den Debatten teilnehmen, wie hoch die Beteiligung am Entscheid ist, und welches Echo die gewählten Projekte entfalten; 2. die Sichtbarkeit, ob es also gelingt, den Mitgliederentscheid öffentlich sichtbar zu machen, und 3. die partizipative Wirkung, wie weit die Ergebnisse also tatsächlich im Wahlkampf und danach eine Rolle spielen. Jetzt, nach der Wahl, ist der richtige Zeitpunkt, um anhand dieser drei Kriterien eine abschließende Bilanz zum Mitgliederentscheid zu ziehen.

Bezogen auf die *Mobilisierungswirkung* fällt die Bilanz im Nachhinein gemischt aus. An der Abstimmung haben sich 26,2 Prozent der Mitglieder beteiligt, das ist für eine Urabstimmung ordentlich (bei der Urwahl der SpitzenkandidatInnen lag die Beteiligung allerdings deutlich höher). Zwei Drittel aller Kreisverbände haben den Mitgliederentscheid zu Veranstaltungen genutzt. Deutlich geringer war dagegen die Teilnahme an der Online-Debatte (419 Argumente, 954 Kommentare, 2819 Votes – bei über 60.000 Mitgliedern). Nur spekulieren lässt sich über die Nachhaltigkeit der Mobilisierungswirkung – ich vermute, dass es damit nicht zum Besten bestellt ist. An eine Stimmung des „wir haben entschieden – jetzt rein in den Wahlkampf“ erinnere ich mich jedenfalls nicht. Und auch die Ergebnisse des Entscheids haben sich nicht ins Gedächtnis der Partei eingeschrieben – wer kann spontan sagen, was die gewählten neun Projekte waren?¹

Wie ist es um die *Sichtbarkeit* bestellt? Da es auch in anderen Parteien ähnliche Beteiligungsprojekte gab, war der Mitgliederentscheid selbst nicht das Ereignis, das sich manche vielleicht erhofft hatten. Über das Ergebnis wurde durchaus berichtet. Hier wurde allerdings schon deutlich, dass – was sich dann am Wahlabend bestätigte – dieser Wahl-

¹ Im Bereich „Ökologie“ waren es Energiewende, Massentierhaltung und die Frage nach den Grenzen des Wachstums; im Bereich „Gerechtigkeit“ Mindestlohn, Bürgerversicherung und die Regulierung der Finanzmärkte sowie im Bereich „Moderne Gesellschaft“ die Kritik an Rüstungsexporte, Kitaplätze statt Betreuungsgeld sowie der Kampf gegen Rechtsextremismus.

kampf einer werden würde, bei dem das Agendasetting nicht in der Hand der Partei liegt. Einige Medien machten sich über einzelne Projekte lustig (exemplarisch dafür der „Laubfrosch“ bei *Spiegel Online*, auch in der *taz* gab es ähnliche Texte), typisch für die Berichterstattung nach dem Bescheid dann die Schlagzeile der *Süddeutschen Zeitung*: „Grüne Basis verschmäht Trittins Lieblingsthemen“ – schon im Sommer 2013 war das die Steuerpolitik, die es eben nicht unter einen der drei Spitzenplätze in ihrem Bereich geschafft hatte.

Damit sind wir auch schon bei der Rolle, die die Ergebnisse des Mitgliederentscheids im Wahlkampf gespielt haben – wie war die *Partizipationswirkung*. Interessant erscheint mir, was Börje Wichert hierzu in einer medien- und kommunikationswissenschaftlichen Perspektive auf den grünen Wahlkampf schreibt:

„Eine Erzählung ist das Programm nicht. Im Nachhinein kritisch zu betrachten ist vor dem Hintergrund der Notwendigkeit medialer Vermittlung auch die Mitgliederbefragung zu den zehn [sic!] wichtigsten Punkten, mit denen die Grünen in den Wahlkampf gehen sollten. Zwar mag die Abstimmung ein Ausbund an Basisdemokratie gewesen sein, sie war aber auch eine Einladung zu noch stärkerer Fragmentierung der ohnehin nicht konsistent zu einer Geschichte verwobenen Inhalte.“

Da hat er recht. Gleichzeitig war die Sichtbarkeit der Ergebnisse des Entscheids im Wahlkampf beschränkt. Einige Plakate nahmen Themen des Entscheids auf (Energiewende, Mindestlohn, „Mensch vor Bank“, Kitaplätze, ggf. das Kuhplakat in Bezug auf Massentierhaltung). Wie weit die Plakate auf die Ergebnisse des Entscheids hin angepasst wurden oder nicht, dazu gibt es unterschiedliche Geschichten. Soweit ich mich erinnere, wurde die Plakatkampagne nicht explizit – als politisches Narrativ – mit den Themen des Entscheids verknüpft. Auch das „Und du?“, das im Prinzip die beteiligungsorientierte Haltung der Mitgliederentscheids-Kampagne aufgriff, stand isoliert. Wie Börje schreibt: Es fehlte eine Geschichte, in die diese Elemente eingeflochten wurden.

Wahrheit oder Pflicht: Nachbetrachtung zum grünen Mitgliederentscheid



Im Nachhinein betrachtet, kommt es mir so vor, als hätten unterschiedliche Kräfte in der Partei versucht, unterschiedliche Geschichten zu erzählen. Das eine ist das Narrativ der Beteiligungspartei – Urwahl, Entscheid, der sich dann in der Kampagne wiederfindet, das „Und du?“. Das andere ist das Narrativ der finanzpolitisch ehrlichen Partei, die Steuerkampagne. In Talkshowauftritten und Wahlkampfreden spielte die zweite Geschichte eine überragende Rolle – und delegitimierte damit zugleich das erste Narrativ. Das verstärkte dann den Eindruck einer Partei mit vielen Themen ohne „grünen Faden“.

Vielleicht ist es etwas zu zugespitzt, aber unterm Strich gewinne ich den Eindruck, dass wir als Partei die Ergebnisse des Entscheids zwar im Wahlkampf aufgenommen haben (neben den Plakaten sind hier insbesondere auch die 9-Punkte-Miniflyer zu erwähnen, die als Material ver-

teilt wurden), dass wir uns aber letztlich nicht getraut haben, aus der Beteiligung die große, übergreifende Geschichte zu machen, sondern uns andere Geschichten haben aufdrängen lassen. Damit entsteht das Bild eines halbherzigen Umgangs mit den Ergebnissen des Entscheids. Manche (die Energiewende, die gegen Ende des Wahlkampfes betont wurde) wurden stark betont, andere (Wachstumskritik, Kampf gegen Rechts) spielten keine große Rolle. Das aber ist dann eher Beliebigkeit als Beteiligung.

Nach der Wahl mit dem bekannten Ergebnis erlebten die neun Schlüsselprojekte dann noch ein zweites Leben: Sie wurden herangezogen, um die Sondierungsgespräche mit der CDU abzubreaken. Ob das der angedachte Verwendungszweck war, als die Mitglieder im Mai ihr Kreuzchen für die aus ihrer Sicht wichtigsten Schlüsselprojekte machten?²

In der *Gesamtbetrachtung* changiert der Mitgliederentscheid zwischen modischem Beteiligungsspiel und dem Versuch, eine klare Kursbestimmung durch die Basis herbeizuführen. Neben methodischer Kritik (z.B. die Aufteilung der Projekte auf drei Großbereiche, die Frage, was aus dem Wahlprogramm überhaupt den Status eines potenziellen Schlüsselprojekts bekommt) ist es diese Unentschlossenheit, die den Mitgliederentscheid zu einer weiteren Stimme in einem vielstimmigen Wahlkampfchorus machte, dem die darunterliegende Melodie fehlte. Aber gerade in dieser Halbherzigkeit, böse gesagt: in einer Instrumentalisierung von Beteiligung, verfehlte der Mitgliederentscheid die mögliche Wirkung. Damit will ich nicht sagen, dass ein Wahlkampf, der sich geschlossen und mit grüner Stärke – in allen Arenen, nicht nur in ausgewählten Spielplätzen – auf die neun gewählten Schlüsselprojekte konzentriert hätte, erfolgreicher gewesen wäre. Aber er wäre ehrlicher gewesen als der Formelkompromiss aus Beteiligung und Agenturwahlkampf, den wir jetzt erlebt haben, und der letztlich doch einen schalen Geschmack hinterlässt.

Warum blogge ich das? Um offene Fäden zuzuknoten.

² Das betrifft übrigens auch all diejenigen, die jetzt behaupten, die neun Projekte seien unser Leitstern für die nächsten vier Jahre.

Aufwärmübung

26. Juni 2013 – Politik und Gesellschaft



Günther Grass und Willy Brandt, 1972 – CC-0, Quelle

Es muss eine Zeit gegeben haben – vielleicht so zwischen 1960 und 1980, mit meinem Geburtsjahrgang 1975 bin ich ein klein wenig zu jung dafür, um das bewusst mitgekriegt zu haben – in der es total wichtig war, die führenden öffentlich-rechtlichen sozial-liberalen Großintellektuellen für SPD-Kampagnen zu gewinnen. Vielleicht ist es nur ein Gerücht, aber möglicherweise hat Willy Brandt damals so seine Wahl gewonnen, mit der breiten Unterstützung durch Vordenker und Leute wie z.B. Günther Grass. So die pfeifenrauchenden Weltdeuter (m.), die erklärten, wie wichtig Willy wählen wäre.

Vielleicht ist das damals schon vor allem Inszenierung gewesen. Möglicherweise gab es auch einen echten Willen aus dem Wahlvolk heraus, einen Wechsel herbeizuführen. Der sich schon vor der Wahl darin gezeigt hat, den angedachten und gewollten Wechsel mit dem eigenen Na-

men zu unterstützen. *Clicktivism*, heißt das heute. Oder dafür sogar, und da kommen wir dem Bewegungsbegriff näher, auf die Straße zu gehen. Mit anderen darüber zu reden. „Überzeugungsarbeit zu leisten“.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten denken, so scheint es mir, gerne an diese Zeit zurück. Und was damals richtig war, kann heute nicht falsch sein. Das mag einer der Gründe dafür sein, warum schwarz-weiße Fotografien wichtiger Vordenker (m.) auch heute noch gerne verwendet werden, um für den Wechsel zu werben.

Keine Frage: Dieses Land hat dringend einen Wechsel notwendig. Wenn ich mir was aussuchen könnte, dann einen, als dessen Ergebnis eine grün-rote Regierung eine Bundeskanzlerin wählt. Oder sogar einen solchen Wechsel, bei dem eine gewagte Dreierkonstellation an die Macht kommt, um die vage linke Mehrheit in diesem Land in politische Gestaltung umzusetzen. So ein Wechsel wäre prima, und noch wichtiger: so ein Wechsel wäre wichtig. Weil ziemlich viel falsch läuft. Die gelungene grüne Vorwahl-Angriffskampagne macht deutlich, was da alles schief läuft.

Leider scheine ich damit – also mit der Idee, dass Grün-Rot Deutschland voranbringen würde – in einer Minderheit zu sein. Gefühlt geht es mir selbst mit der Idee, dass so ein Wechsel eine tolle Sache wäre, ganz ähnlich. Vor der Wahl 2011 war das spürbar. Da waren Leute mit Ideen, Bürgerinnen und Bürger, die vor Ort auf Wände gestoßen sind. Die neue Schulformen ausprobieren wollten. Die Windräder bauen wollten. Die mit Ehrenamt jenseits der konservativen Matrix nicht wirklich auf Unterstützung stießen. Da lag ein Wunsch nach Neustart in der Luft.¹

Lassen sich soziale Bewegungen künstlich erzeugen? Das ist so ähnlich wie beim viralen Marketing: Es funktioniert nicht, wenn es nicht einen Kern gibt, der echt ist. Der – beim Marketing – wirklich witzig ist und dazu animiert, ein Mem, ein Filmchen, ein Bild weiterzugeben. Der

¹ Mappus und Fukushima haben die Realisierung dieses Wunsches möglich gemacht. Aber ohne dieses spürbare Gefühl „hier muss dringend was passieren, sonst passiert was“ – ohne das wäre der Wechsel in Baden-Württemberg nicht möglich gewesen. Und ja: Ich glaube, zum Teil zehren wir immer noch davon – und werden letztlich auch daran gemessen werden, wie erfolgreich wir ausgemistet und durchgelüftet haben.

Aufwärmübung

– bei der sozialen Bewegung – in Herzen brennt. Wo es einen solchen Kern gibt, ein hoffnungsfrohes Projekt, eine zutiefst gemeinsam empfundene Ungerechtigkeit, und wo dann noch Leute dazukommen, die mobilisieren und organisieren – da klappt es mit der Bewegung. Aber ohne diesen Glutkern geht es nicht. Glaube ich. Das sieht dann zum Beispiel so aus:



Oder so:



Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen

Oder so:



Oder auch so:



Die Idee ist klar geworden, glaube ich. Egal, ob Bildungsstreik, Spontane-Stuttgart-21-Aktivitäten oder der Kampf gegen die Atomkraft: Leute brennen für etwas, oder sind zutiefst empört. Und zeigen das. Bewegung.

Und jetzt kommt der unangenehme Teil, weil ich ja schlecht im Wahlkampf gegen die eigene Partei stänkern kann. Der unangenehme Teil ist mir heute abend auf Twitter und Facebook begegnet. Als Parteibasis (na, als Element der mittleren Funktionärssebene) war das auch die er-

ste Begegnung. Und nein: Liebe auf den ersten Blick sieht anders aus. Die Rede ist von #bewegungjetzt.

Vielleicht muss ich noch eines vornewegschicken. Ich lasse mich ungerne von Massen begeistern, und ich halte die Menschen für eigentlich gar nicht so dumm. Etwas gut finden müssen finde ich schrecklich. Und runterzukochen, zu vereinfachen, jede Komplexität aus einem Argument zu entfernen, nur um anzukommen: Das mag ich nicht. Diese Abwehrreaktion ist möglicherweise nicht sonderlich klug von mir. Als Soziologe ist mir die Existenz unterschiedlicher Milieus mit unterschiedlichen Hintergrundwissensräumen durchaus bewusst. Aber sich bewusst, instrumentell daran zu orientieren, statt für das richtige einzutreten, weil es richtig ist – das kann schwierig werden. Oder anders gesagt: Vielleicht bin ich auch einfach nicht die Zielgruppe.

Heute abend jedenfalls erstaunten mich Begeisterungstürme grüner Bundestagsabgeordneter auf den sozialen Kanälen. Heute mittag gab es noch die eine oder andere leise Nostalgie wegen dieser oder jener letzten Ausschusssitzung, aber dann wurde in die Tröte geblasen. „Es geht loos!“ hieß es da beispielsweise.

Das trifft es ganz gut. Was da los ging, war die Inaugurationsfeier – das Wetter spielte wohl nicht so mit – für eine Website.² Im Impressum stehen zwei Abgeordnete (Kerstin Andreae, Freiburger Grüne und Spitzenkandidatin in Baden-Württemberg, und Hubertus Heil, wohl ein Sozialdemokrat) sowie zwei publizistisch aktive parteiliche Nachwuchsellektuelle (Tobias Dürr, *Berliner Republik*, rot und Peter Siller, *polar*, grün). Eingeweiht wurde mit allerlei Prominenz: Steinmeier, Trittin, Göring-Eckardt, ... und zu den großen grünen und roten Abgeordneten und MinisterInnen kommt dann in der Manifest-ErstunterstützerInnen-Liste noch der eine oder andere Künstler und Denker. Ich sagte schon, dass SozialdemokratInnen ein gewisses Faible für die scheinselfständige WählerInnen-Initiative mit edlen Schwarz-Weiß-Fotos haben, oder?

² Ich dachte ja erst, ich hätte was übersehen: Aber #bewegungjetzt ist tatsächlich ein Text mit Forderungen, eine Reihe von ErstunterzeichnerInnen, die Möglichkeit, das zu unterstützen, und die Möglichkeit, sich das Bauklotzlogo ins Gesicht zu pappen.

Auf mich wirkt *#bewegungjetzt* – ehrlich gesagt – eher steril. Bewegung aus der Retorte, das geht nicht. Es gibt ein Logo, eine Mischung aus dem SPD-Würfel, der Reichstagsschatten und einer rot nach unten führenden Treppe. Es gibt – ach ja – ein Manifest mit (bei allem Spott: wirklich) wichtigen Forderungen. Mit schöner Sillerscher Lyrik, zehn zentralen Forderungen, denn alles wird gut, wenn nur der politische Frühling dem Neuanfang zur Blüte verholfen hat. So in etwa.

Der rot-grüne Aufbruch 2013 ist sowas wie das rot-grüne *Projekt 1998 2.0* und besteht aus zehn Teilaufbrüchen. Aufgebrochen werden sollen bzw. soll in die nachhaltige Industriegesellschaft, hin zur Energiewende (natürlich kein Wort zur Kohle), in die Teilhabegesellschaft (was auch immer das ist), in ein solidarisches Land (damit sind unsere steuerlichen Umverteilungsideen gemeint), in ein europäisches Deutschland, in eine lebendig-digital-transparente freiheitliche Demokratie, in die faire Marktwirtschaft mit starken Kommunen, in denen die Gesellschaft a. gleichberechtigt und b. offen ist.

Wie gesagt. Alles richtig. Vieles davon steht länger oder kürzer, besser oder schlechter formuliert auch in den (demokratisch beschlossenen) Wahlprogrammen der beteiligten Parteien. Aber zündet dieses Sammelurium? Und sieht so eine Bewegung aus, die Steinbrück zum Wahlsieg tragen kann? Was ist der Leitgedanke, was der eine, zentrale, heiße Kern – außer der Arbeitsplatzbeschaffung für MdBs?

„#bewegungjetzt will die vielen Menschen motivieren, mobilisieren und vernetzen, die meinen, dass unser Land dringend einen politischen Frühling braucht. [...] Für Gestalten statt Verwalten, für Kooperation statt Ellenbogen, für Kreativität statt Mehltau.“

Leute, es ist Sommer, auch wenn's draußen nach Herbst aussieht. Wir brauchen jetzt keinen politischen Frühling!³ Es sind noch 90 Tage oder so bis zur Bundestagswahl. Da kann sich noch etwas tun. Da sollten wir

³ Nebenbei: Ist nicht etwas dick aufgetragen, hier an den arabischen Frühling zu assoziieren? Oder ist der gar nicht gemeint, sondern der Prager Frühling? Bzw. die gleichnamige Zeitung eines Flügels der LINKEN?

für kämpfen. Aber ist dafür sinnvoll, Menschen zu vernetzen, die Kreativität statt Mehltau wollen? Sollten wir die nicht lieber davon überzeugen, uns – Grüne! – zu wählen?

Mir ist das zu viel Wunschtraum, zu viel ich möchte Teilhaber einer Jugendbewegung sein, und zahlt mir bitte eine ordentliche Dividende. Zu viel Inszenierung, zu viel schöne Worte, und zu wenig Herz.

Bewegung könnte dieses Land brauchen. Aber nur, weil irgendwo Bewegung, Mobilisierung, Aktion und Kampagne drauf steht, ist es noch lange keine. Oder sieht das etwa nach Bewegung – also ich meine jetzt: echter, lebendiger, wirksamer Bewegung – aus?



Foto aus dem Facebook-Album [#bewegungjetzt](#) von Ekin Deligöz MdB geklaut

Vielleicht bin ich ja hoffnungslos romantisch und naiv. Vielleicht wirkt es, vielleicht braucht gerade das SPD-Milieu seine Denkerstirnsammlung, um zur Wahl zu gehen und die Familie mitzunehmen. Vielleicht bin ich einfach nicht die Zielgruppe. Vielleicht ist ein grünes Zugpferd das, was jetzt den roten Karren aus dem Dreck zieht. So hundertprozentig überzeugt bin ich davon nicht.

Wie dem auch sei: den Wunsch nach einem Wechsel habe ich auch. Zumindest darin bin ich mir mit dem Sportverein Rot-Grün 2013 einig.

Nachdenken über Bündnis 90/Die Grünen

Insofern sollte mein Spott auch niemand davon abhalten, beschwingt für den Wechsel wahlzukämpfen. So, oder eben anders.

Warum blogge ich das? Eigentlich wollte ich ja nicht. Weil Wahlkampf ist. Weil ich überzeugt bin, dass Leute Kraft und Arbeit in das Projekt gesteckt haben. Aber manches muss eben gesagt werden. Auch wenn's manchmal böse, ungerrecht und gemein ist, und der Zeitpunkt eigentlich nicht passt.

Nach der Wahl. Fünf Gedanken zum grünen Weg

23. September 2013 – Politik und Gesellschaft

Ich habe leider gerade keine Zeit für eine ordentliche Analyse, aber diese paar Gedanken muss ich doch loswerden:

1. Auch dank der Fünf-Prozent-Hürde (vgl. z.B. hier) war das Wahlergebnis ein Wahlergebnis der Paradoxien. Die große Siegerin scheint Angela Merkel zu sein. Fast hat sie die absolute Mehrheit erreicht, es fehlen fünf Sitze im Bundestag. Da die FDP rausgeflogen und die AfD nicht reingekommen ist, bedeutet das aber gleichzeitig: Die drei mehr oder weniger linken Parteien SPD, Grüne und LINKE stellen zusammen eine Mehrheit der Sitze im Parlament. Die sie aber aller Wahrscheinlichkeit – wie schon 2005 – nicht in eine Regierungsmehrheit umsetzen werden. Gleichzeitig ist die parlamentarische „linke Mehrheit“ keine gesellschaftliche mehr – oder sie war es nie. CDU/CSU + FDP + AfD + Rechtsradikale kommen im Wahlergebnis auf mindestens 52,5 Prozent. Im Osten ist das noch deutlicher als im Westen.¹

2. Sollte es tatsächlich zu einer großen Koalition kommen, habe ich Angst,² dass die versuchen wird, ein Mehrheitswahlrecht einzuführen. Und ich befürchte, dass die Spielräume und kreativen Möglichkeiten (Merkel als Kanzlerin einer Minderheitenregierung mit wechselnden Mehrheiten, anyone?) nicht genutzt werden.

3. Die „linke Mehrheit“ im Parlament kam nach einem Wahlkampf zustande, der vielleicht einmal als Musterbeispiel für „wie nicht machen“ wahrgenommen werden wird. Das fängt mit dem Macho-Kandidaten Steinbrück an, geht über die Ausschluss-Debatte in den drei mehr oder

¹ Mal ganz abgesehen von so Nebensächlichkeiten, dass Angela Merkel deutlich beliebter als die Bundesregierung war, und mehr Leute einen Wechsel wollten als entsprechend gewählt haben, und mal abgesehen von der Frage, wie progressiv manche Mitglieder, MdBs und WählerInnen der drei linken Parteien eigentlich wirklich sind.

² Neben vielen anderen Gründen im Bereich von Umweltschutz, Bürgerrechten und Netzpolitik.

weniger linken Parteien (oder aus anderer Sicht: über die falsche Festlegung auf Rot-Grün statt Eigenständigkeit auch für Schwarz-Grün) bis zu einer grünen (ja auch von mir gelobten) Schönwetterkampagne, die sich im Sturm aus Dreck und Schmutz nicht halten konnte. Mein Gefühl: Wir hatten nicht damit gerechnet, im Wahlkampf ernsthaft angegriffen zu werden – und standen dann völlig hilflos da, als die *BILD* den „VeggieDay“ aus dem Programm zerrte, irgendwie die Mehrheit der Bevölkerung nicht merkte, dass ein grünes Steuerkonzept für die Mehrheit der Bevölkerung eine Entlastung bedeuten würde, und als völlig kontextlos in den Irrungen der linken Vergangenheit gekramt wurde.³ Also: Sehr viel falsch gemacht in diesem Wahlkampf.

4. Bezahlt haben wir das damit, dass wir viele kompetente MdBs verloren haben, und dass viele kompetente Kandidatinnen, auf vermeintlich sichere Plätze gewählt, es nicht in den Bundestag geschafft haben. Das betrifft Malte Spitz als Netzpolitiker ebenso wie Hermann Ott oder Hans-Josef Fell mit starker Ökokompetenz, es betrifft Wolfgang Strengmann-Kuhn und Arfst Wagner als profilierte Sozialpolitiker: Lisa Paus in Berlin hat es gerade noch geschafft. Um nur einige Beispiele zu nennen. Und der vor einem Jahr ganz realistisch erscheinende Griff nach Direktmandaten in Freiburg und Stuttgart zerplatzte ebenso. Soll heißen: Wir sollten lernen, uns nicht auf Umfragen zu verlassen. Ganz und gar nicht.

5. Innerparteilich hat jetzt die Große Debatte um eine mögliche – personelle wie inhaltliche – Neuaufstellung angefangen. Ich bin in diesem Zusammenhang sehr gespannt auf den Länderrat am nächsten Samstag. Klar ist, dass es ganz gegensätzliche Diagnosen gibt, woran es (neben Schmutzkampagnen usw.) gelegen haben mag. Die alten Ideen heißen auf der einen Seite „Öffnung zur Mitte“ (*a la* Baden-Württemberg?) und auf der anderen Seite „klares linkes Profil“ (nein, ein Steuerwahlkampf ist

³ Durchaus lesenswert, auch wenn ich nicht alles teile, ist dazu [dieser Text](#) – und ob Prof. Walter der richtige Mensch für die – durchaus richtige – Aufarbeitung der grünen Vergangenheit ist, oder doch eher ein Göttinger, sei dahingestellt.
<http://erbloggetes.wordpress.com/2013/09/21/verschworung-der-kinderschander/>

und war kein klares linkes Profil, sondern ein Versuch der Ehrlichkeit – so habe ich das jedenfalls verstanden). Und dann gibt es die, die dazu aufrufen, unsere eigenen Kernthemen wieder stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Ökologie, Klima, Nachhaltigkeit, Naturschutz. Und was ist mit der grünen Gesellschaftspolitik? Wo bleiben unsere feministischen Wurzeln? Wie sieht es damit aus, endlich wirklich das Bürgerrechtserbe anzutreten? Eine Reduzierung auf Öko als Kitt der Partei halte ich für falsch, so wichtig mir diese Themen sind. Aber wie dem auch sei: Wir müssen jetzt, mitten in möglichen Verhandlungen über mögliche oder unmögliche Koalitionen, mitten in der Neuformation der Bundestagsfraktion, unsere eigene, uns definierende Mitte wieder finden. Auch, weil die Europawahl (und die baden-württembergischen Kommunalwahlen) quasi schon vor der Haustür stehen. Ein schlichtes „weiter so, die Wählerinnen haben uns halt nicht verstanden“ wäre hier aus meiner Sicht ein großer Fehler.

Warum blogge ich das? Nachwahlbewältigung.



Zwei Flügel auf der immerwährenden Suche nach der Mitte

29. September 2013 – Länderrat, So grün, so grün

Vielleicht bin ich einfach schon zu lange dabei in dieser Partei, vielleicht ist das der Grund, warum ich das derzeit stattfindende innerparteiliche Ringen um die Deutungsmacht nach der Wahlniederlage nicht besonders beeindruckend finde. Wir streiten über den richtigen Kurs, das tun wir als Partei, das tun wir gemeinsam – und wir tun es nicht zum ersten Mal. Und es wird, da bin ich mir sicher, nicht mit dem Durchmarsch des einen oder des anderen Flügels enden, sondern mit einer neuen Selbstgewissheit grüner Eigenständigkeit.

Eingeständnisse und Eigenständigkeit

Auch der gestern stattgefundenen Länderrat zum Wahlausgang, an dem ich als Delegierter für Baden-Württemberg teilgenommen habe, ändert nichts an dieser Bewertung. Nein, er bestärkt mich sogar in dieser Auffassung. Klar: Es gab die großen Schaufensterreden, in denen nicht nur für den einen oder anderen Kurs geworben wurde, sondern auch versucht wurde, die Schuld für die Wahlniederlage möglichst auf der anderen Seite des innerparteilichen Spektrums abzuladen. Einige Reden lassen sich hier richtig schön als Musterbeispiel dafür hernehmen, wie versucht wird, nachträglich ein neues Narrativ über die Tatsachen zu stülpen, bei dem dann die „andere Seite“ schlechter als vorher dasteht.

Wenn wir bei den Fakten bleiben, dann wurde das Programm von einer Bundesdelegiertenkonferenz mit großer Mehrheit (war es nicht sogar nahezu einstimmig?) beschlossen. Das heißt jetzt nicht, dass alle Delegierten des Parteitags damals das Programm auch von vorne bis hinten gelesen haben. Und es stimmt, dass die große Zahl übernommener Änderungsanträge dazu geführt hat, dass an einigen Stellen nachher Dinge im Programm standen, die vorher nicht dringestanden sind.

Es stimmt allerdings auch, dass es bereits 2011 in Kiel kritische Worte zum Steuerkurs gegeben hat, und dass es wiederum auf der Programm-BDK Kritik daran gab. Die steuerpolitischen Ideen wurden trotzdem beschlossen, und sind gültiges Programm.

Es gibt den lauten und sehr vernehmlichen Ruf, jetzt wieder zu zentralen Werten der Partei zurückzukehren. Das Primat der Ökologie hat auf dem Länderrat, egal von wem es angesprochen wurde, immer Beifall bekommen. Und klar ist auch: wir sind und waren nie eine nur ökologische Partei, sondern immer eine, die Ökologie mit sozialer Gerechtigkeit – auch im globalen Kontext – verbunden hat. Manche nennen das Nachhaltigkeit. Und wir sind und waren immer eine Partei mit einer starken libertären Strömung jenseits der Flügelzuordnung. Insofern stehen wir gut da, wenn es darum geht, das bürgerrechtliche Profil und den grünen Freiheitsbezug in Zukunft zu stärken und stärker herauszu-

stellen. Auch hierfür gab es auf dem Länderrat immer wieder großen Applaus.

Paradoxerweise sind all das – die Ökologie, der Nachhaltigkeitsgedanke, die emanzipatorische, libertäre Position – Themen, die sich in den dreihundertirgendwas Seiten unseres Wahlprogramms ausführlich finden. Nur: Wer hat das da gelesen? Wer hat diese Themen in Talkshows angesprochen? Wer hat sie plakatiert?

Insofern gebe ich all denen Recht, die jetzt sagen, dass nicht das Programm falsch war, sondern die Kommunikation darüber. Das ist zunächst einmal eine beliebte Ausrede – der Wähler, die Wählerin hat einfach nicht verstanden, was wir wollten. Aber es ist mehr als diese Ausrede: Wir haben es in diesem Wahlkampf nicht geschafft, die Punkte rüberzubringen, die uns Grüne ausmachen. Nicht, weil wir sie nicht kennen würden, sondern weil wir dachten, die seien eh klar. Und es sei jetzt wichtiger, finanzpolitische Kompetenz, Steuerehrlichkeit und ein Stück weit auch ein gestärktes sozialpolitisches Partei in den Vordergrund zu stellen.

Darüber wurde die große Erzählung vergessen. Das ist keine, die wir neu erfinden müssten, aber eine, die wir als Rahmen brauchen, um all die anderen Puzzlesteine einzuordnen. Der Kampf für eine bessere Zukunft – das hat in den Talkshows und Presseberichten niemand interessiert. Wir hatten im übrigen – jenseits der Frage von Gestaltungsoptionen – auch kein großes Wahlversprechen, kein „das machen wir auf jeden Fall“, wie es 2009 der neue grüne Gesellschaftsvertrag war. Das Wesentliche ist in diesem Wahlkampf untergegangen.

Aber es ist nicht deswegen untergegangen, weil wir ein ehrliches, durchgerechnetes Wahlprogramm hatten. Es ist nicht untergegangen, weil wir die falschen Forderungen hatten. Es ist erst recht nicht deswegen untergegangen, weil die Bundespartei zu links war oder weil es in Baden-Württemberg unpopuläre Maßnahmen während der Wahlkampfzeit gab. Beides mag zu Stimmverlusten geführt haben, aber beides erklärt nicht den Absturz, den wir erlebt haben.

Es gab harte Kampagnen gegen uns – ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, dass es jemals zuvor einen so dreckigen Wahlkampf gegen

Grün gegeben hat. Diese Kampagnen haben uns auf dem falschen Fuß erwischt. Dass wir darauf nicht vorbereitet waren, war unser Fehler – und dass wir kein Narrativ, kein übergeordnetes Ziel, keine große Botschaft hatten, die wir der Negativkampagne entgegensetzen konnten, war ebenfalls unser Fehler.¹

Waren diese Kampagnen gegen uns „Klassenkampf“? Es gab in diesem Wahlkampf Lobbys, die sehr aktiv in den Wahlkampf eingegriffen haben. Die Warnung privater Versicherungen an ihre Versicherten, auf keinen Fall für die Bürgerversicherung zu stimmen. Oder eine *BILD* kurz vor der Wahl, die an alle Haushalte verteilt wurde und dabei gewohnt unabhängig und überparteilich agiert hat. Die Pädophilie-Kampagne und die Veggieday-Kampagne haben gezündet und bei den Leuten Ekel bzw. Angst vor Bevormundung verbreitet. Unsere eigenen, zum Teil hinter einem Wust an Zahlen und Behauptungen über diese Zahlen versteckten Botschaften kamen nicht an. Aber war das Klassenkampf, eine Frontstellung BDI gegen Grün? Und welche Bündnisse hatten wir, wenn es denn so gewesen sein sollte, dem entgegenzusetzen?

Ich finde es richtig, dass wir uns jetzt auf unsere Eigenständigkeit besinnen. Nicht als Chiffre für Schwarz-Grün, sondern als Orientierung der Partei Bündnis 90/Die Grünen zuallererst an unseren eigenen Zielen. Wenn die ausformuliert werden, gibt es starke inhaltliche Übereinstimmungen mit der LINKEN, aber die Prioritäten liegen natürlich ganz anders. Da gibt es zum Teil Übereinstimmungen mit der SPD – wobei das die Partei ist, die zunächst über die Zahl der Ministerposten und dann über Inhalte redet. Und natürlich gibt es auch Übereinstimmungen mit der CDU, empirisch betrachtet ist diese Schnittmenge klein. Das hat etwas damit zu tun, dass wir die Welt retten wollen.

Aber diese Übereinstimmungen sollten uns jetzt nicht zu dem Fehlschluss verleiten, dass grüne Ziele einzig und allein in einem rot-grün-roten Bündnis oder gar nur in einem rot-grünen Projekt erreicht werden

¹ Das gleiche gilt für den Versuch, nicht die eigenen Inhalte herauszustellen, sondern die Fehler der Regierung zu betonen – die Motive dieser Negativkampagne unsererseits waren zwar teilweise amüsant, aber trafen nicht die Stimmungslage.

können.² Um uns unserer gemeinsamen grünen Ziele zu vergewissern, brauchen wir kein neues Grundsatzprogramm und keinen Korrekturbeschluss zum Programm. Aber wir brauchen eine Rückbesinnung. Manche sprechen vom Kern, oder von den Wurzeln, auf die wir uns besinnen sollten. Ich glaube, dass es eigentlich eher ein übergreifender Schirm ist, das gemeinsame Dach.

Innerparteiliche Vielfalt als Stärke begreifen

Und damit bin ich bei den Flügeln. Die sind in ihrer Prominenz das hervorstechendste Symptom dafür, dass wir unterhalb dieses gemeinsamen Daches immer noch eine sehr heterogene Partei sind, ein Bündnis unterschiedlicher Interessen und Profile. Das betrifft nicht nur die Flügel – vielleicht sogar weniger, als manche das glauben.

Wir haben starke Landesverbände mit eigenständigen Profilen; in den großen Landesverbänden gilt das auch für regionale Zusammenhänge. Insofern ist die Idee richtig (wenn auch revolutionär), eine Strukturkommission einzurichten, die dafür sorgen soll, die Landesverbände und insbesondere die grün (mit)-regierten Länder stärker in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse der Bundespartei einzubeziehen. Hier im Süden ist „Berlin“ ein Schimpfwort – das muss nicht so bleiben.

Wir haben Menschen mit sehr unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten, die sich in der Partei zusammenfinden. Unter dem Dach von Nachhaltigkeit inkl. sozialer Gerechtigkeit und einem emanzipatorischen, libertären Menschenbild. Kein grünes Mitglied wird mit allen Programmpunkten übereinstimmen. Diese Vielfalt müssen wir aushalten und produktiv nutzen. Das gelingt nur, wenn wir pragmatisch mit Dissens umgehen, und wenn wir zugleich die parteiinterne Meinungsbildung stärken, um hier Dominanzen zu verhindern. Und das bedeutet auch, dass sich in den unterschiedlichen grünen Weltsichten an dem einen oder anderen Punkt möglicherweise auch Themen und Mei-

² Das betrifft jetzt gar nicht so sehr 2013, sondern geht eigentlich schon in Richtung 2017 und die Frage, wie wir uns da positionieren können.

nungen durchsetzen, die zum Beispiel mir nicht gefallen. Das gehört dazu.^{3 4}

Es gibt möglicherweise gewisse Generationenkonflikte, die sich gar nicht so sehr an der Grünen Jugend festmachen, sondern eher an der „Generation Trittin“ der Mitfünfziger, die über lange Jahre hinweg das Profil von Bündnis 90/Die Grünen geprägt hat. Die Rückzüge der letzten Tage sind auch deswegen ein Aufbruchssignal, weil die Dominanz dieser Generation damit endet.

Regionale, inhaltliche, auf das Lebensalter bezogene Differenzen (und ja, die Geschlechterdifferenz gibt es auch noch) – reicht das nicht aus als Vielfaltsgeneratoren in dieser Partei? Wozu dann noch Flügel?

Es gibt ein aus meiner Sicht romantisch-naives Bild von Flügeln. Als „Think tanks“, als geschützte Denkort der Partei, an denen neue Konzepte entwickelt und in die Partei eingespeist werden. Die jährlichen Treffen von *grün.links.denken* mögen in diese Richtung gehen. Die Funktion, die Flügel in der Partei einnehmen (und die ähnlich auch noch von einigen anderen Formen der Vernetzung erfüllt wird), ist aber, meine ich jedenfalls, in erster Linie eine ganz andere: Sie stellen Vorsortiermechanismen dar, um thematische und personelle Durchsetzungschancen zu erhöhen. Wer in einem Flügel organisiert ist – und ich vermute, dass das maximal eher für ein Drittel als für die Hälfte der Mitglieder der Partei zutrifft – hat, wenn dieser Flügel überzeugt wurde, deutlich größere Chancen, sein oder ihr Thema oder sich selbst auf einem Parteitag durchzusetzen – weil es einen größeren Block von Stimmen gibt, der auf das Thema oder die Person vereint wird, weil es möglicherweise flügelübergreifende Absprachen gibt, und weil „flügelinterne“ Konkurrenzen im Vorfeld entschieden werden. Den Delegier-

³ Die Hoffnung mancher, mit einer „gereinigten“, auf bestimmte Haltungen reduzierten Partei neue Wählerschichten zu erschließen – nach links oder, häufiger, nach rechts, hin zur neuen alten oberen „Mitte“, – halte ich für eine Illusion. Die ÖDP, Ökolinx oder die Grünliberalen in der Schweiz sind empirische Beispiele für Abspaltungen, die sich aus derartigen „Reinigungsprozessen“ ergeben haben. Große Erfolge sehe ich nicht.

⁴ Die thematische Vielfalt ist dabei nicht deckungsgleich mit der Flügelfrage – Netzpolitik ist dafür ein ebenso gutes Beispiel wie der Konflikt Naturschutz vs. Erneuerbare.

ten der Partei – auch hier gehe ich davon aus, dass beide Flügel zusammen keine Mehrheit der Delegierten stellen – bietet sich damit eine vor-sortierte Abstimmungsgrundlage. Häufig geht das, im Zusammenspiel von flügelinternen und flügelübergreifenden Absprachen, soweit, dass es nur noch eine aussichtsreiche Person für ein Amt kandidiert, oder dass thematische Entscheidungen auf zwei Alternativen (oder auf einen Kompromiss) zusammengedampft wurden.

Diese Funktion von Flügeln ist hilfreich, weil sie Entscheidungen vereinfacht – und so lange ihre Organisationskraft begrenzt ist, aus meiner Sicht auch nicht schädlich für eine Partei. Anders sieht es aus, wenn ein Flügel so dominant ist, dass andere Positionen oder Personen überhaupt keine Chance mehr haben. Diese Situation gab es in Baden-Württemberg in den 1990er Jahren. Im Vergleich dazu wirken die heutigen Flügelkämpfe zwar möglicherweise noch lästig, aber nicht mehr existenziell bedrohlich. Anders gesagt: Auch für die Macht der Flügel in der Partei gilt das Kretschmann-Wort vom Maßhalten. Eine vielfältige und vitale Partei kommt mit Flügeln klar, solange deren Wirken begrenzt ist.

Warum dann nicht einfach die Flügel abschaffen? Ich halte das für ein extrem unwahrscheinliches Ereignis. Erstens existieren die Flügel, die wir heute kennen. Beide haben Wandlungsprozesse durchlaufen, es gibt interne Spaltungen⁵ und Positionsverschiebungen. Aber beide sind organisationsstark und binden nennenswerte Teil der FunktionärInnen der Partei ein. Wer sie abschaffen will, stellt sich gegen ein ziemlich großes Bündel an Macht.

Dann gibt es zweitens historisch durchaus Erfahrungen damit, dass ein Flügel so dominant wird, dass der andere die Exit-Option wählt und die Partei verlässt. Das ist mit größeren Teilen des damaligen „Fundiflügels“ in den 1990er Jahren passiert – übrig geblieben sind innerparteiliche Basis- und Regierungslinke, deren größerer Teilmenge heute unter dem Etikett *grün.links.denken* in der Partei agiert. Aus dem Stumpf des abgeschlagenen wächst ein neuer Flügel. Oder, wie schon genannt, das Beispiel Baden-Württemberg – hier gab es nach Jahren der

⁵ Subsystembildungen der Partei in der Partei in der Partei?

gefühlten absoluten Realodominanz das Bedürfnis von sehr unterschiedlich links verorteter Einzelpersonen, sich zu organisieren, und so „die Partei nicht den Reals zu überlassen“.⁶

Und drittens: Selbst wenn per Zauberei beide Flügel verschwinden würden, und sich niemand mehr daran erinnern würde, dass es sie je gab, würde sich doch ziemlich schnell eine Fraktionsbildung nach dem Motto „als Einzelner bist du allein, zusammen sind wir stärker“ ereignen. Ob das nach einem Rechts-Links-Schema, nach Programmatrischer Reinheit einerseits und Pragmatischer Realpolitik andererseits erfolgt, oder anhand ganz anderer Fragen – in relativ kurzer Zeit würde es, wage ich die sozialwissenschaftliche Prophezeiung, wieder Cliquen, Zirkel und Flügel geben.

Insofern kann ich zwar nachvollziehen, wenn immer wieder darüber geklagt wird, dass die Flügel sich unmöglich benehmen (und dagegen lässt sich ja auch was tun), halte es aber für unwahrscheinlich, dass wir eines Tages in einer Partei ohne Flügel aufwachen. Auch diese Vortiersysteme gehören damit zur zu akzeptierenden Vielfalt der Partei, mit der Umzugehen zum grünen Alltagsgeschäft dazugehört.

Mein Plädoyer: Lasst uns als Partei gemeinsam lernen. Dazu gehören Strukturveränderungen. Dazu gehört die erneute Besinnung auf grüne Dachinhalte. Dazu gehört eine über das Dulden in einem gemeinsamen Haus hinausgehende Akzeptanz der innerparteilichen Vielfalt (auch im produktiven Streit). Und dazu gehört es, dass wir die diesmal gemachten wahlkampfstrategischen Fehler in Erinnerung behalten, wenn der nächste Wahlkampf ansteht – die Europawahl im Mai 2014 ist hier, auch wenn einige Weichen sicherlich schon gestellt sind, der Testfall für Erneuerung in der Wahlkampfstrategie.

Warum blogge ich das? Als Art Rückblick auf den Länderrat 2013.3 in Berlin. Auch in CARTA (30.09.2013) veröffentlicht.

⁶ Das dass gelingt, hat auch etwas damit zu tun, dass wir nach wie vor Wahlverfahren haben, die einen gewissen Schutz vor dem „Durchmarsch“ einer Seite bieten ...



Der Grundwiderspruch

3. Oktober 2013 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Starke, ökologisch motivierte Nachhaltigkeit. Ein emanzipatorischer, linksliberaler Freiheitsbegriff. Nicht nebeneinander als zwei Säulen in einer Partei, sondern als gemeinsamer Antrieb der Partei. Passt das zusammen?

Vielleicht erst mal Begriffsklärung: Nachhaltigkeit verstehe ich so, dass damit ein Zielzustand gesellschaftlicher Entwicklung beschrieben ist, in dem zum einen Chancen zwischen den gleichzeitig lebenden Menschen gerecht verteilt sind, und zum anderen Chancen zukünftiger Generationen nicht beeinträchtigt, sondern gegenüber dem Status Quo erweitert werden. Chancen sind hier als Zugriffsmöglichkeiten auf öko-

logische, soziale und ökonomische Ressourcen – Kapitalsorten – zu verstehen. Dabei sind Ressourcen nicht beliebig austauschbar; dies betrifft insbesondere das Naturkapital. Daraus ergibt sich – im Sinne starker Nachhaltigkeitskonzepte – eine Priorität, ökologischen Ressourcen zu erhalten, was dann zu Überlegungen wie der planetaren „Tragfähigkeit“ führt. So definiert, umfasst Nachhaltigkeit soziale Gerechtigkeit, insofern diese als Chancen- bzw. als Teilhabegerechtigkeit verstanden wird.

Und Freiheit, in einer linksliberalen, emanzipatorischen Perspektive? Für mich stecken dahinter vor allem zwei miteinander verbundene Konzepte. Zum einen geht es um individuelle Freiheiten, wie sie sich nicht zuletzt in den Bürger- und Menschenrechten niederschlägt. Beispielsweise darum, die eigene Meinung unbehelligt äußern zu können. Das eigene Leben frei zu gestalten. Das meint das Verhältnis zu MitbürgerInnen, aber eben auch das Verhältnis zum Staat, als Abwehrrecht. Der Raum individueller Freiheiten soll maximiert werden. Mein Freiheitsverständnis geht aber darüber hinaus: Ich sehe den Staat in der Verantwortung, Freiheit zu ermöglichen. Dazu gehört es, den Raum der Freiheit zu schützen (und letztlich als Ergebnis demokratischer Aushandlungsprozesse individuelle Freiheiten einzuschränken, wenn sonst die Freiheiten anderer beschränkt würden), dazu gehört es aber auch, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen ihre Freiheit überhaupt nutzen können, also eine emanzipatorische Perspektive der freien Entfaltung jedes Menschen. Das betrifft die Teilhabe an Bildung, das betrifft die Teilhabe an Demokratie, aber es betrifft eben auch einen gewissen sozialen Ausgleich, ein Verständnis für die materiellen Grundlagen von Freiheit. Formal die gleichen Rechte zu haben, die aber faktisch nur von einer kleinen Minderheit überhaupt genutzt werden können, wäre demnach eben kein Zustand der Freiheit.¹

Die beiden Definitionsversuche mögen in ihren Details strittig sein. Ich denke aber, dass mit der einen oder anderen Abweichung, mit kleinerer oder größerer Reichweite und Radikalität, letztlich auch bei anderen ähnliche Konzepte hinter „Nachhaltigkeit“ und „Freiheit“ stehen.

¹ Hier fände dann auch eine Grundeinkommensdebatte Anschluss ...

Spannend wird es jetzt, wenn Nachhaltigkeit und Freiheit in einen Zielkonflikt geraten. Ein Beispiel dafür ist der Klimawandel. Dieser stellt nach allem, was wir darüber wissen, eine erhebliche Einschränkung der Chancen zukünftiger Generationen da. Er gefährdet damit das Ziel der Nachhaltigkeit. Eine an Nachhaltigkeit orientierte Politik muss also großen Wert darauf legen, den Klimawandel zumindest einzudämmen und seine Folgen abzumildern. Zentral für die Eindämmung ist die Reduzierung der Treibhausgasemissionen, von weitergehenden Maßnahmen in Richtung Geo-Engineering mal nicht geredet. Daraus ergeben sich dann fast von selbst Instrumentenkataloge, die selbstverständlich in Märkte und in individuelle Freiheiten der Lebensgestaltung eingreifen, wenn sie denn mehr als schmückendes Beiwerk sein sollen.

Manches erhöht herstellerseitig Effizienzen, ohne zunächst den individuellen Alltag verändern zu wollen. Standards für energieeffizientere Kühlschränke beispielsweise, oder das EU-Glühlampenverbot. Wobei – da würde vermutlich schon der eine oder andere angerannt kommen und etwas von „Verbotspartei“ rufen. Wie weit dürfen Bauvorschriften gehen? Was ist mit dem Verkehrsbereich – muss eine an Nachhaltigkeit orientierte Politik irgendwann nicht nur Anreize setzen, um klimafreundlichere Verkehrssysteme zu fördern, sondern auch mit Regeln und Verboten eingreifen? Oder Ernährung, selbstverständlich (V-Day!) ein zentrales Element des individuellen Alltags – aber, je nach Quelle, durchaus nicht irrelevant für den Treibhausgasausstoß? Wie kann ein Staat Suffizienz voranbringen?²

Ich befürchte, dass es keine generelle Lösung für diesen Widerspruch gibt. Ich halte es für richtig, dass wir unsere – bürgerrechtliche, gesellschaftspolitische – linksliberale, emanzipatorische Positionierung als Partei wieder stärker in den Vordergrund stellen. Aber leicht wird das allein schon deshalb nicht, weil da, wo wir regulierend eingreifen wol-

² Und natürlich verfügen „Hersteller“ und andere MarktteilnehmerInnen in einer gewissen Weise ebenso über individuelle Freiheitsrechte, in die mit staatlichen Vorgaben eingegriffen wird ...

len (um nicht das böse Verbotswort zu verwenden ...) ja nicht Bosheit oder die Lust daran, die Mitmenschen zu ärgern, dahinter steht, und auch nicht moralische Überheblichkeit, sondern das, was ich flapsig als den grünen Auftrag bezeichnen habe, die Welt zu retten, und was etwas weniger flapsig meint, dass wir nach wie vor die Partei sind, die in ihrem innersten Kern das Ziel hat, einen Zustand weltweiter Nachhaltigkeit herzustellen. Und in diesem innersten Kern werden wir nach wie vor und immer wieder mit schlechten Nachrichten konfrontiert – Gletscher und Eisberge schmelzen, internationale Konferenzen scheitern, frühere Entwicklungsländer „holen auf“ und schlagen Pfade ein, die ebensowenig nachhaltig sind wie die, auf denen der Westen weiterläuft. Da muss doch was passieren!

Wenn wir es gut hinkriegen, dann ist dieses Dilemma aus freiheitlichen Werten und Nachhaltigkeitsorientierung etwas, das uns in Bewegung halten kann. Das heißt aber auch, das wir den Streit darüber, welche Eingriffe angemessen sind und welche nicht vertretbar sind, aktiv und immer wieder führen müssen. Koexistenz – ihr kriegt eure liberale Gesellschaftspolitik, den Datenschutz und ein bißchen Marktwirtschaft, wir denken uns eine ganze Reihe guter grüner Verbote aus – wird nicht funktionieren. Wenn wir es im stetigen Streit zwischen liberaler und ökologischer Grundüberzeugung (und diese Spaltung ist definitiv nicht deckungsgleich mit den Flügeln!) hinkriegen, Lösungen zu finden, dann bin ich hoffnungsvoll, dass diese Konzepte auch an gesellschaftliche Mehrheiten anschlussfähig sein können, wenn sie vorher durch den Dampfdrucktopf der berechtigten innerparteilichen Kritik gegangen sind.

Warum blogge ich das? Weil ich das zwar schon kurz angesprochen habe (und auch immer mal wieder anspreche), es in mir aber nach wie vor rumort. Das Fazit bleibt: Wir müssen, um voran zu kommen, den grünen Grundwiderspruch (und ja, es ist einer, Leugnen hilft nichts!) akzeptieren und wieder produktiv nutzen, statt ihn wegzumoderieren. Nur so entsteht Neues. Auch wenn's nicht einfach werden wird.



Keine progressive Mehrheit im Novembernebel

24. November 2013 – Politik und Gesellschaft

*Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht doch einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?*

Das schrieb Bertolt Brecht 1953, also vor sechzig Jahren. Historisch ist der Vergleich etwas heikel, aber irgendwie kam mir das Gedicht heute in den Sinn. Und zwar, passend zum trüben November und zur gerade mal wieder erfolglos zu Ende gegangenen Klimakonferenz, aus der pessimistisch machenden Erfahrung heraus, dass die Hürden für tatsächliche Veränderung hoch sind. Oder nehmen wir die vor sich hinverhandelnden Großen Koalition in spe, die Entscheidung in Hessen,

dass CDU und Grüne Koalitionsverhandlungen aufnehmen wollen – beides ziemlich genau das Gegenteil ernsthafter progressiver Politik.

Also die alte Frage: Wieso wählt dieses Volk nicht einfach mal eine vernünftige Regierung? Wo kommen die über 40 Prozent für die CDU her, wo die Stimmen für AfD, NPD, usw.?¹ Insgesamt kommt dabei, je nach Fall der Würfel, eine deutliche Mehrheit des „Weiter so“ heraus, oder, mit etwas Glück eine ganz knappe Mehrheit nominell progressiver Parteien. Die sich dann, Starrsinnigkeit der einen Seite und Scheu der anderen Seite, nicht in eine Regierungsmehrheit umsetzen lässt. Und welche, selbst wenn es so wäre, die Frage berechtigt erscheinend ließe, ob der Kurs einer progressiven Mehrheit auch auf gesellschaftliche Mehrheiten stößt.

Und das alles kombiniert damit, dass behördliche Apparate, rechtliche und haushalterische Sachzwänge, Zuständigkeiten und nicht zuletzt der Blick auf die Meinungshoheit es selbst in einem halbwegs progressiven Regierungsbündnis schwer machen, tatsächlich etwas zu verändern. Der Fortschritt ist eine Schnecke, die über dicke Bretter kriecht. Oder so.

Es gibt die kleinen Zonen gefühlter kultureller Hegemonie. Aber auch dort lösen wir die großen Probleme nicht. Wo aber dann? Reicht es aus, nach langem Bretterbohren einen Blumenstrauß an kleineren Verbesserungen durchzusetzen, und das eine oder andere Leuchtturmprojekt?²

Und auf der anderen Seite die Erfahrung: Egal, was eine progressive Regierung macht, egal, um welches Thema es geht – es wird, neben der wohl unvermeidbaren grundsätzlichen Ablehnung mancher Seiten, immer Gruppen geben, denen das ganz und gar nicht ausreicht, und die sich dann auch deutlich vernehmbar zu Wort melden. Spaß macht das nicht.

Um auf Brecht 1953 zurückzukommen: Volk und Regierung passen heute erstaunlich gut zusammen. Jedenfalls dann, wenn die (gefühlte)

¹ Noch dramatischer sähe das Bild aus, wenn von den 25 Prozent, die die SPD gewählt haben, diejenigen abgezogen werden, die das aus welchen Motiven auch immer heraus gemacht haben, aber eigentlich keine Veränderung wollen ...

² Selbst in Hessen könnte das ja gelingen ...

Mehrheit der WählerInnen irgendetwas über politische Haltungen und Stimmungen aussagt. Der gesellschaftliche Aufbruch kommt dabei unter die Räder. Wenn es ein besseres Verfahren geben würde, würde ich ja anfangen, deswegen an der Demokratie zu zweifeln.

So bleibt die vage Hoffnung auf das Wogen der Meinungsbrandung und den richtigen, glücklichen Moment, der dann, im besten aller Fälle, ergriffen werden kann. Und die Sisyphos-Arbeit, immer wieder dafür zu werben, dass es auch anders sein könnte, und dass das besser wäre. Attraktive Visionen, nicht nur für die Nische, sondern überhaupt. Haben wir eine Strategie dafür?

Warum blogge ich das? Weil es sich lohnt, sich angesichts der vermutlichen Regierungsbildungen in Hessen und im Bund nochmal vor Augen zu halten, dass es aktuell keine klaren progressiven Mehrheiten gibt – und dass die Handlungsmöglichkeiten parlamentarischer Politik begrenzt sind. Gerade im Novembernebel.



Freiheit, grün gedeutet

22. Dezember 2013 – Hochschulpolitik, Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Eine Folge der grünen Neuaufstellung nach der Bundestagswahl ist die intensiviertere Suche nach den Wurzeln der zweiten Säule, nach dem emanzipatorischen Freiheitsbegriff. Dieses Suchvorhaben führte jetzt zu einem autorenpapierenen Aufschlag¹; unter dem Titel „Die Farbe der Freiheit ist Grün“ deuten Kai Gehring, Irene Mihalic, Can Erdal, Lucas Gerrits, Rasmus Andresen, Andreas Bühler, Daniel Mouratidis, Özcan Mutlu, Ulle Schauws, Jan Schnorrenberg, Anne Tiedemann, David Vaultont und Robert Zion Freiheit als einen zentralen grünen Grundwert aus.

„Wir denken, dass es an der Zeit ist, das freiheitliche Profil unserer Partei stärker als bisher herauszustellen. Mit unserem Zugang zu diesem Thema haben wir ein Allein-

¹ <http://www.gruen-und-frei.de/>

stellungsmerkmal im politischen Wettbewerb, dass wir nicht unter den Scheffel stellen sollten. Unser Papier liefert keine fertigen Programme oder Initiativen. Wir wollen eine lebendige, interdisziplinäre Debatte über die Chancen einer freiheitlichen grünen Politik anstoßen. Ein Anfang ist gemacht, das Ende ist offen. Unsere Vision ist die gleiche Freiheit für alle – nur das ist gerecht und fair. Wir wollen weiter die Verantwortung eines/r Jeden für die Zukunft als positiven Grundwert verstehen und transportieren. Zugleich plädieren wir dafür, unseren Nachhaltigkeitsbegriff so zu vermitteln, dass er die Freiheit in den Mittelpunkt stellt und solidarische und ökologische Politik miteinander verbindet. Mit unserer Freiheitserzählung und unserem Freiheitshandeln wollen und können wir mehr Menschen für Grüne begeistern und u.a. das progressive weltoffene Bürgertum für uns gewinnen.“

Ich finde das Ergebnis überzeugend, auch wenn das eine oder andere fehlt – dazu gleich noch mehr – oder vielleicht nicht pointiert genug ist. Insofern unterstütze ich das Papier gerne. Wer das auch möchte, kann dies im Kommentarbereich von gruen-und-frei.de kundtun.

Aber zum Papier selbst. Ist ein grüner Freiheitsbegriff neu? Nicht wirklich.² Die grüne Freiheit zu suchen, sind zunächst einmal Ausgrabungsarbeiten. Es geht darum, eine grüne Seite wieder sichtbar zu machen, die medial verschüttet wurde, auch wenn sie Bestand hatte. Entsprechend geht die Kritik, dass das Autorenpapier³ sich stellenweise wie eine kompakte Zusammenfassung des Bundestagswahlprogramms liest, nicht ganz in die Irre. Das muss so sein, wenn es nicht um eine komplette programmatische Wende gehen soll, sondern um die Aufarbeitung und Stärkung einer grünen Traditionslinie.⁴

² Wer Spaß an innerparteilicher Historie hat, mag sich mit „Grüne Freiheit“ befassen – die Seite stammt aus dem Jahr 2009, der Anspruch ist ähnlich, <http://gruene-freiheit.de/>

³ ... über das Geschlechterverhältnis der UnterzeichnerInnen und AutorInnen ließe sich, nebenbei bemerkt, auch noch das eine oder andere sagen ...

⁴ Hingewiesen sei an dieser Stelle auf [Robert Zions Streitschrift „Noch eine Chance für die Grünen“](http://robert-zion.de/Chance.htm), die einiges etwas deutlicher sagt ... <http://robert-zion.de/Chance.htm>

Was ist nun „grüne Freiheit“? Die zentrale Definition am Anfang des Papiers lautet wie folgt:

„Jede und jeder soll so leben können wie er oder sie das will – nicht auf dem Rücken anderer, nicht auf Kosten noch ungeborener, künftiger Generationen und nicht als Adressat eines übertriebenen Etatismus. Deshalb ist unser grüner Freiheitsbegriff einer, der die größtmögliche Selbstbestimmung von heute mit der Verantwortung gegenüber der Globalgesellschaft und den kommenden Generationen in Einklang bringt.“

Oder anders gesagt: Freiheit ist Selbstbestimmung im Kontext von Nachhaltigkeit. Diese Verknüpfung von emanzipatorischem Freiheitsverständnis und Nachhaltigkeit könnte in dem Papier – vor allem im zweiten und dritten Teil, in dem es um die Ausdifferenzierung des Freiheitsbegriffes geht – noch deutlicher werden. Im Kern ist sie aber genau hier angelegt, und genau hier sehe ich auch die Differenz zum Freiheitsverständnis anderer Parteien, die das Label „liberal“ für sich beanspruchen.

Aus dem emanzipatorischen Freiheitsverständnis erwächst zwangsläufig ein bürgergesellschaftliches Staatsverständnis. Ein Staat, der es nicht besser weiß, sondern zuhört, der sich mit der Bürgergesellschaft auf Augenhöhe befindet. Aber eben auch kein Minimalstaat, kein Nachwächterstaat, sondern einer, der stark genug ist, um Freiheit durchzusetzen, zu schützen und nicht zuletzt erst zu ermöglichen. Freiheit findet hier ihr Gegenstück im grünen Teilhabeversprechen.

Freiheit lässt sich schließlich programmatisch durchdeklinieren. Was bedeutet es, grüne Programmatik mit emanzipatorischem Blick zu betrachten? Was heißt es für grüne Umweltpolitik, für grüne Sozialpolitik, für grüne Bildungspolitik und schließlich für grüne Gesellschaftspolitik, wenn sie an dem oben definierten Freiheitsversprechen gemessen wird. Die Autorinnen und Autoren betonen hier die Übereinstimmungen mit anderen grünen Werten und zentralen politischen Zielen. Um die eigene Freiheit leben zu können, ist eine intakte Umwelt notwendig, muss ein auskömmliches Niveau an Teilhabe gesichert werden,

müssen alle – unabhängig von ihrer Herkunft – Bildungschancen erhalten, und müssen alle demokratische Rechte nutzen können, müssen Diskriminierungen jeder Art verhindert werden.

Zusammen betrachtet wird hier ein attraktives Interpretationsangebot eröffnet, das nicht nur plausibel macht, wie Freiheit grün ge- deutet werden kann, sondern auch verdeutlicht, dass eine solche Interpretation heute die richtige für grüne Politik ist.

Was dem Papier fehlt, ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Partei selbst, und mit den Zielkonflikten, die sich aus den unterschiedlichen grünen Traditionslinien ergeben. Genau da wird es aber spannend. Wie gehen wir mit Nachhaltigkeit – also dem Freiheitsversprechen für zukünftige Generationen – um, wenn dadurch Einschränkungen für die heute lebenden Menschen erwachsen? Was passiert, wenn manche sich in ihrer Freiheit eingeschränkt fühlen, weil sie – über Steuern und Abgaben – dazu herangezogen werden, Infrastruktur und Teilhabechancen zu finanzieren, die es anderen erst ermöglichen, Freiheit auszuleben? Wieviel Volksbildung, wieviel sorgender Staat in einem sozialdemokratischen Sinne steckt in grüner Programmatik? Auf all solche Fragen geht das – übrigens flügelübergreifende – Papier nicht oder nur am Rande ein. Hier wäre mehr Profil sicherlich nicht schlecht, auch wenn damit der Tatbestand der „Nestbeschmutzung“ erfüllt würde.

Das betrifft, nebenbei gesagt, auch das Feld, mit dem ich mich am besten auskenne. Zu Wissenschaft und Forschung verliert das Autoren- papier kein Wort. Das ist nicht nur erstaunlich, weil die Freiheit von Forschung und Lehre bekanntermaßen ebenso wie die Kunstfreiheit grundgesetzlich garantiert ist, sondern auch deswegen, weil hier einige herausgehobene innerparteiliche Konflikte vergraben sind. Zu den Autoren des Papiers gehört mit Kai Gehring auch der wissenschafts- politische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion – umso mehr ver- misse ich eine Positionierung zur Forschungsfreiheit.⁵

⁵ Als BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik versuchen wir gerade, einen innerparteilichen Diskussionsprozess zu dem innergrünen Zielkonflikt zwischen For-

Aber gut: Es soll ja, wie oben zitiert, der Anfang einer Diskussion sein und nicht ihr Ende. Ich persönlich rechne damit, dass die innerparteiliche Debatte um die zukünftige Ausrichtungen und das grundlegende Wertegerüst grüner Politik nach der Europawahl – die ist im Mai 2014 – an Fahrt gewinnen wird. Wir sollten uns dieser Debatte stellen – gerade auch da, wo es wehtut.

Warum blogge ich das? Um auf das Papier hinzuweisen, und als ausführlichere Fassung meines dort abgegebenen Kommentars.

schungsfreiheit einerseits – also einem positiven Bekenntnis zur Logik der Wissenschaft – und einigen grünen Glaubenssätzen andererseits anzustoßen. Da hätte eine Aussage im Freiheitspapier gut dazugepasst.

Politische Fragen

Gauck auf der Goldwaage

22. Februar 2012 – Politik und Gesellschaft, Soziologisch gesehen

Ich weiß, es nervt. Aber je länger die Debatte um Joachim Gauck anhält, desto weniger sehe ich, dass er auch nur gut darin wäre, gesellschaftlichen Debatten anzustoßen. Einer, an dem man sich reiben kann, sagen die, die ihn jetzt aus grüner Sicht verteidigen. Aber wer eine große Reibungsfläche bietet, wird leicht zum geistigen Brandstifter.

Konkret wird das an einem langen Zitat aus einem *NZZ*-Interview, das die *publikative* als Transkript veröffentlicht hat. Ein langer, langer Satz – eher ein Gedankenstrom – aus diesem Zitat lohnt der näheren Betrachtung, dazu als Kontext die beiden Sätze zuvor.

Das ganze eher als akademische Übung – mir ist bewusst, dass ich hier haarspalterisch (und doch methodisch eher freihändig) Gaucks Worte auf die Goldwaage lege. Ich finde es dennoch hilfreich, sich einmal ganz genau anzuschauen, was Gauck sagt, und zu überlegen, was er damit meinen könnte – auch, um sowas wie latente Deutungsmuster freizulegen. Mir ist klar, dass meine Deutungen hier nicht frei von Voreingenommenheit sind – ich bitte gegebenenfalls um begründeten Widerspruch. Der Textausschnitt beginnt mit der Frage des Interviewers, ob Gauck Wulffs „Der Islam gehört zu Deutschland“ als Bundespräsident auch so gesagt hätte.

[1] Also, das ist ein Problem der Wortwahl.

Unklar ist hier, auf was sich das „das“ bezieht. Ich vermute, dass damit so etwa „eine Aussage zum Thema Integration, wie sie Christian Wulff gesagt hat“ gemeint ist. Er stimmt der Wortwahl Wulffs nicht zu – sonst hätte er nicht den Begriff „Problem“ verwendet. Um über Integration zu reden, ist aus Gaucks Sicht demnach eine andere Wortwahl notwendig.

[2] Ich weiß was er meint,

Da er die Wortwahl problematisieren möchte, definiert sich Gauck mit der Floskel „Ich weiß, was er meint“ zunächst einmal als kundiger Teilnehmer des Diskurses, der weiß, was Christian Wulff warum gesagt hat; gleichzeitig schwimmt hier die Problematisierung mit: Wenn jemand sagt, dass er weiß, was jemand anderes meint, dann bedeutet das auch, dass jemand anderes das so ausgedrückt hat, dass nicht sofort klar ist, was gemeint ist. Das würde hier also bedeuten: „Ich weiß, was Wulff sagen wollte, ich kenne mich damit aus – und ich sage jetzt, wie das besser gesagt werden kann.“

[3] und ich denke, dass er in dieser Beschreibung etwas, was irgendwann einmal sein wird, vorgezogen hat.

Diese Deutung bestätigt sich im nächsten Halbsatz. Denn Wulff hat, so erklärt uns Gauck, den Fehler gemacht hat, „etwas, was irgendwann einmal sein wird“, zeitlich in die Gegenwart versetzt zu haben. Anders gesagt: Gauck erklärt die Deutung „Der Islam gehört zu Deutschland“ als Gegenwartsbeschreibung für falsch. Allenfalls als Ausblick in die (ferne) Zukunft, als Utopie (das „irgendwann einmal“), hat sie ihre Berechtigung. Zusammen mit der von ihm eingangs angesprochenen problematischen Wortwahl liegt damit nahe, dass Wulff aus Gaucks Sicht eigentlich hätte sagen müssen: „Der Islam wird/kann eines Tages zu Deutschland gehören.“

Das Problem der Wortwahl erscheint damit nun eigentlich eben nicht als Problem der Wortwahl (Wulff hat sich falsch ausgedrückt, hat ein falsches Wort verwendet), sondern als ein Problem unterschiedlicher Weltdeutungen. Gauck distanziert sich vom Wortsinn des „Der Islam gehört zu Deutschland“ und schiebt in seiner Deutung der Welt das Dazugehören des Islams zu Deutschland als Möglichkeit in eine unklare Zukunft. Andersherum sagt er damit auch: „Heute gehört der Islam noch nicht zu Deutschland.“

Diese Position erscheint nun natürlich begründungsbedürftig. Die nächsten Sätze dienen der Legitimation der von Wulff abweichenden Weltdeutung.

[4] Denn wir würden uns eigentlich nicht helfen, wenn wir Fremdheit und Distanziertheit übersehen würden

Gauck unterstellt, dass Wulff (und alle, die seine Position hinsichtlich des Islams teilen) „Fremdheit und Distanziertheit übersehen würden“. Er tadelt dieses „übersehen“ und betont, dass es „uns“ (der Gesellschaft? den Mehrheitsdeutschen? dem Volk? dem Staat?) „eigentlich nicht helfen“ würde, diese Fremdheit zu übersehen.

Ich schreibe hier, dass Gauck das Wulff unterstellt. Für sich genommen sagt der Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ (der eigentlich auch nicht genau so gefallen ist) ja zunächst einmal gar nichts darüber aus, ob der Islam fremd ist oder nicht. Er gehört dazu, wie – so in Wulffs Rede – eben auch die christliche und jüdische Tradition zu Deutschland dazugehören, aber er kann trotzdem ebenso fremd sein, wie erzkatholische bayerische Bräuche der Hamburgerin fremd sind. Vielleicht sprechen Wulff und Gauck (so eine auf Facebook geäußerte Vermutung) auch von unterschiedlichen Formen der Dazugehörigkeit – eine formale Dazugehörigkeit im Sinne der Bürgerschaft, oder eine kulturelle Dazugehörigkeit im Sinne einer Gemeinschaft.

Zurück zum Zitat: In meiner Deutung tadelt Gauck also Wulff dafür, zu behaupten, dass der Islam schon heute zu Deutschland gehört. Dies sei nicht so, sondern sei ein mögliches zukünftiges Ziel. Wer sagt, dass der Islam heute schon zu Deutschland dazugehört, dem unterstellt er, dass dieser die Fremdheit des Islams übersehe. Diese Fremdheit soll nicht rhetorische verdeckt werden, sondern muss betont werden.

[5] in der guten Absicht, ein einladendes Land zu sein.

Warum glaubt Gauck, dass Wulff das so sagt; warum glaubt Gauck, dass Wulff (und andere) die Fremdheit des Islams verschweigen? Weil sie die „gute Absicht“ hegen, „ein einladendes Land zu sein“. Dieser Punkt ist interessant, weil es eben nicht die gute Absicht ist, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zusammenzubringen, oder die Gesellschaft zusammenzuhalten, sondern die gute Absicht, als Land einladend zu sein. Hier stellt sich nun die Frage, für wen das Land einladend sein soll. Dazu sagt Gauck nichts. Eine mögliche Deutung könnte sich auf diejenigen

beziehen, die hier sind oder hierherkommen wollen, aber fremd sind. Die gute Absicht wäre dann die gute Absicht, einladend für hier lebende Nichtdeutsche zu sein. Eine andere Deutung – die an die Verwendung des Wortes „Land“ gekoppelt ist, könnte die sein, dass die gute Absicht sich darauf bezieht, Deutschland mit einem bestimmten Attribut auszustatten, nämlich dem, nach außen hin „einladend“ zu wirken.

Zusammen mit dem ersten Halbsatz geht es dann also darum, dass die mit der „guten Absicht“ nicht über die Fremdheit des Islams reden möchten, weil dass dazu führen würde, dass Deutschland weniger einladend wirkt.

Kurz noch ein Wort zur „guten Absicht“: Wer von einer guten Absicht redet, tut das oft, um darzustellen, dass der falsche Weg gewählt wurde, um ein Ziel zu erreichen, oder sogar, dass ein Ziel in Angriff genommen wird, das unrealistisch ist. Zugespitzt liegt in der „guten Absicht“ – ähnlich wie in der mit der Wortwahl verknüpften zeitlichen Verschiebung – eine Ablehnung der Integration bzw. des „einladenden Landes“ als realistischem Nahziel.

[6] Diese gute Absicht ist ja lobenswert, aber

Gauck wiederholt hier noch einmal die gute Absicht (ein einladendes Land zu sein), und stellt sie zugleich als unrealistisch da. Die gute Absicht, ein einladendes Land sein zu wollen, ist „ja“ lobenswert, „aber“ es gibt Gründe, die dagegen sprechen, diese Absicht zu hegen und sie umsetzen zu wollen. Das Lob ist vergiftet – wer die gute Absicht des „einladenden Landes“, des „der Islam gehört zu Deutschland“ als Ziel hat, ist, kurz gesagt, naiv. Im Rest des Satzes wird das „aber“ näher ausgeführt.

[7] wir haben doch ganz andere Traditionen,

Das ist noch einmal ein direkter Widerspruch zu Wulff, der davon gesprochen hat, dass der Islam wie die jüdische und die christliche Tradition zu Deutschland dazugehört. Für Gauck ist das nicht so. „Wir“ – damit meint er vermutlich „das deutsche Volk“ o.ä. – haben „doch“ (also noch einmal eine Betonung des Aber; eine Absetzung von der gute

Absicht) „ganz andere Traditionen“. Diese Traditionen sind Gauck näher und wichtiger als das zeitlich in die Zukunft verschobene Ziel des einladenden Landes.

Gauck betont hier das Motiv der Fremdheit – die Tradition des Islam ist eine „ganz andere“ (die mittelalterlichen Berührungspunkte, die monotheistische Gemeinsamkeit spielt dabei keine Rolle). Andere haben ähnliche Gedankengänge einmal mit dem Motiv der „Leitkultur“ verziert.

*[8] und die Menschen in Europa, das sehen wir allüberall,
nicht nur in Deutschland,*

Der Integrationsdiskurs wird gerne als Diskurs voller Tabus angesehen. Vor diesem Hintergrund ist es Gauck wichtig, einen Abstand zu tabuisiert erscheinenden Diskurselementen zu halten. Das jedenfalls ist meine Deutung dafür, warum er hier den Horizont von Deutschland auf „allüberall“ „in Europa“ weitet. Er möchte nicht über eine deutsche Tradition reden, sondern über eine europäische, und sich als Europäer darstellen. Eventuell kommt hinzu, dass das Interview mit der *NZZ* stattfand, also einer schweizerischen Zeitung.

Das zweite Argument, warum es für Gauck falsch ist, die „Fremdheit“ der islamischen Tradition in der „guten Absicht“, „ein einladendes Land zu sein“, zu ignorieren, ist nun kein akademischen über Traditionen, sondern bezieht sich auf „die Menschen“, es ist also ein populistisches. „Die Menschen“ sind hier vermutlich ganz selbstverständlich nur diejenigen Menschen „in Europa“, die in den im ersten Argument genannten Traditionen stehen. Die anderen gehören (noch nicht?) dazu.

Gauck sagt nun, dass er eine Aussage über ein übliches Phänomen machen möchte, über etwas was „allüberall“ „in Europa“, und „nicht nur“ (dort aber ganz besonders?) „in Deutschland“ beobachtet werden kann.

[9] [die Menschen] sind allergisch, wenn sie das Gefühl haben, dass was auf dem Boden der europäischen Aufklärung und auch auf dem religiösen Boden Europas gewachsen ist, wenn das überfremdet wird,

Allüberall beobachtet Gauck, dass Menschen „allergisch“ „sind“, eigentlich allergisch auf etwas reagieren, etwa mit Reizungen. Die Menschen in Europa, die dazugehören, reagieren gereizt auf ein „Gefühl“ (d.h. das, was Gauck im nächsten Halbsatz beschreibt, muss nicht unbedingt der Wahrheit entsprechend, sondern kann den Charakter einer emotional gefärbten Wahrnehmung haben). Dabei geht es darum, dass etwas „überfremdet“ wird (zu diesem Begriff gleich mehr) – und zwar das, „was auf dem Boden der europäischen Aufklärung und auch auf dem religiösen Boden Europas gewachsen ist“.¹

Gauck verwendet hier ein organisches Bild für die von ihm eingeführten Traditionen. Es gibt einen „Boden“ Europas, auf dem etwas wächst. Dieser Boden wird zweifach beschrieben – als Boden der Aufklärung, aber auch als religiöser Boden. Es ist anzunehmen, dass er mit dem religiösen Boden die jüdischen und christlichen Traditionen meint, die er in ähnlicher Gewichtung nennt wie die säkulare Tradition der Aufklärung. Demnach würden Aufklärung, Judentum und Christentum (möglicherweise aber auch nur der lutheranische Protestantismus) den Boden für etwas darstellen, das gewachsen ist – ich denke, dass er damit die heutige europäische Kultur meint (wiederum abzüglich derjenigen, die noch nicht dazugehören). Gleichzeitig verweist das Bild darauf, dass wir heute Früchte von etwas ernten, das in der Vergangenheit gesät wurde.

Dabei knüpft Gauck allerdings an einen begrenzten Ausschnitt der europäischen (bzw. deutschen) Geschichte an. Ein anderer möglicher Anknüpfungspunkt könnte die europäische Antike darstellen. Auch das z.T. widersprüchliche Verhältnis von Aufklärung und Religion wird nicht näher geklärt (im Vorgriff auf den Rest des Satzes ist es allerdings denkbar, dass für Gauck Aufklärung v.a. die Erneuerung des Christentums in der protestantischen Reformation meint).

Diese kulturelle Ernte wird nun, so dass Gefühl der Menschen „allüberall“ „in Europa“, „überfremdet“. Hier verlässt Gauck das organische

¹ Warum eigentlich redet er hier vom Boden – die Assoziation zu „Blut und Boden“ liegt zumindest nicht ganz fern?!

Bild des Bodens, auf dem etwas gewachsen ist. Etwas, nämlich das auf diesem Boden Gewachsene, wird überfremdet. Der Begriff „überfremdet“ erscheint hier, wörtlich genommen, zunächst einmal sinnlos. Vielleicht ist er so zu verstehen, dass dem Gewachsenen etwas Fremdes übergestülpt wird – aber von wem, und warum?

Was ist fremd zu Aufklärung und dem „religiösen Boden Europas“? Eingangs spricht Gauck von der Fremdheit und Distanziertheit. Es liegt nahe, dass das, was hier als fremd übergestülpt wird, das selbe ist, also das Andere der „Menschen“ „in Europa“ – der Islam, oder allgemeiner, alles, was nicht in den Traditionslinien der Aufklärung und der judeo-christlichen Religionen steht.

Damit endet das zweite Argument: Die „gute Absicht“ des „einladenden Landes“, die dazu führt, dass der Islam als dazugehörig behandelt wird, „ist zwar lobenswert“, „aber“ ihr widerspricht die von Gauck so gesehene Tatsache, dass „Menschen“ „allüberall“ „in Europa“ „allergisch“ darauf reagieren, dass etwas nicht der christlich-jüdischen Traditionslinie bzw. der Tradition der Aufklärung entspricht. Das Argument ist damit allerdings tautologisch geworden: Letztlich sagt Gauck nur, dass „die Menschen“ den Islam als fremd empfinden, weil sie ihn als fremd empfinden.

*[10] um einen Begriff zu verwenden, der in Deutschland
verpönt ist, aber ich verwende ihn hier ganz bewusst,*

Wiederum weiß Gauck um die (vermeintlichen) Tabus des Diskurses. Um die tautologische Aussage, dass der Islam fremd ist, weil er als fremd empfunden wird, zu treffen, verwendet er „ganz bewusst“ den Begriff „überfremden“. Er inszeniert sich also als einer, der bewusst ein Tabu des Diskurses bricht, um eine im Diskurs unpopuläre, aber in der Bevölkerung allgemeingültige Botschaft auszusprechen: Menschen reagieren allergisch auf den Islam, weil er nicht zu uns – zu unseren Traditionslinien – gehört.

Und wiederum greift Gauck nach Europa, um sich vom spezifisch deutschen Diskurs zu lösen:

[11] denn ich habe in, sagen wir, älteren Zivilgesellschaften als Deutschland es ist, etwa in den städtischen Milieus von Rotterdam und Amsterdam oder Kopenhagen, wo wirklich die Menschen unverdächtig sind, Rassisten zu sein,

Er weiß, dass er sich, auch wenn er sich als Tabubrecher inszeniert, ebenso vom Rassismus abgrenzen muss – sonst wäre seine Aussage eindeutig einordenbar und damit ignorierbar. Wie nun von „Überfremdung“ sprechen, ohne als Rassist gebrandmarkt zu werden? Gauck sagt, dass er den „in Deutschland verpönten“ Begriff der „Überfremdung“ mit der Begründung verwendet, dass es eben nicht nur Deutsche sind (die ja schnell im Verdacht stehen, Rassisten zu sein), sondern auch „ältere Zivilgesellschaften“, ja, die „städtischen Milieus von Rotterdam und Amsterdam und Kopenhagen“, sind, in denen die vom ihm beobachtete allergische Reaktion auf den Islam auftritt.

Diese Begründung irritiert nun gleich auf zweierlei Art und Weise. Zum einen ist es eben nicht so, dass die „städtischen Milieus von Rotterdam, Amsterdam und Kopenhagen“ dem Rassismus unverdächtig sind, wie Gauck behauptet. Vermutlich spielt er auf die Erfolge rechts-populistischer Parteien in diesen Städten an – aber die sind eigentlich klar als fremdenfeindlich, mindestens als islamfeindlich zu erkennen. Oder aber es geht ihm, wenn er genau diese Städte heranzieht, um Beispiele von Städten, die allgemein als „multikulturell“ anerkannt sind – dann aber stellt sich die Frage, warum genau diese Städte nun dazu dienen sollen, die Begriffswahl der „Überfremdung“ und die These, dass eine nicht dazugehörende Kultur übergestülpt wird, zu begründen.

Zum anderen irritiert, dass er zwar die Wortwahl „Überfremdung“ als begründungsbedürftig klassifiziert, aber eben eigentlich keine Begründung liefert, warum er nicht einen anderen Begriff gewählt hat, um darüber zu reden, dass zu einer auf dem Boden von Aufklärung und Religion gewachsenen europäischen Kultur etwas hinzukommt.

Letztlich begründet er seine (in Deutschland verpönte) Begriffswahl damit, dass es anderswo in Europa auch üblich sei, „allergisch“ auf „Überfremdung“ zu reagieren.

[12] dieses tiefe Unbehagen alteingesessener Europäer gegenüber dieser Form von, ja, plötzlicher Koexistenz,

Die postkoloniale Geschichte Europas wird Gauck hier zur „plötzlichen Koexistenz“ (mit wem, zeigt sich gleich), auf die die „alteingesessenen Europäer“ in Amsterdam, Rotterdam und Kopenhagen mit „tiefem Unbehagen“ reagieren.²

[13] [plötzlicher Koexistenz] aber nicht mit einem System, mit dem wir jederzeit auf einer Wellenlänge kommunizieren, sondern,

Der Auslöser für das „tiefe Unbehagen“ ist die „plötzliche Koexistenz“ mit einem fremden System. Warum ist das System fremd? Weil es keines ist, „mit dem wir jederzeit auf einer Wellenlänge kommunizieren“, sondern ein fremdes.

Nebenbei bemerkt: Gauck wählt hier, deswegen erschien mir oben auch der Bezug zur „Leitkultur“ als passend, als Definition der eigenen Identität etwas, „mit dem wir jederzeit auf einer Wellenlänge kommunizieren“ können. Wir, das sind die mit der gemeinsamen Kultur³ – die Fremden sind alle, die nicht wir sind, weil sie einem anderen Kommunikationssystem angehören.

Ich vermute, dass das Bild der problematischen „Koexistenz mit einem fremden System“ eine Leitmetapher im Gauckschen Denken darstellt. Denn letztlich war die Ostpolitik der BRD genau das: der Versuch, die Koexistenz mit einem fremden System möglich friedlich zu organisieren. Das muss schiefgehen (entsprechend äußert sich Gauck später im Interview – hier nicht diskutiert – auch zu den postkommunistischen osteuropäischen Transformationsländern, die ebenfalls als fremde Systeme beschrieben werden). „Koexistenz“ und „System“ sind dem Kalten Krieg entnommen.

² Wohlgermerkt: wir sind weiter in der Begründung, warum für das Argument, dass der Islam nicht zu Europa gehört, weil er nicht zu Europa gehört, der Begriff „Überfremdung“ passend ist.

³ Denn nichts anderes heißt es, auf einer Wellenlänge zu kommunizieren: Die gleichen kulturellen Erwartungen und Kommunikationscodes zu haben!

[14] darum macht sich das am Islam fest,

Jetzt lässt Gauck den Hasen aus dem Sack: Das fremde System, zu dem die städtischen Milieus von Rotterdam, Amsterdam und Kopenhagen zur „plötzlichen Koexistenz“ gezwungen wurden, was bei diesen zu tiefem Unbehagen führt, weil es inkompatibel zu europäischen Kommunikationscodes ist, das ganz außerhalb der religiösen und aufklärerischen Tradition Europas steht, und das eben nicht dazugehören kann, weil es nicht dazugehört, ist der Islam.

*[15] da entsteht eine Debatte mit vorausgeklärten
Politikvertretern,*

Für Gauck ist der Islam fremd, weil 1. die „städtischen Milieus“, „die Menschen“ „überall“ „in Europa“, „wir“ in Deutschland dazu gezwungen werden, „mit vorausgeklärten Politikvertretern“ zu sprechen, obwohl diese auf einer „anderen Wellenlänge“ funken, also eigentlich gar nicht mit uns kommunizieren können.

Zum Islam kommen hier zwei Bilder ins Spiel. Zum einen wird mit „Politikvertretern“ gesprochen, nicht mit den „Menschen“. Eine dem Islam angehörende Politikvertreterin ist laut Website des Deutschen Bundestages beispielsweise die grüne Abgeordnete Ekin Deligöz. Eine „vorausgeklärte Politikvertreterin“?

Oder meint Gauck mit „Politikvertretern“ die VertreterInnen organisierter Interessen der islamischen Religionsgemeinschaft? Das Bild bleibt rätselhaft.

Zum zweiten sind die VertreterInnen des Islams „vorausgeklärt“ – *nota bene*: Gauck redet hier nicht über den Islam als Religion oder als kulturelles System, sondern über die Personen, mit denen in eine – scheinbar politische – Debatte einzutreten ist. Diese Menschen sind für ihn „vorausgeklärt“, sind also 1. nicht Teil der europäischen Traditionslinie „Aufklärung“ und 2. nicht debattenfähig, sondern auf einer anderen Wellenlänge anzusiedeln.

*[16] das ist weniger politisch, aber es ist vor der
Aufklärung, was in Teilen unserer Moscheen hier
verbreitet wird,*

Ob Gauck merkt, dass seine Aussage zu den Politikvertretern schräg war, oder ob er mit „das ist weniger politisch“ eine zweite Begründung anschließen will, lässt sich anhand des Transkripts nicht entscheiden. Vielleicht fällt ihm auch auf, in was für ein Fahrwasser er im Verlauf seiner Argumentation geraten ist.

Jedenfalls muss nicht auf die „politische“ „Debatte“ verwiesen werden, um die anhaltende Fremdheit des Islams zu begründen. Nein, es lässt sich auch religiös argumentieren: „es ist vor der Aufklärung, was in Teilen unserer Moscheen hier verbreitet wird“.

Mir fällt zunächst einmal auf, dass Gauck nun plötzlich von „unseren“ Moscheen redet. Zum einen war er eigentlich argumentativ noch in Rotterdam – das „unsere“ könnte sich damit auf die in Europa beheimateten Moscheen beziehen, wohingegen es sonst naheliegt, dass er mit „uns“ eher „Deutschland“ bezeichnet. Zum anderen widerspricht das „unsere“ nun eigentlich der Hauptaussage, dass der Islam nicht zu Deutschland dazugehört, weil er „uns“ fremd ist. Wenn es „unsere“ Moscheen sind (im Gegensatz zu den Moscheen z.B. in Pakistan) – dann gehört der Islam doch irgendwie zu „uns“ dazu. Was Gauck aber – zumindest für die Gegenwart – eigentlich gerade widerlegen will.

Auch an einem zweiten Punkten ist so etwas wie Zurückrudern zu beobachten: Gauck redet, während es vorher „Menschen“ „allüberall“ „in Europa“ waren, die „überfremdet“ werden und darauf „allergisch“ bzw. mit „tiefem Unbehagen“ reagieren, nun gar nicht mehr davon, dass alle Moscheen vor der Aufklärung stehen. Nein, er bemüht sich, zu differenzieren: „in Teilen unserer Moscheen“ – das ist nun entweder Distanzrhetorik, die zum erfolgreichen Tabubruch gehört, oder aber ein inhaltlich so gemeintes Zurückrudern: „das, was in Teilen unserer Moscheen verbreitet wird“, „ist vor der Aufklärung“.

[17] und auch der Ansatz des Islam ist nicht durch eine Reformation gegangen, wie in Europa, und auch nicht durch eine europäische Aufklärung,

Europas Früchte sind Gauck zufolge auf dem Boden der europäischen Religionen und der europäischen Aufklärung gereift. Der „Ansatz des

Islam“ – also eine von mehreren (Religionen? Kulturen? Weltanschauungen?) – kann dagegen keines von beidem aufweisen. Er ist religiös „nicht durch eine Reformation gegangen“,⁴ und der Islam ist „auch nicht durch eine europäische Aufklärung“ gegangen (da er ja nicht zu Europa gehört, kann das eh gar nicht sein).

Hier scheint Gauck nun tatsächlich differenziert: Während der Islam als Religion insgesamt nicht aufgeklärt ist, betrifft die Vermittlung von voraufgeklärtem Wissen nur einen Teil der Moscheen in Europa. Mir erscheint es nicht ganz stringent in der Argumentation – wenn er stringent wäre, müsste er sich gegen Moscheen aussprechen.

Auffällig finde ich hier die halbe Gleichsetzung zwischen Reformation und Aufklärung, und die Unentschiedenheit, ob der Islam nun als Religion oder als politische Haltung zu behandeln ist; ebenso wie oben die christlich-jüdischen Traditionslinien und die Tradition der Aufklärung genannt werden. Hier wäre es interessant, was Gauck eigentlich unter Aufklärung versteht, und wie er das Zusammenspiel von Staat und Kirche versteht. Klar wird jedenfalls, dass die Religion, die für ihn zunächst einmal die Religion überhaupt ist, der Protestantismus als Religion der Reformation ist. Erahnen lässt sich eine alteuropäische Rangfolge der Zivilisiertheit, an deren Spitze nordeuropäische protestantische Staaten stehen.

Die Aussagen zu Aufklärung und Reformation dienen hier dazu, den Islam als ein „System“ darzustellen, das (noch nicht) zur Kommunikation mit den bereits weiter entwickelten Systemen bereit ist. Deswegen ist er „uns“ fremd, nicht debattenfähig und löst „tiefes Unbehagen“ aus, und deswegen ist es zwar „gute Absicht“, sich als „einladendes Land“ darstellen zu wollen, aber letztlich Augenwischerei, zu glauben, dass der Islam (so wie er sich heute darstellt) zu Deutschland dazugehören könnte.

*[18] und deshalb jetzt einen Zustand zu beschreiben, als
wäre dieser kulturelle Schritt innerhalb der muslimischen*

⁴ Gauck unterschlägt hier als protestantischer Pfarrer freundlicherweise die andere große christliche Kirche in Europa, die ebenso nicht durch eine Reformation gegangen ist.

*Welt schon vollzogen, das täuscht uns über diese
Fremdheit, die nach wie vor existiert, hinweg.*

Anders gesagt: Erst wenn der Islam durch Reformation und europäische Aufklärung durchgegangen ist, wird es möglich sein, als „Menschen“ „allüberall“ „in Europa“ mit dessen VertreterInnen in eine Debatte einzutreten. Bis daher ist es besser, sich nicht auf Integrationsbemühungen zu versteifen, sondern lieber die „Fremdheit, die nach wie vor existiert“ zu betonen.

Damit komme ich abschließend zu meiner Interpretation dieses Textes. Wenn meine Argumentation schlüssig ist, sagt Gauck, dass es naiv ist, so zu tun, als gehöre der Islam schon zu Deutschland. Dies könne allenfalls als Fernziel begriffen werden. Dass der Islam nicht dazu gehört, leitet sich von der von ihm vielerorts in Europa gemachten Beobachtung der „Überfremdung“ ab. Dass diese zu allergischen Reaktionen, zu tiefem Unbehagen führt, ist für Gauck verständlich, denn der Islam ist nicht durch das Duo aus Reformation und europäischer Aufklärung gegangen und damit in Europa diskursiv nicht anschlussfähig. Erst einem reformierten Islam räumt er die Chance ein, zu Europa dazugehören zu können – bis dahin bleiben Menschen, die dieser Religion angehören, Fremde für „uns“.



Machtblindheit, oder: ist *Law Code*?

26. Juni 2012 – Politik und Gesellschaft, Soziologisch gesehen

I. Deutungshoheit und die Wirkung von Texten

Das eine ist die unglaubliche Naivität, mit der manche Menschen an Positionspapiere, Satzungen und Gesetze herantreten. Vielleicht schlägt da bei mir der Soziologe durch, aber wer glaubt, dass ein Text, nur weil in diesem Text etwas steht, alleine Wirkung entfaltet, leidet aus meiner Sicht an einer Wahrnehmungsstörung. Eine Wahrnehmungsstörung, die sich vielleicht am treffendsten als „Machtblindheit“ bezeichnen lässt.

Machtblindheit meint hier nicht, blind vor Macht zu sein, sondern nicht zu sehen, dass jeder Text deutungs- und interpretationsoffen ist. Dass jeder zu einem Werkzeug in einem Akteursnetzwerk gemacht werden kann, um bestimmte Ziele zu erreichen und andere Ziele zu verhindern. Die Deutungsmöglichkeiten sind dabei nicht beliebig, aber sie sind sehr viel größer, als viele sich das vorstellen. Wer sich letztlich mit seiner Deutung durchsetzt, hat etwas mit diskursiver Hegemonie zu tun, aber eben auch damit, wer am sprichwörtlichen längeren Hebel sitzt.

Oder anders gesagt: Wer einen Text nutzen möchte, um aus einer weniger mächtigen Position in einem asymmetrischen Machtverhältnis heraus etwas bewegen will, kann und darf sich nicht auf die Stärke des Textes verlassen. Der wird so weit wie möglich interpretiert werden, und welche Interpretation sich durchsetzt, hängt eben nicht alleine vom Wortlaut des Textes ab, sondern auch davon, wer welche Ressourcen hat, und wer sich auf welche Deutungstradition berufen kann und diese etabliert. (Das selbe gilt übrigens auch für nicht geschriebene Texte, sprich: für soziale Situationen).

Das heißt jetzt nicht, das alles verloren ist und die Welt der Willkür der Mächtigen ausgesetzt ist. Es heißt nur, dass es notwendig ist, genau abzuschätzen, welche Deutung hegemonial ist oder hegemonial gemacht wird, und klug zu entscheiden, ob ein Kampf um die Deutungshoheit aussichtsreich ist oder nicht.

Um das am konkreten Beispiel festzumachen, über das ich mich gerade aufrege: Eine lose Gruppe grüner Kreisverbände möchte einen Sonderparteitag durchsetzen, um dort über den Fiskalpakt zu reden. Die Satzung sieht vor, dass ein Parteitag einberufen werden muss, wenn zehn Prozent der Kreisverbände dies fordern. Die Satzung führt nicht näher aus, was ein Beschluss eines Kreisverbandes ist. Es soll jetzt nicht darum gehen, ob eine solche Sonder-BDK in der aktuellen Situation sinnvoll ist oder nicht. Ich bin da eher skeptisch. Jedenfalls wird aus dieser Gruppe grüner Kreisverbände heraus behauptet, dass es 47 Beschlüsse von Kreisverbänden gibt. Eine Liste ist auf sonder-bdk.de

abrufbar. Die Bundesgeschäftsstelle sagt, dass ihr weniger als zwanzig Beschlüsse vorliegen.

Ein Teil dieser Differenz beruht darauf, dass Beschlüsse nicht bei der Bundesgeschäftsstelle der Partei eingereicht wurden. Ein Teil beruht aber auch darauf, dass es Unterschiede in der Interpretation der Satzung gibt. Der Bundesvorstand und die Bundesgeschäftsstelle lesen die Satzung so, dass nur ein ordentlich protokollierter, von einer Mitgliederversammlung verabschiedeter, eindeutig auch nach der Bundestagsabstimmung über den Fiskalpakt eine Sonder-BDK einfordernder Beschluss ist. Die Gruppe der Kreisverbände – oder zumindest deren selbsternannte Anführer – sehen das anders. Hier wird als Beschluss gezählt, wenn ein Vorstand eines Kreisverbandes erklärt hat, eine Sonder-BDK zu wollen. Polemisch zugespitzt: auch die vage Absichtserklärung über der Tasse Kaffee zählt noch.

Es gibt also eine Differenz in der Interpretation der Satzung, die gravierende Folgen hat. In der einen Interpretation sind die für einen Sonderparteitag notwendigen zehn Prozent noch längst nicht erreicht. Der Bundesvorstand kann abwarten. In der anderen Interpretation wurde das Quorum überschritten, der Bundesvorstand muss sofort tätig werden, Urlaubssperren verhängen, eine Halle buchen und so weiter. Das ist richtig teuer.

Hier kommt nun Machtblindheit ins Spiel. Einige aus der Gruppe der Kreisverbände stellen sich jetzt nämlich hin und sagen: Wir haben geliefert, der Bundesvorstand muss jetzt reagieren, es steht ja so in der Satzung. Klar steht es da – aber eben nicht in der Interpretation des Bundesvorstands. Das hat dieser – in Person der Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke – auch mehrfach deutlich gesagt.

Was ich nicht verstehe (und wie gesagt, ich halte eine Sonder-BDK jetzt nicht für sonderlich sinnvoll): Dass gerade von denen, die sonst sehr sensibel reagieren, wenn es um Machtdifferenziale geht, das jetzt nicht wahrgenommen wird. Sondern dass rumgemotzt wird, dass der Bundesvorstand sich nicht meldet, dass fest darauf beharrt wird, dass in der Satzung ja schon steht, was da steht – nämlich die eigene Inter-

pretation – und dass das einfach aus den unterschiedlichen Rollen und Interessen heraus gut nachvollziehbare Zögern des Bundesvorstands, jetzt sofort eine Sonder-BDK einzuberufen, als kurzfristiger, vielleicht auf Stress bedingter Fehler wegerklärt wird. In der Satzung steht es ja, sagen sie. *Und vertrauen darauf, dass die Satzung sich schon dafür einsetzen wird, dass das Interesse dieser Kreisverbände Gehör findet.* Macht die Satzung aber nicht. Die lässt sich deuten, und ist, ganz ihrer Papierform entsprechend, geduldig.

Um aus dieser machtbesetzten Deutungsdifferenz herauszukommen, sehe ich drei Wege. Solange die Gruppe der Kreisverbände keinen davon beschreitet, wird nichts passieren.

1. Das Schiedsgericht als für die Deutung der Satzung zuständige Instanz wird angerufen, um den Interpretationsspielraum zu reduzieren. Schrödingers Katzenkiste wird geöffnet. Dabei kann die eine oder die andere Deutung als richtige Deutung herauskommen. Ob sich das Schiedsgericht in das Netzwerk der Akteure einbinden lässt, wie schnell es entscheiden kann, all das bleibt abzuwarten. Sicher ist dieser Weg nicht, aber er führt voran. (Oder es wird ein Satzungsänderungsantrag an einen Parteitag gestellt).

2. Das Machtdifferential wird wahr- und zunächst einmal hingenommen. Die Gruppe der Kreisverbände liefert mehr als die notwendigen 45 Beschlüsse in formalistischer Buchstabentreue zur Interpretation des Bundesvorstands: mit ordentlichem Protokoll, als Beschluss einer Mitgliederversammlung, mit klarer Aussage darüber, dass bedingungslos eine Sonder-BDK gefordert wird. Dann – meine ich – wäre der Deutungsspielraum des Bundesvorstands ausgeschöpft und damit geleert, dieser müsste zähneknirschend mit der Einberufung einer Sonder-BDK beginnen. Dieser Weg ist sicher, funktioniert aber nur, wenn entsprechend viele Mitgliederversammlungen von Kreisverbänden entsprechendes beschließen.

3. Die Gruppe der Kreisverbände versucht, mit den ihr zur Verfügung stehenden Machtressourcen die Deutungshoheit über die Satzung zu erobern. Es wird mobilisiert, was sich mobilisieren und dem Netzwerk

hinzufügen lässt: Wie war das bei bisherigen Sonderparteitag – was wurde da akzeptiert? Finden sich allseits als vertrauensvoll eingeschätzte Personen, z.B. ehemalige Bundesgeschäftsführer der Partei, die öffentlich die Deutung der Gruppe der Kreisverbände für richtig erklären? Lässt sich eine Flut von Mails und Anrufen organisieren, in denen Mitglieder der Bundesgeschäftsstelle ihre Deutung nahelegen? All das sehe ich momentan nicht.

Was jedenfalls nicht funktioniert, ist in diesem Fall, abzuwarten, dass der Bundesvorstand sich bewegt. Der ist nicht im Zugzwang, und die Zeit spielt für seine Seite – je näher der nächste reguläre Parteitag heranrückt, je weiter Weg der Beschluss im Bundestag liegt, desto weniger offensichtlich wird die (angebliche) Notwendigkeit einer Sonder-BDK.

II. *Law is code*, oder: das Programm und seine Ausführung

Dann gibt es noch einen zweiten Gedanken, der zunächst einmal nichts mit all dem zu tun zu haben scheint, ja dem oben gesagten widerspricht.

Und zwar ist mir wiederholt aufgefallen, dass nicht nur, wie Lessig es sagt, *code law* ist – also der Programmiercode der uns umgebenden Software „rechtliche“ Entscheidungen vorwegnimmt, bestimmte Interpretationen und Deutungen stärkt und verfestigt, und andere unmöglich macht – sondern dass auch *law code* ist: Zwischen Gesetzestexten und Programmtexten gibt es eine erstaunliche Nähe. Das fällt mir auf, seitdem ich in meinem Job im Landtag häufiger mit Gesetzestexten zu tun habe.

Die Ähnlichkeiten: Es gibt einen bestimmten Formalismus, auch wenn es nicht im Wortsinn eine formale Sprache ist, in dem Gesetze verfasst sind. An vielen Stellen haben diese algorithmischen Charakter: Es werden bestimmte Verfahren und Prozesse vorgegeben und beschrieben. Gesetze verweisen auf andere Gesetze und Verwaltungsvorschriften bzw. auf einzelne Abschnitte und Paragraphen – Sprünge und Funktionsaufrufe.

Insofern ist die „Betriebssystem“-Metapher der Piraten gar nicht so falsch. Was wie funktionieren soll, ist rechtlich formalisiert und nieder-

geschrieben. Ein Artikelgesetz (also ein Gesetz, in dem andere Gesetze an einzelnen Stellen geändert werden) erinnert in der Tat an einen *Patch* oder ein *Update* des rechtlichen Codes. Nebeneffekte gibt es auch.

Interessant wird die Metapher des „*law is code*“, wenn es um die Ausführung dieser Programme geht. In den Operationen von Organisationen spielen kodifizierte Regeln natürlich eine große Rolle. Nehmen wir das Beispiel des gerade im Landtag behandelten Gesetzentwurfs zur Einführung der Verfassten Studierendenschaft. Dieser ändert das Landeshochschulgesetz so, dass an den Hochschulen eine neue Teilkörperschaft „Verfasste Studierendenschaft“ etabliert wird. Im Gesetz ist geregelt, nach was für einem Verfahrensablauf diese eingerichtet werden muss, wie Wahlen stattfinden, welche Aufgaben von der Verfassten Studierendenschaft ausgeführt werden können und welche nicht.

Hier endet die Metapher allerdings auch. So lässt der rechtliche Rahmen – anders als ein Programmtext – unausgeführte Freiräume, die erst einmal ausgefüllt werden müssen. Das ließe sich jetzt – als Nutzerinput oder als Raum für *Plug-ins* irgendwie noch metaphorisieren.

Jedenfalls ist es so, dass das Gesetz einen Rahmen dafür vorgibt, was eine Verfasste Studierendenschaft machen kann und was nicht. Was sie tatsächlich macht, ist nur zum Teil durch den Gesetzestext bestimmt. Anders gesagt: Der Gesetzestext ist eine Ressource, die der zukünftigen Organisation der Verfassten Studierendenschaft, aber auch den Hochschulen und sogar der Verfassten Studierendenschaft gegenüber feindlich eingestellten Gruppen zur Verfügung gestellt wird. Was diese mit dieser Ressource machen, welche Regeln sie zu welchen Zwecken aufrufen, hat eine gewisse Offenheit. Das wurde schon jetzt in den gesellschaftlichen Debatten um das Gesetz deutlich: Ist die Aufgabe der Studierendenschaft genau genug definiert? Ist sie zu weit oder zu eng – beides wurde vorgebracht.

Wie weit das tatsächliche Handeln – in diesem Fall der Akteure an der Hochschule – von diesem Gesetz bestimmt wird, ist nun ebenfalls offen. Da, wo es nicht um ganz konkrete Verfahren geht, etwa um Wahlverfahren oder Rechnungsprüfungsverfahren, ist der Interpretationsspielraum,

den das Gesetz gibt, sehr groß. Aus der Organisationssoziologie ist bekannt, wie wichtig die Spielräume wie auch informellen Regeln dafür sind, dass Organisationen funktionieren. Nur ein lose gekoppeltes Gesetz ist demnach ein gut funktionierendes Gesetz. Dagegen würde ein lose gekoppeltes Programm schlicht nicht funktionieren, sondern sich aufhängen, abstürzen oder zu nicht erwarteten Ergebnissen führen.

Und anders als bei Software wird das Gesetz nicht linear von einer Instanz ausgeführt. Organisationen sind keine Von-Neumann-Rechner. Menschen sind keine logischen Schaltkreise. Die das Gesetz in ihrem Alltag auslegenden Akteure haben Deutungsspielräume, die sich in der Praxis in Praktiken und Narrativen verfestigen.

Um trotzdem eine einigermaßen stringente Ausführung von Gesetzen sicherzustellen, gibt es – durch spezielle Gesetze und in speziellen Verfahren – damit betraute Agenturen: RechtsanwältInnen, Gerichte, StaatsanwältInnen, aber auch beispielsweise den Rechnungshof. Nicht zuletzt: den Gesetzgeber. Diese alle begrenzen die möglichen Deutungen von Gesetzestexten. Sie reduzieren damit die Zahl der als legal geltenden Instantierungen von Gesetzesprogrammen, beschneiden Möglichkeiten und schaffen Strukturen. Aus langen Traditionen der Gesetzesdeutung entstehen klar präferierte Pfade. Letztlich gewinnen Gesetze erst in ihrer alltäglichen Auslegung und ihrer möglicherweise strittigen Deutung Realität.

III. Das eine und das andere

Was haben jetzt diese beiden Gedanken miteinander zu tun? Eine Satzung einer Partei ist zwar einerseits so etwas wie das Betriebssystem der Partei. Andererseits ist sie ein schwaches Programm – nicht ohne Grund gibt es parteiinterne Schiedsgerichte und ist es relativ einfach, Parteisatzungen zu ändern. Mehr noch als für mit großen bürokratischen Organisationen und schlagkräftigen Regulationainstanzen verknüpfte Gesetzbücher unterliegt eine Parteisatzung der Auseinandersetzung um die Deutungshoheit.

Das hat auch Auswirkungen auf die „Hackbarkeit“ des Codes. Ein Computerprogramm, das Vorschriften enthält, die dem „Geist“ des Programms zuwiderlaufen, kann gehackt werden, und wird dann willfährig Dinge tun, die so eigentlich nicht vorgesehen waren – zum Beispiel Menschen Zugang zu Daten geben, die diese eigentlich nicht haben sollten.

Geschäftsordnungen und andere gesetzlich festgeschriebene Verfahren können zwar in gewisser Weise auch dazu genutzt werden, gehackt zu werden, indem Vorschriften anders als intendiert verwendet werden. Aber anders als bei Computerprogrammen kommt hier die Ausführung durch menschliche AkteurInnen mit ins Spiel. Diese haben die Fähigkeit, sich zu weigern, bei zu weiten Deutungen mitzugehen. (Das ist meiner Beobachtung nach etwas, was manche PiratInnen schwierig zu begreifen finden).

Sich auf Programmcode zu berufen, wird immer das dem Code inhärente Ergebnis haben, wenn dieser formal korrekt ist und ausgeführt wird. Computer sind dumm, Machtspiele sind ihnen egal.

Parteien operieren dagegen zunächst einmal mit Machtspielen. Ihre Satzungen, der gesetzliche Rahmen – das ist zwar nicht egal, aber es wird nicht automatisch wirkmächtig, und kann umgangen werden. Wer die Machtspiele einer Partei „hacken“ will – und sei es, indem das in der Satzung verbrieftete Recht aufgerufen wird, einen Parteitag einzuberufen – darf sich nicht auf den Code verlassen. Sonst leidet er oder sie an Machtblindheit.

Warum blogge ich das? Gute Frage. Vielleicht als Teil einer andauernden sozialkonstruktivistischer Selbstvergewisserung darüber, was Politik eigentlich ist. Und weil ich es jenseits aller Vorwürfe und moralischen Frage hilfreich finde, sich darüber im Klaren zu sein, dass es sowas wie Rollen- und Interessenkonflikte auch in der eigenen Partei gibt, ohne dass das verwerflich ist. Entsprechend ist die Kraft der besseren Argumente immer begrenzt.

Der langsame Pendelschlag des Zeitgeists

29. September 2012 – Politik und Gesellschaft



Was haben digitale Demokratie, fahrscheinloser Nahverkehr, das bedingungslose Grundeinkommen und Umsonstläden gemeinsam? All das sind Ideen, die schon einmal populär waren. Und diese vier sozialen Erfindungen, um einen Begriff von Robert Jungk zu gebrauchen, sind sicherlich nicht die einzigen radikalen Forderungen, die in den letzten Jahren wiederentdeckt oder neu erfunden werden. Und zwar nicht im Spannungsfeld von Farce und Tragödie.

Vor einiger Zeit habe ich die Piratenpartei – als Bewegung verstanden – mit den damaligen neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre ver-glichen¹ und eine ganze Reihe – oberflächlicher? – Ähnlichkeiten gefunden. Die Wiedergänger der radikalen Ideen, aber auch der Charakter der Piraten als einer gesellschaftlichen Partizipationsbewegung wirft für mich die Frage auf, was hinter diesem periodischen Wiederaufleben steckt, für das sich vermutlich noch viele weitere Beispiele finden lassen würden. Sei es *Occupy* und die soziale Revolte der 1960er, viel-

¹ Siehe „Piraten als Bewegung: die 1970er im Remake?“ in diesem Band.

leicht auch der Naturschutz- und Ökogedanke, der ebenfalls in Wellenbewegungen immer wieder auftaucht.

Klar ist jedenfalls: linearer Fortschritt ist das nicht. Eher schon eine zyklische Bewegung, ein langsamer Pendelschlag des Zeitgeists zwischen einem gesellschaftlich-solidarischen und einem egozentrisch-eigennützigen Pol. Das ist jedenfalls das Bild, das mir aktuell am passendsten erscheint.² Sobald eine Denkrichtung gesellschaftlich massiv dominant wird – die neoliberalen 1980er Jahre Reagans, Thatchers und Kohls, geistig-sozial gewendet – beginnt es zu rumoren, fangen Gegenbewegungen an, an Gewicht zu gewinnen. Das Bild des Pendelschlags hat allerdings den Nachteil, Assoziationen zu einem harmonischen, Yin und Yang zusammenführenden Kreislauf der Extreme zu wecken. Oberflächlich gibt es zudem Ähnlichkeiten zum Simmel'schen Modebegriff (Simmel 1885, vgl. Gronow 1993), zum steten Wechsel von lang und kurz, bunt und grau, angetrieben durch den Motor der Abgrenzung. Anders als die Frage der Haar- und Rocklänge geht es bei diesem Pendelschlag hier jedoch um Substanzielleres.

Ich will also weder Harmonie noch Oberflächlichkeit suggerieren. Die Pendelbewegungen, die alte Ideen neu hervorbringen, sind, aus einer anderen Perspektive betrachtet, immer heftige Auseinandersetzungen um Diskursheheiten und gesellschaftlich dominante Ideen. Sie sind soziale Kämpfe. Vielleicht haben sie auch etwas mit den langen Innova-

² Auch das Bild des Pendelschlags ist so neu nicht. So schreibt Moberg (1981: 15): „Die Schaffung neuer Modelle wurde ferner beeinflusst von den Übergängen im Leben, die so viele Angehörige der Neuen Linken gemeinsam durchmachten – verlängerte Durchgangsriten (*rites de passage*) zum Erwachsensein, bestehend aus einem verlängerten Ausgeschlossenensein von den normalen Strukturen der Gesellschaft, das eine kommunale Erfahrung auf etwa die gleiche Weise unterstützte wie die Durchgangsriten in traditionellen Gesellschaften. Darüber hinaus bot die Konfrontation mit dem selbstgefälligen monolithischen, liberal-konservativen Establishment [...] weitere Anregungen für Modelle: Das Gegenteil von allem, was existierte, mußte besser sein (und war vermutlich an sich schon revolutionär). [...] Und typischerweise haben solche Bewegungen alle das Gefühl, außerhalb der historischen Zeit zu stehen, wobei sie oft die soziale Dialektik mit den existierenden Mächten streifen, die nötig ist, um etablierte Institutionen zu ändern.“

Politische Fragen

tions- und Konjunkturwellen zu tun, die die ökonomische Situation der Gesellschaft prägen (vgl. Huber 1988).

Ob es diese Pendelbewegungen tatsächlich gibt, ob es andere Gründe für das Neuentdecken bestimmter sozialer Erfindungen gibt, oder ob der ganze Eindruck, der sich mir aufdrängt, nur ein Artefakt meines subjektiven Blickes ist, in dem ich Dinge bündele, die nichts miteinander zu tun haben, kann ich an diesem Punkt nicht letztgültig entscheiden. Verbunden damit ist die Frage danach, warum sich diese immer wieder auftauchenden sozialen Inventionen und Innovationen letztlich nicht durchsetzen. Um über diese Frage nachzudenken, erscheint es mir hilfreich, kurz auf die vier eingangs genannten Beispiele einzugehen.



Beispiel 1 - Umsonstläden

Der erstaunlich umfangreiche [Wikipedia-Beitrag](http://de.wikipedia.org/wiki/Umsonstladen)³ zu Umsonstläden beschreibt diese als „[...] privates, sozial oder politisch motiviertes Projekt, wo neue oder gebrauchte Gegenstände zur kostenlosen Mitnahme bereitgestellt sowie tauschfrei mitgenommen werden können.“ Dahinter

³ <http://de.wikipedia.org/wiki/Umsonstladen>

steckt eine theoretische und hier praktisch gewordene Debatte um Kapitalismuskritik, um Waren- und Tauschwerte, um die Möglichkeiten einer gemeinsamen Ökonomie, aber auch um das ökologische Unbehagen an der Wegwerfgesellschaft. So weit ich das sehe, sind Umsonstläden in der deutschen Alternativszene seit etwa 1999 wiederentdeckt worden. Laut Wikipedia-Artikel gibt es derzeit etwa 60 solche Einrichtungen.

Ich habe selbst mal im Umsonstladen in Freiburg mitgearbeitet, und mich damals auch ein bisschen mit den Hintergründen dieser Idee beschäftigt. Dabei bin ich auf den mich zunächst erstaunenden Umstand gestoßen, dass Umsonstläden eben keine neue Idee sind. In der Wikipedia heißt es dazu:

„Die Diggers waren Ende der 1960er Jahre eine Aktionsgruppe mit politisch-künstlerischen Hintergrund im Haight-Ashbury District in San Francisco. Ob ihrer anarchistischen Geldkritik betrieben sie von 1966 bis 1968 u. a. einige „Free Stores“. Einen in der 1762 Page Street, einen zweiten in der 520 Frederick Street sowie einen dritten in der Cole Street mit dem Namen „The Trip Without A Ticket“. Zusätzlich verteilten sie täglich „free food“ in Berkeleys Civic Center Park. [...] Auch in anderen Städten gab es Free Stores der Diggers. Beispielsweise in New York in der 264 East Tenth Street (Lower East Side). Diesen Vorbild folgend gab es in dem Ort Cotati in Kalifornien einen Freestore vom Ende der 60er Jahre bis 1983.“

Mit etwas mehr Recherche würden sich ähnliche Vorläufer vermutlich auch zu noch früheren Zeitpunkten finden lassen, etwa in nach urchristlichen Ideen lebenden Kommunen, oder, um noch weiter zurückzugehen, in den Allmenden von Subsistenzgesellschaften.

Die Experimente der 1960er in den USA (vgl. Anderson 1995) – hier die Idee Umsonstläden – wurden in Deutschland durchaus rezipiert. So wird beispielsweise das Schicksal der Digger-Shops („niemand brachte mehr, als er mitnahm“⁴) im Eintrag „Alternative Ökonomie“ im Band

⁴ Meine eigene Erfahrung im Freiburger Umsonstladen war übrigens eher gegenteilig: Ganz viele brachten ganz viel, aber nur wenige wollten etwas davon mitnehmen.

Neuer Lebensstil – verzichten oder verändern? als Argument für eine bestimmte Sicht auf die Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit gegenökonomischer Organisationsformen angeführt (Wenke/Zilleßen 1978, S. 392).

Beispiel 2 – Bedingungsloses Grundeinkommen

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) wird in den letzten Jahren vermehrt diskutiert, popularisiert vor allem durch Götz Werners entsprechende Talkshow-Auftritte. Innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen gibt es in den letzten Jahren ein „Netzwerk Grundeinkommen“, dessen Aktivitäten dazu führten, dass 2007 immerhin etwa 40 Prozent der Delegierten eines Parteitage für dieses Modell stimmten, und dass zumindest festgehalten wurde, dass mit dem Parteitagebeschluss für ein anderes Sozialmodell die innerparteiliche Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen nicht abgeschlossen ist. Aktuell sind es vor allem die Piraten, die das Konzept eines BGE öffentlich sichtbar machen – allen vorweg [Johannes Ponader](#),⁵ der aktiv sein „Recht auf schöpferische Arbeitslosigkeit“ einfordert.

Aber wie schon beim zugegebenermaßen eher Nischenbeispiel des Umsonstladens ist auch beim BGE die Idee nicht neu. Das Zitat, das ich gerade Ponader zugeschrieben habe, ist die Überschrift eines Textes von Ivan Illich aus dem Jahr 1979.

Systematischer gehen Vanderborght und Van Parijs (2005) der Geschichte der Idee „Grundeinkommen“ nach. Sie fangen bei der Geschichte der Sozialsysteme an und finden in Thomas Paine und Charles Fourier utopisch orientierte Vorläufer. In den USA der 1960er Jahre kommen dann aus neoliberaler Perspektive Milton Friedman (Negativsteuer) und aus einer eher linksliberalen Linie James Tobin Vorschläge für ein Grundeinkommen. Der Tobin-Vorschlag eines „demogrant“ schafft es bis ins Wahlprogramm des demokratischen Präsidentschaftskandidaten McGovern 1972. Mitte der 1970er Jahre wurden diese Ideen – Negativsteuer wie Demogrant – in den USA begraben. Dafür tauchten sie

⁵ Siehe „Die drei Ebenen des Falls Johannes Ponader“ in diesem Band.

Anfang der 1980er Jahre in Europa wieder auf – zuerst in den Niederlanden und Mitte der 1980er Jahre dann auch in Frankreich und in Deutschland. Hier findet sich die Debatte um das Grundeinkommen im Umfeld der Ökobewegung – samt Gegenökonomievorstellungen – und in der Nähe der neuen grünen Partei. (Vanderborgh/Van Parijs 2005, S. 29ff).

So ist es nicht verwunderlich, dass die Ideen eines „anders leben, anders arbeiten, anders wirtschaften“ sich auch in der grünen Programmatik der Gründungszeit niederschlagen. Wer möchte, kann dies in den dankenswerterweise vom Archiv Grünes Gedächtnis in der Heinrich-Böll-Stiftung digitalisierten und archivierten Programmtexten⁶ seit 1980 nachverfolgen – auch wenn das Grundeinkommen nicht direkt erwähnt wird, finden sich doch viele Anklänge an das dahinter stehende Wirtschafts- und Menschenbild.⁷

Beispiel 3 – kostenfreier Nahverkehr

VerkehrspolitikerInnen vieler Parteien betrachten mit Interesse das Experiment der Stadt Hasselt⁸ (Belgien), die 1997 ein kostenloses Bus-system eingeführt hat. In der öffentlich wahrnehmbaren Programmatik der Piraten wird daraus der „fahrscheinlose Nahverkehr“, also die pauschalisierte Finanzierung des ÖPNV in den einzelnen Kommunen. Und was steht, nach einer Reihe ökologisch und sozial motivierter Einzelforderungen, im bis 1993 gültigen Bundesprogramm 1980⁹ der GRÜNEN?

„Statt einer reinen Benzinkostenrechnung muß auch im Verkehrswesen eine gesamtgesellschaftliche und ökologische Kostenrechnung vorgenommen werden. Daraus folgt

⁶ <http://www.boell.de/stiftung/archiv/archiv-4289.html>

⁷ Im Landtagswahlprogramm NRW 1985 wurde die Forderung sogar explizit erhoben (Information von Wolfgang Strengmann-Kuhn).

⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Personennahverkehr_in_Hasselt

⁹ http://www.boell.de/downloads/stiftung/1980_Bundesprogramm.pdf - Legendär das Kapitel 5 „Steuern, Währung und Finanzen“ mit dem Inhalt „Dieser Programmtteil wird noch überarbeitet“

eine drastische Reduzierung der Fahrpreise für den Schienenfernverkehr und der Nulltarif für den Nahverkehr. Als erste Maßnahme fordern wir die sofortige Einfrierung der Fahrpreise für den öffentlichen Nahverkehr.“

Auch die Idee, den ÖPNV kostenfrei anzubieten, ist also nicht ganz neu. Aus dieser Idee sind Dinge wie die Freiburger Umweltkarte, heute Regio-karte, entstanden, die 1991 eingeführt wurde und damit gerade ihr 20-jähriges gefeiert hat. Eine einigermaßen erschwingliche Monatskarte für einen größeren Verbund ist nicht identisch mit fahrscheinlosem ÖPNV, ist aber, so möchte ich das deuten, die realpolitische Umsetzung dieser Forderung, bzw. das, was aus dem „Nulltarif“ im grünen Bundesprogramm und ähnlichen Ideen in der politischen Praxis geworden ist.¹⁰

Beispiel 4 - digitale Demokratie

Als letztes möchte ich kurz auf die digitale Demokratie eingehen, die ja ebenfalls mit Teilnehmungsplattformen, Tools wie „Liquid Feedback“ und ähnlichem gerade wieder *en vogue* ist. Die Idee, Kommunikationstechnik dazu zu nutzen, die demokratische Teilnehmung zu erleichtern, passt vielleicht insofern nicht ganz in die Reihe der drei vorherigen Beispiele, dass sie viel stärker technokratisch akzentuiert ist als dass sie aus großen sozialen Bewegungen stammt.

Aber ebenso wie die vorher genannten sozialen Ideen ist „digitale Demokratie“ eben keine Neuerfindung des beginnenden 21. Jahrhunderts, sondern hat ideengeschichtliche Vorläufer (Westermayer 1998). Auch Radio und Telefon wurden schon einmal mit ähnlichem utopischen Geist gefüllt wie Ende des 20. Jahrhunderts der Computer und heute die sozialen Netzwerke und Mobiltelefone. Den Diskurs über „elektronische Demokratie“ seit den 1960er Jahren bis 1984 beschreibe ich da wie folgt:

„Während anfangs noch die mathematisch-technischen Fähigkeiten der „Elektronengehirne“ – und verbunden da-

¹⁰ Aus heutiger Perspektive (2026) drängt sich hier geradezu der Blick auf das Neun-Euro-Ticket und das daraus entstandene Deutschlandticket auf.

mit die Ängste vor der „Verdatung“ und vor der zentralen Informationsmonopolisierung – die Debatte bestimmen, entwickelt sich aus ersten Ideen einer per Telefonnetz und Zentralcomputer durchgeführten Meinungsumfrage parallel zur zunehmenden Konvergenz von Fernsehen, Telefon und Computer – in einer ersten Instanz etwa in Form von BTX – die radikalere Idee, auch tatsächliche Abstimmungen und Entscheidungen mit Hilfe elektronisch vermittelter Kommunikation durchzuführen. So soll die Politik und die Beteiligung der BürgerInnen mit dem wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Stand der Vernetzung gleichziehen und ein ebenbürtiges Gegengewicht dazu bilden. Damit verbindet sich die Hoffnung, die „Übergangslösung“ repräsentative Demokratie „endlich wieder“ teilweise oder ganz durch eine direkte Beteiligung aller zu ersetzen – nach dem großen Vorbild der athenischen Agora.“



Schlussfolgerungen

Soweit zu den vier Beispielen für die gegenwärtig wieder auftauchenden „neuen“ Ideen mit ihren Ursprüngen in den 1960er oder 1980er Jahren, oder sogar mit noch viel weiter zurückliegenden Wurzeln. Viel-

leicht muss ich an dieser Stelle noch auf ein mögliches Missverständnis eingehen: Mit der Feststellung, dass diese Ideen nicht erst 2012 erfunden wurden, will ich sie nicht diskreditieren. Ich halte ein bedingungsloses Grundeinkommen beispielsweise nach wie vor für eine gute Idee.

Der Blick auf die ideengeschichtliche Vergangenheit – der bei der oft lautstarken Neuentdeckung vielfach untergeht – macht aber deutlich, dass diese vier radikalen Ideen (nehmen wir den Umsonstladen mal stellvertretend für ein ökonomisches System jenseits von staatlichem Zentralismus und Markt) zwar politisch einleuchtend erscheinen mögen, aber eben bisher Ideen geblieben sind. Warum ist das so? Warum tauchen diese Ideen im Pendelschlag des Zeitgeists wieder auf, werden breit rezipiert und als schöne, einfache Lösungen gravierender Probleme entdeckt – um dann wieder in der Versenkung zu verschwinden?

Auch auf diese Frage möchte ich hier keine Antwort geben, aber auf zwei Beobachtungen hinweisen, denen nachzugehen sich möglicherweise lohnen würde.

Das eine ist das Problem des gesellschaftlichen Wissenstransfers durch diskursive „Hungerphasen“ hindurch. Wenn das Bild der Wellenbewegung stimmt, gibt es immer wieder Zeiten, in denen es maximal kleine, nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegende gesellschaftliche Nischen sind, in denen das Wissen über Erfahrungen mit dem Versuch, diese radikalen Ideen umzusetzen, bewahrt und weitergegeben werden, in denen möglicherweise auch Akteurinnen und Akteure „überwintern“. Das unterscheidet diese Ideen von radikalen Ideen, die – aus welchen Ideen- und Akteurskonstellationen und glücklichen Zufällen auch immer – relativ dauerhaft realisiert und in den Wissensbestand der eigentlichen Gesellschaft überführt werden konnten. Ein Beispiel für eine solche radikale Idee, die erfolgreich gesellschaftlich – in den sozialen Erwartungen der Menschen und Märkte, aber auch im normativen Kodex der Gesetze und Regelwerke – verankert wurde, ist die Energiewende mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und der Photovoltaik-Industrie (vgl. Fuchs/Wassermann 2012). Dazu nochmal das grüne Bundesprogramm von 1980:

„Ziele grüner Energiepolitik

Durch die heute hauptsächlich genutzten fossiler Brennstoffe ist die „Erzeugung“ von Energie nur über Verbrennungsprozesse möglich. Dabei werden umweltschädliche Substanzen wie Schwefel- und Stickoxide erzeugt. [...] Ebenso ist Atomenergie eine Energiequelle, die gegen die Lebensgrundlagen gerichtet ist. Deshalb ist ein radikaler Wandel des Energiesystems notwendig. Die „Energieerzeugung durch Verbrennungsprozesse“ muß ersetzt werden durch die „Energienutzung aus umweltfreundlichen, regenerativen Energiequellen“ (Sonne, Wind, Wasser).

Eine zukunftsorientierte ökologische Energiepolitik muß alle Möglichkeiten nutzen, die zu einer Verringerung des Energiebedarfs führen und die optimale Verwendung bereits vorhandener Energien gewährleisten. [...]

Langfristig muß die gesamte Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen erfolgen.“

Der Vergleich zwischen erfolgreichen radikalen Ideen und bisher erfolglosen Ideen – gerade im Hinblick auf die Überwindung von Durststrecken – die gab es auch bei der Energiethematik immer wieder! –, die Weitergabe von Wissen durch Nischenakteure und die Frage, wie der Übergang aus der Nische in den Mainstream aussieht – ist also ein politisch durchaus lohnendes Thema. Mit Blick auf die heutige Radikalität einiger Ideen der Piraten verbindet sich damit zugleich der Wunsch, die Ideengeschichte der eigenen Forderungen nicht zu ignorieren: Wer hat's erfunden – und mit welchen Hürden wurden Vorgängerbewegungen schon konfrontiert? Denn nicht jeder Fehler muss zweimal gemacht werden.

Das andere Problem oder die andere Beobachtung bezieht sich auf die Wechselwirkungen zwischen Institutionalisierung einer Bewegung oder Partei einerseits und das „Bekömmlichwerden“ von radikalen Ideen andererseits. Einige der heutigen radikalen (Piraten-)Forderungen fanden sich Ende der 1970er Jahren im Wissen der Alternativbewe-

gungen und dann – mehr oder weniger deutlich – auch in der Programmatik der neugegründeten Partei DIE GRÜNEN. Über die Jahre verschwanden die radikaleren Forderungen, um sich neue Nischen zu suchen (etwa in Positionspapieren der Anfang der 1990er Jahre gegründeten Grünen Jugend, oder in den außerparlamentarischen Bewegungen ...) und wurden im Parlamentsbetrieb abgeschliffen.¹¹

Nicht jede Idee ließ sich abschleifen, und manche hatten giftige Kerne. Das heftigste Beispiel dafür ist vermutlich Hartz IV, dem von grüner Seite aus immer die Idee einer Abschaffung der Sozialhilfe durch eine zwar bedingte, aber doch emanzipatorisch gedachte Grundsicherung voranging. Irgendwann waren diese emanzipatorischen Ideen selbstbestimmten Lebens, von Zeitsouveränität und einer eigenständigen Sicherung für Frauen usw. dann zu etwas geworden, das kompatibel mit der SPD-Idee „Agenda 2010“ war.

Andere radikale Ideen sind im Klein-Klein des politischen Betriebs und in der immer tiefergehenden fachlichen Ausdisziplinierung verstreut worden, so dass sie nicht mehr als einheitliches Gebilde erkennbar sind. Statt weiter fahrscheinlosen Nahverkehr zu fordern, geht es dann um Zuschüsse, EU-Richtlinien, Grenzen von Tarifverbänden, Tarifsysteme, Monatskarten und dergleichen mehr. Aus der radikalen, eher abstrakten einfachen Ideen wird im konkreten – und parlamentarische Politik ist konkret – dann eine Vielzahl an kleineren Initiativen, deren Zugehörigkeit zum gemeinsamen Ganzen nur noch zu erahnen ist. Die radikale Idee verliert ihre Radikalität und ihre utopische Gestalt.

Aber sie gewinnt auch etwas – Anschlussfähigkeit. Fein zerstäubt kann sie auch vom politischen Gegner aufgenommen werden. Der Sinn der konkreten Einzelmaßnahme ist leichter zu vermitteln als der große Schritt zum ganz Anderen. Wer wäre dagegen, das Tarifsystem zu vereinfachen, und wer wollte sich schon darüber echauffieren, wenn irgendwo eine neue Beteiligungswebsite eingerichtet wird?

Nicht jede Idee ist dafür geeignet, in dieser Art und Weise akzeptabel gemacht zu werden. Manche Ideen schaffen es, gesellschaftliche Akzep-

¹¹ Vgl. Tiefenbach 1998 zu einigen Hintergründen dieses Prozesses.

tanz und letztlich auch politische Durchsetzungsfähigkeit zu erlangen, ohne in parlamentarischem Feinstaub zu enden. Aber auch diese brauchen eine fein zisierte fachliche Unterfütterung, an der beharrlich weitergearbeitet wird. Und idealerweise sind sie keine binären Ideen, für die es nur Entweder/Oder gibt. Politisch umsetzbar ist eher das, wo auch schon der Weg mit seinen vielen Einzelschritten – im Wettlauf mit dem großen Pendelschlag – tatsächliche und nicht nur rhetorische Erfolge mit sich bringt.

Warum blogge ich das? Um einige Einzelbeobachtungen zusammenzubringen – Wolfgang Strengmann-Kuhn erwähnte unlängst die frühe Rezeption des Grundeinkommens, Timothy Simms machte mich auf den ÖPNV zum Nulltarif im alten grünen Programm aufmerksam, und @hulalena äußerte ihre Begeisterung für die Bereitschaft der Piraten, radikale Ideen aufzugreifen. P.S.: Die Artikelbilder wurden 2004 im damaligen Umsonstladen Freiburg aufgenommen.



Literatur

Anderson, Terry H. (1995): *The Movement and The Sixties*. New York, Oxford: Oxford University Press.

Fuchs, Gerhard / Wassermann, Sandra (2012): "From Niche to Mass markets in High Technology: The Case of Photovoltaics in Germany". In: Johannes M. Bauer u.a. (Hrsg.): *Innovation Policy and Governance in High Tech Industries. The Complexity of Coordination*. Berlin u.a. Springer.

Gronow, Jukka (1993): "Taste and Fashion: The Social Function of Fashion and Style", in *Acta Sociologica* vol. 36, pp. 89–100.

Huber, Joseph (1988): „Soziale Bewegungen“, in *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 17, H. 6, S. 424–435.

Illich, Ivan (1979): „Das Recht auf schöpferische Arbeitslosigkeit“, in: Joseph Huber (Hrsg.): *Anders arbeiten – anders wirtschaften. Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muss ein Job sein*. Frankfurt/M: Fischer, S. 78–90.

Jungk, Robert (Hrsg.) (1990): *Katalog der Hoffnung. 51 Modelle für die Zukunft*. Frankfurt: Luchterhand.

Moberg, David (1981): „Bewegung und Gegenkultur: die Revolution lebt“, in: John Casade, Rosemary C.R. Taylor (Hrsg.): *Soziale Experimente in der Bewährung. Sanfte Veränderung in einer harten Wirklichkeit. Berichte aus den USA*. Frankfurt/M.: Fischer, S. 13–47.

Simmel, Georg (1895): „Zur Psychologie der Mode – Soziologische Studie“, in *Die Zeit. Wiener Wochenschrift für Politik, Volkswirtschaft, Wissenschaft und Kunst*. 5. Band 1895, Nr. 54 vom 12.10.; S. 22–24 ([online](#)).

Tiefenbach, Paul (1998): *DIE GRÜNEN. Verstaatlichung einer Partei*. Köln: PapyRossa.

Vanderborght, Yannick / Van Parijs, Philippe (2005): *Ein Grundeinkommen für alle?* Frankfurt/M, New York: Campus.

Wenke, Karl Ernst / Zilleßen, Horst (Hrsg.) (1978): *Neuer Lebensstil – verzichten oder verändern?* Opladen: Westdeutscher Verlag.

Westermayer, Till (1998): *Chancen und Risiken elektronischer Demokratie in Deutschland*, Hausarbeit/Wettbewerbsbeitrag zum Wettbewerb „Deutsche Staatlichkeit im Zeitalter der Globalisierung“ des BMI, elektronisches Dokument, URL: <http://www.till-westermayer.de/uni/bmi-studwett.pdf>.



Vier Vorschläge zur Identitätskrise der SPD

30. September 2012 – Politik und Gesellschaft, Zukunftsvisionen

Die Zeiten, in denen die SPD locker 40 Prozent holte, sind lange vorbei. In der Analyse führender Genossen – Manfred Güllner vom Institut *Forsa* sei hier exemplarisch erwähnt, aber auch Sigmar Gabriel hat sich schon entsprechend geäußert – hängt das immer noch damit zusammen, dass so eine komische kleine Umweltpartei der SPD Ende der 1970er Jahre ihre Themen weggenommen hat. Plötzlich waren rauchende Schloten, rumpelnde Lastwagen und riesige Fabriken nicht mehr Insignien des sozialdemokratischen Wegs zum Paradies, sondern Pfuibäh. Identitätskrise! Eine Partei weiß nicht mehr, wofür sie steht.

Eine ähnliche Diagnose macht ganz aktuell [Alexander Neubacher](#) bei [Spiegel online](#): „Genossen, schmeißt die Ökos raus“. In wunderbar polemischen Worten wird dort behauptet, dass die Hinwendung zu so ko-

mischen Dingen wie Umweltschutz, Gesundheit und Karottenkuchen den Niedergang der SPD verursacht hat. Einfaches Rezept, um wieder nach vorne zu kommen – und Peer Steinbrück ist sicher der richtige „Macher“ dafür – zurück in die Zukunft der glorreichen 1970er Jahre. Schlote, Lastwagen und Fabriken statt grüne Wälder, grüne Wiesen und grüne Ministerpräsidenten.

Eine klare Abgrenzung zwischen SPD und Grünen tut beiden gut – Mehrheiten braucht es dennoch. Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir Grüne davon profitieren würden. Aber ein wenig mehr Kreativität würde den GenossInnen doch gut tun. Ich bin mal so frei und mache vier Vorschläge, wo die SPD sich profilieren könnte, ohne in Nostalgie zu verfallen:

1. *Arbeit*. Und damit meine ich nicht „Wir verteidigen den festangestellten Industriefacharbeiter gegen alle anderen“, sondern eine Arbeitspolitik, die heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen gerecht wird. Die anerkennt, dass es so etwas wie flexible Arbeit gibt, und dass diese zunehmend zum Normalfall wird. Die sich intelligente Konzepte dafür überlegt, wie soziale Absicherung, gute Arbeitsbedingungen und Zeitwohlstand auch funktionieren, wenn die erwerbstätige Bevölkerung zu größeren Teilen aus Teilzeitbeschäftigten, befristet Beschäftigten, Alleinselbstständigen und MinijobberInnen besteht. Und wo gibt es überhaupt in Zukunft Arbeit?

2. *Sozialpolitik*. Das ist in gewisser Weise das automatische Gegenstück zu einer sinnvollen Arbeitspolitik. Wie soll eine Gesellschaft mit Arbeitslosigkeit umgehen? Wie lässt sich die Agenda-2010-Politik menschenfreundlich reformieren (ja, ich weiß, wer dafür zuständig war). Wie ist der Wandel zu einem demographiefesten Rentensystem hinzubekommen? Das sind große Fragen. Eine SPD, die sich von Grünen abgrenzen möchte, könnte hier ein Profil finden.

3. Eine der großen – und weiterhin sehr teuren – Leistungen der SPD ist die *Bildungsexpansion*, also insbesondere der Versuch, die Hochschulen für breite Bevölkerungsschichten zu öffnen. Heute ist es nach wie vor so, dass Bildung stark vom Bildungsstand des Vaters abhängt.

Die Mobilität ist nach wie vor gering – von der Kinderkrippe bis zur Weiterbildung ein wunderbares Profilierungsfeld für eine traditionsbewusste SPD.

4. Arbeit, Soziales, Bildung – was fehlt? Nö, nicht Wirtschaft oder Finanzen. Vielleicht sowas wie „*SPD als Partei des gesellschaftlichen Zusammenhalts*“. Nicht aus der grünen Nische heraus, sondern Inklusion und Integration aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Das könnte sogar sowas wie ein neuer Markenkern der SPD werden – wenn sie es denn möchte.

Es ist jetzt natürlich etwas frech, der alten und lebenserfahrenen Sozialdemokratie Vorschläge zu machen, wie sie sich – auch in Abgrenzung zu uns Grünen – ein frisches Profil geben könnte. Ich bin aber erstens fest überzeugt davon, dass Beton, Stahl, Kohle und Wirtschaft nicht die großen Zukunftsthemen sein werden, und glaube zweitens, dass die angesprochenen Themen – Zukunft der Arbeit, Sozialpolitik, eine neue Bildungsexpansion und der gesellschaftliche Zusammenhalt als das große Ganze – durchaus mit einer politischen Nachfrage verbunden sind.

Klar – das sind alles auch Themen, die wir Grünen bedienen, in denen wir meinen, gute Antworten zu haben. Es gibt aber Teile der Gesellschaft, die wir – siehe die Polemik von Neubacher – nie erreichen werden, allein schon aus lebensweltlichen Gründen. Und eine gewisse, sich ergänzende Arbeitsteilung kann da nicht schaden, um Politik und Gesellschaft insgesamt voranzubringen. Vielleicht sogar mit Steinbrück, vielleicht schon 2013.

Warum blogge ich das? Als Versuch einer konstruktiven Antwort auf die neue Liebe am Grünen-Bashing aus dem SPD-Umfeld. Auch in CARTA (1.10.2012).

P.S.: Kleine Anekdote zu dem Titelbild: Meine Assoziation war SPD = rot = Tomate. Also eines meiner vielen Tomatenfotos aus Flickr raussuchen. Wie das manchmal so ist – Flickr wollte meine eigenen, etwas älteren Bilder nicht laden, sondern zeigte nur weiße Flächen an. Deswegen habe ich das Bild blind „ausgewählt“ und hier eingefügt – und finde im Nachhinein, dass das schon irgendwie passt. Eine noch grüne Tomatenknospe. Vielleicht wird ja was richtig schön Rotes daraus.



Zum Abend des Tags der Arbeit

1. Mai 2013 – Grundeinkommen, Politik und Gesellschaft, Soziologisch gesehen

Jutta Allmendinger, Wissenschaftszentrum Berlin, spricht sich u.a. in der *Brigitte*¹ dafür aus, die reguläre Vollzeitarbeitszeit auf 32 Stunden zu verkürzen. Ähnlich ein Aufruf diverser Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus dem Februar 2013 für die 30-Stunden-Woche.

Finde ich gut. Auch wenn eine Verkürzung auf 32 oder 30 Stunden gar keine ganz so revolutionäre Maßnahme ist – dem einen oder der anderen wird noch die Parole „35-Stunden-Woche“ der IG Metall aus den 1980er Jahren in Erinnerung sein, die dann in dieser Branche auch um-

¹ <http://www.brigitte.de/job-geld/karriere/jutta-allmendinger-1149815/>

gesetzt wurde. So groß sind die Differenzen nicht, auch wenn die reale Entwicklung in den letzten Jahren in eine andere Richtung gegangen ist.

Gut finde ich Allmendingers Forderung zum einen arbeitssoziologisch. Meine eigene Befragung von MitarbeiterInnen einer Landesforstverwaltung (2008) brachte im Hinblick auf die „Wunscharbeitszeit“ der Beschäftigten ganz ähnliche Ergebnisse. Oft wird „Teilzeitarbeit“ ja vor allem als Karrierefalle, als Missstand etc. dargestellt, in Kombination mit der vorrangig weiblichen Teilzeitarbeit eben auch als Hindernis auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter. Das mag empirisch stimmen, scheint mir aber auch viel damit zu tun zu haben, was unter Teilzeit verstanden wird. 25, 30, 35 Stunden „Teilzeit“ sind etwas anderes als 10 oder 15 Stunden pro Woche.

Dann gibt es das, was Allmendinger in ihrem Interviews als „es funktioniert nicht“ anspricht. Mit Marx ließe sich auf Fischen, Jagen, Bücher schreiben verweisen, mit der feministischen Arbeitssoziologie Ingrid Kurz-Scherfs auf den schönen Begriff der „Soziabilität“. Übersetzt werden könnte das mit „Gesellschaftsverträglichkeit“, und Kurz-Scherf sieht hier eine zentrale Norm, die an gute Arbeit gerichtet werden soll: Erwerbsarbeit soll nicht nur gut bezahlt sein, interessant gestaltet sein, Spielräume und Autonomie ermöglichen, sondern sie soll gesellschaftsverträglich sein. Sie soll Zeit für Familienarbeit lassen, für Muße und Weiterbildung, aber eben auch für demokratisches Engagement. Und dafür scheint mir eine Zielmarke „Vollzeit = 32h“ schon ein guter Schritt zu sein.²

Noch radikaler als Allmendingers Forderung nach der 32-Stunden-Woche ist die Forderung nach der „Halbtagsgesellschaft“, die zum Teil aus der Nachhaltigkeitsdebatte heraus erhoben wird, gerne auch in Verbindung mit dem bedingungslosen Grundeinkommen. Der Verzicht

² Wenn Arbeitszeit nicht nur auf Erwerbsarbeit bezogen wird, zeigt sich übrigens, dass fast alle Vollzeit arbeiten – und dass die wöchentlich höchsten Arbeitszeiten bei teilzeiterwerbstätigen Müttern mit Kindern liegen. Das zeigen sowohl Zeitbudgeterhebungen als auch meine oben bereits erwähnte Mitarbeiterbefragung.

auf Arbeitszeit wird hier als Mittel dafür gesehen, als Gesellschaft aus der Wachstumsspirale herauszukommen.

Warum kommt es nicht dazu? Vermutlich stehen einer Bewegung hin zur 32-Stunden-Woche vor allem zwei Dinge im Weg. Das eine ist die ökonomische Frage: Entweder geht eine Reduzierung der Arbeitszeit mit Einkommensverlusten einher. Diese mit Zeitgewinnen gegenzurechnen, mag nicht jedem und jeder selbstverständlich erscheinen. Oder aber die Löhne und Gehälter pro Stunde steigen entsprechend, dann steigen die Kosten pro „Produkt“. Hier steht sicherlich ein großes Fragezeichen.

Das andere ist die Kulturfrage: Lässt sich interessante, herausfordernde, vorbildhafte Arbeit tatsächlich unterhalb von 40, 50 oder 60 Stunden pro Woche erbringen? Was ist, wenn Führungskräfte dann einen halben Arbeitstag pro Woche nicht präsent sind? Arbeiten einschränken – in Deutschland undenkbar?³

Apropos: Unser am letzten Wochenende beschlossenes Wahlprogramm (hier: Teil „Arbeit“) sagt hier richtige Dinge:

Dabei soll die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt keine einseitige Anpassung an einen Arbeitsbegriff sein, der viel Zeit für Arbeit und kaum Zeit für Familie, Engagement und Muße beinhaltet. Gerade bei der Inklusion von Frauen in den Arbeitsmarkt und der gerechteren Verteilung von Fürsorgearbeit zwischen Männern und Frauen brauchen wir neue Zeitmodelle. Wir folgen dem Leitbild einer vollzeitnahen Teilzeittätigkeit für Frauen und Männer, die auch Raum für gerecht verteilte Sorge- und Pflegearbeit und für Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit lässt.

Wie gesagt. Ich finde das, allen zu lösenden Problemen beim Weg dahin, die richtige Richtung. Vielleicht auch deswegen, weil ich das persönlich seit Jahren sehr bewusst selbst als Modell gewählt habe (und froh bin, dass ich trotzdem spannende und herausfordernde Arbeitsfelder ge-

³ Und die ganze Überstundenproblematik gibt es natürlich auch noch – die reale Durchschnittsarbeitszeit in Vollzeit liegt derzeit bei 40,7 Stunden pro Woche.

funden habe). Meine Arbeitszeit lag zumeist formal bei 50 Prozent, aktuell beträgt sie 70 Prozent (27,65 Stunden pro Woche). Faktisch kommen mit Pendelzeiten und der einen oder anderen projektbedingten Überstunde dann doch noch ein paar Stunden mehr auf die Waage. Ich mache meine Arbeit gerne, alles andere wäre auch furchtbar. Ich bin aber ebenso froh, dass ich Zeit für meine Kinder, fürs Rumschlendern im Internet, fürs Blogtexte schreiben oder für politische Projekte habe. Und Hausarbeit und sowas gibt's ja auch noch.

Wie Menschen das alltagsorganisatorisch machen, die tatsächlich 40 Stunden oder mehr pro Woche arbeiten, bleibt mir rätselhaft. Längere Tage haben die ja auch nicht zur Verfügung, da bleibt für die Arbeit des Alltags kaum Zeit!⁴

Warum blogge ich das? Weil ich den Tag der Arbeit ungern ohne Kommentar zum Arbeitskult verstreichen lassen wollte. Was mir hiermit kurz vor der Deadline gerade noch gelungen ist.

P.S.: Aus einer anderen Perspektive passt dazu auch die aktuell aufflackernde Debatte um die „Generation Y“ und deren Weigerung, sich komplett der Arbeit zu unterwerfen.

⁴ Relevant hierzu: [Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamts – leider schon zehn Jahre alt.](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Zeitbudgeterhebung/WobleibtDieZeit.html)
<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Zeitbudgeterhebung/WobleibtDieZeit.html>



Unsortiertes zu den Grenzen des (politisch) Gestaltbaren

7. August 2013 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft

Es ist geradezu das Wesen des Politischen, dass politische Entscheidungen (formal: Beschlüsse eines Parlaments) Konsequenzen für den Alltag von Menschen haben. Oder, um es im wutschnaubenden Tonfall der FDP zu sagen: dass politische Entscheidungen die Freiheit des Einzelnen einschränken. (Und damit möglicherweise die Freiheit vieler erhöhen, aber das wäre jetzt eine andere Debatte.)

Es mag Gesetze geben, vielleicht ist es sogar die Mehrzahl aller Gesetze, die für die Mehrzahl der Menschen konsequenzlos bleiben. Die vielleicht nur den Alltag einer kleinen Gruppe betreffen. Die Tagesordnungen des Bundesrats sind hier exemplarisch. Das „Gesetz zur Förderung der Sicherstellung des Notdienstes von Apotheken“, das „Gesetz

zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten“ oder das „Gesetz zur Änderung des Abkommens vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze“ sind alles Gesetze, die dich und mich erst einmal nicht betreffen. Sofern wir nicht gerade eine Apotheke betreiben, auf den Notdienst einer Apotheke angewiesen sind, zwischen Gerichten kommunizieren oder über Grenzbrücken zwischen Polen und Deutschland fahren. Oder Güter konsumieren, die über Grenzbrücken zwischen Polen und Deutschland transportiert wurden.

Was ich sagen will: Das Wesen der Politik besteht darin, mehr oder weniger direkt in den individuellen Alltag einzugreifen. Regeln für bestimmte Handlungen aufzustellen. Handlungen zu ermöglichen. Sie zu fördern. Sie zu erschweren oder zu verbieten. Blumig gesagt: das Zusammenleben zu gestalten.

Das betrifft jetzt glücklicherweise nicht jede Form von Regeln. Ob Gabeln und Messer links oder rechts von Tellern zu liegen haben, ist nicht politisch festgelegt. Jedenfalls im Privaten – möglicherweise gibt es irgendwo Hygienevorschriften für öffentliche Nahrungsv Verkaufsplätze, die auch darauf eingehen. Oder die bundesweit normierte „Abschlußprüfung für den Ausbildungsberuf Fachkraft im Gastgewerbe“, laut Juris § 13 GastgewAusbV 1998, enthält diesbezügliche Regeln.

Politik betrifft üblicherweise insbesondere die Regelung solcher Handlungen, die Konsequenzen für alle haben. Die Gurtpflicht in Autos (über die, wenn ich mich an meine Kindheit richtig erinnere, zumindest in Bezug auf Rücksitze und dort sitzende Kinder heftig gestritten wurde). Die Katalysatorpflicht für Autos. Die Pflicht, an Fahrrädern ein dynametriebenes Licht mitzuführen, die vor kurzem aufgeweicht wurde. Die Straßenverkehrsordnung. (Auch ein auf allen Straßen gültiges Tempolimit wäre ein gutes Beispiel in dieser Reihe).

All diese Regelungen sind irgendwo genau und meist in recht komplizierter, weil präziser, Sprache festgehalten und wurden irgendwann

einmal beschlossen. In Gesetzesform. Oder als Verordnung. Unklarheiten und Auslegungsspielräume: Sache der Justiz.

Jetzt kann, noch so eine Binsenweisheit, Politik nicht einfach alles regeln, was irgendwer zu regeln sich in den Kopf gesetzt hat. Es gibt insbesondere drei Hürden, die Politikerinnen daran hindern, zu regeln, was nicht geregelt werden darf oder soll. Die erste Hürde ist die verfassungsrechtliche Ordnung: Grundrechte schränken ein, was wie gesetzlich geregelt werden kann. Oder: Wer es im Kompetenzgefüge zwischen internationalen Organisationen, der EU, der Bundesebene, der Landesebene und den Kommunen überhaupt wie regeln darf.

Die zweite Hürde ist die der echten und scheinbaren [Sachzwänge](#)¹. Das Regulierungsansinnen muss realistisch sein. Ein Verbot, auf Twitter zu meckern, wäre beispielsweise – mal abgesehen davon, dass es schon an der ersten Hürde scheitern würde – nicht realistisch. Ebenso ein Bundestrauminhaltsgesetz, das Flugräume nur donnerstags erlaubt. Aber es gibt noch weitere Zwänge: Irgendetwas irgendwie zu regeln, kostet – selbst wenn es nur um Verbote und Gebote geht – meist Geld. Das muss im Haushalt gefunden werden. Oder es verschiebt Zuständigkeiten, d.h., es kostet Macht. Und dann gibt es die ganzen Sachzwänge, die sich aus den Eigenlogiken des Politischen ergeben: Es gibt andere Akteure, die überzeugt werden müssen. Ein Fraktionsarbeitskreis. Eine Partei mit bestimmten Interessen. Ein Koalitionsvertrag. Ein Koalitionspartner. Ein ministerialer Apparat. Sachverständige. Und ja: Wenn etwas regeln heißt, etwas abzuschaffen, dann wird, noch so ein Sachzwang, meist ein extremes Beharrungsvermögen bei der entsprechenden Einrichtung gefunden, gerne unterstützt durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit.

Damit sind wir bei der dritten Hürde: Die öffentliche Meinung, oder zumindest die vermutete und wahrgenommene öffentliche Meinung. Auch die spielt eine Rolle dabei, wenn es darum geht, etwas so oder anders zu regeln. Insbesondere dann, wenn irgendwo gewählt wird. Oder

¹ <https://www.telepolis.de/article/Fuer-eine-politische-Oekologie-der-Sachzwaenge-3393634.html>

wenn der eigene Wahlkreis direkt betroffen ist. Oder wenn die Maßnahme unpopulär ist. Denn wer regiert schon gerne bei Gegenwind aus der Presse ...

Trotz dieser Hürden werden ab und zu unpopuläre Maßnahmen umgesetzt. Beifall gibt es dafür selten. Und längst nicht jede unpopuläre Maßnahme erweist sich nach einigen Jahren als richtig. Manche sind auch eher vom Typus „Hab ich doch gleich gesagt“. Beispielsweise vermute ich, dass das beim Betreuungsgeld so sein wird. Wird werden es sehen.

Vielleicht täuscht der Eindruck. Aber ich habe das Gefühl, dass diese Hürden früher niedriger waren. In der guten alten Zeit, als Politik noch Entscheidungen getroffen hat.

Heute haben wir ja *Merkelismus*, wie ihn Jan Schnorrenberg ausführlich beschreibt (ich würde ihm allerdings widersprechen, wenn dahinter nur Machterhalt vermutet wird):

“Und der Merkelismus trägt Früchte. Er entmündigt die Gesellschaft durch das Konstruieren einer alternativlosen Politik, in der es keine anderen möglichen Handlungsoptionen mehr gibt. Im Merkelismus gibt es nur noch das Arrangement mit den unvermeidlichen Bissen in die sauren Äpfel. Gleichzeitig fördert die inhaltliche Beliebtheit eine Politik- und Demokratieverdrossenheit, die desillusioniert keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Parteien ausmachen kann und will. Der Merkelismus kennt keine Werte mehr. Er kennt nur Handlungen, die die eigene Position im tagespolitischen Geschäft vorübergehend stabilisieren. Er parodisiert die Auffassung, dass Wahlversprechen ohnehin nicht bindend sind. Er täuscht bewusst, offen und für alle Menschen erkennbar eine inhaltliche Position vor – die am Ende durch Verweis auf Koalitionsgespräche, das Bundesverfassungsgericht oder der Zweidrittelmehrheit im Bundestag verlassen werden kann, ohne einen Imageverlust zu fürchten.“

Interessant ist hier ein Motiv, das ich auch in dem Kommentar von Maximilian Steinbeis zur Veggieday-Debatte gefunden habe. Er wendet sich dabei nicht gegen Merkel, sondern nimmt das grüne Vorhaben als

Kontextsteuerung unters Messer (und überschätzt meiner Meinung nach die Wirksamkeit „weicher“ Instrumente):

„Dennoch hat die gute alte Regulierung durch Gesetz und Rechtsbefehl immerhin einen großen Vorzug: Die politischen Kräfte, die sie betreiben, müssen abstrakt-generelle Regeln formulieren, sie müssen sie im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren begründen und verteidigen, sie müssen eine politische Mehrheit dafür organisieren und hinterher in der Öffentlichkeit für die Folgen ihres Tuns gerade stehen.

Das wird bei der modernen, sanften Regulierung neben dem Zwangs- und Verbots-Charakter auch gleich mitvermieden. Und zwar ganz folgerichtigerweise: Es gibt ja gar nichts, was man groß politisieren und diskutieren und begründen und rechtfertigen müsste. Ein paar Kantinen stellen ihre Menüs um. Mehr passiert ja nicht.

Nur, dass wir hinterher womöglich alle Vegetarier werden.“

In beiden Fällen geht es darum, die oben aufgezeigten Hürden nicht zu überspringen, sondern sie zu umgehen oder einfach umzubauen. Wenn die politisch gewollte Entscheidung qua gut konstruiertem Sachzwang die einzige zur Wahl stehende Option bleibt, oder wenn der Beifall des schreibenden Volkes für den unpopulären, aber notwendigen Schritt sicher ist – dann ist es gleich viel einfacher, die Hürden zu nehmen. Oder, noch eleganter: Wenn die politische Entscheidung eben gar nicht mehr als solche – als Verbot oder Gebot – getroffen wird, sondern mit Anklagen an Luhmann in die Autonomie von Institutionen zurückgegeben wird, die dann aber über Anreizprogramme, Zielvereinbarungen und diskursive Hegemonien durchaus gedrängt werden, dass nun nicht mehr legislativ zu entscheidende Richtige zu tun. Wenn wir dem System keine Vorgabe machen können, gestalten wir einfach die Umwelt – den Kontext, in dem sich das System befindet – so, dass die gewünscht Entscheidung von diesem System freiwillig getroffen wird.

Eine solche Kontextsteuerung ist unzweifelhaft elegant, wenn sie denn einmal aufgesetzt ist. Sie hat den Vorteil, ohne das politische Hin

und Her im Parlament zu funktionieren. Sie ist der parlamentarischen Kontrolle weitestgehend entzogen. Und sie wird über die Zeit selbst zum Sachzwang, zum Pfad, in dem sich das System bewegt. (Der neo-liberale Umbau der Hochschullandschaft ist ein Beispiel dafür. Oder, der Idee nach, auch die Ökosteuer.)²

Jetzt wäre es relativ einfach, für ein Zurück zur ehrlichen Politik der klaren Entscheidungen zwischen echten Alternativen zu plädieren. Es gibt aber ein paar Einwände, die es erschweren, sich diesem Plädoyer anzuschließen. (Mal abgesehen davon, dass ich nicht glaube, dass die Empörung beispielsweise der FDP über die grünen Vorschläge Richtung Veggieday anders ausgefallen wäre, wenn es dabei nicht um Empfehlungen und „weiche“ Steuerung gehen würde, sondern um ein hartes, ordnungsrechtlich abgesichertes, gesetzliches Fleischverbot).

Einwand 1: Das Internet. Die Globalisierung. Die EU. Oder anders gesagt: Eine vernetzte Welt funktioniert nicht mit einfachen klaren nationalstaatlichen Entscheidungen. Sobald aber Entscheidungskompetenzen anderswo liegen – etwa in der EU, in internationalen Institutionen – verändert sich die Rolle nationaler Parlamente. Alternativlosigkeit ist dann Ehrlichkeit, Kontextsteuerung ein angemessener Modus.

Einwand 2: Politische Ökologie und lange Zeiträume. Ökologische Probleme ziehen oft Lösungen nach sich, die nicht nur nationalstaatliche Grenzen überschreiten, sondern auch nur funktionieren, wenn sie langfristig angelegt sind.³ Faktisch liegt – neben der Verlagerung an inter-

² Nebenbemerkung: Auch durch ganz einfache, klassische politische Mehrheitsentscheidungen zustande gekommene Regelungen haben oft die Tendenz, über die Zeit zum Sachzwang ihrer selbst zu werden, weil sie Anpassungsleistungen nach sich ziehen, die dann Gegengewicht gegen eine Änderung des Status quo darstellen, bzw. als solche angeführt werden können. Das würde beispielsweise deutlich werden, wenn jemand die Gurtpflicht wieder abschaffen wollte. Und dieser Sachzwang-durch-Einbettung-in-Alltag-über-die-Zeit macht es so schwer, beispielsweise das Ehegattensplitting zu beenden.

³ Ein Naturwissenschaftler, mit dem wir uns über den Klimawandel unterhielten, meinte einmal, er wünsche sich hier Expertenentscheidungen, die dann mehr Gewicht bekommen sollten als das Denken in Legislaturperioden, so dass ein einmal eingeschlagener Pfad, dem Klimawandel entgegenzutreten, nicht nach vier oder fünf Jahren umgeworfen wird.

nationale Gremien – eine Lösung, um langfristig stabile Entscheidungen und Regelungen zu erreichen, überparteiliche Konsense herzustellen, zwischen Opposition und Regierung. Oder die Politik aus dem Parlament hinauszunehmen, in Sachverständigengremien und Beiräte und ähnliche Institutionen, was es zumindest erschwert, eingeschlagene Pfade zu verlassen. (Und ein Stück weit Politik von Wissenschaft entkoppelt).

Einwand 3: Ich müsste da noch einmal intensiver nachdenken. Aber ich vermute, dass Kontextsteuerung im Foucaultschen Sinne löchriger ist als klare, einfache, echte Entscheidungen. Die Autonomie einer Institution kann auch ein lokales Mehr an Demokratie sein. Eine Regel, die nicht erzwungen wird, sondern nur gefördert wird, erschwert Abweichungen, verbietet diese aber nicht ganz (vgl. Betreuungsgeld vs. Kitapflicht). Das wiederum erschwert den Protest dagegen, erleichtert aber die Subversion. Es könnte sich ja jede/r auch anders entscheiden, auch wenn das natürlich Nachteile mit sich bringt, aber es verbietet ja keiner ...

Am Schluss bleibt dann unausweichlich Metapolitik übrig. Eine Wahl darüber, welches Set an konkurrierenden Alternativlosigkeiten für die nächsten Jahre versuchen darf, sich in Stein zu meißeln. Ob das gut ist? Ob es anders geht?

Nochmal zurück zum Konkreten: Auch aus Klimaschutzgründen, und wegen der Massentierhaltung – beides allgemeine Interessen – halten wir Grüne den Fleischverbrauch in Deutschland für zu hoch. Ihn senken zu wollen, ist ein politisches Anliegen – mit Konsequenzen für den Alltag Einzelner. Das gute alte einfache Verbot bleibt vermutlich an drei von drei Hürden hängen. Möglich wäre dagegen wohl eine Steuerung über Steuern (19% MWSt!). Oder über Auflagen und Verbote – nicht für Kantinen, sondern für Massentierhaltungsbetriebe. Oder eben die von Maximilian Steinbeis kritisierte Variante des weichen Zwangs durch Vorbildhandlungen, Förderprogramme und Aktionen („Gesellschaftsmassage“). Steinbeis fragt dazu am Schluss seines Textes:

„Diese Art der nicht-invasiven Gesellschaftsmassage zur gezielten Beförderung bestimmter politischer Anliegen – hat das nicht etwas Expertokratisches, etwas Paternalistisches und etwas Manipulatives?“

Vermutlich hat er damit durchaus recht. Aber was wäre, wenn jemand davon überzeugt ist, dass das politische Ziel – den gesellschaftlichen Fleischverbrauch zu senken – aus übergeordneten Gründen politisch richtig ist, dann der bessere Weg, um dieses Ziel zu erreichen? (Und nein, auf Bewusstseinsbildung und Lernprozesse zu setzen, klappt bei Umweltfragen nur sehr begrenzt. Und nicht immer ist es möglich, „unterhalb“ der Verbraucherentscheidungen an der Infrastruktur anzusetzen.)

Warum blogge ich das? Weil ich mich angesichts der Veggieday-Debatte gefragt habe, was Politik darf. Aber vielleicht sollte ich auch einfach Colin Crouch lesen.

Auch in CARTA (08.08.2013) veröffentlicht.



Rein in die Kuschelecke? Raus aus der Kuschelecke!

18. August 2013 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft

Während die SPD in Berlin ihr Deutschlandfest feierte – Anlass: 150 Jahre Sozialdemokratie – fand in Frankfurt am Main die „summer factory“ des Instituts Solidarische Moderne e.V. (ISM) statt. Das ISM hat sich vor einigen Jahren als „Denkfabrik der Mosaiklinken“ gegründet, zur intellektuellen Unterfütterung eines gemeinsamen rot-grün-roten Projekts, getragen von einzelnen Akteuren aus den entsprechenden drei Parteien und aus der real existierenden „Bewegungslinken“.

So ungefähr 100 Menschen aus dem ISM und seinem Umfeld trafen sich also in Frankfurt. Ein bisschen war das ganze auch eine Katzenjammerveranstaltung angesichts der Schwierigkeiten, gemeinsame rot-grün-rote Projekte nicht nur zu identifizieren, sondern daraus auch

noch konkrete Politik zu machen. Die Aussichten für ein entsprechendes Bündnis nach der Bundestagswahl scheinen derzeit bekanntermaßen ja nicht die besten zu sein.

Ich bin zwar fast seit Gründung des ISM dort Mitglied (auch wenn ich den Namen nicht mag), war aber noch auf keiner ISM-Veranstaltung. Insofern wusste ich nicht so genau, was mich erwarten würde. Angelockt hatte mich in allererster Linie der Titel der „summer factory“ (die im Übrigen mit Regen endete). Der Titel klang verheißungsvoll: „Strategische Bedingungen eines Politikwechsels: Sozialökologische Transformation“. Darunter konnte ich mir was vorstellen. Dachte ich jedenfalls.

Was stattfand, hatte allerdings nur relativ wenig mit diesem Titel zu tun. Die Podiumsdiskussion am Freitagabend hatte ich geschwänzt, es sei aber, hieß es, dort reichlich staubig zugegangen. Zumindest nach dem, was mir berichtet wurde, war das tatsächliche Thema der Diskussion letztlich so etwas wie die Frage, wer denn nun zu recht links genannt werden dürfe und wer nicht. Vielleicht ging es auch um den Wettstreit der Systeme und Theorien, also darum, wer geschliffener analysieren kann, welches Übel am größten ist. Ich hatte es erst noch bedauert, dass diese Diskussion nicht gestreamt wurde. Letztlich war ich froh, erst Samstag nach Frankfurt gefahren zu sein.



Ökologie findet nicht statt? Oder: die unbequeme Frage nach der Realpolitik der Suffizienz

Am Samstag war ich dann also vor Ort dabei. Ich hatte mir den Workshop zu „Links regieren – ohne Wachstum?“ ausgesucht, weil mir dieser noch am konkretesten in Zusammenhang mit der übergreifenden Frage der „sozialökologischen Transformation“ zu stehen schien. Leider war der von Sabine Leidig (MdB der LINKEN) organisierte Workshop sehr LINKSlastig – zumindest was die einleitenden Referate anging, das „Publikum“ war deutlich gemischter.

Leidig selbst führte vor dem Hintergrund ihrer Mitarbeit in der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität in das Workshopthema ein. Sie verknüpfte ökologisch motivierte Wachstumskritik (a la „Die Grenzen des Wachstums“, auch bezogen auf die Kritik an Konzepten effizienten, grünen Wachstums, die mit Rebound-Effekten zu kämpfen haben) mit der These, dass das wachsende BIP immer weniger zur Mehrung von Einkommen und Wohlstand der arbeitenden Bevölkerung beitrage, dass es also zu einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Lebensqualität gekommen sei, nicht jedoch zu einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch. Vor dieser Folie stellte sie die Frage nach Erfolgsbedingungen und Hemmnissen einer wie auch immer gearteten sozialökologischen Transformation.

Auch das Referat von Kai Kuhnnein vom „Konzeptwerk Neue Ökonomie Leipzig“ blieb noch einigermaßen beim Thema. Er stellte knapp verschiedene Konzepte von „Postwachstum“ vor und diskutierte die Rolle des Staates in seiner Abhängigkeit von Wirtschaftswachstum. In einzelnen Projekten des lokalen Tausches oder der geteilten Nutzung und Bewirtschaftung – etwa Gartenkooperativen – findet sich eine Praxis einer Postwachstumsökonomie in entsprechenden sozialen Innovationen wieder; ganz gleich, ob diese sich selbst so sehen oder nicht. Kuhnnein plädierte für eine Vernetzung dieser Experimente. Da der Staat von steigenden Steuereinnahmen und damit von Wirtschaftswachstum abhängig ist, erwartet er hier er-

hebliche Widerstände. Nur zivilgesellschaftlicher Druck könne erreichen, dass es staatlicherseits fördernde Bedingungen für lokale soziale Innovationen gibt, und dass auf der volkswirtschaftlichen Makroebene „Wachstumstreibern“ durch beispielsweise Maßnahmen der Regulierung der Finanzmärkte, neue Arbeitszeitmodelle und Ressourcenbesteuerung entgegengewirkt werde. Soweit das Positive.

Die brandenburgische Umweltministerin Anita Tack (LINKE) wirkte in ihrer Präsentation ihrer Nachhaltigkeitspolitik und ihres Konzepts eines „Ministeriums für Lebensqualität“ uninspiriert – vielleicht eine Folge davon, dass sie ihre Politik in der rot-roten Regierung in Brandenburg nur gegen erhebliche Widerstände beider Koalitionspartner umsetzen kann. Ich hatte jedenfalls nicht den Eindruck, dass sie über ein gelungenes sozialökologisches Transformationsprojekt berichten konnte.

Am heftigsten irritierte nicht nur mich schließlich das Referat des marxistischen Politikwissenschaftlers Wolfram Adolphi. Dieser stellte die These in den Raum, dass das zeitlose, auf das Jetzt konzentrierte neoliberale Geschichtsbild heute eine produktive Bearbeitung der DDR-Geschichte verhindere. Soweit ich ihn verstanden habe, sieht er in der Ulbricht-Phase der DDR bis zum Ende der 1960er Jahre ein im heutigen Bewusstsein verschütt gegangenes soziales Experiment der Einheit von Wirtschaft und Sozialwesen, in der Weichen für eine Wirtschaftslogik jenseits der Effizienz gestellt worden seien. Welche Rolle dabei reale Mangelsituationen gespielt haben, wie demokratisch oder undemokratisch derartige Planungen waren, all das wurde nicht deutlich. Nebenbei wies er auf die Rezeption der Kybernetik in der DDR als einer auch zur Steuerung von Gesellschaft und Wirtschaft anwendbaren Wissenschaft hin.¹

An dieser Stelle, nach diesen vier Referaten, gingen nun die Interessen der WorkshopteilnehmerInnen deutlich wahrnehmbar auseinander. Die gefundenen Arbeitsgruppen changierten zwischen der Auseinanderset-

¹ Dem nachzugehen, könnte in der Tat spannend sein, gerade auch im Verhältnis zur zeitgleich stattfindenden westlichen Planungseuphorie – der Bezug zur Frage der realpolitischen Möglichkeiten einer Wachstumswende ging hier nun vollends verloren ...

Politische Fragen

zung mit unterschiedlichen Konzepten einer Postwachstumsökonomie, Vergangenheitsbewältigung und einer nur in einen dünnen Mantel gehüllter Kritik am (finanzwirtschaftlichen) Großkapital. Dass es dann nur notdürftig gelingen konnte, sich auf gemeinsame Thesen zu einigen, verwundert nicht. Mich enttäuschte insbesondere die fehlende Auseinandersetzung mit sowohl den makroökonomischen Konsequenzen von Postwachstum – kann ein Markt und kann in der Folge davon ein Staat, der sich nicht auf Wirtschaftswachstum verlässt, überhaupt funktionieren, und wenn ja, wie (hier klotzte dann der vorgedachte Baustein Kapitalismuskritik rein) – als auch mit den politisch-institutionellen Hürden für sozialökologische Projekte.



Und das Thema der fehlenden Skalierbarkeit lokaler Experimente und Innovationen konnte ich zwar ansprechen, diskutiert, geschweige denn gelöst, haben wir es jedoch nicht.

Letztlich steckt für mich dahinter die Frage nach der demokratischen Machbarkeit von Suffizienzkonzepten. Effizienz lässt sich verordnen, Suffizienz und tatsächlich ökologische Lebensstile nicht. Gleichzeitig stoßen diese schnell an Wände. Sie führen zur distinguierenden Nischenbildung und kommen – wenn es denn gut läuft – nicht über ein Fünftel der Bevölkerung hinaus. So schön Ökodörfer und andere Experimentierfelder und „proofs of concept“ des guten Lebens sein mögen: Planeten werden so

nicht gerettet. Das aber ist für mich letztlich die große, in meinen Augen ungelöste Frage der sozialökologischen Transformation – der demokratisch akzeptable Weg von A nach B. Bewusstseinswandel führt dabei, davon bin ich inzwischen überzeugt, in die Irre. Und VeggieDay² ist nur ein kleiner Vorgeschmack der kommenden Debatten.



Interludium: Clandestino

A propos Workshops: Was mir gar nicht gut gefallen hat, war die in einem strikten Gegensatz zu Beteiligungskultur und Transparenzpredigen stehende Zirkelitis, die es auf der „summer factory“ leider auch gab. Wir, das Fußvolk, nahmen an den Workshops teil – offenes Format, Auswahl bei Anmeldung, Thesenproduktion per Flipchart und Metaplan-kärtchen. Die Avantgarde war dagegen zu gleichzeitig stattfindenden, gut vorbereiteten, geschlossenen Arbeitskreisen eingeladen, in denen intensiv um das – mir bis heute nicht bekannte – papierförmige Ergebnis der „summer factory“ gerungen wurde, und in denen das Buch des nächsten Jahres vorbereitet wurde.

² Siehe „Unsortiertes zu den Grenzen des (politisch) Gestaltbaren“ in diesem Band.

Politische Fragen

Überhaupt, diese semiakademischen Rituale der nicht-reformierten Linken: Die „Denkfabrik“ ISM muss naturgemäß Ergebnisse im Format der theoriegeleiteten Erörterung produzieren. Anerkennung beruht auf Aufsätzen, und grauhaarige alte Männer halten Referate mit Fußnoten, ihre Schüler studieren eifrig Habitus, Tonlage und Referenzsystem, um einst als eben so weise zu gelten. Wer „Hegel“ droppt, gewinnt einen Weltgeist, zu toppen nur noch durch Muffe oder Agamben.

Umso erfreulicher, als dann einer der Grauhaarigen seine positiv überraschte Verwunderung darüber zum Ausdruck brachte, dass – so ganz anders als in den Plenen der 1960er – hier ja nun tatsächlich konstruktiv und respektvoll miteinander umgegangen worden sei.



Die *raison d'être* des ISM

Darin liegt für mich tatsächlich die Daseinsberechtigung des Instituts Solidarische Moderne: Es ist derzeit einer der wenigen Orte, an denen ein Austausch im weiteren linken Spektrum überhaupt versucht wird. Für mich ist dies das eigentliche Ergebnis der „summer factory“ (ich überspringe hochinteressante Strategiedebatten, Fishbowl-Diskussionen über Gestaltungsorientierung im Herzen der Bestie und Open-Space-Ar-

beit zur Rolle nonkonformistischer PolitikerInnen in Parteien – vielleicht ein anderes Mal mehr dazu).

Wichtiger als dann doch nicht gelesene Bücher und in Thesen verpackte, hart errungene Formelkompromisse zwischen dann doch zu unterschiedlichen Weltbildern finde ich die Organisation eines Ortes der Begegnung und der respektvollen Kommunikation zwischen ganz unterschiedlichen Menschen aus linken Parteien und aus den unterschiedlichen Organisationen der neuen und alten sozialen Bewegungen. (Und auch wenn das jetzt nach Kirchentag klingt: als Atheist kann der nicht mein Forum sein!)



Vielleicht ist es der anregende Aspekt des interkulturellen Austausches, der diesen Raum für mich anregend und interessant macht. Zwischenlinke Verständigung ist anstrengend, sie muss organisiert werden, Konflikte und Ambivalenzen müssen ausgehalten werden. Das ist unbequem und es erfordert Arbeit, weil die im eigenen Feld so halbwegs gemeinsam geteilten Gewissheiten, das Fundament des Politischen, nun dünnes Eis darstellen.

Wenn die Rahmenbedingungen – und auf die wurde viel Wert gelegt – so sind, dass das gelingen kann, dann erreicht ein Ort wie die „summer

factory“ des ISM zweierlei: Sie trägt dazu bei, die eigene politische Sicht auf die Welt im Dialog in Frage zu stellen, zu schärfen und möglicherweise ganz neu zu denken. Und sie schafft eine Vertrauensbasis zwischen Personen (auch durch Kaffeepausen).

Das betrifft nicht nur Parteien, sondern auch Bewegungen, wenn etwa die Wachstumswende als Reinkarnation der Ökologiebewegung auf GewerkschaftsaktivistInnen trifft. Aber es betrifft natürlich in ganz besonderem Maße die Parteien: Im Verhältnis zu Bewegungsakteuren hilft persönliches Vertrauen, über die Klippe von Sachzwängen und Radikalforderungen hinweg zu kommunizieren. Und im Verhältnis zwischen Parteiateuren tragen weit gefasste linke Begegnungsorte dazu bei, den glücklichen Moment, in dem der Mantel der Geschichte vorbeigeweht kommt, dann auch tatsächlich zu nutzen und gemeinsam daran festzuhalten.

Damit all diese Formen des Austausches und der Vertrauensbildung häufiger und über klandestine Zirkel hinweg stattfinden, müsste das ISM sich allerdings häuten: Mehr säkularer Kirchentag, mehr linke re:publica, und weniger Reputationsfabrik. Dann kann das gelingen, und dann klappt es auch mit dem doch irgendwie gemeinsamen Vorhaben der großen gesellschaftlichen Transformation – was auch immer darunter zu fassen ist, und wie auch immer der richtige Weg dahin aussehen mag.

Warum blogge ich das? Um meine Eindrücke aus den letzten eineinhalb Tagen festzuhalten. Und weil ich es bei aller Enttäuschung über das eher verfehlt Tagungsthema insgesamt betrachtet doch wichtig fand, zur „summer factory“ hingefahren zu sein.



Das Erwartungsproblem: Wählen als Akt der Informationsvernichtung

21. September 2013 – Politik und Gesellschaft

Ein großer Nachteil an Wahlen ist der Informationsverlust, den die Stimmabgabe mit sich bringt. Der fällt mir z.B. dann ein, wenn der systemkritisch-aktivpolitikverdrossene Teil der NichtwählerInnen damit argumentiert, „der Politik“ (oder schlimmer noch: „den Politikern“) ein Signal senden zu wollen. Der Code, in dem diese Kommunikation stattfindet, ist extrem beschränkt: Wahl ja/nein, und falls ja, eben eine von fünf bis sechs realistischen und diversen unrealistischen Optionen. Ob ein „Nichtwahl“: „keine Lust, interessiert mich nicht“, „ist mir egal“, „keine der Parteien“ oder „wir brauchen dringend eine Revolution“ bedeutet, kann seriöserweise niemand wissen.

Und es sind ja nicht nur die NichtwählerInnen, die meinen, so mit „der Politik“ kommunizieren zu können. „Ich wähl euch nicht mehr“, heißt es dann am Infostand. Ob eine Stimme ein „diesmal wähle ich doch noch einmal das kleinere Übel“ bedeutet oder „ich fiebere mit euch, damit es endlich klappt“ – das ist in der Sitzverteilung des Bundestags nicht mehr zu erkennen. Auch der Blick auf Wählerwanderungen und auf die soziodemographische Aufgliederung des Wahlergebnisses hilft hier nur begrenzt weiter. Im Erststimmenergebnis ist nicht zu erkennen, ob X viele Stimmen bekommen hat, weil sie so eine charmante Persönlichkeit hat, oder aus taktischen Erwägungen. Der „Wählerwille“ spiegelt sich selbstverständlich in den Zweitstimmergebnissen wider – aber geht eben auch dort nicht über die Information „Partei A hat xyz Prozent der Stimmen erhalten“ hinaus.

Eine Stimme für Grün kann eine für die Energiewende sein oder für Bürgerrechte, kann eine aus der bürgerlichen Mitte sein, bei der wir trotz Angst vor dem Schattenwurf der Steuerpläne gewählt worden sind, oder eine, mit der sich die heimliche Hoffnung auf Rot-Grün-Rot und einen radikalen Wechsel verbindet. Eine Stimme, die im Vergleich zu Umfrageergebnissen oder vorherigen Wahlen fehlt, kann durch die Kampagne der letzten Tage abgeschreckt worden sein oder das Resultat konkreten politischen Handelns in den letzten Jahren.

All diese Informationen gehen mit dem Wahlakt verloren. Natürlich – das eine oder andere lässt sich erahnen, es gibt Befragungen, es gibt Deutungen des Diskurses, es gibt selbstverständlich regelrechte Kämpfe darum, was es heißt, mehr oder weniger absolute Stimmen erhalten zu haben. Sicherheit darüber, was die Gründe sind, kann es nicht geben. Die Wahl ist und bleibt aus gutem Grund geheim.

Daraus ergibt sich eigentlich betrachtet ein Zwang zur Demut der Politik: Die Wahl ist eine Momentaufnahme, das Wahlergebnis zwar entscheidend, aber einen Moment später schon kein Kapital und keine Resource mehr, auf die sich irgendwer berufen könnte.

Anders gesagt: Dass diese Informationen verloren gehen, ist allein schon deswegen bedauerlich, weil es Parteien und Fraktionen helfen

würde, zu lernen. So bleibt der Wahlkampf kommunikativ eher eine Einbahnstraße, mit konkurrierenden Meinungsangeboten und Deutungen einerseits und einem dünnen Rückkanal aus Infostandgesprächen, Frageformularen und Formaten wie „drei Tage wach“ andererseits. Im Wahlakt dreht blitzt dieses Verhältnis dann für einen kurzen Moment in seiner Umkehrung auf.

Aufgrund der mit Wahlen verbundenen Informationsreduktion sind Partei- und Personenwahlen zwar ein Instrument, um relative Mehrheitsverhältnisse zwischen politischen Marken zu erheben, aber der Rest – und damit eine wichtige Grundlage von Politik – bleibt Spekulation.

Gleichzeitig erscheint eine derartige massive Komplexitätsreduktion notwendig, um bei gut 60 Millionen Wahlberechtigten zu politischer Handlungsfähigkeit zu kommen. Könnte es anders sein? Ein Präferenzwahlssystem (oder, in anderer Weise, auch ein stärker personalisiertes Wahlsystem) trägt ein klein wenig mehr an Informationen mit sich. Aber selbst im Präferenzwahlssystem wird diese Information im Zuge der Sitzermittlung nach und nach gelöscht.

Dann gibt es natürlich die ganzen Instrumentarien der Beteiligung, der Deliberation und der direkten Demokratie. Letztere bringt mit der Reduktion auf eine Ja/Nein-Entscheidung am Schluss des Prozesses allerdings wiederum einen erheblichen Informationsverlust mit sich. Jeder bidirektionale Kommunikationsversuch, den eine Fraktion mit den „BürgerInnen“ unternimmt – wer das im konkreten Fall auch immer ist – ist auch ein Versuch, mehr darüber herauszufinden, wer einen warum auch immer gewählt hat, und welche Erwartungen damit verbunden sind. Zumindest sollte es so sein. (Parteimitglieder sind zwar aus dieser Kommunikationsperspektive in einer etwas privilegierten Position, aber es ist unklar, in wie weit die aktiven Parteimitglieder überhaupt irgendwie repräsentativ für die Wählerinnen und Wähler einer Partei sein – oder ob nicht die eine oder andere Partei nicht wegen, sondern trotz ihrer PolitikerInnen, ihrer Mitglieder und ihres Programms gewählt wird; letztlich also die die Frage, wie repräsentativ eigentlich

Parteitage als Ersatz für die unten skizzierten Maßnahmen für die Wählerbasis eigentlich sind).

Interessant – und hier wird es hochspekulativ – wäre es, wenn WählerInnen zwar anonym blieben, aber in irgendeiner Form „identifizierbar“ und befragbar wären (also sozusagen, sozialwissenschaftlich gesprochen, ein Panel bilden würden). Aus dem trägen, zeitlich gestreckten, mit erheblichen Informationsverlusten behafteten Wahlverfahren würde so eine permanente Feedbackschleife.

Dieses Gedankenexperiment im Stil der *Liquid Democracy* ließe sich in drei Richtungen fortführen.

Das erste wäre das, was in Systemen wie Liquid Feedback realisiert wird: die Substitution des repräsentativen Wahlaktes durch ein fließendes Delegationssystem. Superdelegierte säßen dann, solange sie es wären, im Bundestag, könnten aber jederzeit ihre Stimmenpakete verlieren.

Zweitens könnte – näher am aktuellen Weltzustand – das parlamentarische System mit der Rücknahme und Verschiebung von Stimmen gekoppelt werden. (Um es deutlich zu sagen: dass das technisch realisierbar wäre, halte ich für unrealistisch). In der einfachsten Form könnten WählerInnen jederzeit in der Legislaturperiode „ihrer Partei“ oder „ihrer Abgeordneten“ das Vertrauen entziehen, also die Zweit- bzw. Erststimme zurückrufen. Ab einem bestimmten Prozentsatz derartiger Rückrufe würde ein Mandat seine Gültigkeit verlieren, eine Neuberechnung der Mandate stattfinden, oder gar eine Auflösung des Bundestags und Neuwahlen in Gang gesetzt. Das wäre zwar eine massive Ermächtigung der WählerInnen, und damit eine Stärkung des demokratischen Fundaments. Aus dem parlamentarischen Innenleben heraus klingt diese Vorstellung allerdings eher nach einem Alptraum, jedenfalls so lange Politik als Beruf betrachtet wird, und so lange eine gewisse Stabilität und Planbarkeit erwünscht sind. Zudem würde, gerade wenn es ausgefeiltere Methoden der Stimmverschiebung geben würde, der in den letzten Tagen fast unerträglich unpolitische Wahlkampfzustand zu einer Dauererscheinung. Gerade bei knappen Mandaten würde es sich lohnen, ständig daran zu arbeiten, die jeweilige Mehrheit doch noch zu

drehen. Der Erfolg einer lokalen Dauerkampagne könnte, je nach Wahlrecht und je nach Mehrheitsverhältnissen, erdrutschartige Konsequenzen nach sich ziehen – „Kanzlerin verliert Mehrheit – SPD-Kampagne um Duisburg III fünf Monate nach der Wahl erfolgreich“.

Schließlich bleibt drittens tatsächlich die Panel-Idee: Wie auch immer technisch realisiert, erhalten im Wahlakt die jeweils gewählte Partei/Abgeordnete und die jeweilige WählerIn einen Teil eines Schlüssels, mit dem sie, so gewünscht, in Kontakt treten können. Eine Partei könnte dann ohne Streuverluste alle tatsächlichen WählerInnen – ihre „constituency“ im Wortsinn – regelmäßig zu bestimmten Maßnahmen befragen. Das Problem des Informationsverlustes wäre gelöst. Ob daraus eine handlungsfähigere Politik erwüchse – schwer zu sagen. Die Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, bliebe. Ich jedenfalls würde von einer solchen WählerInnen-Befragung nicht erwarten, dass sich in allen Fragen klare Bilder ergeben würden, etwa wenn über das Einwilligen in unliebsame Koalitionsvarianten abgestimmt würde. Die Heterogenität der mit der Wahl verbundenen Hoffnungen und Erwartungen würde sichtbar, und aus ihrer durch den Wahlakt erfolgenden Verhüllung gerissen. Verschwinden würde sie aber dadurch nicht.

Warum blogge ich das? Als eine Art Fazit aus der Divergenz zwischen Wahlkampfthemen und möglicherweise wirklich wichtigen Themen – und weil die Eindimensionalität der Wahlentscheidung in sich ein hohes Frustrationspotenzial birgt.



Heute schon eine Effizienzreserve gehoben?

27. Oktober 2013 – Politik und Gesellschaft, Soziologisch gesehen

Die Arbeit in der Politik bringt ihre eigenen Betriebsblindheiten mit sich. Manche davon verstecken sich hinter technokratisch anmutenden Phrasen. Das „Heben von Effizienzreserven“ ist ein solches Sprachbild. Es steht in einem engen Zusammenhang mit der „Schuldenbremse“ und den von den einzelnen Ressorts erwarteten „Konsolidierungsbeiträgen“.

Faktisch heißt „Heben von Effizienzreserven“: Es ist nicht genügend Geld vorhanden, um die rechtlich und politisch gewünschten Aufgaben zu erledigen, also sollen tendenziell weniger Beschäftigte (in der gleichen Zeit wie vorher) die gleiche Arbeit leisten. Sie sollen es nur „effizienter“ tun. Bis zu einem gewissen Grad ist das sicherlich möglich, hier Arbeitsabläufe „zu optimieren“. Gerade Verwaltungsvorgängen

hängt ja der Ruf nach, kein Vorbild für effiziente Organisation zu sein. Ob dieser schlechte Ruf stimmt, sei dahingestellt.

Aber nochmal: Letztlich verweisen die Effizienzreserven darauf, dass Menschen die selbe Tätigkeit in weniger Zeit erledigen sollen. Das mag dann sinnvoll sein, wenn vorher unsinnig viel Zeit verwendet wurde, wenn es dauerhaft Leerlauf und Wartezeiten gab. Nach einem Vierteljahrhundert „neuer Steuerung“ halte ich es – bei aller Rationalisierung informations- und kommunikationsbasierter Tätigkeiten – für extrem unwahrscheinlich, dass großflächig „Effizienzreserven“ auf ihre „Hebung“ warten. Und selbst wenn dem so wäre, sprechen – meine ich – drei Argumente dagegen, Arbeit auf maximale Effizienz hin zu optimieren.

Der erste Grund ist die Unterschiedlichkeit der Menschen, und insbesondere auch die unterschiedliche Tagesform jeder und jedes Einzelnen. Eine Organisation, die davon ausgeht, dass alle immer hundert Prozent bringen; oder die, schlimmer noch, die einhundertfünfzig Prozent, die im Ausnahmezustand – ein Projekt muss unbedingt fertig werden – erbracht werden, zum normalen Maßstab macht, überfordert ihre Beschäftigten. Das geht nicht lange gut. Manche würden hier auch von „Ausbeutung“ sprechen.

Dann hat Effizienz zweitens etwas mit Entgrenzung zu tun. Das ist die arbeitswissenschaftliche Debatte darum, dass die Grenze zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit durchlässig wird. Mobiltelefone und E-Mail sind hier technische Katalysatoren eines Wandlungsprozesses. Wenn die Aufgaben wachsen, weil weniger Menschen für die gleiche Arbeit zuständig sind, liegt es nahe, Arbeit nach Hause mitzunehmen. Mal eben unterwegs in die dienstlichen Mails zu schauen. Permanent erreichbar zu sein. Überstunden – na ja, ist ja wichtig. Eine durchoptimierte Organisation beschleunigt diesen Entgrenzungsprozess.³

³ Der dann, auf der anderen Seite, und noch so ein arbeitswissenschaftlicher Fachbegriff, Konsequenzen für die Soziabilität von Arbeit hat. Wer auch nach dem Acht-Stunden-Tag und dem Pendeln nicht von der Arbeit losgelassen wird, wird kaum Zeit für Familienarbeit, Sorgearbeit, demokratisches Engagement oder auch einfach eine sinnerfüllte, kreative – und nicht einfach nur konsumierende – Freizeit finden. Das „Heben von Effizienzressourcen“ vernichtet also zugleich Ressourcen bürgergesell-

Drittens sind nicht nur Menschen in ihrer Tagesform unterschiedlich. Die „Auftragslage“ auch einer Behörde schwankt. Es gibt Zeiten, in denen viel auf einmal erledigt sein muss. Es gibt Störungen. Das Konzept Mensch-Technik-Organisation, dessen Maxime – Störungen lokal zu beheben – mir jetzt in den Blick gerät, denkt zwar zunächst einmal in Fließbändern und Fertigungsinseln, aber auch hier lässt sich zwanglos die Analogie zu den informations- und kommunikationsbasierten Tätigkeiten der öffentlichen Hand herstellen. Ein durchoptimiertes, effizientes System gerät ins Stocken, wenn Unvorhergesehenes eintritt. Die Krankheit eines Lehrers, die nicht einfach mal eben lokal behoben werden kann. Eine politische Sprunghaftigkeit, die Abläufe lahmlegt. Eine Unwetterkatastrophe, auf die amtlich reagiert werden muss.

Diese Schwankungen aufzufangen, gelingt nur dann, wenn es im System Reserven gibt. Wenn es also nicht zu hundert Prozent effizient arbeitet. Das „Heben von Effizienzreserven“ reduziert ab einem bestimmten Punkt die Elastizität eines organisatorischen Ablaufs – und schwächt dessen Krisentauglichkeit.

Zu diesen eher arbeitswissenschaftlichen Argumenten gegen eine Ausschöpfung der „Effizienzreserven“ kommt ein eher sozialtheoretisches Argument hinzu: Lücken in den Abläufen sind der Kitt, in dem Menschlichkeit gedeiht, beispielsweise im reziproken Verhältnis zwischen automatisierten Informationsverarbeitungsvorgängen und Spielräumen für Kulanz.⁴ So formuliert klingt das zunächst einmal unhinterfragbar positiv. Ich will aber nicht verschweigen, dass es hier auf das richtige Maß ankommt. Wo die Spielräume zu groß sind, gedeiht Korruption, also ein Angewiesensein auf Gefälligkeiten, um überhaupt Systemfunktionen zum Laufen zu bringen. Ein geordnetes Verfahren – selbst dann, wenn es auf informationstechnischen Prozessen basiert – ist damit durchaus etwas wertvolles. Schwierig wird es dann, wenn die

schaftlichen und familiären Engagements, die aber an anderer Stelle für einen „schlanken Staat“ wiederum benötigt werden ...

⁴ Beispiel: wenn das Bord-Bistro aufgrund des Kassensystems nicht in der Lage ist, ein Rührei ohne Heißgetränk zu verkaufen, auch wenn das die einzige vegetarische Speise ist, die erhältlich wäre, dann sind die Spielräume der Kulanz arg eingeschränkt.

Informationserfassung total wird, wenn Verfahren auch mit gutem Willen unhintergebar werden, und damit auf Situationen, die nicht geplant sind, nicht mehr anders als nach automatisiertem Ablauf (unzufriedenstellend) reagiert werden kann. Ein gewisses Maß an Lückenhaftigkeit scheint mir daher ebenfalls wertvoll zu sein, ohne jedoch in Willkür umschlagen zu dürfen.

Das Argument der (fast möchte ich sagen: subversiven) Spielräume hat nun insofern etwas mit der Effizienzfrage zu tun, als eine (informationstechnisch gestützte) Optimierung und Standardisierung von Abläufen ein naheliegender Weg ist, um die Bewältigung der Aufgaben einer Organisation besonders effizient zu gestalten. Wenn dabei die nicht nur zeitlichen, sondern auch inhaltlichen Spielräume vergessen werden, entwertet das Arbeit sowohl für Beschäftigte, die stur nach Schema handeln, als auch für die KundInnen – bei der öffentlichen Hand also für uns alle – die dann zwar effizient gleich behandelt werden, aber schnell in kafkaeske Situationen geraten können, wenn sie etwas wollen, das zwar möglicherweise sinnvoll, aber eben nicht vorgesehen ist.

Letztlich komme ich sowohl aufgrund arbeitswissenschaftlicher Erwägungen als auch mit Blick auf die Sozialtheorie zum Schluss, dass es so etwas wie ein Übermaß an Effizienz geben kann; zumindest dann, wenn ein Mehr an Effizienz nicht zugleich mit einem Mehr an Mit- und Selbstbestimmung einhergeht.

Warum blogge ich das? Weil mir manche HaushaltsexpertInnen – parteiübergreifend – blind für die möglichen Nebenfolgen einer fiskalischen Optimierung öffentlicher Arbeit zu sein scheinen.



Netzpolitik und der Aufstieg und Fall der Piratenpartei

Die Kinder der digitalen Revolution

11. Februar 2012 – Digitales Leben, Freiburg, Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Ganz ehrlich: Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, welches die erste Demo war, an der ich teilgenommen habe. Asylrecht, Golfkrieg, hier in Freiburg die Proteste gegen die Abholzung des Konrad-Günther-Parks oder eine Aktion zum Castor oder zu Fessenheim – irgendetwas davon wird es gewesen sein, Anfang der 1990er Jahre. Bei der heutigen Demo gegen das ACTA-Abkommen kam ich mir dagegen richtig alt vor. Ganz viele SchülerInnen, vermutlich war es für einen großen Teil davon die erste Demo.

Insgesamt, so würde ich schätzen, gut 1000 Menschen, die in Freiburg den Minusgraden zum Trotz „Stop ACTA“ gebrüllt haben, und diversen Rednern – der jüngste davon 14 Jahre alt – zugehört haben. Für uns Grüne hat Stadtrat Timothy Simms geredet, mir hat's gut gefallen, was er gesagt hat.

Trotz einigen Parteifahnen (neben grünen habe ich auch einige der Piraten, ein paar LINKE-Plakate im Linksruck-Stil, ein eingerolltes Juso-Banner und ein paar ganz roten bzw. ganz schwarzen Fahnen gesehen) gab es vor allem ausgedruckte Internet-Meme als Demoschmuck. Guy-Fawkes-Masken (schön die Variante als reines Schnurrbartzitat), ein paar andere Dinge, die einem auch bei Reddit über den Weg laufen, zusammengestellte Minicomics und dergleichen mehr. LOLcats habe ich keine gesehen, aber sie hätten sich sicherlich nicht fehl am Platz gefühlt.

Jede Menge Jugendliche, wenige der üblichen Demobekanntschaften, auch eine andere Stimmung so ohne Samba-Trommeln und Standardsprüche. Sehr gut, dass so viele in Freiburg (und weltweit ...) auf die Straße gegangen sind (zum Thema Netzpolitik!) – aber ein bisschen gefremdelt mit der Demo habe ich schon. So der spontane Eindruck: das sind also die, die dann 2013 die Piraten in den Bundestag wählen werden.

Was dann bei mir prompt die Frage nach sich zog: Was bieten wir denen? Bündnis 90/Die Grünen sind (allen Kommentaren einzelner zum Trotz) klar positioniert. Wir Grüne lehnen ACTA ab. Insbesondere Jan Philipp Albrecht und Ska Keller im Europaparlament, Malte Spitz im Bundesvorstand und Konstantin von Notz im Bundestag arbeiten hier seit langem für die gute Sache – und zwar der Sache wegen, nicht, um ein Fähnchen in den Wind zu hängen.

Trotzdem: Wenn ich meine MitdemonstrantInnen gefragt hätte, welche Partei den in Sachen ACTA aktiv ist, wäre vermutlich zuallererst eine ganz andere genannt worden. Und dieses Gefühl ist mir hier zum ersten Mal so richtig, richtig klar geworden. Übrigens: Gar nicht, weil wir die falschen Inhalte hätten, oder nicht dazu stehen. Nein: der Ein-Klick-Markenzugang zum Netz, der fehlt uns. Atomausstieg = grün, Umwelt = grün – diese fast schon unterbewusste Themengleichsetzung, die

haben wir nicht, wenn es um progressive Netzpolitik geht. Egal, wie gut wir in diesem Feld sind. (Und wir sind gut!)

Dass das bei anderen älteren Parteien noch viel schlimmer aussieht, tut hier gar nichts zur Sache. Und auch die Deutung, die ich aus Kreisen der LINKEN gehört habe, dass die ACTA-Proteste eher in Richtung antikapitalistische „Occupy“-Bewegung und Demokratie-Reload zu verstehen sind, halte ich für falsch. Ja, gegen MAI, TRIPS und diverse andere WTO-Abkommen etc. gab es ähnliche, ähnlich breit aufgestellte Proteste. Aber genau das war ja mein Fremdeln bei dieser Demo: Da waren die, zu deren Alltag ein nutzbares Netz ganz und gar dazugehört, die dort ihre Freundschaften pflegen, die sich im Netz kulturell betätigen und dort Kultur mitnehmen – aber nicht die Linksalternativautonomen, die sonst gegen derartige Abkommen auf die Straße gehen. Vielleicht waren sie auch da, aber sie dominierten definitiv nicht das Bild.

Eine neue, genuine Jugendbewegung? Eine neue, genuine soziale Bewegung? Die Kinder der digitalen Revolution? Oder doch (noch) mehr, ein Reflex auf die Unzeitgemäßheit althergebrachter Parteien, Organisationen und Verfahren im globalen Informationskapitalismus? Eine endgültige Deutung steht noch nicht fest; ich jedenfalls würde mich da heute noch nicht festlegen wollen.

Zurück zu meiner Partei. Wir haben erkannt, dass es nicht reicht, Netzpolitik als eines von dutzenden Fachpolitiken zu spielen, wie dies seit Jahrzehnten geschieht. Gerade mit dem Beschluss der letzten Bundesdelegiertenkonferenz in Kiel haben wir sehr deutlich gemacht, dass Netzpolitik weit mehr sein muss als das, dass das Netz der zu gestaltende, umkämpfte, zentrale Raum der Gegenwart ist, und dass jede netzpolitische Entscheidung eine ist, die in die Arbeitswelt, in Bürgerrechte und in die Freizeitkultur von Millionen von Menschen eingreift. Kurz: Das Netz ist gekommen, um zu bleiben, und es ist längst nicht mehr das Reservat der Nerds.

Wenn wir mutig sind, und wenn wir es schaffen, diese Erkenntnis dauerhaft in der grünen Partei zu verankern, dann kann es sein, dass eines der großen Plakate 2013 ein netzpolitisches Thema in die Welt

schreit, ohne dass die Nachricht „Grüne setzen auf Netzpolitik“ selbst noch eine wäre. Nicht als billiger Piratenabklatsch – nein, weil bis dahin klar geworden ist, dass eine Partei mit dem Anspruch, auf Bundesebene zu regieren, nicht umhin kommen wird, ihre Orientierungen – Zukunftsfähigkeit, Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit, Emanzipation – auch in den großen Infrastrukturthemen durchzudeklinieren.

Noch ist es nicht 2013. Es geht hier und jetzt darum, auf allen Ebenen der grünen Partei daran mitzuwirken, ACTA und ähnliche Ideen tatsächlich zu stoppen und zugleich unsere Konzeptmaschinen anzuwerfen, um über ein brauchbares Urheberrecht für eine digital gewordene Welt nachzudenken. Da wird einiges geschehen, einiges davon steht auch schon auf der politischen Agenda.

Wir brauchen aber auch eine Offensive, um – und damit kehre ich zum Anfang dieses Textes zurück – der parteipolitikfernen, mit dem Netz aufgewachsenen Generation der heutigen Jugendlichen ein Angebot zu machen. Klar ist, dass es dabei nicht nur darum gehen kann, was für Programme und Aktionen die Grüne Jugend in ihren Kaufhauskatalog aufnimmt. Sowas wie das Privacy-Barcamp von Jan Philipp Albrecht, aber nicht so datenschutzlastig. Formate, die anschlussfähig sind, aber sich nicht anbiedern.

Soweit erstmal eher Fragen als Antworten (wer welche hat, darf die gerne äußern ...) – und die Beschreibung einer Herausforderung, nochmal auf den Punkt gebracht: Wenn Bündnis 90/Die Grünen nicht zur Einthemenpartei werden möchten, dann ist jetzt der Zeitpunkt, um Schnittstellen zwischen den weitgehend „unpolitischen“, in den letzten zwei Jahren entstanden Bewegungen und dem parteipolitisch-parlamentarischen Raum herzustellen. Ohne Anbiederung, mit großer Offenheit, mit Ehrlichkeit – und mit dem Angebot, gemeinsam an der Gestaltung der digitalen Gegenwart zu arbeiten.

Warum blogge ich das? Um ein paar Dinge, die mir auf und nach der Demo heute durch den Kopf gingen, mal auf den Punkt zu bringen.

FDP und PIRATEN jetzt fusionieren – 10 Gründe

25. März 2012 – Politik und Gesellschaft

Es gibt viele gute Gründe, warum FDP und PIRATEN jetzt in Fusionsverhandlungen treten sollten, um zu den *Freidemokraten & Piraten (FD&P)* zu werden. Hier die zehn wichtigsten.

1. Beide behaupten, eine liberale Partei zu sein. Wir könnten also weiter von den Liberalen sprechen.
2. Beide wählen weit überwiegend Männer, und sehen darin kein Problem – gute Basis für das kulturelle Zusammenwachsen der beiden Organisationen.
3. Beide ergänzen sich gut: Wo die einen aus dem Landtag fliegen, kommen die anderen rein. Bsp. Berlin, Saarland, Schleswig-Holstein, NRW.
4. Manchmal macht die FDP die Netzbürgerrechtspolitik, die Piraten gerne machen würden. Und die rechten Wirtschaftsflügel gleichen sich auch.
5. Die F.D.P. ist traditionell die Satzzeichenpartei Deutschlands. Ein „&“ würde gut dazu passen.
6. FDP wie Piraten sind im Kern Einthemenparteien mit Scharnierfunktion.
7. Piraten würden das Nachwuchsproblem der FDP lösen, die FDP das Professionalisierungsdefizit der Piraten ausgleichen.
8. Eine Fusion wäre ein Hack, mit dem die Piraten sich aus dem Stand heraus in die Bundesregierung katapultieren würden.
9. Die Debatte darüber, ob „Piraten“ ein dämlicher Name für eine Partei ist, würde aufhören – FD&P!
10. Eine Fusion würde es allen PolitikwissenschaftlerInnen, die mit der großen Stabilität des deutschen Parteiensystems argumentieren, leicht machen, diese These weiterhin aufrecht zu erhalten.

Warum blogge ich das? Weil ich ja irgendwas zur Wahl an der Saar sagen muss.



Die Höflichkeit der Parteien

3. April 2012 – Politik und Gesellschaft

Kaum steigen die PIRATEN in ersten Umfragen über die zehn Prozent, gründet auch die CDU einen Arbeitskreis Netzpolitik (in dem Fall den Verein „CNETZ“). Etwas weniger polemisch verkürzt: Die Tatsache, dass die PIRATEN es nach Berlin inzwischen auch im Saarland in den Landtag geschafft haben, und dass es in Schleswig-Holstein und in NRW so aussieht, als könne ebenfalls ein Landtagseinzug gelingen, lässt die „etablierten“ Parteien nicht kalt. Und natürlich nicht. (Ich kann mir jetzt ganz gut vorstellen, wie sich die progressiveren Kräfte in der damaligen SPD und in der damaligen FDP gefühlt haben müssen, als sich herausstellte, dass diese komischen GRÜNEN sich ernsthaft als Partei festsetzen würden ...).

Die Piraten sind also da, und umso dringender stellt sich die Frage: Was machen wir mit denen?¹ Um diese Frage zu beantworten, ist es meiner Meinung nach hilfreich, sich zunächst mal zu vergegenwärtigen, dass das aktuelle Hoch der Piraten zu einem Teil ein mediales Hoch ist.

Ich halte es nicht für völlig unwahrscheinlich, dass in zwei, drei Wochen, pünktlich zu den beiden großen Landtagswahlen, die Geschichte vom Fall und Wiederaufstieg der FDP zum bestimmenden Thema in der Medienberichterstattung werden wird – allzu schön wäre das Sagenepos vom goldglänzenden jungen Siegfried, der seine Partei, die schon im Boden versunken schien, mit tapferen Worten wieder über die Fünf-Prozent-Hürde führt. Dagegen ist doch „Ökokatastrophe – wir tun was!“ (der Hype von vor einem Jahr) oder „Alles muss anders werden – jetzt kommen die Piraten“ (unser aktueller Hype) langweilig. Aber warten wir es mal ab.

Unabhängig von medial gestützten und gestärkten Wellenbewegungen gesellschaftlicher Aufmerksamkeit bin ich überzeugt davon, dass sich mit und rund um die PIRATEN eine einigermaßen tragfähige Struktur gebildet hat. Ob das im Zweifel drei oder inzwischen sechs Prozent der WählerInnen sind, wird sich in den nächsten Jahren empirisch zeigen. Die Zweiprozentsenke haben die PIRATEN jedenfalls überwunden. Sie sind damit, um in den üblichen Metaphern zu bleiben, erwachsen geworden, satisfaktionsfähig, ein politischer Konkurrent auf Augenhöhe. Lässt sich nicht mehr mit Plätzchen abspesen. Und so weiter.

Was machen Parteien, wenn eine andere Partei sich als erfolgreich erweist? Ignorieren, beschimpfen und/oder kopieren, das scheinen mir so die üblichen Reaktionen zu sein. Verbunden damit die Hoffnung, a. die (ehemals vielleicht) eigenen WählerInnen zurückzugewinnen und b. mittelfristig dafür zu sorgen, dass die neue, andere Partei doch bitte wieder verschwindet.

Ob diese Strategien generell funktionieren könnten, ist zweifelhaft. Bei den PIRATEN funktionieren sie deswegen nicht, weil jede dieser Re-

¹ Zwei unterschiedliche grüne Antworten darauf haben gerade [Nina Galla](http://www.fair-sprechen.com/2012/04/01/danke-piraten/) (www.fair-sprechen.com/2012/04/01/danke-piraten/) und [Jörg Rupp](http://joergrupp.de/piratige-zeiten/) (joergrupp.de/piratige-zeiten/) gegeben.

aktionen von den PIRATEN dazu genutzt werden kann, ihre eigene Existenznotwendigkeit stärker herauszustellen. Jedenfalls dann, wenn eine Annahme stimmt – die Annahme, dass die PIRATEN kein netzpolitisches Projekt sind, oder jedenfalls nicht als solches gewählt werden. Sondern dass sie mehr und mehr tatsächlich – aus einer netzpolitischen Kritik heraus – zu einer Partei der „Betriebssystemkritik“ geworden sind und als solche gewählt werden.

Wer die PIRATEN *ignoriert*, zeigt damit, dass er/sie die tatsächlich vorhandenen „Systemfehler“ unserer parlamentarischen Demokratie nicht für wichtig hält. Ein Punkt für die PIRATEN.

Wer die PIRATEN *beschimpft*, zeigt damit, dass er/sie diese „Systemfehler“ verteidigen möchte. Noch ein Punkt für die PIRATEN.

Bleibt zunächst einmal der Weg des *Kopierens*. Da sind jetzt zwei verschiedene Substrategien zu unterscheiden:

1. Kopieren des oberflächlichen Erfolgsgrundes: Die PIRATEN machen Netzpolitik, also machen wir jetzt auch Netzpolitik (oder weisen darauf hin, dass wir das eh schon lange machen) ... Hier ist es schwierig, gegen die öffentlich wahrgenommene und zugeschriebene Kompetenz anzukommen, egal wie gut die eigenen Netzpolitik ist. Insofern bringt das einer Partei zwar inhaltlich etwas (wenn es denn ernsthaft betrieben wird), ändert aber nichts daran, dass die Kompetenzzuweisung bei den PIRATEN landet. 1:1, vielleicht im besten Falle.

Aber hatte ich nicht eben gesagt, dass PIRATEN gar keine Netzpolitikpartei (mehr) sind?

2. Kopieren der „Betriebssystemkritik“. Das ist nun erstens wesentlich schwerer mal eben in eine existierende Partei zu übernehmen. Wer 60 Jahre lang die repräsentative parlamentarische Demokratie hochgehalten hat, wer selbst daran mitgestaltet hat, wie das Interessensgeflecht aus Staat und Parteien in der Politik heute aussieht, wird sich schwer damit tun, jetzt alles auf Transparenz und digitalisierte individuelle Beteiligungsmöglichkeiten hin umzupolen oder entsprechendes Aufzupropfen. Und jede echte kleine Verbesserung – sagen wir mal, die Debatte über die Urwahl der SpitzenkandidatIn von Bündnis 90/Die Grü-

nen – wird im Vergleich zu einer im Kern digital-transparent-beteiligungorientiert gestalteten Partei aufgepropft erscheinen. Auch hier hilft Kopieren also nur bedingt, um mit den PIRATEN „fertig zu werden“. (Mal ganz abgesehen davon, dass möglicherweise einiges der „Betriebs-systemkritik“ überzogen und unrealistisch ist).

Was also tun? Ich glaube, letztlich bleibt erst einmal nur übrig, die Existenz der PIRATEN als einer systemkritischen, netzzentrierten, inhaltlich noch ziemlich heterogenen, individuell liberalen Partei zu akzeptieren. Damit verschiebt sich das Spielfeld: Das politische Spiel heißt jetzt nicht mehr „mach das wieder weg“. Vielmehr geht es jetzt darum, wer WählerInnen überzeugt, aber auch darum, wer mit wem in was für Bündnisse was für Politik durchsetzen kann. Und ich glaube, da sind wir jetzt angelangt.

Und was heißt das konkret? Obwohl ich selbst ja gerne zuspitze und spotte, erscheint es mir sinnvoll, für einen gegenseitigen höflichen Umgang zu plädieren (ob PiratInnen das gegenüber den „Etablierten“ auch so sehen – wer weiß)? Höflich, insofern es letztlich um so etwas wie den Aufbau von Vertrauen zwischen potenziellen GegnerInnen geht.

Ich hatte dazu gestern danach gefragt, was denn „Goldene Regeln“ für diesen Umgang sein könnten. Zurück kam prompt die „goldene Regel“, also anderen nichts antun, was man nicht auch selbst angetan haben möchte. Klingt logisch, und klingt auch nach einem guten Maßstab dafür, wieviel politischer Spott über den politischen Gegner erlaubt ist, und wo da die Grenzen liegen. Katja Husen hat das dann auf Facebook in sechs Regeln sehr schön ausformuliert:

- *Regel Nr. 1: Nicht behaupten, die andere Partei sei der Grund für Politik- und Parteienverdruss und die eigene das einzig wirksame Gegenmittel.*
- *Regel Nr. 2: Miteinander sprechen, wo man sich begegnet. Persönliches Kennen erleichtert den Austausch und reduziert Beißhemmungen.*
- *Regel Nr. 3: Den anderen nicht die jeweils miesesten Motive unterstellen, aus denen dort die Menschen Poli-*

tik machen. Sondern die gleichen, die man für sich selber sieht. Also: Glaube daran, dass man die Welt verbessern kann, dass es Sinn macht, aktiv zu sein, dass Parteien was bringen.

- *Regel Nr. 4: Kritik sachlich vortragen. Aus der Ich-Perspektive sprechen wie in jedem Kommunikationsseminar trainierbar. Also nicht „Die kann man doch nicht wählen!“, sondern „Ich würde die nicht wählen, weil...“*
- *Regel Nr. 5: Für Grüne: Locker bleiben. Nichts ist so unglaublich, wie die Piraten als Hype verunglimpfen, der bald vorbeigeht und dabei so panisch gucken, als würden sie einem morgen das Leben klauen.*
- *Regel Nr. 6: Selber versuchen, eine gute Grüne, ein guter Grüner zu sein. Da, wo man selber unterwegs ist: Glaubwürdig, authentisch, kompetent. Nichts ist effektiver als viele sympathische Parteimitglieder, mit denen man trotz ihrer Parteimitgliedschaft gerne befreundet ist und über die man sagen kann: Die würde ich jederzeit wählen!*

Mehr muss dazu eigentlich kaum gesagt werden, finde ich. Vertrauen aufbauen, heißt die andere Seite kennenzulernen. Das zerstört dann zwar möglicherweise irgendwelche flauschigen Utopien (oder fratzige Feindbilder), macht es aber leichter, ernsthaft zu kommunizieren. Und wie das mehrere betont haben: nicht nur über den großen Verzerrer Internet, sondern auch „in real life“, das Kennenlernen. Und „Kennen“ heißt dann eben auch: Wahrzunehmen, dass da größtenteils Leute sind, es mit den eigenen Zielen ernst meinen, die nicht in die Politik gegangen sind, um „uns“ zu ärgern, sondern weil sie was ändern wollen.

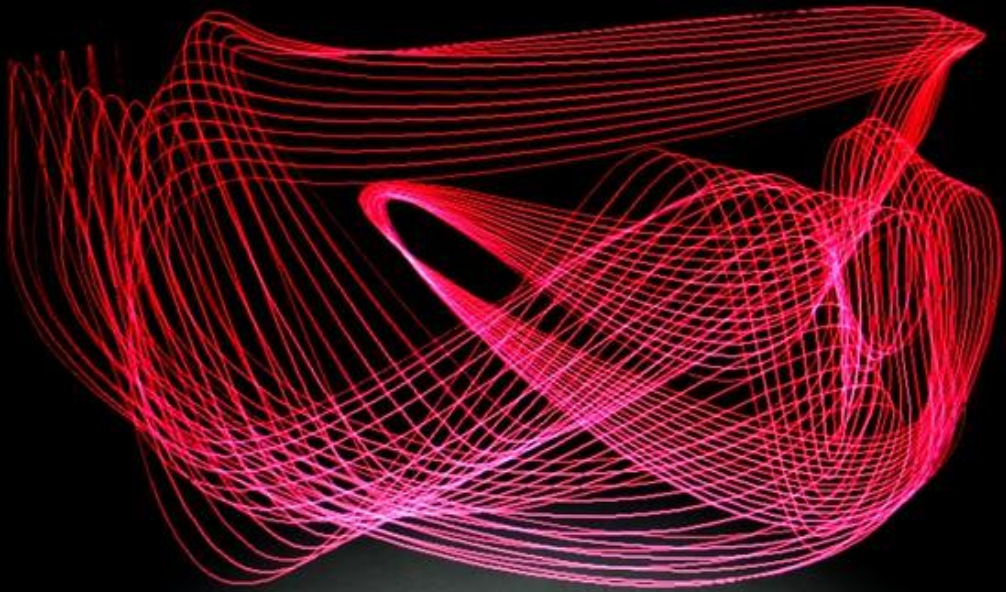
Das heißt nicht, es gut oder schlecht finden zu müssen, was die PIRATEN ändern wollen. Es heißt aber, sich erst einmal relativ vorurteilsfrei anzuschauen, was die so machen wollen. Und dann anhand der eigenen Maßstäbe zu entscheiden. Und dies auch andersherum einzufordern.²

² Das ist übrigens der Prozess, der meines Erachtens letztlich DIE GRÜNEN „gezähmt“ hat ...

Und ja, Parteien sind Parteien. Politik ist Politik. Jede Handlung in diesem Feld ist auch eine symbolische, und ist auch eine strategische. Wenn die CDU die PIRATEN nicht so arg kritisiert, wie sie es könnte, könnte es sein, dass sie das tut, damit GRÜNE und SPD geschwächt werden. Bei allem Flausch, und bei allen Parteiausschlussverfahren: Auch die PIRATEN werden diese grundsätzliche Problematik des politischen Feldes nicht abschaffen.

Letztlich geht's eben doch um die Macht – aber letztlich sollte es und trotz allem um die Sache gehen. Und da werden wir mehr erreichen, wenn wir uns nicht an den PIRATEN abkämpfen, sondern weiter für unsere Sache einstehen – wie Katja das schreibt: „glaubwürdig, authentisch, kompetent“. Wo es sich ergibt, mit den PIRATEN, wo es sich nicht ergibt, weiterhin ohne sie und inhaltlich – fundiert, höflich bleibend – gegen sie.

Warum blogge ich das? Als einen Versuch, mal aufzuschreiben, wie Grüne mit PIRATEN umgehen können – als einer selbstverständlich anderen Partei, ohne Euphorie und ohne Panik. Und gegen den Elternimpuls, denn wir müssen die PIRATEN ihre Fehler selbst machen lassen!



Utopie, Realpolitik und lokale Maxima

15. April 2012 – Politik und Gesellschaft, Soziologisch gesehen, Zukunftsvisionen

Abstrakt betrachtet, geht es bei Politik darum, einen Zustand x so zu ändern, dass ein erwünschter Zustand x^* erreicht wird, um damit ein Problem zu lösen. Was erwünscht ist, und was nicht, lässt sich mit dem Bild des „politischen Kompasses“ beschreiben. Also ein grundlegendes Wertesystem, oder, wenn ich hier schon mathematische Metaphern verwende, eine Funktion, die Auskunft darüber gibt, ob x^* besser ist als x oder nicht. Oder noch genauer: eine Funktion, die Auskunft darüber

gibt, welcher der Zustände x_1, \dots, x_n als mögliche Lösung eines Problems am besten ist. Kompliziert wird das durch mindestens vier Dinge:

1. *Mehrere MitspielerInnen mit unterschiedlichen Interessen und Wertesystemen* – für die einen sieht x^* optimal aus, für die anderen erscheint x^* als eine deutliche Verschlechterung des status quo. Hier fangen Kompromissbildungen und Kuhhändler an.
2. *Abhängigkeiten und Nebeneffekte*: Welche Zustände überhaupt von x aus erreichbar sind, welche x^* also überhaupt möglich sind, hängt auch an y und z (z.B. Prioritäten darüber, wie knappe Haushaltsmittel verwendet werden sollen, oder Kompetenzen der jeweiligen politischen Ebene, oder Politiken in ganz anderen Feldern). Zudem hat eine Veränderung von x zu x^* möglicherweise auch (unvorhergesehene) Auswirkungen auf y und z (also Nebeneffekte¹).
3. *Pfadeffekte und lokale Maxima*: Genetische Algorithmen, die versuchen, eine Lösung für ein Problem schrittweise zu verbessern, haben oft die Angewohnheit, in lokalen Optima hängen zu bleiben. Soll heißen: x_1 sieht nach der eigenen Bewertungsfunktion schlechter aus als x , und x_2 auch, also bleibt x , wie es ist. Die in jeglicher Hinsicht bessere Lösung x_{42} wird dagegen nicht gesehen, weil die Veränderung zum gegenwärtigen Status zu groß ist. Oder sie wird gesehen, die damit verbundenen Veränderungen werden aber (siehe Punkt 2) nicht als umsetzbar angesehen. Ein Grundeinkommen oder ein Systemwechsel beim Rentensystem etwa hin zu einer Bürgerversicherung sind möglicherweise insgesamt bessere Lösungen für bestimmte politische Probleme, die aber vom status quo aus nicht erreichbar sind.

In eine ähnliche Richtung geht das techniksoziologische Konzept des *lock-ins* bzw. der Pfadabhängigkeit: die „Kosten“, oder überhaupt die Denkmöglichkeiten, um von einem einmal eingeschlage-

¹ <http://www.heise.de/tp/artikel/26/26839/1.html>

nen Pfad in einen anderen Entwicklungspfad zu wechseln, sind so groß, dass es fast unmöglich ist, davon wegzukommen. Ein beliebtes Beispiel dafür ist die QWERTZ-Tastaturbelegung, die ergonomisch schlechter ist als diverse Alternativen, aber seit den ersten Schreibmaschinen – damals aus technischen Gründen – verwendet wird. Ein Pfadwechsel würde bedeuten, dass 100 Millionen von Menschen neu auf einer Tastatur schreiben lernen müssen.²

4. *Kommunizierbarkeit*: Eine besondere Form von Abhängigkeiten und Pfadeffekten ist die Ebene politischer Kommunizierbarkeit. Die Lösung x^* mag besser sein, vielleicht sogar global optimal – aber sich zu trauen, das auszusprechen, würde bedeuten, sehr viele Menschen (siehe Punkt 1) dazu zu bringen, von der Unterstützung der eigenen Position zu anderen Positionen zu wechseln. Damit erscheint x^* als nicht durchsetzbar, oder jedenfalls als „teuer“.

* * *

Je nachdem, was für eine Größe der Zustand x hat, handelt es sich bei Politik um Realpolitik oder um revolutionäre Systemwechsel. Wenn x z.B. die Frage ist, wie strikt Regelstudienzeiten durchgesetzt werden sollen, ist das ganz klar Realpolitik.

Es gibt Varianten zwischen $X_{\text{sofort_exmatrikulieren}}$ und $X_{\text{Regelstudienzeit}}$? Wofür braucht es das?, und eine politische Bewertungsfunktion $f_{\text{grün}}(x)$ bewertet idealerweise eher Lösungen positiv, die – einem freiheitlichen Menschenbild und dem Blick auf die unterschiedlichen Biographien unterschiedlicher Menschen entsprechend – weit gefasst mit Regelstudienzeiten umgeht. Aber dennoch gibt es Abhängigkeiten: eine bestimmte Studienplatzkapazität, bundesweite und europarechtliche Vorgaben, Zusicherungen an den Rechnungshof, die Zahl der Langzeitstudierenden genau im Auge zu behalten, Wünsche von wem auch immer nach

² Vgl. auch mein Essay Für eine politische Ökologie der Sachzwänge – das hat was damit zu tun; <http://www.heise.de/tp/artikel/36/36668/1.html>.

Sanktionsinstrumenten, um einen effizienten Studienverlauf zu garantieren, die Angst, als „verschwenderisch“ wahrgenommen zu werden usw. usf.

Wenn X dagegen so etwas ist wie die Frage der Ausbeutung des Menschen durch das kapitalistische System, ist der Bereich der Realpolitik zunächst mal verlassen. Ich komme darauf, weil der Ausgangspunkt für diesen Blogbeitrag ein längerer Streit bei Facebook über das Thema Sozialismus war. Aber auch in diesem sehr groben Körnungsmaßstab muss, um noch von Politik sprechen zu können, X^* beschreibbar sein: Was ist anders als heute, und warum? Was sind die Abhängigkeiten und Nebeneffekte? Wenn dies nicht der Fall ist, wird der Bereich des Politischen verlassen, und es bleibt die vage Hoffnung auf eine bessere Welt, ohne sagen zu können, wieso und warum sie denn nun besser sein soll.

Idealweise hängen x und X miteinander zusammen. Eine politische Bewertungsfunktion, die X^* als optimal ausweist, soll dies genau dann für x^* tun, wenn die Summe aller x_n^* zu X^* führt. Das wird durch Abhängigkeiten, Nebeneffekte und das Problem lokaler Maxima erschwert. Aber letztlich kann nur dann von einem echten politischen Kompass gesprochen werden, wenn $f_{\text{grün}}()$ die selbe Bewertung für „Nachhaltige Entwicklung“ als großes, utopisches Ziel abgibt wie für „Verbesserung der Wärmedämmstandards für Neubauten“ als kleinem realpolitischen Schritt. Nur dann ist eine solche Bewertungsfunktion konsistent.

Und idealweiser sollte eine konsistente Politik sagen können, mit welchen kleinen Zustandsänderungen x^* die Änderung zum Gesamtzustand X^* machbar ist, so dass $x^* \circ y^* \circ z^*$ letztlich eine Veränderung von X zu X^* beschreibt. Utopie muss auf machbare (im Sinne von 1–4) politische Schritte herunterbrechbar sein, um eine politische Utopie darzustellen. Das ist alles andere als einfach. Aber nur so bleiben große politische Entwürfe politisch diskutierbar.

Gleichzeitig darf das Ziel den Weg nicht exakt vorgeben. Wenn X^* nur durch $x^* \circ y^* \circ z^*$ erreichbar ist, jeder der kleinen Schritte x^* , y^* und z^*

also als unabdingbar und nicht verhandelbar erscheint, wird X^* unter den Bedingungen von Kompromissnotwendigkeiten, Abhängigkeiten und Nebeneffekten nie erreicht werden. X^* muss also sowohl klar genug definiert sein, um politisch diskutier- und durchsetzbar zu sein, aber auch weit genug, um unterschiedliche „Lösungswege“ zuzulassen. Das sind die Anforderungen an politische Utopien.

Bei meiner Facebook-Sozialismus-Diskussion hatte ich jetzt den Eindruck, dass weder X^* klar definiert ist, noch dass klar ist, wie x^* , y^* und z^* mit X^* zusammenhängen. Ein Mindestlohn, ein Maximallohn, die Verstaatlichung von Banken und das Verbot von Mietwucher sind alles (mehr oder weniger) kleine Schritte, die zu einem Teil auch durch $f_{\text{grün}}(x)$ positiv bewertet werden, zum Teil sicherlich auch durch $f_{\text{CDU}}(x)$. Zum Teil erscheinen sie dagegen als absolut nicht gangbar. Trotzdem: Warum diese zusammengenommen aber zur Emanzipation des Menschen und zu einem Ende seiner Entfremdung führen sollen, blieb mir zumindest unklar.

Anders gesagt: Damit die LINKE politikfähig wird, müsste sie eine Antwort darauf geben, was ihre politische Utopie X^* ist, und sie müsste sagen, welche möglichen Schritte x^* , y^* und z^* sinnvoll wären, um von unserer gegenwärtigen Gesellschaft X zu X^* zu kommen. Das scheint mir – beides! – zu fehlen.

Und die PIRATEN? Da habe ich den Eindruck, dass $f_{\text{piratig}}(x)$ bisher nur sehr rudimentär definiert ist und deswegen für einige x^* noch undefiniert ist oder ganz zufällige Ergebnisse ergibt, die extrem schwanken. Noch ein weiteres Problem kommt hinzu. Auch der oben beschriebene politische Prozess mit seinen ganzen Abhängigkeiten und Schwierigkeiten ist natürlich ein Zustand (nennen wir ihn P), zu dem Alternativen, etwa P^* , denkbar sind. PIRATEN scheinen mir recht klare Vorstellungen davon zu haben, was P^* sein sollen, $f_{\text{piratig}}(P^*)$ ist definiert und ergibt eine großartige Bewertung von P^* .

Das macht sicherlich einen Teil des „Protestwahlappeals“ aus, der der Partei derzeit zukommt. Aber wie innerhalb von P und den dadurch vorgegebenen Abhängigkeiten Schritte hin zu P^* aussehen könnten –

also Schritte, die in Koalitionsverhandlungen umsetzbar sind, realpolitischen Abhängigkeiten gehorchen usw. – das bleibt ähnlich undefiniert wie die erwarteten Ergebnisse der piratigen Bewertungsfunktion zu großen Politikfeldern wie der Außenpolitik.

Warum blogge ich das? Nachdenken darüber, was ich eigentlich mache, und wozu Utopien sinnvoll sind, wenn Tagespolitik immer nur Realpolitik sein kann (Antwort: um von x_1 auf x_{42} schauen zu können, statt die globale optimale Lösung von vorneherein zu ignorieren).

Ein paar Notizen zum Delegiertenprinzip

8. Mai 2012 – So grün, so grün¹

Ein Kritikpunkt der Piratenpartei an anderen Parteien ist das Delegationsprinzip. Zum Teil kann ich diese Kritik teilen (etwa wenn ich mir mehrstufige Delegationen in der SPD anschau, wo auf Kreisebene bereits Delegierte entscheiden, und wo Länder/Bezirke die Delegierten für den Parteitag wählen). Letztlich aber scheinen mir Delegationen – unter bestimmten Voraussetzungen – einen guten Kompromiss zwischen Beteiligung und Effizienz darzustellen.

Wie machen wir Grüne das? Vorweg sei gesagt: unterschiedlich, weil unsere Landes- und Kreisverbände einen hohen Grad an Autonomie aufweisen. Beispielsweise gibt es Kreisverbände, die ihre Delegierten auf ein oder zwei Jahre wählen, das also als eine Art Parteiamt verstehen. Andere entscheiden für jeden Parteitag neu. Oder auf Landesebene: Da gibt es durchaus grüne Landesverbände, die neben oder statt der Landesdelegiertenkonferenz eine Landesmitgliederversammlung kennen.

Ich kann mal kurz darstellen, wie der Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald, in dem ich Mitglied bin, die Delegation handhabt. Aktuell hat der Kreisverband (KV) drei Delegiertenplätze für die Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) und fünf Delegiertenplätze für die Landesdelegiertenkonferenz (LDK).

Diese Zahlen hängen von der relativen Größe des KV ab, bezogen auf den 31.12. des Vorjahrs. Jeder KV hat ein Grundmandat, der Rest wird – in Baden-Württemberg – nach Hare-Niemeyer verteilt. Insgesamt sind das für die baden-württembergische LDK etwa 200 Delegierte.

Für bestimmte Parteitage (Listenaufstellungen) müssen Delegierte zur Bundestagswahl wahlberechtigt sein. Sonst ist nur die Mitgliedschaft in der Partei relevant.

¹ Ich habe den Text in diesen Abschnitt gepackt, weil die ausführlichen Erläuterungen zum Delegiertenprinzip letztlich einen Kommentar zu den Experimenten der PIRATEN mit *Liquid Democracy* etc. darstellen.

In meinem KV werden die Delegierten für jeden Parteitag neu gewählt. Das führt zu lustigen Zeitungsartikeln, weil die Presse das irgendwie als News ansieht, ist aber praktisch, weil damit Delegierte nach Themen und z.T. nach Positionierungen ausgewählt werden können. Wenn es entsprechend viele Kandidaturen gibt, doch dazu gleich noch.

Für die Wahl der Delegierten gelten neben den allgemeinen Grundsätzen demokratischer Wahlen zwei Prinzipien.

Erstens das grüne Frauenstatut, das eine Mindestquotierung vorsieht. Faktisch bedeutet dies, dass mindestens die Hälfte der Delegiertenplätze an Frauen vergeben werden soll. Dazu wird der Wahlgang in einen Frauenwahlgang (z.B. 3/5 Plätzen) und einen offenen Wahlgang (2/5 Plätzen) aufgeteilt. Es gibt Mitglieder, die diese Praxis kritisieren, aber letztlich führt sie tatsächlich zu quotierten Delegationen.

Das zweite Prinzip ist der Minderheitenschutz. Damit ist hier nicht der SSW gemeint, sondern die Tatsache, dass es, wenn mehr Personen kandidieren, als es Plätze gibt, eine Begrenzung der Stimmen auf zwei Drittel gibt. Bei drei Plätzen, die zu wählen sind, hat jedes Mitglied auf der Kreismitgliederversammlung nur zwei Stimmen.

Damit soll verhindert werden, dass ein Block, der auf der Mitgliederversammlung eine (leichte) Mehrheit hat, seine KandidatInnen durchzieht. Letztlich ein Relikt aus den Zeiten der Flügelkämpfe, aber doch auch heute noch ein Garant für eine gewisse Meinungsvielfalt.

Ein anderes altes Prinzip, das imperative Mandat, gilt so nicht mehr. Imperatives Mandat würde bedeuten, dass alle Entscheidungen der LDK oder BDK in der Kreismitgliederversammlung abgestimmt werden und Delegierte an diese Entscheidungen gebunden sind. Was vielmehr – bei wichtigen und kontroversen Themen – geschieht, ist eine Diskussion dieser Themen auf der Kreismitgliederversammlung, vielleicht auch ein Meinungsbild. KandidatInnen für die Delegation sollten sich entsprechend äußern, so dass vor der Wahl klar ist, wer für welche Position steht.

Gewählt werden Delegierte und Ersatzdelegierte. Dabei ist gewählt, wer die meisten Stimmen erhält, z.T. mit einem 20%-Quorum verbunden. Die gewählten Delegierten werden angemeldet und bekommen dann die Parteitageunterlagen zugeschickt. Sie nehmen am Parteitag – meist an einem Wochenende – teil. Fahrt- und z.T. Hotelkosten strecken sie vor, der KV erstattet diese bei Bedarf. Zum Teil bucht auch der KV gleich die Hotelzimmer.

Nicht unerwähnt bleiben soll die Tatsache, dass es in der Praxis häufiger vorkommt, dass das Interesse, delegiert zu werden, begrenzt ist. Wenn nur drei Personen für drei Plätze kandidieren, werden diese dann meist im Block gewählt. Bei „wichtigeren“ Parteitagungen kommt es dagegen durchaus zu „Kampfkandidaturen“ – denen sich bspw. auch die lokalen Abgeordneten stellen müssen.

Parteitage sind übrigens generell öffentlich. Auch Mitglieder, die nicht delegiert sind, haben Rederecht und können Anträge miteinbringen (nötig sind 20 Mitglieder, um einen Antrag auf eine BDK einzubringen, in Baden-Württemberg 10 Mitglieder, um einen Antrag auf eine LDK einzubringen).

So machen wir das, mit dem Delegieren. Sicherlich ein System, das seine eigenen Nachteile mit sich bringt – aber doch funktionsfähig und aus meiner Sicht ein guter Kompromiss zwischen dem Wunsch, alle zu beteiligen, und Parteitage handhabbar zu gestalten.

Warum blogge ich das? Als Beitrag zur Debatte über Delegationen – und weil sich das Wort Delegierte so schreibt.



Über Doppelmitgliedschaften – oder: Wozu gibt's Parteien?

12. Mai 2012 – Politik und Gesellschaft

Anke Domscheit-Berg, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, und heute die Hamburger Grüne Nina Galla sind der PIRATENPARTEI beigetreten. Insbesondere der PIRATEN-Eintritt von Domscheit-Berg fand auch ein gewisses mediales Echo, so nach dem Motto: „Grüne verlieren ihre Netzkompetenz“ (wobei ich sagen muss, dass Domscheit-Berg innerparteilich bisher so gut wie gar nicht in Erscheinung getreten ist; ihr netzpolitisches Renommee beruht nicht auf ihrem parteipolitischen Engagement). Mal abgesehen davon, dass es weiterhin eine ziemlich große Zahl grüner NetzpolitikerInnen gibt – wir könnten ja auch mal einen offenen Brief oder sowas machen, um zu zeigen, wie viele wir sind – finde ich diese Parteieintritte vor allem deswegen interessant,

weil sie nach dem Willen der beiden Neu-Piratinnen genau das sein sollen: Eintritte, aber keine Übertritte, keine Parteiwechsel.

Anders als wohl alle anderen Parteien in Deutschland erlauben die PIRATEN Doppelmitgliedschaften. Die Bundessatzung von Bündnis 90/ Die Grünen schließt Doppelmitgliedschaften in mehreren Parteien dagegen explizit aus – wer grünes Mitglied werden will, darf kein Mitglied einer anderen Partei sein.

Es gab jetzt auf Twitter einen Tweetwechsel nach dem Motto „ändert doch eure Satzung statt mich rauszuschmeißen“. Dass das passiert, halte ich für unwahrscheinlich. Zum einen, weil Änderungen der grünen Bundessatzung zwar häufiger vorkommen, aber doch meist mit einem langen Vorlauf an interner Debatte, und weil sie dann eine Zwei-Drittel-Mehrheit benötigen, also nur bei großer Einigkeit über eine Änderung möglich sind. Insofern glaube ich allein schon aus verfahrenstechnischen Gründen nicht, dass der grüne Bundesparteitag im Herbst Doppelmitgliedschaften erlauben wird.

Aber selbst wenn es diese pragmatischen Hürden nicht gäbe – wäre eine Doppelmitgliedschaft sinnvoll? Diese Frage hat letztlich viel damit zu tun, warum es Parteien als eine dezidierte Organisationsform gibt. Niemand hat ein Problem damit, wenn jemand im BUND und im NABU Mitglied ist, oder wenn jemand im Fußballclub und im Gesangsverein agiert. Es hat wohl auch niemand ein Problem damit, wenn jemand im CCC, in der Digitalen Gesellschaft und – um ein unwahrscheinliches Beispiel zu nennen – im C-Netz der CDU aktiv wird.

Ausschlüsse von Doppelmitgliedschaften gibt es dagegen nicht nur bei Parteien. Kirchen schließen eine Doppelmitgliedschaft in anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften aus, weil sie für die jeweils einzige wahre Lehre stehen (oder das zumindest behaupten). Wer an A glaubt, kann und darf nicht an B glauben, weil A und B beides sich z.T. widersprechende Beschreibungen eines Wirklichkeitsausschnittes sind.

Oder Fußballvereine: Auch da gibt es – sicherlich nicht satzungsgemäß und formal, aber in der alltäglichen Praxis – ein Verbot, Fan mehrerer in der gleichen Liga spielender Fußballvereine zu sein. Ich

kenne mich damit ja nicht so aus, aber wenn jemand sowohl dem SC Freiburg folgt als auch glühende Anhängerin von Bayern München ist, wird es bei manchen Spielen schwierig, auf welche Seite sie sich setzen soll, und für welche Tore sie jubeln soll.

Bei Parteien ist das ähnlich – jedenfalls dann, wenn wir mal überlegen, wozu es eigentlich Parteien gibt, welche Funktion sie erfüllen. Spontan fallen mir da – als Nicht-Politikwissenschaftler und Nicht-Jurist – zwei Funktionen ein.

Parteien dienen zum ersten dazu, ähnliche Interessen zu bündeln. Ähnlich wie bei den Kirchen beschreiben sie eine Grundhaltung zu einem Wirklichkeitsausschnitt, die von sich behauptet, zu anderen Beschreibungen dieses Wirklichkeitsausschnittes nicht kompatibel zu sein. Eine Mitgliedschaft ist auch immer eine Zustimmung zum – bei uns heißt das so – Grundkonsens einer Partei. Die Annahme ist plausibel, dass die Meinungsbildung innerhalb einer Partei anhand dieses Haltung (mit allen möglichen internen Differenzen) stattfindet. Das Spektrum der Meinungen in einer Partei sollte im Normalfall näher beieinander liegen als die Positionen zwischen den Parteien.

Wenn es anders wäre, wäre es extrem schwierig, in einer Partei zu einer Meinung zu kommen – und es würde, ist das zweite Argument für die Existenz von Parteien, WählerInnen dann auch nicht die Möglichkeit geboten, zwischen verschiedenen, einigermaßen totalen Sichten auf das, was politisch gestaltbar ist, zu wählen. Parteien, die sich in ihrer Haltung inhaltlich nicht unterscheiden, werden bedeutungslos. Anders gesagt: Parteien reduzieren die Komplexität politischer Fragestellungen auf eine von mehreren Auswahlmöglichkeiten. Was dazu nach innen als Meinungsbildung und Herausbildung einer einheitlichen Haltung erscheint, und von einer entsprechenden Organisationsstruktur unterstützt wird, ist nach außen gewendet die Voraussetzung für Beteiligung in einer repräsentativen Demokratie.

Im Widerspruch zu dem anarchistischen Sprichwort, das Wahlen verboten wären, wenn sie etwas ändern würden, ist die Wahltagsentscheidung (z.B. morgen in NRW) eine Entscheidung mit Folgen – und

im repräsentativ-demokratischen System die einzige Entscheidung, bei der die überwiegende Zahl der Bürgerinnen und Bürger überhaupt aktiv mit Politik in Berührung kommt.

Überschlagsmäßig gibt es bundesweit 1,5 bis 2,0 Mio. Parteimitglieder – also sehr viel weniger, als es wahlberechtigte BürgerInnen gibt. Aktiv sind in den Parteien dann noch einmal deutlich weniger. Der übrige Teil der Bevölkerung macht vielleicht – bewusst oder unbewusst – „Subpolitik“ im Alltag, etwa über Konsumententscheidungen, ist aber vom Meinungsbildungsprozess ausgeschlossen.

Das macht deutlich, welchen im Verhältnis doch recht großen Einfluss (auch wenn es aus der Innensicht oft nicht so scheinen mag) aktive Mitglieder in Parteien darauf haben, wie sich die Meinungspakete zusammensetzen, die von einzelnen Parteien angeboten werden.¹ Gleichzeitig sind Parteien Organisationen, die den Prozess organisieren, mit dem Einzelne in politische Ämter kommen und Mandate erreichen. Dieser Prozess ist – auch durch die wahlgesetzlichen Vorgaben – auf Exklusivität ausgerichtet; auf Platz 1 der Liste steht genau eine Person; von den x Sitzen im Kommunalparlament oder im Landtag entfallen genau y auf die eine Partei (und eben nicht auf eine der anderen Parteien).

Die Verfahren, wie diese Exklusivitäten zustande kommen – also innerparteiliche Personalentwicklung und Listenbesetzungsverfahren und komplementär dazu die Vorgaben des Wahlrechts auf den jeweiligen Ebenen – mögen sich im Detail stark von Bundesland zu Bundesland und von Partei zu Partei unterscheiden. Eine Gemeinsamkeit bleibt: Wer für eine Partei antritt, kann nicht zugleich für eine andere Partei antreten. Wer für die Piraten in den Bundestag einzieht, kann dort nicht als Grüne sitzen.

So funktioniert repräsentative Demokratie. In deren Kontext erscheint mir eine Doppelmitgliedschaft in zwei konkurrierenden Partei-

¹ Das soll jetzt nicht heißen, dass das ein Idealzustand ist, sondern die gegenwärtige Situation beschreiben – vielleicht wäre es gut, wenn auch die 60 Mio. wahlberechtigte Nicht-Parteimitglieder eine Chance bekommen, in diese Bündelungen einzugreifen. Vielleicht auch nicht.

en nicht als sinnvoll. Das hat etwas mit dem Totalitätsanspruch sich widersprechender Weltansichten zu tun (egal, ob es um Kirchen, Fußballvereine oder Parteien geht). Doppelmitgliedschaften würden die eh manchmal schon schwierige Unterscheidung von Parteien weiter verwässern.

Es hat aber auch etwas damit zu tun, dass damit die relativen Beteiligungschancen Einzelner im Vergleich zu allen anderen ungemessen gestärkt würden. Wer bei drei oder vier Parteien Mitglied ist, hat – zumindest in einer ersten naiven Sicht – die dreifachen oder vierfachen Chancen, sein oder ihre Meinung in ein Parteiprogramm einfließen zu lassen, oder sich für eine Liste oder eine Kandidatur aufstellen zu lassen bzw. darüber mitzuentcheiden. Und das erscheint mir – im Kontext des repräsentativdemokratischen Systems – als ein Problem.²

Könnte eine Doppelmitgliedschaft unproblematisch sein? Im Rahmen des existierenden Systems wäre sie es für mich nur dann, wenn die oben beschriebenen Vorteile – Stimmrecht, das aktive und passive Wahlrecht in einer Partei – auf eine Partei beschränkt wären. Also, Mitarbeit bei den Piraten, aber Stimmrecht und Mitgliedschaft weiter exklusiv grün. Oder andersherum. Das ist letztlich, ohne formale Mitgliedschaft, auch heute möglich. Auf den meisten Ebenen der grünen Partei ist es auch für parteilose Menschen oder sogar für Menschen mit Mitgliedschaft in einer anderen Partei möglich, sich in Debatten einzubringen.

Vorstellbar wäre natürlich ein ganz anderes politisches System – aber (schon wieder so ein Exklusivitätsanspruch ...) nicht wirklich im Rahmen des existierenden Systems. Wenn Piraten behaupten, das Betriebssystem updaten zu wollen, dann geht es ja auch um so etwas. Klar können direktdemokratische Elemente gestärkt werden, der starre Fraktionszwang gelockert werden, kann die Meinungsbildung transparenter und partizipativer verlaufen. Zum Teil sind das ja auch grüne Ziele. Aber ein politisches System, in dem Parteien nicht mehr für Totalitäten stehen, sondern auf einzelne Politikfelder reduziert sind („in der

² Zudem könnte hier ein Anreiz für eine Neigung zur Personalisierung und Entpolitisierung von Politik vermutet werden.

Netzpolitik und der Aufstieg und Fall der Piratenpartei

Netzpolitik bin ich Pirat, bei der Umweltpolitik grün, und wenn es um Menschenrechte geht, FDP-Mitglied“), müsste nach komplett anderen Regeln funktionieren als heute. Solange das nicht so ist, solange Parteien per se eine Organisationsform von Konkurrenz ist, passt eine Doppelmitgliedschaft nicht.

P.S.: Historische Ausnahme bei den Doppelmitgliedschaften ist der Gründungsprozess einer Partei, an dem auch Vorgängerorganisationen beteiligt sind. Dann macht für eine Übergangszeit eine wechselseitige Doppelmitgliedschaft Sinn.

Warum blogge ich das? Weil mein erster Impuls natürlich der war, Leuten wie Anke und Nina eine Brücke in Form der Doppelmitgliedschaft zu bauen – die mir beim näheren Nachdenken aber als falsch erschien. Wie eben oben ausgeführt.



Der Fluss ohne Form. Eine Kritik der *Liquid Culture Declaration*

*5. Juni 2012 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft, Soziologisch gesehen,
Zukunftsvisionen*

Jörg Blumtritt, Benedikt Köhler und Sabria David haben vor einigen Wochen eine Erklärung abgegeben – die Declaration of Liquid Culture.

Dem Spiel mit dem Adjektiv *liquid* (*flüssig*, auch: *liquide*, *zahlungsfähig*; vielleicht auch sowas wie das neue *open*) entsprechend nehmen die AutorInnen als ihr Leitmotiv das Bild des Flusses der Geschichte, der jetzt – an den Marschlanden der Postmoderne vorbei – in die konturenlose offene See der Gegenwart fließt. Orientierung auf diesem Meer – im Zusammenhang mit dem Internet kein neues Bild (Bickenbach/Maye 1997) – geben nur noch die Sterne.

I. Orientierung im Fluiden

Das Ende des Flusses ist erreicht, jetzt fließt alles, und diese Verflüssigung aller Lebenswelten wird von den AutorInnen auch ordentlich durchgespielt. *Liquid Culture*, *Liquid Identity*, *Liquid Democracy*, *Liquid Science* – alles ist wackelpuddinglich geworden. Mich aber beschleicht beim Lesen des Manifests ein Unbehagen, das mir bekannt vorkommt: Ähnlich ging es mir mit Sherry Turkle (1984, 1997), wo sie Computerspiele und später das Internet als Orte fluide gewordener Identität beschreibt. Ich habe dem (in meiner Magisterarbeit zum virtuellen Parteitag) den „Wirklichkeitsverdacht“ (Westermayer 2003; vgl. Westermayer 2012) gegenüber gestellt: Das Internet ermöglicht zwar das Spiel mit multiplen Identitäten, da aber, wo es auf die existierenden gesellschaftlichen Institutionen tritt, etwa auf Politik und Parteien, hört dieses Spiel auf. Das Handeln im Netz wird jetzt zu einem Handeln, das an den Erwartungen und Konventionen der sozialen Wirklichkeit orientiert ist – an diesen orientiert sein muss, um in einem vorwiegend außerhalb des Netzes verankerten Wirklichkeitsausschnitt ernst genommen zu werden.

Dieser Kippunkte wird deutlich sichtbar, wenn PiratInnen in Spitzenämter ihrer Partei gewählt werden. Aus dem *Twitter-Nickname*, unter dem sie bisher bekannt waren, wird dann schnell der in den weiterhin wirkmächtigen Massenmedien verbreitete Geburtsname. Aus „Afelia“ wird in diesem Diskurs wieder „Marina Weisband“.

Aber es ist nicht nur *Gamification*, die Verwandlung der Wirklichkeit in ein Rollenspiel, wenn das Spielerische zum Maßstab des Netzes gemacht wird, die mich irritiert. Die Auflösung und Verflüssigung von Identitäten und Institutionen ist ja kein Netzthema alleine, sondern – mit Manuel Castells (2002a, 2002b) gesprochen – ganz typischer Ausdruck der „Netzwerkgesellschaft“, der Ära des Informationskapitalismus, in der Raum und Zeit sich verflüssigen, Identitäten zu einer politischen Ressource werden und Arbeitsbeziehungen flexibilisiert werden.

Oder, um noch einen Schritt zurückzutreten, und das *Kommunistische Manifest* zur Hand zu nehmen:

„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingestorenten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altherwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

In der englischen Fassung ist der letzte Satz noch prägnanter, sein Anfang wurde zu einem stehenden Begriff:

„All that is solid melts into air, all that is holy is profaned, and man is at last compelled to face with sober senses his real conditions of life, and his relations with his kind.“

Karl Marx und Friedrich Engels beschreiben hier das kapitalistische Grundprinzip schöpferischer Zerstörung, wie es ein anderer Ökonom benannt hat. Alles Feste verdampft – eine ständige Umwälzung von Innovationen und Moden treibt die kapitalistische, moderne Gesellschaft voran, nichts ist von Dauer.

Bei Blumtritt et al. tauchen neben dem Fluss auch die Ströme auf – das Castells oder Appadurai (1990) entlehnte Bild des „Flussraumes“ – der Ströme, die in der Gegenwart die fest verankerten Landschaften und nationalen Container, in denen Gesellschaft sich abspielt, abgelöst haben. Das Internet als Netzwerk scheint diesen Erneuerungsprozess zu beschleunigen und auf eine qualitative neue Grundlage zu stellen. Gleichzeitig – und das ist die zentrale Aussage der *Liquid-Culture-Declaration* – verschwindet der Fortschrittspeil des „Flusses“ der Ge-

schichte zugunsten eines offenen Ozeans, an dem nur noch die Sterne den Weg weisen.

Dabei fehlt allerdings die andere Seite der Medaille: auch Netzwerke bilden Strukturen, auch temporäre Projekte finden in Strukturierungen statt. Die Abhängigkeit der Praktiken von Erwartungen und Ressourcen ist geblieben.

Flussräume und Netzwerke mögen kontingent sein, aber sie sind nicht beliebig, sie sind nicht machtlos, und sie sind nicht ohne weiteres willentlich veränderbar. Die Form des Flusses mag sich geändert haben, er mag jetzt wie eine breite, offene Wasseroberfläche aussehen, aber unter dieser Oberfläche gibt es nach wie vor starke Strömungen, gibt es nach wie vor die Winde, die ein Schiff hierhin und dorthin treiben mögen. Es gibt Orte, die nicht oder nur schwer erreichbar sind, Untiefen, ja, Zonen des Ausgeschlosseneins aus dem Netzwerke (vgl. zu den sich wieder festigenden Strukturen im Internet auch Westermayer 2012).

Was aber passiert, wenn wir uns in das Meer hinaus treiben lassen? Vielleicht werden wir an einer anderen Küste angespült. Vielleicht geraten wir in einen Strudel. Oder wir werden, Gummienten und Plastikflaschen gleich, von Strudeln und Strömungen, von Gezeiten und Winden zu riesigen künstlichen Inseln verwoben, in denen der Sternenglanz des Kunststoffes nur noch als Lebensfeindlichkeit fortbesteht.

In der Erklärung von Blumtritt et al. sind es die Sterne, die den Weg weisen. Einmal vorausgesetzt, das Schiff ließe sich steuern, so ganz ohne externes Maß, ohne Radar und wohl auch ohne Ruder – welche Sterne sind es denn, an denen in der *Liquid Culture* eine Orientierung möglich ist? Die Stars der alten Medien? Die Sternchen, die in Twitter und Flickr vergeben werden können – bei Facebook das *Like* – um sekundliche Bestleistungen auszuzeichnen, und um dem wandernden Fokus der Aufmerksamkeit eine Ersatzwährung beizugeben? Und was anderes als diese Sternchen, Likes und Re-Tweets ist denn die Währung des Netzes? Und die Votes und Votings – sind sie etwas anderes?

Orientierung an diesen Sternen: Reicht das aus, um eine Richtung zu finden – oder ist es eine sich von Tag zu Tag erneuernde Kunststoffwelt,

die die eigene Form, also die sich stetig drehende Spirale der Moden (Simmel 2001) nicht zu erkennen vermag, und die so im Glanz und Verlöschen der Sterne sich im Kreis dreht?

II. Die Liquiditäten

Betrachten wir die von Blumtritt et al. (2012) genannten beispielhaften Sphären, die verflüssigt – liquidiert? – werden sollen, noch einmal im Einzelnen. Genannt werden *Liquid Democracy*, *Liquid Identity*, *Liquid Economy*, *Liquid Science*, *Liquid Art* und *Liquid Dataism*. Politik, Identität, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Technik, all diese Subsysteme, Sphären, Teilbereiche der Gesellschaft sollen heute – das Manifest hat ja einen fordernden Charakter – nur noch als liquide Gebilde verständlich und kommunizierbar sein.

1. Liquid Democracy: „Sprich mit uns, sprich nicht für uns“

Das Manifest setzt hier das demokratische Individuum an die Stelle von Mengen. Weiterbestehende Strukturen der Repräsentation seien in Zukunft bedeutungslos, die Demokratie soll durch Technik eine durch und durch direkte werden. Die flüssige Demokratie ist nach dem Grundsatz organisiert: „Jeder spricht mit gleicher Stimme, aber das nicht nur, um seine Vertreter zu wählen, sondern um direkt mitzugestalten.“

Soziotechnisches Modell im Hintergrund ist hier *Liquid Democracy*, also die von den Piraten popularisierte Idee einer Mischung aus direkter und repräsentativer Demokratie: Jede/r stimmt im großen Wahlcomputer direkt mit ab, setzt Themen – oder wählt eben doch eine themenbezogene VertreterIn.

Flüssig ist das ganze, weil RepräsentantInnen nicht für vier, fünf oder sieben Jahre gewählt werden, sondern jederzeit Delegationen entzogen und neu vergeben werden können, wenn die Wellen und Strudel der Aufmerksamkeit andere Argumente in den Vordergrund gespült haben.

Eine solche verflüssigte Demokratie müsste tatsächlich ohne Parteien und ohne RepräsentantInnen im herkömmlichen Sinn ausgestaltbar sein. Wie jede Utopie vergisst sie die Wirkmächtigkeit existierender Strukturen (auch das ein Prozess, der am Beispiel der Piraten sehr schön zu beobachten ist). Der idealtypische Endpunkt einer solcherart aufgetauten Demokratie sind diverse *Hive-Mind*-Konzepte der SF-Literatur – von den Borg bis hin zur Demarchy in Alastair Reynolds *Revelation Space*, in der jede/r per Gehirnimplantat ständig an politischen Entscheidungen beteiligt ist.

Wer aber entscheidet, was zur Entscheidung ansteht, wann ein Diskussionsprozess, ein Voting abgeschlossen ist? Was passiert mit dem *Hive Mind*, wenn doch nicht alle gleich sind, sondern sich Kasten- und Klassenstrukturen auch in politischer Beteiligung abbilden? Heute schon gibt es große Kritik daran, dass direktdemokratische Beteiligungsformate eher auf die *white male middle class* abzielen als auf jede andere menschliche Konfiguration. Es mag ein schöner Traum sein, dass jeder Mensch aktiv und passiv in gleicher Weise seine (bzw. ihre) Stimme erheben können wird. Solange dieser Traum nicht verwirklicht ist, ist es fatal, politische Verfahren ohne Reflektion auf dieser Grundlage aufzubauen (das Gender-Problem der Piraten) – denn dann werden damit bestehende Ungleichheiten festgeschrieben.

Ich halte es für eine letztlich empirisch offen Frage, ob die diversen *Tools* für *Liquid Democracy* hieran etwas ändern werden, aber ich habe große Zweifel daran. Dies gilt umso mehr, wenn Fragen der Nutzbarkeit und der Verknüpfung von Sachfragen und Informationsgewinnung hinzu kommen.

Die Informatik ebenso wie die Luhmann'sche Systemtheorie lehrt uns, dass sich letztlich alles in ein 1/0-Schema packen lässt. Entsprechend kann jedes politische Problem in ja/nein-Entscheidungen – möglicherweise verästelt über Alternativen – verpackt werden. Die faktische Arbeit des Regierens – mit all ihrer Machtbelastetheit – besteht aber nur zu einem winzigen Bruchteil aus ja/nein-Entscheidungen. Es geht beispielsweise darum, Interessengruppen anzuhören, es geht da-

rum, juristische Verästelungen auf Nebenwirkungen abzuklopfen, es geht darum, Abwägungsentscheidungen zwischen unterschiedlichen Risiken und Modellen zu treffen – und das alles im Rahmen etablierter (und durch eine entsprechende Rechtssprechung und deren Bürokratie abgesicherter) Pfade und Schranken.

Auch aus dieser Perspektive heraus erscheint *Liquid Democracy* als Unwahrscheinlichkeit. Öffnen wir doch lieber demokratische Verfahren – aber eben immer auch mit den Strukturen und Nebeneffekten im Blick. Das wäre das „sprich mit uns“ der Manifest-Überschrift, das durch *Liquid-Democracy-Tools* eben nicht verwirklicht wird. Und es wäre eine klare Orientierung, eine Struktur. Ob das funktionieren kann, in den beschriebenen Pfadabhängigkeiten, probiert die grün-rote „Bürgerregierung“ in Baden-Württemberg gerade aus. Ausgang offen.

2. Liquid Identity: Wir sind viele

Hier ließen sich jetzt lange Erörterungen des Für und Widers post-moderner multipler und fluider Identitätskonzepte einschieben. Wie stabil sind Lebensstile, wie patchworkartig Identitäten? Menschen handeln in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlichen Erwartungen gemäß – Praktiken, auch Praktiken der Selbststilisierung und Ästhetisierung, sind kontextuiert. Aber bleibt nicht, selbst in radikalen Theorien, ein Kern der auf sich selbst bezogenen Eigenwahrnehmung, ein Identitätskern für sich? Oder, wenn die praxistheoretischen Annahmen über die Routinehaftigkeit menschlichen Handelns stimmen: Wer hält es denn aus, ständig eine andere, ein anderer zu sein? Wer kann zwischen mehr als einer Handvoll Rollen wechseln, ohne sich komplett zu verlieren?

Identitäten sind politischer geworden, und sie sind wandelbarer geworden. In sozialen Beziehungen bleiben sie jedoch eine Notwendigkeit, die ihrer Verflüssigung Grenzen setzt – stabile Kommunikation funktioniert nur, wenn ich mir über die Zeit tragfähige Erwartungen über mein Gegenüber machen kann, egal ob per *Avatar*, *Nickname* oder sonstwie als eindeutige Person gekennzeichnet.

Identitäten sind nichts naturwüchsiges. Authentisch werden sie dadurch, dass sie in ihrem Gebrauch den selbst geschaffenen Erwartungen genügen. Aber Identitäten sind auch nichts völlig beliebiges, völlig frei wählbares – der große Irrtum einiger postmoderner Lebensstilkonzepte. Sie haben biographische Hintergründe, sie sind in immateriellen und materiellen Ressourcen verankert, und sie entwickeln sich weiter.

3. Liquid Economy: Sharing is Caring

Blumtritt et al. (2012) schreiben hier:

„Teilen ist das neue Haben. Güter sind nicht nur zum Besitzen da, sondern zum Teilen, Tauschen, Weiterschicken und gemeinsam Nutzen. Konsum ist kein Selbstzweck.“

Das ist sicherlich eine resonanzfähige Idee – nicht nur in Richtung der *Open-Source*-Bewegung, sondern auch in Richtung von ganz materiellen *Commons* und urbaner Subsistenzstrategien, die mit der Nachhaltigkeitsdebatte verknüpft sind. Warum das hier als „liquid“ bezeichnet wird, erschließt sich mir nicht. Bei aller Sympathie bleibt die Frage: Trägt es eine Wirtschaft, wenn ...

„Wir arbeiten, weil wir es wollen und wo wir es wollen. Wir arbeiten gerne mit anderen zusammen – auch wenn nicht immer am selben Projekt. Was uns wichtig ist, bezahlen wir. Wir spenden, wir beteiligen uns mit Geld oder mit unserer Arbeitsleistung. Wir verwalten nicht, wir handeln. Was uns fehlt, das gründen wir.“

Oder ist *Liquid Economy*, so wie sie hier konzipiert wird, nicht eher so etwas wie die Selbstbeschreibung einer kleinen, neuen kreativen Klasse? Die, die es sich – materiell und von anderen Ressourcen wie Bildung und Zeit her – leisten können, zu spenden, zu gründen, Projekte anzufangen und Projekte abzulehnen? Was ist mit der Selbstausbeutung der Kleinstselbstständigen? Was ist mit der unsichtbaren Arbeit, die auch getan werden muss – wer erledigt die, wenn die Wirtschaft liquide geworden ist?

Insofern bleibt hier ein fahler Nachgeschmack – das, was den einen das große offene Meer neuer, ja unbegrenzter Möglichkeiten ist, ist den anderen die Frage, ob sie sich an das stinkende Floß klammern müssen, um nicht zu ertrinken.

4. Liquid Science: Was ist Wahrheit?

Ich muss das hier jetzt im Volltext zitieren, weil es schön ist. Ob es wahr ist, weiß ich nicht. Aber erst einmal der Text:

„Die Welt ist, was der Fall ist und nicht, worauf wir uns verständigen, dass sie zu sein hat. Es gibt keinen Kompromiss. Wenn wir keinen Konsens finden, was wir für wahr halten, dann bleiben wir besser uneins. Die Meinung der Mehrheit hat keinen Anspruch auf Wahrheit. Gleichzeitig steht alles Wissen in Frage. Kein Konsens ist festgeschrieben. Nur wenn unser Konsens das Beharren und Provozieren der Trolle übersteht, ist er stabil genug, die wirklichen Herausforderungen zu bestehen.

Unser Wissen fließt. Alles, was wir über die Welt wissen, ist im stetigen Fluss. Wir passen unsere Modelle der sich verändernden Welt an – und nicht die Welt unseren Modellen. Wie sich unsere Timeline ständig erneuert, so fließen neue Daten in unser Wissen und verändern unsere Modelle von der Welt.

Ununterbrochen sind wir damit beschäftigt, die unterschiedlichen Schläuche, durch die unsere Daten zu uns fließen, zusammenzuführen, die Ströme zu vermischen und weiterzuleiten. Manchmal wird ein Schlauch brüchig. Bevor er platzt, lassen wir ihn fallen und nehmen seine Daten aus unserem System.“

Wikipedia ist ein Versuch, diese Art der Wahrheitsfindung zu institutionalisieren. Im Ergebnis gibt es ein brauchbares Nachschlagewerk, und auf der Hinterbühne harte Konflikte und machtbasierte Auseinandersetzungen zwischen *Admins*. Wikipedia ist gut darin, das an anderer Stelle erarbeitete Wissen über die Welt zusammenzutragen, und – hier

vielleicht in der Tat *liquid* – in der Enzyklopädie anzupassen, wenn das Wissen sich verändert.

Wikipedia kann und will kein neues Wissen generieren. Konflikthaft wird es dort, wo unterschiedliche Wahrheiten aufeinanderprallen, und dort, wo wissenschaftliches Wissen mit Unsicherheit behaftet ist. Wikipedia ist eine stabile Momentaufnahme des expliziten Teils des kollektiven Hintergrundwissens bereithält.

Wikipedia ist ein Filter. Was Wikipedia nicht enthält, ist nicht relevant – so die Selbstbeschreibung. Der Versuche, das nicht-relevante Komplementär zur Wikipedia zu bilden, gibt es viele, sie sind unübersichtlich, und sie sind wenig erfolgreich.

Das ist die eine Ebene des Zweifels, der die Vermachtung der Erkenntnisuche und die fehlende Anschlussfähigkeit wissenschaftlicher Praktiken an die standardisierte Darstellung von Wissen mitmeint. Die andere Ebene des Zweifels bezieht sich auf den zweiten Teil des Zitats: der Anspruch, das je eigene Wissen über die Welt immer auf dem neusten Stand zu halten, und es gegebenenfalls umzuwerfen. Menschliche Gehirne funktionieren nicht so, wissenschaftliche Revolutionen erst recht nicht. Wir nehmen vorwiegend das wahr und für wahr, was uns in unseren Ansichten bestätigt. Unsere sozialen Kontakte bilden einen Kontext, der uns bestätigt. Natürlich besteht unsere Timeline zum größeren Teil aus Menschen, denen wir inhaltlich folgen können, und nur zum kleineren Teil aus solchen, mit denen wir uns ständig streiten wollen. Wer wollte schon permanent getrollt werden? Der hehre Anspruch an *liquid science* fällt dem Alltag zum Opfer.

5. Liquid Art: Der Einzige und sein geistiges Eigentum

Sagte ich schon, dass die *Liquid-Culture-Declaration* ein Manifest des Neoliberalismus ist? Wie anders wäre ein Satz wie der zu erklären: „unsere Galeristen und Sammler sind die Venture Capitalists, die den Kreativen die Arbeit finanzieren und sie bei Erfolg groß machen“ – ich spitze zu: Kunst sollten nebenbei geschehen und öffentlich gemacht

werden, wenn sie gut ist, wird der Markt sie schon finden und zu großer Blüte führen. Dafür bedarf es dann keiner wie auch immer definierten Hochkultur, keinen *slow media*, sondern es „blühen die Volkssprachen“. Der Schöpfer, die Schöpferin wird im Pop zur leeren Figur, inhaltlich beliebig anzufüllen. Wie war das mit der *Liquid Economy*, der Selbstverwirklichung in der tätigen Arbeit. Findet die nicht erst in der Aussage, „Siehe, dies ist mein Werk?“ ihre Befriedigung?

„Das fließende Werk hat keinen Anfang und kein Ende, es lebt weiter. Es ist eine gesellschaftliche Wertschöpfung. Kultur ist keine Ware, sondern ein Prozess.“

Gerade an dieser Stelle, gerade da, wo es um verflüssigte Kultur geht, frage ich mich schon, wer von den drei AutorInnen welchen Satz geschrieben hat. Denn das gemeinsame Werk ist alles andere als einheitlich. „Liquid“ umhüllt hier ganz verschiedenes – Doctorows Maker-Kultur ebenso wie die Selbstbezüglichkeit der Netzgemeinde („Kultur ist unser Kult.“), den bildungsbeflissenen Verweis auf die sinkende Bedeutung der Autorenschaft ebenso wie den populären *Remix* des Ein-Bisschen-Mit-Content-Generators.

Trotzig schließt der Kulturteil: „Es ist unser Kult. Nur wir selbst haben alles Recht daran.“, macht die Netzgemeinde zur herme(neu)tischen Gemeinschaft, in der eigenen Kulturprodukte frei zirkulieren und gemischt werden. Die vorhandenen Schnittstellen zur Kulturindustrie, die außenstehenden Maschinen der Bilderproduktion und deren Ströme, die Verwertungsinteressen der *Venture Capitalists* – sie alle werden als Selbstverständlichkeit brav ignoriert.

6. Liquid Dataism: Nousphere

Das (Daten-)Netz als technische Erweiterung des Körpers, des Gehirns – warum nicht? Aber ein im Netz existierendes Datenleib zu postulieren – ist das „*Liquid Dataism*“ oder schon „*Liquid Dadaism*“?

„Wie unsere Körper sich im Raum bewegen, so auch unsere Daten im Netz. Das Netz spannt uns neue

Dimensionen auf, in denen wir leben. Unsere Daten sind unser Leib im Internet.“

Im überschwelenden *Hypegesang* hilft es, wie es Blumtritt et al. (2012) in den ersten Sätzen dieses Absatzes auch machen, sich noch einmal darauf zu besinnen, dass der extrakorporale Datenverkehr keine Erfindung des 21. Jahrhunderts ist. Wenn Goethe mehrmals täglich Briefe an seine im Schattenriß präsenste Liebschaft verschickte, dann war das ebenso eine Erweiterung des Körpers, wie es *Mails*, *Tweets* und digitale Profile sind. So viel hat sich hier gar nicht geändert – also kein Grund, gleich in das Netz übersiedeln zu wollen, und den Körper im Datenleib zu transzendieren. Und, nur zur Erinnerung: auch hinter Bits und Bytes stecken Kupferdrähte und Rechenzentren. Nationale Grenzen durchziehen das Netz, ebenso wie die digitale Welt maßgeblich durch die Profitinteressen einzelner Konzerne gestaltet ist. Der unentdeckte Kontinent der Freiheit ist auch hier nur in den Nischen zu finden.

Nur wenn wir aufhören, dem Netz nahezu religiöse Verehrung entgegenzubringen und als Gegenleistung Wunder zu erwarten, wird es als das wahrnehmbar, was es ist.

III. LCD

Die *Liquid Culture Declaration*, kurz LCD, vermag mich nicht zu überzeugen. Sie ist anregend, sonst hätte ich keine 3000 Wörter dazu geschrieben. Aber als Manifest, also im ursprünglichen Sinne als Passagierliste für das Schiff, das die so harmlos in der Sonne glitzenden Weiten des Ozeans der Zukunft befahren soll, taugt es nicht – zu heterogen sind die Akteure, die hier auf einem Dampfer mit dem stolzen Namen ‚*Air Liquide*‘ zusammengebracht werden sollen. Und überhaupt: Wozu Manifeste, wenn doch alles im Fluss ist?

Literatur

Appadurai, Arjun (1990): "Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy", in *Theory, Culture & Society*, Vol. 7 (1990), S. 295–310.

Bickenbach, Matthias / Maye, Haran (1997): „Zwischen fest und flüssig – das Medium Internet und die Entdeckung seiner Metaphern“, in Gräf / Krajewski (1997): *Soziologie des Internet. Handeln im elektronischen Web-Werk*. Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 80–98.

Blumtritt, Jörg / Köhler, Benedikt / David, Sabria (2012): „Declaration of Liquid Culture“, elektronisches Dokument, URL: <http://memeticturn.com/declaration-of-liquid-culture/>, Abruf Juni 2012.

Castells, Manuel (2002a): *Das Informationszeitalter. Bd.1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*. Opladen: Leske+Budrich.

Castells, Manuel (2002b): *Das Informationszeitalter. Bd. 2: Die Macht der Identität*. Opladen: Leske+Budrich.

Marx, Karl / Engels, Friedrich (1999) – *Werke*. Dietz Verlag, Berlin. Band 4, 6. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1959, Berlin/DDR. S. 459–493, ursp. 1848, hier: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm#Kap_I, die englische Fassung zitiert nach <http://www.marxists.org/archive/marx/works/1848/communist-manifesto/ch01.htm>.

Simmel, Georg (2001): *Philosophie des Geldes*. Köln: Parkland, Orig. 1920.

Turkle, Sherry (1984): *Die Wunschmaschine. Vom Entstehen der Computerkultur*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Turkle, Sherry (1995): *Life on the Screen. Identity in the Age of the Internet*. New York: Simon & Schuster.

Westermayer, Till (2003): „Politische Online-Kommunikation unter Wirklichkeitsverdacht: Der Virtuelle Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg“, in *kommunikation@gesellschaft*, Jg. 4, URL: http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B5_2003_Westermayer.pdf.

Westermayer, Till (2012): „Fest, flüssig, flüchtig: Aggregatzustände des Politischen im Netz“, *diskurs.dradio.de, Debattenportal des Deutschlandfunk*, 26.03.2012, URL: <http://diskurs.dradio.de/2012/03/26/fest-flussig-fluechtig-aggregatzustande-des-politischen-im-netz/>.

Work in progress: Für eine linke, grüne Netzpolitik (Version 0.1)

10. Juni 2012 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Vorbemerkung

Der folgende Text ist ein Entwurf. Teils Blogbeitrag, teils erste Fassung eines Manifests für eine grüne, linke Netzpolitik, beruht der Text maßgeblich auf den Diskussionen des Workshops „Netzpolitik“ beim Kongress *grün.links.denken*. In diesem Pad¹ kann an diesem Text weitergearbeitet werden. Ich bin gespannt – auch auf Kommentare derjenigen, die die Ausgangsthesen nicht teilen.²

I. Das politische Feld und sein Gegenstand

In den letzten Jahren hat sich Netzpolitik zu einem ausgewachsenen politischen Feld entwickelt. Das Netz, die zentrale Infrastruktur unserer globalen Netzwerkgesellschaft, und alle damit verbundenen Entwicklungen sind durch und durch politisch. Am Netz hängen Fragen wie die nach gesellschaftlicher Teilhabe und nach der Art und Weise, wie Arbeit, Bildung

¹ Anekdote am Rand: Irgendwie hat das mit dem Pad erst nicht funktioniert. Ich hab's auf die wacklige Netzverbindung im ICE geschoben. Was war's wirklich? Ein Anführungszeichen zu viel bzw. zu wenig im Link, und damit ein Verweis auf das falsche Pad. Technik

² Ergänzung 0.08 Uhr: Und weil es dazu auf Twitter noch einen heftigen Schlagabtausch gab: Das Papier ist nicht als Angriff auf den anderen grünen Flügel gemeint. Klar ist vieles von dem, was ich anhand linker grüner Grundwerte (also nicht alleinig linksgrüner oder „flügelinker“ Grundwerte!) an Positionen ableite, in der Partei Konsens. Oder es scheint zumindest so zu sein. Ich bin überzeugt davon, dass es gut ist, wenn wir uns gerade in einer Zukunftsfrage wie der Netzpolitik auch in unserer Partei in eine programmatische Auseinandersetzung begeben – zwischen den Flügeln und über diese hinweg, aber vor allem auch mit denen, die Netzpolitik als vielleicht gerade modisches Nischenthema abtun. Ich glaube, dass bei dieser über den Zirkel der Netzpolitiker_innen hinausgehenden Debatte durchaus Differenzen und unterschiedliche Gewichtungen sichtbar werden. Darüber müssen wir reden – und da sind die Flügel als Diskursgeneratoren ein richtiger Ort, um so eine Auseinandersetzung anzufangen!

und Demokratie in Zukunft ausgestaltet sein sollen. Das Netz ist ein transnationaler Raum – gleichzeitig ist es weder immateriell noch extraterritorial. Unter allen Apps und Kommunikationsströmen liegen Kabel und Rechenzentren. Grün gedacht: Energie und Rohstoffe. Und klar: die Gesetze, ob sie jetzt passen oder nicht, gelten auch dann, wenn Kommunikationen und Transaktionen im Internet stattfinden.

Eine Illusion wäre es auch, das Netz als herrschaftsfreie Arena der freien Rede zu begreifen. Wer sich ins Netz begibt, nimmt den ganzen Rucksack gesellschaftlicher Erwartungen und Vorprägungen mit. Große Teile der Infrastruktur und der Anwendungen befinden sich in privater Hand, auch wenn sie faktisch öffentliche Dienste und Räume darstellen. Das hat etwas mit Macht und Monopolen zu tun, aber auch damit, dass das Netz, wie wir es kennen, in der neoliberalen Epoche zu seiner heutigen Größe gewachsen ist und erwachsen wurde.

Staatliche Versuche, konkurrierende Dienstleistungen beispielsweise zu Suchmaschinen anzubieten, sind eindeutig gescheitert: Staaten und öffentliche Verwaltungen waren in ihrer Denkweise, ihren Dienstwegen und ihren Geschäftsmodellen zu langsam und zu inflexibel, verglichen mit den Freiheiten der Start-ups, aus denen die gegenwärtigen Oligopole erwachsen sind. Das ist eine Geschichte, die im Prinzip bereits mit *Bildschirmtext* und *Minitel* begonnen hat. Durchgesetzt hat sich das weitgehend dezentrale, stellenweise fast schon organisch anmutende Netz, wie wir es heute kennen, das Netz, hinter dem technisch eine Mischung aus Selbstregulierung, staatlicher Infrastrukturpolitik und Wirtschaftsinteressen steckt.

Das Netz wird genutzt, es ist Werkzeug und Medium, Ort und Maschine zugleich. Wir Nutzer_innen arbeiten und spielen, kommunizieren und informieren uns im und mit dem Netz. Manchmal ist es dabei fast unsichtbar geworden. Wenn wir vom Smartphone aus *Facebook* oder *Twitter* aufrufen, dann ist das nahtlos in den Alltag integriert. Dass wir dabei das Netz nutzen, vergessen wir völlig zu Recht. Als Netznutzer_innen sind wir zugleich Konsument_innen und Produzent_innen von Medieninhalten und Dienstleistungen. Wir tragen zum stetigen Strom der

Neuigkeiten und Gerüchte bei, teilen Bilder und Links, und erhalten das Netz so am Leben.

Netzpolitik – das ist das politische Feld, in dem es um diese Infrastruktur und ihre Nutzung geht. Darum, welche Regeln gelten und wer Zugang hat. Es geht um soziale Gerechtigkeit und um Marktmacht, um Bürger_innenrechte und demokratische Beteiligung. Netzpolitik ist die Frage, wer zu welchen Bedingungen Zugriff auf Wissen hat, und es ist nicht zuletzt die Frage, wer darüber entscheidet, welche Inhalte im Netz stehen dürfen, und welche nicht. Netzpolitik ist das Handeln, in dem die grundlegenden Bedingungen unseres digitalen Alltags politisch entschieden werden.

Als typisches Querschnittsthema ist Netzpolitik mit vielen anderen politischen Feldern verknüpft. Zugang ist auch eine soziale Frage. Ungleichheiten in der Gesellschaft spiegeln sich im Netz. Netzpolitik stößt immer wieder auf innere Sicherheit und auf die Weiterentwicklung unserer Demokratie. Der Schutz der Verbraucher_innen im Netz ist ebenso netzpolitisches Thema wie die aktuell heiß diskutierte Anpassung des Urheberrechts an das digitale Zeitalter.

II. Netzpolitik ist nicht links oder rechts, sondern ... ja was eigentlich?

Netzpolitik ist ein junges politisches Feld für eine noch immer neue und sich weiterhin schnell entwickelnde gesellschaftliche Infrastruktur. Öffentlich sichtbar ist Netzpolitik erst in den letzten Jahren geworden, insbesondere im Abwehrkampf gegen die Einschränkung von Bürger_innenrechten im Netz. In dieses Sichtbarwerden haben viele Aktive viel Energie gesteckt.

Die „Netzgemeinde“, die genauso vielfältig und heterogen ist wie die Gesellschaft insgesamt, hat sich formiert. Im gemeinsamen Kampf darum, das Netz überhaupt als politisches Thema salonfähig zu machen, und im Rückgriff auf die Traditionslinie des *raw consensus* – richtig ist, was gut funktioniert – der Internettechnik hat sich Netzpolitik selbst zunächst als unpolitisches Feld konstituiert. Auf die Machtgefüge und

Lager der „etablierten“ Politik schaut die Netzbewegung mit Skepsis. Insofern die Pirat_innen als netzpolitische Bewegung zu verstehen sind, wollen sie ebenfalls eine maximal unpolitische Partei sein.

Damit hat sich in den letzten Jahren der Eindruck festgesetzt, dass Netzpolitik weder links noch rechts ist. Diese Wahrnehmung wird dadurch verstärkt, wie die Akteur_innen der prädigitalen Politik sich in wichtigen netzpolitischen Diskussionen verhalten haben.

Die Idee, eine Sperrinfrastruktur gegen Kinderpornographie aufzubauen, die im Sommer 2009 ihren Höhepunkt fand und ikonisch auf „Zensursula“ (die zuständige Ministerin Ursula von der Leyen) verkürzt wurde, wurde in der damaligen Konstellation im Bundestag von CDU und SPD eingebracht und verteidigt. Sowohl die FDP als auch die LINKE stellte sich klar gegen die Idee einer Zensurinfrastruktur. Die bündnisgrüne Fraktion nahm mehrheitlich eine ablehnende Haltung ein, innerhalb der Fraktion gab es aber fast ein Drittel Enthaltungen – quer zu allen Lagern. Übrigens ein Umstand, der uns noch heute im Netz übel genommen wird.

Bei der Vorratsdatenspeicherung finden sich ähnliche Koalitionen – CDU und SPD stehen auf der einen Seite, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Piraten und die FDP auf der anderen Seite der Trennlinie.

Schlagworte wie „*Open Data*“, „*Open Access*“ oder „digitale Demokratie“ sind – bei großem Desinteresse der Mehrheit der Volksparteien – ebenfalls links wie rechts zu finden. Die Administration von Barack Obama, das damals rot-rot regierte Berlin, das rot-grüne Bremen und das schwarzblau-gelbe Bayern: Sie alle sehen sich als Vorreiter, wenn es darum geht, die in Verwaltungen und Regierungen entstandenen Daten öffentlich verfügbar zu machen. *Open Access*, der Zugriff auf wissenschaftliche Publikationen, wird innerhalb der CDU genauso wie von grünen Forschungspolitiker_innen eingefordert. Beteiligungstools probieren nicht nur die Piraten aus – Bündnis 90/Die Grünen natürlich erst recht – sondern auch in SPD und CDU finden sich entsprechende Projekte.

Oder nehmen wir die große Urheberrechtsthematik: Hier scheint nicht links oder rechts, ja noch nicht einmal das Alter oder die *Face-*

book-Nutzungsfrequenz, sondern in erster Linie die gefühlte Nähe zum Kulturbetrieb darüber zu entscheiden, wer welche Position einnimmt.

III. Ändern wir das: Plädoyer für eine grüne, linke Netzpolitik

Ist Netzpolitik also in der Tat ein neues politisches Feld, für das die alten Etiketten nicht mehr stimmen? Ich möchte dem widersprechen und dafür plädieren, für eine grüne und explizit auch linke grüne Netzpolitik einzutreten. Nicht weil Netzpolitik *per se* links oder rechts ist, sondern weil sich im Feld der Netzpolitik inzwischen Positionen ausdifferenzieren – wer für das Netz Politik macht, meint damit längst nicht mehr unbedingt das gleiche.

Eine grüne, linke Netzpolitik hat zwei Aspekte. Das eine ist die inhaltliche Ausrichtung im netzpolitischen Feld. Dazu gleich mehr. Der zweite Aspekt ist ein strategischer: Wenn die eingangs geäußerte These stimmt, dass das Netz die zentrale Infrastruktur der Gegenwartsgesellschaft darstellt, deren Gestaltung massive Auswirkungen darauf hat, wie sich ganz unterschiedliche gesellschaftliche Sphären zukünftig entwickeln, dann muss eine progressive Linke ein Interesse daran haben, hier mitzugestalten und hier als Akteurin aufzutreten. Eines der gesellschaftlichen Konfliktfelder in den nächsten Jahren wird die Ausgestaltung und Regulierung des Netzes sein. In diesem Konflikt müssen wir uns positionieren, statt eines Tages planlos zwischen den Fronten aufzuwachen.

Wenn die strategische Notwendigkeit erkannt wird, sich hier zu positionieren, dann reicht es allerdings nicht aus, *per Copy und Paste* Gedanken und Konzepte anderer zu übernehmen. Das würde mindestens so aufgesetzt wirken wie die Masken der Anonymous-Bewegung.

Erst wenn wir es schaffen, uns selbst – als Strömung, als Partei – hier, von unseren Haltungen und Werten ausgehend, zu positionieren, können wir authentisch agieren. Erst wenn wir in der Partei um diese Fragen gerungen haben – auch mit denen, die das Netz vorgeblich nicht interessiert – erst dann sind wir stark genug, um Widersprüche und Ge-

genwind auszuhalten. Deswegen halte ich es für sinnvoll, einen Schritt zurückzutreten und Netzpolitik anhand zentraler linker, grüner Grundwerte durchzudenken.

Was sind Grundwerte linker Grüner? Bei allen Differenzen ist es doch so, dass Solidarität und die gerechte Teilhabe an Arbeit, Bildung, Chancen und Demokratie einen ganz zentralen Wert dieser Art darstellt. Wenn wir uns als emanzipatorische Linke verstehen, die für Freiheit stehen, und damit für die Schaffung der Bedingungen dafür, dass jeder Mensch sich frei entfalten kann, dann ist die Konzentration auf Bürger_innenrechte und auf die Emanzipation des Menschen ein zweiter solcher Wert. Drittens sind wir Grüne – Linke, die den Weg von der materialistischen Wachstumsbeglückungsideologie hin zu postmaterialistischen Fragen der Nachhaltigkeit und der Ökologie gegangen sind.

Gerechte Teilhabe, Emanzipation und Ökologie – das ist für mich zumindest die zentrale Wertetrias grüner Linker. Was bedeutet es nun, Netzpolitik anhand dieser Wertetrias zu denken?

Teilhabe ist eng verknüpft mit Fragen des Zugangs zum Netz. Diese Frage geht weiter über die technische Verfügbarkeit von Breitbandzugängen hinaus. Teilhabe ist voraussetzungsreich. Da sind zum einen die notwendigen finanziellen und zeitlichen Ressourcen, um das Netz dazu zu nutzen, an Gesellschaft teilzuhaben. Wir können uns sicherlich darauf einigen, einen schnellen und breiten Zugang zum Netz im 21. Jahrhundert als Bestandteil der Daseinsvorsorge zu verstehen, und breitbandigen Netzzugang damit gleichzustellen mit Wasser, Strom, Einkaufsmöglichkeiten und Kultur im sozialen Nahbereich. Was ist mit denen, die sich einen Netzzugang nicht leisten können? Um es aufs ganz konkrete Beispiel herabzubrechen: Welchen Anteil an einem Hartz-IV-Regelsatz sehen wir als ausreichend an, um damit Telekommunikation und Netzzugang abzudecken – letztlich ja nicht nur eine Frage des Dienstleistungsabos, sondern auch eine der zur Verfügung stehenden Hardware.

Linke grüne Politik ist es, beim Netzzugang, beim Breitbandausbau mitzudenken, dass Teilhabechancen heute ungleich verteilt sind. Wir

sehen die Chancen, die es bringt, Beteiligungsprozesse im Netz stattfinden zu lassen und staatliche Dienstleistungen und Verwaltungsvorgänge, gerade im ländlichen Raum, ins Netz zu verlagern. *E-Government* und *E-Demokratie*, egal ob vom Smartphone oder vom PC aus gedacht, können unseren Staat moderner machen und ihn näher an die Bürger_innen setzen. Teilhabe an Demokratie, an Diskursen und am Entscheiden: all das ist voraussetzungsreich. Wer hier blind ist, erntet die Diktatur der wohlstuierten, akademisch gebildeten Mittelschicht.

Dass Zugang zum Netz voraussetzungsreich ist, zeigt sich nicht nur darin, dass der Zugang ins Netz etwas kostet, und dass es freie Zeit braucht, um im Netz mitzudiskutieren und Netzangebote zu nutzen. Die Hürden sind nicht nur technischer Art; gesellschaftliche Teilhabe durch das Netz setzt Kompetenzen und neue Kulturtechniken voraus. Wie formuliere ich meine Meinung? Wie finde ich jenseits der vorgegebenen Bahnen der Netzunterhaltungsindustrie das, was ich suche? Was ist eine AGB, und was passiert, wenn ich ihr zustimme?

Kompetenz im Umgang mit dem Netz wird besonders da relevant, wo die Grauzonen betreten werden. Wir gehen von mündigen Nutzer_innen aus, die wissen, was kopiert werden darf und wo Abmahnungen drohen, die Spam und Lockangebote von ernstgemeinten Zuschriften unterscheiden können. Der Staat kann hier nur in begrenztem Umfang regulatorisch tätig werden. Die Grauzonen des Netzes lassen sich nicht wegverbieten. Als linke Grüne treten wir dafür ein, die rechtlichen Rahmenbedingungen an die neuen Realitäten des Netzes anzupassen – beispielsweise beim Abmahnwesen. Verbraucher_innenschutz bedarf es im Netz vielleicht noch mehr als in anderen Handlungsfeldern des Alltags.

Im Sinne eines emanzipatorischen Menschenbildes wollen wir Menschen nicht vorschreiben, was sie im Netz zu tun und zu lassen haben. Aber Menschen sollen im Wissen um die Konsequenzen ihres Tuns handeln – beispielsweise, wenn es um die Privatsphäre in sozialen Netzwerken geht. Das einschätzen zu können, dazu müssen Menschen in die Lage versetzt werden – und Regeln und Vorschriften müssen soziale

Netzwerke und Web-Anbieter_innen dazu zwingen, es Menschen leicht zu machen, die Konsequenzen ihres Tuns einzuschätzen.

Massiv verändert hat sich in der Netzwerkgesellschaft die Art und Weise, wie wir arbeiten. Grenzen zwischen Arbeit und Privatsphäre, zwischen Anstellung und Selbstständigkeit verschwimmen. Es werden Ansprüche erhoben, sich ein Leben lang fortzubilden. Diese Flexibilisierung der Arbeitswelt, die maßgeblich durch Informations- und Kommunikationstechnologien und durch die Informatisierung der Wirtschaft vorangetrieben wurde, sehen wir kritisch. Ein Zurück zur wohlgeordneten Arbeit von gestern wird es nicht geben. Wir werden uns immer wieder der Herausforderung stellen, Konzepte dafür zu entwickeln und diese umzusetzen, was eine an gerechter Teilhabe und Emanzipation orientierte Politik in dieser neuen Arbeitswelt bedeutet.

Die Teilhabe im und durch das Netz ist für uns ein Recht der Bürgerinnen und Bürgern der Netzwerkgesellschaft. Aber auch klassische Fragen der Bürger_innenrechte und des Datenschutzes tauchen im Netz immer wieder auf. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Schutzrechte gegenüber dem Staat, wenn es um Vorratsdatenspeicherung und *Deep Packet Inspection*, also den Blick in den digitalen Briefumschlag geht. Hier sollten wir uns als linke Grüne ohne Wenn und Aber auf die Seite der Bürgerinnen und Bürger stellen. Dabei geht es nicht um eine anarchistische Freiheit des Netzes. Wir wollen, dass das Netz als halböffentlicher Raum behandelt wird, in dem Menschen genauso anonym auftreten können wie auf öffentlichen Straßen und Plätzen, und in dem Kommunikationen dasselbe Maß an Vertraulichkeit zukommt, das auch für die Rede außerhalb des Netzes gilt. Für viele ist das Netz eine virtuelle Heimat und eine Wohnung. Das respektieren wir.

Wenn es darum geht, nach welchen Regeln im Netz gespielt wird, richtet sich unser Blick unweigerlich auf die Tatsache, dass sowohl die physikalische Infrastruktur des Netzes als auch die dort laufenden Anwendungen und sozialen Netzwerke sich in privater Hand befinden. *Facebook* und *Google* sind Firmen, die inzwischen eine gewaltige Marktmacht haben. Wenn wir das Netz sozial nutzen wollen – ob als Partei

oder als Privatperson –, sind wir dazu gezwungen, diesen Firmen vertrauen, oder in Nischen der Selbstbestimmung auszuweichen. Uns ist dieser Zwiespalt bewusst, aber wir entscheiden uns ebenso bewusst, dort hinzugehen, wo die Menschen sind. Zugleich stellen wir in Frage, ob es richtig sein kann, dass diese zentralen Knotenpunkte des Netzes in privater Hand – und noch dazu in nahezu monopolistischer Hand – sind. Unsere Vision ist die einer demokratischen Kontrolle des Netzes, ohne damit in ein Denken in Nationalstaatscontainern zurückzufallen. Nicht zuletzt gehört dazu das Beharren auf Netzneutralität, auf der Gleichbehandlung aller Daten, egal welcher Klasse sie angehören.

Wir denken das Netz als Medium der Teilhabe, als Ort, an dem Menschen sich entfalten können und frei sein können. Aber wir können das Netz nicht nutzen, ohne den damit verbundenen Preis immer wieder bewusst zu machen. Die Rechenzentren, die Suchmaschinen und soziale Netzwerke erst möglich machen, die Knotenpunkte, *Router* und Endgeräte sind inzwischen für einen nicht unerheblichen Anteil des globalen Stromverbrauchs verantwortlich. Immer neue Rechnergenerationen, immer neue Smartphonegenerationen lassen schnell vergessen, dass dahinter seltene und umkämpfte Rohstoffe und teilweise menschenunwürdige Produktionsbedingungen stehen. In einer nachhaltigen Gesellschaft darf das nicht verschwiegen werden, und es darf nicht so bleiben: *Green IT*, das starke Insistieren darauf, das Netz und die damit verbundenen Geräte immer energieeffizienter und langlebiger zu machen, ist nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sondern essentiell dafür, auch in Zukunft das Netz nutzen zu können.

Das weltweite Netz ist gekommen, um zu bleiben. Wir als linke Grüne nehmen das Netz an. Wir haben den Anspruch, das Netz nicht nur zu nutzen, sondern dessen Zukunft aktiv mitzugestalten. Daher stehen wir für eine durchdachte Netzpolitik, die zu uns passt, zu unseren Werten und Grundhaltungen. Wir machen Vorschläge, wie eine linke, grüne Netzpolitik aussehen kann, und wir werden uns auch in Zukunft in diese Debatte einmischen – online wie offline.



PIRATEN als Bewegung: die 1970er im Remake?

12. August 2012 – Politik und Gesellschaft

Die ehemalige Geschäftsführerin der PIRATEN, Marina Weisband, gab vor kurzem dem *ZEIT Magazin* ein Interview,¹ in dem sie sich über ihre Außenseiter-Schulerfahrungen ausgelassen hat. Meine erste Reaktion auf dieses Interview war sowas wie „Mutig, da sagt mal eine, wie das für viele in der Schule ist“.² Julia Seeliger hat darauf anders reagiert, und inzwischen hat sie ihre Kritik am Interview (und einer dahinter vermu-

¹ <http://www.zeit.de/2012/33/Rettung-Marina-Weisband/>

² Und meine heimliche Vermutung wäre die, dass eine Meinungsumfrage unter Nerds, ja vielleicht auch eine unter eher links-alternativ politischen Aktiven, eine überdurchschnittliche Menge ähnlicher Erfahrungen zu Tage fördern würde. Aber das mag ein Effekt meiner privaten Filter-Bubble sein

teten Haltung) auch ausformuliert. Sie pickt einen digitalen Kritikkanal der PIRATEN („SolidFeedback“) heraus und schreibt:

„Also, abgesehen von der wahrscheinlichen Sinnlosigkeit eines solchen Dienstes – nennen wir das Kind beim Namen: Mich erinnert die Konzeption doch sehr an Praktiken in K-Gruppen – oder eben gleich, Kulturrevolution. Kritik & Selbstkritik. Warum nicht gleich ein Schauprozess im Internetstream, mit der Möglichkeiten, Selbstkritik zu liken? Digitales Arbeitslager, Persönlichkeitsoptimierungsübungen. Ist das unsere Gegenwart?“

Ich finde das, was Julia schreibt, gar nicht so unplausibel. Und zwar in doppelter Hinsicht. Das eine, einfachere, sind gewisse vielleicht eher oberflächliche Parallelen zu den politischen Praktiken der 1970er Jahren. Wer für einen Moment eine Hand so vor das Auge hält, dass das Internet ausgeblendet wird, sieht die Piraten (und die Netzbewegung) als Remake der neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre. In der ganzen Motivation, in der Nähe zu bestimmten Subkulturen, in der Herausbildung eines eigenen Jargons – Parallelen gibt es viele.

Um das plausibel zu machen, reicht es aus, mehr oder weniger zufällig in das bei mir ganz gut bestückte Regal zu den alternativen Milieus der „1970er“ zu greifen, und zum Beispiel folgendes Zitat aus seinem Kontext heraus zu reißen (Bahr³ 1977, S. 12):

„Das Bedürfnis, aktiv beteiligt zu sein, selbständig partizipieren zu können, an öffentlich politischen Entscheidungsprozessen ebenso wie an privater Emanzipation, führt gegenwärtig, wenn es nicht erfüllt wird, zu klinisch kaum mehr faßbaren psycho-somatischen Grundstörungen. Rückzug und Selbstaufgabe sind häufig die Folge. [...]

Im Engagement vieler Bürger für eine bessere Lebenswelt kommt nun ein elementares Interesse an einem neuen qualitativen Wachstum der Gesellschaft zum Ausdruck. Eine zentrale Erfahrung der christlichen und der humanistischen Tradition bestätigt sich über Nacht für viele

³ Vgl. <http://www.perlentaucher.de/autor/hans-eckehard-bahr.html>

*Menschen neu: Wir fühlen uns immer dann am meisten
als wir selbst, wenn wir anderen Entscheidendes
bedeuten. Im Glück, kommunikativ nützlich zu sein,
gewinnen wir Identität, Unersetzbarkeit vielleicht.“*

Ich bin ziemlich sicher, dass sich auch aus anderen zeitgenössischen Analysen der 1970er Jahre ähnliche Textbruchstücke herausziehen lassen könnten, die – solange konkrete Inhalte ausgeblendet werden – auch gut auf Piraten (oder allgemeiner: die Netzbewegung) passen könnten.

Das mag daran liegen, dass diese Beobachtungen weiterhin gültig sind, dass die vier Dekaden seit den 1970er Jahren an einigen grundlegenden Problemlagen der spätkapitalistischen Gesellschaft gar nicht so viel geändert haben, und dass die visionären Lösungsvorschläge von damals heute eben teilweise gerade neu entdeckt und wieder erfunden werden (das bedingungslose Grundeinkommen, Genossenschaftsbewegungen, *urban gardening* ... all das passt in diese Linie). Auch die individuelle Problemlage, die Suche nach Gemeinschaft in der Gesellschaft, scheint trotz völlig veränderter technischer Rahmenbedingungen heute weiterhin auf eine ähnliche Resonanz zu stoßen, wie es damals wohl war – „wohl“, weil ich als 1975 Geborener die 1970er, in denen globalisierte IT-Industrie wie die Formation der neuen linken sozialen Bewegung ihren Ausgangspunkt nehmen, naturgemäß nur aus zweiter Hand kenne.

Also: In den Problemen, auf die z.B. die Piraten reagieren, und in denen sich daraus ergebenden Visionen, Praktiken und Selbstreflexionen lassen sich eine ganze Reihe von Parallelen zu den 1970er Jahren finden. Julia geht es jetzt allerdings nicht darum, sondern um bestimmte Praktiken, wie sie wohl in den K-Gruppen der 1970er gang und gäbe waren. Öffentliche Selbstkritik und vergleichbare Praktiken der inszenierten Gehirnwäsche – die Kehrseite von „das Private ist politisch“ – haben ja einen Hintergrund, waren wohl ein Versuch, eingefahrene Verhaltensweisen aufzubrechen, um zu neuen Menschen zu werden. Und sie waren definitiv ein Machtelement, dienten, wäre je-

denfalls meine Vermutung, über die Kollektivierung des Selbst dazu, informelle Hierarchien durchzusetzen.

Und bei den Piraten? Die „Grillen“ ihre KandidatInnen (statt schlicht mit ihnen zu reden), haben Formen der öffentlichen Selbstkritik inszeniert und schlagen sich trotzdem damit rum, dass eine ganze Reihe PiratInnen im Einzelfall politisch daneben stehen. Das Ganze geschieht in einem – im Vergleich zu den 1970ern – komplett anderen sozio-technischen Kontext, einem Kontext, in dem internetbasierte Kommunikationstechnik dazu beiträgt, die Grenzen zwischen Privatleben und öffentlichen Personen zu verwischen.

Wenn beides zusammenkommt – gewürzt mit einer Prise neo-liberaler Selbst-Optimierung – taucht dann schnell die Frage auf, was für ein Menschenbild die Piraten eigentlich haben. Auf der einen Seite steht – meine 1970er-Assoziation – ein gewisser Mut zur öffentlichen Innerlichkeit. Das Weisband-Interview passt das wunderbar dazu, aber auch die Praktik des „flausch„en auf Twitter oder die Aneignung von „My Little Pony“. PiratInnen stellen sich als Wesen dar, für die es keine scharfe Trennlinie zwischen Gefühlswelt und Politik gibt (bis hin zur Überidentifikation mit der jungen Partei – allgegenwärtige Parteisymbole in Twitteraccounts nur als ein Beispiel dafür).

Gleichzeitig gibt es einiges, was auf einen eher instrumentellen Umgang mit Personen hindeutet. Der, wie berichtet wird, häufig schwierige Umgangston auf den Mailinglisten der Partei. Die Tatsache, dass Vorstellungsgespräche auf eine Minute reduziert sind – das reicht, um Fakten rüberzubringen, aber nicht, um sich als Person vorzustellen. Die schnelle Fluktuation beim politischen Personal. Und auch das „Klemmbrett 2.0“ – also die Interpretation des Muts zur öffentlichen Innerlichkeit als Teil einer instrumentellen Inszenierung – passt hierzu.⁴

Interessant ist nun, dass sich zu beidem – der emanzipatorischen wie der instrumentellen Politisierung des Privaten – Parallelen in den 1970er Jahren finden lassen – und vermutlich, in vorhergehenden Bewegungs-

⁴ Nebenbei bemerkt: Datenschutz und Transparent, privacy oder gnadenlose Öffentlichkeit – auch diese Debatte passt hierher!

zyklen auch in Jugendbewegungen der 1920er Jahren und bei der Etablierung der Arbeiterbewegung noch einmal einige Jahrzehnte zuvor. Vielleicht ist auch das eine Reaktion auf das andere, oder beides zu verstehen als Suchbewegung, deren Ergebnis noch offen ist. Geschichte wiederholt sich nicht, und wie das Remake der 1970er letztlich ausfallen wird, werden wir sehen.

*Warum blogge ich das? Als Teil meines fortlaufenden Blicks auf die Piraten und die Netzbewegung.*⁵

Literatur

Bahr, Hans-Eckehard (1977): „Alternative Lebensformen in der Ersten Welt“, in H.-E. Bahr, R. Gronemeyer (Hrsg.): *Anders leben – überleben*, Frankfurt am Main: Fischer, S. 9–16.

Flaig, Berthold Bodo / Meyer, Thomas / Ueltzhöffer, Jörg (1993): *Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation*. Bonn: Dietz.

⁵ P.S.: Eine sozialwissenschaftliche Anekdote zur Entstehungsgeschichte der SINUS-Milieutypologie 1977 passt hier auch noch rein:

„Dabei war uns aufgefallen, daß es auf der Linken nicht nur zwei sehr unterschiedliche politische Grundorientierungen gab: die marxistische Orthodoxie der K Gruppen und die anti-institutionelle, radikal-emanzipative Philosophie der Spontis, sondern auch zwei entsprechende, alltagsästhetisch manifeste Stiltypen. Angehörige der K Gruppen vollzogen autorität-hierarchisch geprägte Ordnungsrituale (z.B. die eisern eingeforderte Gruppendisziplin in der politischen Alltagsarbeit), kleideten sich einfach und lustabweisend und pflegten auch sonst einen eher asketischen Lebensstil. Sie inszenierten einen anästhetischen Stiltypus, den wir als kleinbürgerlich-linksintellektuelle Übersetzung einer vermeintlich proletarischen Lebensweise interpretierten [...]. Der von den Spontis gepflegte Lebens- und Politikstil wirkte im Vergleich als ästhetische Gegenfolie zum Asketismus der K Gruppen – und wurde von ihnen selbst auch so verstanden: Psychologisierung des politischen Diskurses (bunte Flugblattlyrik als Akt persönlicher Selbstentfaltung), Ablehnung des als spießig und repressiv empfundenen Ordnungs- und Pflicht-Ethos der Orthodoxen, narzistisch-lustvolle Inszenierung von Outfit (Kleidung, Frisur) und Wohnungseinrichtung, das ‚kreative Chaos‘ als lebensstil-prägendes ästhetisches Prinzip.“ (Flaig et al. 1993, S. 53).



20.000 Tweets unter dem Meer

20. Dezember 2012 – Digitales Leben

Jetzt, genau in diesem Moment, erreicht mein Tweet-Zähler bei Twitter die magisch anmutenden 20.000. Ganz schön viel Gerede; und auch wenn „RTs“ – also Wiederholungen der Tweets anderer Leute – und das kurze Hin und Her von Unterhaltungen im Pseudo-Chat-Stil dabei sind, bleibt das ziemlich viel, was ich in den letzten Jahren geschrieben habe, bei Twitter.

Angeblich soll es ja demnächst die Möglichkeit geben, sich das alles runterzuladen. Also das persönliche Archiv. Ich bin da skeptisch. Zum einen, weil Twitter für mich nach wie vor eher ein orales Medium ist. Was geschrieben wurde, vergisst sich relativ schnell. Die Halbwertszeit der Aufmerksamkeit liegt vielleicht bei zwei Stunden, wenn nicht mas-

siv retweetet wird. Und nach einigen Tagen hat selbst das Netz vergessen, dass es diesen oder jenen Tweet gab – die Suche verliert sich in den dunklen Datenbanken. Insofern ist Twitter ein Medium des Moments, kein Archiv – und das macht seinen Reiz aus.

Der andere Grund, warum ich skeptisch bin, wie sinnvoll ein Komplettdownload ist, liegt darin, dass Twitter ein hochgradig kontextabhängiges Medium ist. Das betrifft nicht nur Links auf Seiten und Bilder, die vielleicht gar nicht mehr existieren, sondern ebenso die Tatsache des Gesprächscharakters. Und das sind nicht nur die offensichtlichen, inzwischen auch technisch unterstützten Konversationen per @-Reply, sondern es sind eben auch die Themenwellen und memetischen Hypes, die in den Clusterungsbereichen der Netzwerke überschwappen. Ich bin mir nicht sicher, wie der Archivdownload von Twitter mit dieser Kontextabhängigkeit umgeht, ich bezweifle aber, dass das Problem der hermetischen Unverständlichkeit von Tweets sich technisch lösen lässt.

20.000 Tweets sind, um zum Ausgangspunkt zurückzukommen, etwa 2.000.000 Zeichen. Ganz grob gesagt: 500 Manuskriptseiten, ein dickes Buch. Da stellt sich natürlich schon die zweifelnde Frage, wo diese Textergüsse gelandet wären, wenn es das zeit- und zeichenfressende Twitter nicht geben würde. In 200 weiteren langen Blogbeiträgen? In einem echten, richtigen Buch, auf Papier und so?¹

Aber das ist nur die eine Sicht der Dinge. Wenn es stimmt, dass Twitter ein Gespräch ist, dann wären der Vergleichsmaßstab nicht geschriebene Seiten, sondern sich ergebende Gespräche mit einigen der 700 Menschen, denen ich folge, und der über 2000 Menschen (und Bots), die meine Tweets abonniert haben. Diese rauschenden Kommunikationen würden ohne Twitter oder ein funktionales Äquivalent davon nicht stattgefunden haben. Ob ich mehr mit den paar dutzend Menschen geredet hätte, die mir dann und wann begegnen, ohne Twitter? Ich bin mir auch da nicht sicher.

¹ 20.000 Tweets a 20 Sekunden sind immerhin 400.000 Sekunden, das sind 6.666 Minuten oder 111 Stunden, und manchmal lese ich ja auch noch welche ...



Twitter ist eine schöne Erfindung für eher introvertierte Menschen (eine Idee, die in „The highest frontier“ von Joan Slonczewski insofern eine Rolle spielt, als die schüchterne Hauptfigur Unbekannte lieber zu-textet als mit ihnen zu reden). Twitter schafft lose Bekanntschaften, spinnt Netzwerke und schafft es manchmal, Vertrauen zwischen Unbekannten herzustellen.

Wenn es stimmt, dass Twitter einige Merkmale mit mündlicher Kommunikation teilt, dass es bei allen PR-Potenzialen ein relativ authentisches Medium des Moments ist, dann verwundert es nicht, dass – ja, die Interaktion nicht vergessen! – nach einigen hundert Tweets ein recht klares Bild vieler Personen entsteht. Klar kann das auch gespielte *persona* sein, aber die kleinen Praktiken des Stichelns und der ungeheuchelten Freude, die semiprivaten Momente in halber Öffentlichkeit ... all das braucht schon ein gehöriges Maß an Schauspielerei, wenn es nur gespielt sein soll. Wer als Person twittert, verrät auch ungewollt einiges über sich – und schafft gerade so eine Basis für Vertrauen.

Meine Timeline kann eine Soap sein. Auf Twitter zeigen Menschen sich nicht von ihrer besten Seite. Sie sind kindisch. Sie nerven. Sie re-

agieren über. Sie blocken einander. Sie mischen sich naseweis ein in Gespräche, die sie nichts angehen. Sie vertreten vereinfachte Stammtischpositionen. Sie spielen. Sie verhalten sich, mit einem Wort, wie richtige Menschen in sozialer Beziehung, weil Twitter nichts anderes sein kann als ein kommunikativer Ausschnitt der richtigen Welt.

Als ich mit diesem Text liebäugelte, hatte ich zuerst die Idee, ihn mit einem Experiment enden zu lassen. Kein Twitter bis Neujahr, oder so. Urlaub von der allgegenwärtigen Lautheit der lautlosen Kommunikation. Auch wenn das sicher interessant wäre, werde ich es nicht machen. Beim Schreiben dieser Zeilen ist mir deutlich geworden, wie wichtig mir Twitter als Spinnennetz belangloser Kommunikation geworden ist. Das mag Soap sein, das mag parasoziale Interaktion sein – aber täglich in einem Querschnitt aus hundert Meinungen, Haltungen und Alltäglichkeiten – nebst kuratierten Links und Werbung in eigener Sache – mitzuschwimmen, das möchte ich nicht missen.²

Die Nähe, die Twitter suggeriert, mag eine künstliche Nähe sein. Aber solange sie dieselben sozialen Effekte hervorbringt, spielt dies keine Rolle. Und darum freue ich mich auf meinen 20.001 Tweet.

Warum blogge ich das? Nachdenken darüber, was ich in diesem Netz eigentlich mache.

² Und gerade, weil Twitter so ein alltagsintegriertes Medium ist, wird auch wie jedes Jahr in den nächsten Tagen die Tweetfrequenz von ganz alleine zurückgehen, weil die kommunikative Aufmerksamkeit sich nahräumig fokussiert – und erst ein paar Stunden oder Tage nach Weihnachten wieder zu einem Sturm der Sarkasmen, Geschenkbeschwerden und anderer Dinge anschwellen wird.



Ein klares Nein zur Deutschen Netzinfrastrukturanstalt

29. Dezember 2012 – *Digitales Leben, Politik und Gesellschaft*

I. State of the Web 2013

Letztlich läuft es auf die Frage hinaus, wem wir vertrauen, wenn es um unsere Daten geht. Der *Hype* der Saison heißt *Cloud*, die Datenwolke – und da will jeder mitspielen: ehemalige *Start-ups* wie *Dropbox* (keine Ahnung, wem das inzwischen gehört), Hostinganbieter wie *1&1*, Telekommunikationsgiganten wie die *Telekom*, Internetmonopolisten wie *Google* und *Amazon* und nicht zuletzt Hardwarehersteller wie *Apple* und *Samsung*. Jedes dieser Unternehmen bietet – mehr oder weniger kostenfrei, mehr oder weniger werbefinanziert, mehr oder weniger in-

klusive in bestehenden Verträgen – die Dienstleistung an, Daten in der *Cloud* zu speichern und von überall her darauf zuzugreifen.

Worum geht es? Als Antwort auf eine durchaus lesens- und bedenkenswerte Analyse zum *State of the Web 2013*¹ von Johnny Häusler² kommt Mathias Richel (D64) auf eine, wenn ich das so sagen darf, *typisch sozialdemokratische Lösung*³. Er fasst Johnnys Text wie folgt zusammen:

„Unsere Inhalte gehören in erster Linie in eine eigene, dezentrale Publikationsinfrastruktur und nicht in primär auf zentrale Plattformen einzelner Unternehmen.“

So weit würde ich das noch unterschreiben. Auch deswegen betreibe ich nach wie vor und seit Jahren ein eigenes Blog. Letztlich liegt das bei *Strato*, also einem der großen Internetkonzerne – aber ein *Backup* liegt auf meiner eigenen Festplatte. Das ganze könnte zur Not relativ einfach anderswo neu aufgesetzt werden. Anders als mit den Inhalten, die ich bei *Facebook* oder *Twitter* poste. Und auch die *Dropbox* und *Google Docs*, die ich als *Cloudservice* nutze, enthalten Duplikate bzw. nicht wirklich wichtige Texte und Tabellen. Für mich sind das sekundäre Speichermedien oder *Tools*, um gemeinsam an etwas zu arbeiten – mein persönliches Archiv liegt woanders.

Mathias will nun 2013 eine intensive Debatte über Netzneutralität, über Plattformneutralität und über öffentliche Räume im Netz. Auch das halte ich noch für sinnvoll. Eher absurd erscheint mir dagegen die Lösung, die er vorschlägt:

„Ganz konkret: Wir brauchen Public Space Server!“

Damit meint er das Angebot von über das Internet zugreifbarem Speicherplatz – für *Web* und *Cloud* – durch die öffentliche Hand und ver-

¹ <http://www.spreeblick.com/2012/12/28/2013-das-web-zurueck-erobern/>

² In der es weniger um die *Cloud* als um den eher kommerziellen als öffentlichen Raum geht, den *Facebook* bis *Pinterest* schaffen, und der – ja, richtig! – ein Problem darstellt:

³ <http://blog.mathias-richel.de/2012/12/28/2013-unsere-zukunft-im-netz-ist-oeffentlich-rechtlich/>



weist hier auf das Beispiel der Stadt Linz, die für ihre BürgerInnen ein *Gigabyte* vorhält.

II. Netze in Bürgerhand – gab es das nicht schon einmal?

Für mich klingt das ehrlicherweise nicht nach 2013, sondern eher nach 1998. Das mag etwas mit meiner Netzsozialisation zu tun haben. Ein Teil davon fand Anfang der 1990er Jahre in Mailboxsystemen statt. Damals gab es das „*CL-Netz*“⁴ (und die *Association for Progressive Communication*, APC⁵), die versucht hat, so eine Art freies Radio des Internet zu werden – irgendwann auch mit dem *non-profit* Angebot von Webspeicherplatz (damals ganz neu und heiß) für engagierte Initiativen und Einzelpersonen, die sich global vernetzen wollten.

Nochmal zum Mitschreiben: Um das neue Netz nicht kommerziellen Interessen zu überlassen, entstand seit Ende der 1980er Jahre ein globaler Zusammenschluss von Infrastrukturanbietern für bürgerschaft-

⁴ <http://de.wikipedia.org/wiki/CL-Netz>

⁵ <http://www.apc.org/>, siehe auch <http://de.wikipedia.org/wiki/APC>

liches Engagement. Mit dem ankommerzialiserten *World Wide Web*, mit Domainsonderangeboten ab 2000, und – aber das müssten HistorikerInnen eruieren – endgültig mit dem Aufkommen von *Social Media* endete dieser Versuch. Die APC gibt es weiterhin, einige *Hoster* mit *Attitude* ebenso – aber letztlich ist von dem Versuch, die Netze in Bürgerhand zu legen, nicht viel übriggeblieben. Das ist der eine Teil meiner persönlichen Netzsozialisation, der mich skeptisch werden lässt bezüglich der Idee einer öffentlich-rechtlichen Publikationsinfrastruktur für BürgerInnen.

Der andere Teil hat etwas damit zu tun, dass ich 1995 mein Studium begonnen habe. Das war ungefähr der Zeitpunkt, als die Uni Freiburg ihren Studierenden nicht nur Mailadressen zur Verfügung stellte (irgendwann hatte ich dann eine für jedes meiner drei Studienfächer und noch eine für die Uni insgesamt), sondern eben auch Webspaces. „/~westermt“ war der von der öffentlichen Einrichtung Universität ihren ~~BürgerInnen~~ Mitgliedern zur Verfügung gestellte Speicherplatz. Die „*Homepage*“ gibt es längst nicht mehr – bei irgendeinem Update der Nutzungsbedingungen oder der Infrastruktur wurde sie gelöscht. Nicht, dass das ein großes Drama ist – das waren eher Spielereien. Aber ganz so dauerhaft ist auch die öffentliche Hand nicht. Was es – zu meinem Erstaunen – noch gibt, ist der *Omnibus-Server des Rechenzentrums der Uni Freiburg*.⁶ (Einen *Cloud-Dienst* mit 2 GB *gibt es auch*).

Ich bezweifle allerdings, dass der Omnibus-Server noch großartig genutzt wird (auch aufgrund der restriktiven robots.txt findet sich bei *Google* fast nichts) und vermute eher, dass es bei diesem Angebot darum geht, einige wenige noch existierenden Seiten weiterlaufen zu lassen. Ach ja:

„Verwendungsrichtlinie

Ihre Homepage muss einen erkennbaren Bezug zu Ihrer Tätigkeit an der Universität Freiburg, zu Ihrem Studium oder zum sozialen Leben an dieser Universität aufweisen.

⁶ Update 2026: das stimmt inzwischen nicht mehr, der Link läuft auf eine Fehlermeldung.

Für die Inhalte sind Sie als Urheber persönlich verantwortlich. Eine gewerbliche Nutzung ist untersagt.“

Soviel zum zweiten Teil meiner Netzsozialisation. Als Student und Mitarbeiter der Uni Freiburg hätte ich dort öffentlichen Platz im Netz haben können, und habe diesen nicht genutzt, sondern bin auf eine eigene Domain bei einem kommerziellen Anbieter gegangen. Auch wegen der oben zitierten Verwendungsrichtlinie. Angesprochen ist hier die Frage der gewerblichen Nutzung (*Flattr, anyone*), aber eben auch der enge Bezug zur Hochschule. Das ist auch richtig so.

Ich habe es nicht recherchiert, vermute aber, dass dieser Bezug zur Hochschule und der Ausschluss gewerblicher Nutzung auch etwas damit zu tun hat, dass die staatlich finanzierte Universität (und ihr ebenfalls staatlich finanzierter und gemanagter *Netzbackbone belwue*) im liberalisierten EU-Markt für Netzdienstleistungen nicht als Konkurrent zu privaten Anbietern auftreten darf. Stichworte wie die EU-Beihilfeverordnung wären jedenfalls interessante, zu prüfende Punkte, wenn es um eine öffentlich-rechtliche Alternative sowohl im Bereich der *Clouds* als auch im Bereich *Webserver* geht.⁷

III. Die Nische: der Public Space Server Linz

Wie macht das die von Mathias als Beispiel genannte *Stadt Linz*⁸? Auf der Startseite klingt das Angebot in der Tat zunächst einmal großartig:

„Die Stadt Linz stellt Webspace kostenlos für LinzerInnen zur Verfügung und schafft damit den „Public Space Server Linz“, den kostenlosen virtuell-öffentlichen Raum.

Mit der Anmeldung eines Hauptwohnsitzes in Linz und vollendetem 14. Lebensjahr ist das Anrecht auf 1 GB Webspace auf dem öffentlichen „Public Space Server Linz“ ver-

⁷ Das ist jedenfalls, etwa beim Breitbandausbau, ein großes Hindernis für z.B. eine innovative Landespolitik.

⁸ <http://pssinfo.public1.linz.at/> (Stand 2026: der Link lädt nicht, gibt aber auch keine Fehlermeldung zurück).



bunden. So kann jede Linzerin, jeder Linzer auch in der virtuellen Welt ein Stück öffentlichen Raum nutzen und eigene Homepages, Wikis, Blogs etc. dort platzieren.“

Die Nutzungsbestimmungen legen u.a. fest, dass das Pilotprojekt 2011 endet – es scheint weiter zu laufen. Mit den Erfahrungen an der Uni Freiburg würde ich mich jetzt aber fragen, für wie lange. Was passiert mit den dort gehosteten Daten und Websites, wenn Linz irgendwann beschließt, den Betrieb des *Public Space Server* einzustellen?⁹ (Was ist eigentlich aus der *Digitalen Stadt Amsterdam* geworden?)

Dann gibt es ein paar weitere interessante Bestimmungen. Wer aus Linz wegzieht, dem wird der Zugang gesperrt (Nr. 2 der Nutzungsbestimmungen). Sind wir so immobil? Einen Rechtsanspruch auf den *Public Space Server* gibt es nicht (Nr. 4). Und auch die Einhaltung der technischen und juristischen Rahmenbedingungen ist reine Pflicht der NutzerIn (Nr. 6 und 7), bei grober Fahrlässigkeit kann die Stadt Linz

⁹ Dass der *Public Space Server* – Entscheidung des Gemeinderats aus dem November 2012 – unbefristet weiterbetrieben wird, steht übrigens prominent ... auf Facebook – und weder auf der offiziellen Seite der Stadt Linz noch auf der Seite der Servers selbst.

Schadensersatzansprüche gegen NutzerInnen anmelden (Nr. 11). Schließlich wird eine kommerzielle Nutzung ausgeschlossen (Nr. 6). Ich will damit nicht sagen, dass das kein sinnvolles Angebot ist. Aber auch bei diesen – durchaus freundlich formulierten – Nutzungsbedingungen wird klar, dass ein öffentlicher Anbieter für Speicherplatz nur in einer begrenzten Nische agieren kann.

Wer nutzt den *Public Space Server*? Einen Katalog aller Seiten und NutzerInnen gibt es nicht. Auch auf der Seite der Stadt habe ich keine weiteren Infos dazu gefunden, wie das Angebot angenommen wird (Kosten pro Jahr sind wohl 26.000 €). Eine Stichprobe bieten die neuesten Seiten am Public Space Server. Dort sind aktuell zehn Seiten aufgeführt:

- *eine Seite über ÖBB-Lokomotiven, die auf toten Webspace anderswo verweist,*
- *die Website einer Band, die inzwischen eine eigene Domain anderswo betreibt,*
- *ein lokaler Sportverein, aktiv*
- *eine lokale kirchliche Initiative, aktiv*
- *eine lokale Kleinkunstgruppe, die u.a. ihre neuste CD bewirbt und verkauft (kommerzielle Nutzung?), aktiv*
- *die Open Commons Region Linz als politische Fortführung des PSS, aktiv*
- *ein Angebot eines Lehrers, u.a. mit Unterrichtsoftware (Freeware/Shareware), aktiv*
- *eine Präsentationsseite einer Künstlerin, mit Shop (kommerzielle Nutzung?)*
- *ein gelöscht Blog eines freien Videojournalisten*
- *das alte Blog eines lokalen Eventraumes, inzwischen auf eigener Domain (kommerzielle Nutzung?)*

Wenn diese Übersicht einigermaßen repräsentativ für den *Public Space Server* sein sollte, dann scheint er mir – neben einer *Webhosting* Plattform für lokale Vereine, die sich aber sicherlich auch weniger pompös

organisieren ließe – vor allem als eine Art Inkubator für Kunst- und KulturaktivistInnen zu eignen – die dann, wenn sie sich ein wenig etabliert haben, auf ihre eigenen, kommerziellen *Serverspace* umziehen.

Das großartige Gegenmodell zu den kommerziellen Internetanbietern oder zur privatisierten Cloud sehe ich hier allerdings nicht. Vielleicht wird der PSS als EMail-Dienstleister oder als Webfestplatte von den LinzerInnen ja rege genutzt. Daten dazu habe ich keine gefunden. Mein Eindruck ist aber eher, dass hier mit relativ großer Vermarktung letztlich eher ein lokales Mäuslein auf den Weg gebracht wurde, das für die eine oder andere Nische gut ist, aber nicht wirklich etwas verändert.

IV. Sozialdemokratische Infrastrukturpolitik – oder lieber doch Netzregeln?

Zurück zur größeren Forderung von Mathias: Der *Public Space Server* soll Vorbild sein für öffentlich-rechtliche Infrastrukturanbieter im Netz. Oder, wie er es bei *Malte Welding kommentiert*:

„Es geht nicht darum, das eine durch das andere zu ersetzen. Wir sind nicht im Kommunismus. Aber das Netz gesamtgesellschaftlich zu begreifen, bedeutet eben auch, dass es einen öffentlich-rechtlichen Sektor braucht. So reguliert sich zum Teil unsere Marktwirtschaft. Dieser Sektor beginnt bei OpenData, geht über den Staat als Technologienachfrager (OpenSource) und endet beim Staat als Anbieter (Public Server).“

Mathias will diesen öffentlich-rechtlichen Sektor in der Netzwirtschaft über eine Umlage über die Breitbandanschlüsse finanzieren und kommt bei einem Euro monatlich auf etwa 600 Mio. Euro im Jahr. Eine beachtliche Summe.¹⁰ Mit diesen 600 Mio. Euro soll nun eine neue öffentlich-rechtliche Anstalt aufgebaut werden, wenn ich es richtig verstehe, die –

¹⁰ Mal abgesehen davon, dass Grüne z.B. genau diese Umlage in eine *Kulturflatrate* fließen lassen wollen, und mal abgesehen davon, dass öffentlich-rechtliche Sektoren in Wirtschaftszweigen so üblich nun auch wieder nicht sind, bzw. ganz besondere Begründungen bedürfen ...



wir sind in einer Marktwirtschaft – in Konkurrenz zu den kommerziellen Anbietern und zu halbstaatlichen Unternehmen wie der *Deutschen Telekom* allen BürgerInnen kostenfrei *Serverspace* bereitstellt – vermutlich für *Internet-Angebote*, für *EMail*, als *Cloud-Dienstleistung*.

Mal abgesehen von der Frage, ob eine solche neue Behörde (was in einer Stadt wie Linz funktioniert, skaliert nicht unbedingt reibungslos auf 80 Mio. EinwohnerInnen eines Landes wie Deutschland – da wird definitiv eine Behörde entstehen) rechtlich machbar wäre (Stichwort: EU und die liberalisierten Telekommunikationsmärkte), stellt sich mir die Frage, ob wir das wollen und brauchen. Beides hat letztlich eng mit dem Staatsverständnis zu tun. Dass der Staat seine Daten bereitstellen soll, weil es unsere Daten sind – *d'accord!* Dass der Staat (aber auch da wird es EU-rechtlich schon knifflig!) wirtschaftspolitisch Impulse setzen kann, um *Open Source* zu fördern – ebenfalls *d'accord!* Aber wollen wir, dass der Staat die Telekommunikationsnetze und *Server* betreibt? Und wenn ja, wieso?

Wieso Staatsverständnis? Die *Cloud* ist, ich hatte das eingangs erwähnt, letztlich eine Frage, wem wir unsere – möglicherweise inti-

men und besonders schützenswerten – Daten anvertrauen. Bei Unternehmen wie *Google* oder selbst der *Telekom* weiß ich so ungefähr, auf was ich mich einlasse. Es sind große Konzerne, die vor allem eines im Sinn haben: Profit. Vielleicht werten sie Daten dazu automatisch aus und erstellen Profile. Solange die Datenhaltung im Netz profitabel ist oder werden könnte, werden sie sie anbieten. Abgesehen davon ist es diesen Unternehmen relativ egal, was das für Daten sind.

Wie ist das bei einer staatlichen Einrichtung? Vielleicht sind es die letzten Reste der Antivolkzählungs-DNA in meiner Partei, vielleicht ist es ein latenter Anarchismus – aber eigentlich möchte ich meine privaten Daten nicht auf einem staatlichen Server sicher verwahrt wissen. Erst recht nicht auf einem, der von einer deutschen Behörde verwaltet wird.

Das von Johnny angesprochene Problem des privatisierten semi-öffentlichen Raums im Netz wird sich nicht dadurch lösen lassen, dass die *Deutsche Netzinfrastrukturanstalt* mir <http://tillwestermayer1975.deu-nifa.de> anbietet. Warum sollte ich das nutzen wollen? Was wäre der Anreiz für mich, wenn der Markt es besser kann? (Hallo De-Mail, hallo europäische Suchmaschine, hallo ...)

In dieser Perspektive ist die „Deutsche Netzinfrastrukturanstalt (Anstalt öffentlichen Rechts)“ eine sozialdemokratische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, die wenig formschön, aber mit einigem Aufwand und Werbebudget vor sich hindümpeln wird. Solange die marktgetriebene Alternative besser – und das ist ein oberflächliches besser, aber das ist letztlich leider entscheidend – funktioniert, wird kaum jemand „deu-nifa.de“ und die dazugehörigen Apps und Mailadressen nutzen wollen. Vielleicht das eine oder andere Kunstprojekt, Vereine ...

Das zweite Szenario wären ein dysfunktionaler Markt und die Konsequenzen. Auch das ist vorstellbar. Währungskrise oder was auch immer, und *Google* zieht sich aus dem Europageschäft zurück, die Hardwarehersteller schließen ihre Netzfestplatten, und die Preise für *Serverspace* bei *Strato* etc. vervielfachen sich. Die Netzinfrastruktur wird verstaatlicht, die Deutsche Netzinfrastrukturanstalt und ihr euro-

päisches Pendant, EUNIFOR, werden zu staatlichen Monopolisten. Netzinfrastruktur ist ein Bürgerrecht, aber der Antrag auf *Deunifa-Web-space* umfasst 30 Seiten und die ausdrückliche Erklärung, nur staatskonforme Inhalte abzuspeichern. Klingt nicht so ganz plausibel, und nach einem erwünschten Szenario erst recht nicht.

Und die Alternative? Zunächst lässt sich festhalten, dass die Netzwerkinfrastruktur mit all ihren Fehlern auch 2013 im Großen und Ganzen weiter funktionieren wird. Wenn wir der Meinung sind, dass es hier Regulationsbedarf gibt – aus Gründen des Datenschutzes, aus Gründen der Zugangsgerechtigkeit, aus Gründen der Daseinsvorsorge – dann spricht einiges dafür, Gesetze zu ändern. Eine Interoperabilitätspflicht für kommerzielle *Social-Media*-Anbieter, beispielsweise. Klare Regeln zur Netzneutralität. Verpflichtungen der Breitbandanbieter, auch entlegene Orte anzuschließen. Schärfere Instrumente in der Hand der Netzagentur.

Das sind alles gesetzliche Machbarkeiten, wenn der politische Wille und die politischen Mehrheiten da sind. Ein neuer, teurer staatlicher Apparat erscheint mir dagegen als klares Gegenstück zu Netzen in Bürgerhand.

Und ja: Wer BürgerInnen tatsächlich an Infrastruktur beteiligen will, sollte über Genossenschaften nachdenken. Nicht als staatliche Monolithen, sondern als ein Organisationsmodell, das möglicherweise helfen kann, lokale Probleme selbst zu lösen.

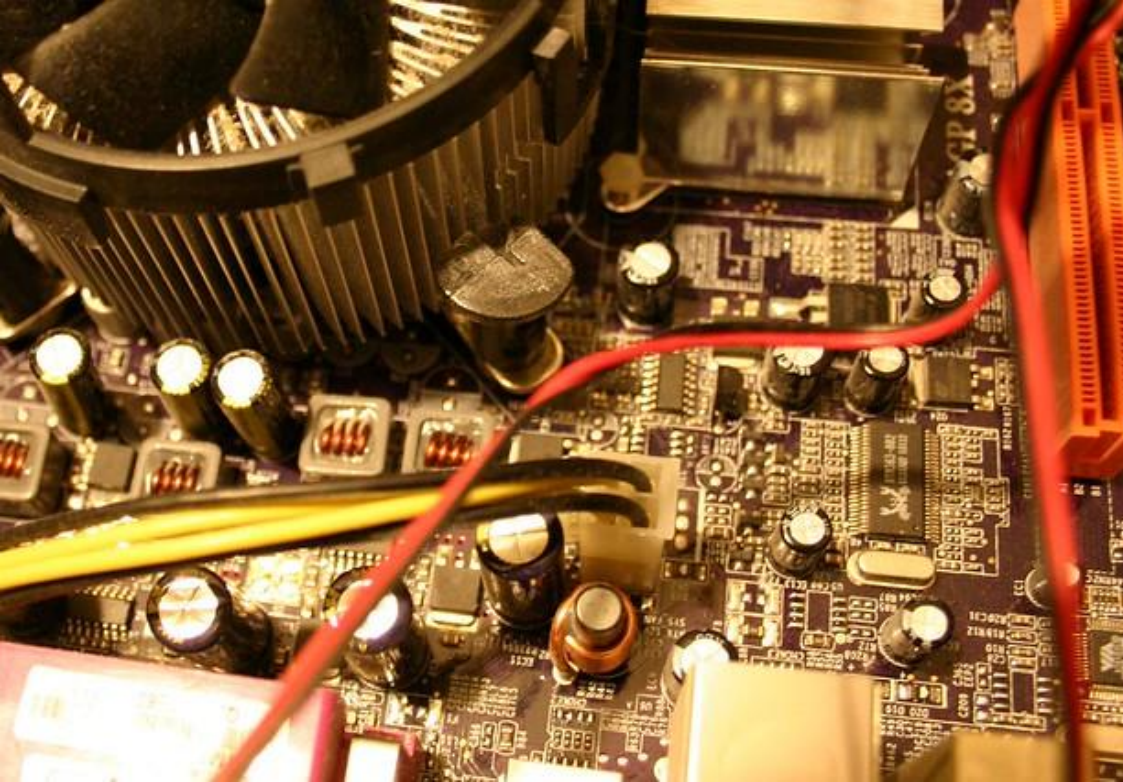
Abschließend der Hinweis, dass wir nicht den Fehler machen sollten, Infrastruktur und Inhalt zu verwechseln. Wo es notwendig ist, können Gesetze den Zugang und die Nutzungsmöglichkeit von Infrastruktur regeln und regulieren und damit Grundrechte auf Meinungsfreiheit umsetzen. Über einen staatlichen Infrastrukturanbieter den neuen alten kommerziellen Medienanbietern etwas entgegensetzen zu wollen, verwechselt Journalismus und Druckerpressen. Beides ist notwendig, und beides funktioniert staatsfern besser.

Warum blogge ich das? Als linker grüner Netzpolitiker sollte der Gedanke einer öffentlich-rechtlichen Netzinfrastruktur für mich sympathisch klingen.

Ein klares Nein zur Deutschen Netzinfrastrukturanstalt

Der Blick auf bestehende öffentlich-rechtliche Behörden, auf die Telekom als ehemaligen Staatskonzern, aber auch auf z.B. die „Neue Heimat“ macht mich da allerdings skeptisch. Zudem haben wir kein Vakuum vor uns, sondern einen existierenden Markt. Der lässt sich intelligent mitgestalten – aber nicht mit dem unflexiblen Werkzeug einer neuen behördenartigen Struktur, die in diesen Markt hineingesetzt wird und nun ein bisschen mitspielen soll. Das ist Beton 2.0, nichts weiter.

Insofern plädiere ich für Regulation statt für staatliche Sonderangebote – und dafür, von unten in und neben dem Markt Nischen und „Publikationsangebote“ zu schaffen, statt hier auf den Staat zu setzen. Und natürlich auch dafür, seine eigenen Inhalte nicht alleine der wie auch immer gearteten Cloud anzuvertrauen, sondern diese auch weiter selbst in der Hand zu halten.



Eine virtuelle Versammlung?

8. Februar 2013 – *Digitales Leben, Politik und Gesellschaft*

Ein [apokryphes Dokument](#)¹ aus der Zukunft, das seinen Weg in Anatol Stefanowitsch *Tumblr*-Blog gefunden hat, hält als historische Lebensleistung der PIRATEN die Einführung von Werkzeugen für mehr direkte Beteiligung der BürgerInnen an der Demokratie fest. Ich bin mir sicher, dass zukünftige HistorikerInnen heftig darüber streiten werden, ob das nicht das Verdienst der Regierung Kretschmann II (vor der Fusion mit der Schweiz) gewesen sein wird, aber darum soll es jetzt nicht gehen.

¹ <http://astefanowitsch.tumblr.com/post/42569487622/aus-den-akten-der-zweiten-expedition-dokument-529> (2026: nicht mehr aktiv)

Dass PIRATEN auf Tools statt auf Inhalte setzen (bzw. darauf, dass die Tools auch Inhalte sind), ist jetzt nicht so neu. Umso spannender finde ich die mögliche heiße Kartoffel des nächsten Piratenparteitags, die das Kürzel SMV trägt. Als Baden-Württemberger klingt das für mich zunächst mal nach Schülermitverwaltung, und so ungefähr das ist es wohl auch. Genauer: eine „Ständige Mitgliederversammlung“.

Das hat mich nun aufhorchen lassen, weil ein Erkenntnis meiner in grauen Vorzeiten geschriebenen Magisterarbeit ([Aufsatz dazu, 2003](#)) über den damaligen Virtuellen Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg darin bestand, dass tatsächliche Veränderungen im Machtgefüge durch einen Virtuellen Parteitag nur zu erwarten sind, wenn dieser kein einmaliges Ereignis bleibt, sondern eine dauerhafte Struktur wird. Was dann nicht der Fall war – ich denke, auch aufgrund der verschiedenen Funktionen (Inszenierung nach außen, Sozialisation nach innen), die mit einem an einem Ort stattfindenden Parteitag doch deutlich besser zu vereinbaren sind als mit einer virtuellen Mitgliederversammlung im Netz.

Ein Überblick zur SMV (und eine Auseinandersetzung mit einigen beliebten Gegenargumenten aus einer Pro-SMV-Sicht) [findet sich hier ziemlich umfänglich](#)². Letztlich würde SMV, wenn ich das richtig verstehe, bedeuten, dass inhaltliche Abstimmungen, die sich *nicht* auf Wahlen, Parteiprogramme und Satzungen beziehen, verbindlich nicht nur auf realräumlichen Mitgliederversammlungen (die Piraten haben hier kein Delegiertenprinzip, mit allen sich daraus ergebenden Verzerrungen), sondern auch mit Hilfe einer speziellen Software-Infrastruktur gefällt werden können. Diese würde sich am bisher schon eingesetzten System „*Liquid Feedback*“ orientieren, d.h. Stimmen zu bestimmten Themen können an Fachleute delegiert werden.

Neben der Beteiligungsfrage (wer hat, wer nimmt sich die Zeit, sich zu beteiligen?) ist ein kniffliger Punkt an der SMV das Wahlcomputerdilemma (vgl. [fefe](#)³): Eine geheime Abstimmung per Netz ist vermutlich

² <http://blog.nlohmann.me/20130130/smv/> (2026: noch aufrufbar)

³ <http://blog.fefe.de/?ts=b23f68fa> (2026: noch aufrufbar)

immer manipulierbar. Entsprechend setzen die PIRATEN hier auf offene, möglicherweise pseudonyme Abstimmungen, um so – zumindest innerhalb einer gewissen Frist – eine Überprüfbarkeit sicherzustellen. Auch das ist allerdings nicht trivial, da irgendwie überprüft werden muss, ob ich a. die Person bin, die zu sein ich vorgebe und b. ob ich stimmberechtigt bin. Eine Idee ist dabei wohl die Akkreditierung auf einem realräumlichen Parteitag.⁴

Die verschiedenen SMV-Varianten befinden sich derzeit im aktuellen „Liquid Feedback“ – das nur beratenden Charakter hat – als Satzungsänderungsanträge für den nächsten Parteitag der Piraten in der Diskussion (Diskussionspad dazu). Diskutiert wird unter anderem darüber, ob es neben Abstimmungsrechten auch „Rederecht“ geben soll – und wie das technisch umzusetzen wäre (Telefonkonferenz, Forum, Wiki – wohl außerhalb der Abstimmungssoftware). Unter dem Gesichtspunkt innerparteilicher *Meinungsbildung* fände ich eine organisatorische Trennung zwischen Beschlusstool und Diskussion extrem irritierend.

Noch zwei weitere Dinge sind mir bei meinem Blick ins *Liquid Feedback* aufgefallen: So richtig mitreißend und intuitiv ist die Oberfläche nicht (z.B. ist es mir nicht gelungen, herauszukriegen, wie viele Personen an der Arbeit an den SMV-Anträgen beteiligt sind). Und dann gibt es da – formal wie inhaltlich – einen gewissen Deutschbürokratismus in Verbindung mit dem Wunsch nach Perfektion. Heraus kommen aus meiner laienhaften Sicht überkomplexe Satzungsvorgaben und Satzungen, die dem Wunsch nach einem möglichst hürdenlosen Beteiligungsformat doch deutlich entgegenstehen (doppelte Abstimmungen, um nur ein Beispiel zu nennen, Beschlussfähigkeit). Da ist sie wieder, die Partei der DIN-Norm-Trolle, die von *raw code* und *trial and error* nichts hält.

Trotzdem ist es ehrenwert, dass bei den PIRATEN versucht wird, die technische Ausweitung der Parteibasis voranzutreiben. Nehmen wir mal an, es gelingt ihnen, die bürokratischen und technischen Probleme

⁴ Prognose: das führt dann dazu, dass nur eine relativ kleine Teilmenge aller an diesem Parteitag Teilnehmenden sich an der SMV beteiligt – und niemand sonst.

zu lösen und SMV tatsächlich in der Satzung zu verankern. Würde sich was ändern? Vermutlich würden ein Haufen inhaltlicher Resolutionen und Positionen beschlossen – 90 Prozent davon allerdings unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit, weil die Multiplikationswirkung von Parteitagsevents mit inszenierten Streits fehlt. Die anderen zehn Prozent der Beschlüsse würden wahrgenommen, weil Piraten mit großer „Reichweite“ – Bundesvorstände, Abgeordnete etc. – sich dazu öffentlich positionieren.

Und auf der Seite der Abstimmenden? Je nach Prozedere wäre meine Prognose auch hier ein eher geringer Prozentsatz an Aktiven – ein Prozent, die jede freie Minute in der SMV verbringen, bis der Endgegner besiegt ist, neun Prozent, die sich mal eingeloggt haben und das Passwort rauskramen, wenn sie von einer besonders wichtigen Abstimmung hören. Und 90 Prozent, die den PIRATEN beigetreten sind, weil sie Beteiligung und Transparenz toll finden, aber letztlich feststellen, dass das auch so läuft. Zu pessimistisch?

Fazit: Eine ständige Mitgliederversammlung könnte ein mutiger Schritt sein. Ob es den PIRATEN gelingt, hier soviel Mut aufzubringen, dass andere Parteien ein gutes Modell kopieren werden, bezweifle ich. Den tatsächlichen Einfluss (aka Macht) eines Tools wie SMV scheinen mir die PIRATEN deutlich zu überschätzen – letztlich kommt es nicht auf die Beschlussfassung an, sondern darauf, diese publik zu machen und zu deuten (und vorher bestimmte Beschlüsse undenkbar werden zu lassen). Hier hebt eine SMV die Aufmerksamkeitsressourcen von Köpfen und öffentlich inszenierten Streits nicht aus. Wie wichtig ist ein Papier, das beschlossen wird, von dem aber niemand weiß?

Warum blogge ich das? Weil ich mir mit Blick auf die Antragsflut grüner Parteitage und die Zeitabhängigkeit demokratischer Beteiligung durchaus wünsche, dass sich hier was bewegt, aber nicht wirklich überzeugt davon bin, dass eine SMV strukturell etwas ändert.



Netzpolitik war nie ein *Three-Letter-Acronym*

26. März 2013 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Die Nachhutgefechte im netzpolitischen Sandkasten, in denen es darum geht, ultimativ zu klären, wer schuld daran ist, dass das Leistungsschutzrecht (LSR) am vergangenen Freitag im Bundesrat nicht gestoppt wurde,¹ haben auch ihr Gutes. Um die Spannung hochzuhalten, möchte ich vorher allerdings erst nochmal einige Fakten dazu einschieben, wie das LSR verabschiedet wurde.

¹ <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2013/03/22/kurz-netzpolitische-umfallerpartei-spd/>

I. Wir sitzen im Sandkasten und sehen der Presse dabei zu, wie sie ihren Sieg nicht feiert

Auf Druck der Zeitungsverlage taucht im Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP der Punkt „Einführung eines Leistungsschutzrechts für Presseverlage“ auf. Das Justizministerium legt Entwürfe vor, die mit gutem Willen als Versuch gedeutet werden können, das Ganze aufgrund von Unfähigkeit scheitern zu lassen. Die PIRATEN unter ihrem Anführer B.G. Kramm versuchen sich an einer Online-Petition und scheitern damit recht deutlich² (was dann auch schon zu Debatten darüber führt, warum das Netz nicht organisationsfähig ist). Die Oppositionsparteien im Bundestag halten die überarbeiteten Entwürfe eines Leistungsschutzrechtes für Mist. Auch der Bundesrat äußert Kritik am Entwurf. In mehreren Anhörungen wird das Konzept zerrissen. Das Gesetz wird abgespeckt, bis eine hohe Rechtsunsicherheit erreicht ist (was zählt als kurzer Textausschnitt, was nicht, wer ist gewerblich, wer nicht, ...).

Die NetzpolitikerInnen von CDU, CSU und FDP setzen in ihrer Ablehnung des LSR auf die SPD, aber die hat aus seltsamen Gründen keine Mehrheit im Bundestag. Mit der Mehrheit der Regierungsfraktionen³ – bei ganz wenigen Abweichungen – wird das Leistungsschutzrecht im Bundestag angenommen. Diverse Kampagnenversuche (Spontandemo der *Digiges* etc.) laufen eher ins Leere.

Ein Problem dabei: Die Presse berichtet kaum darüber, dass das Netz dieses Presselobbygesetz nicht mag. Letzte Hoffnung Bundesrat, Alvar Freude schreibt offene Briefe an MinisterpräsidentInnen, die SPD macht große Ankündigungen und fällt dann – NRW, Hamburg – doch um. Immerhin bleibt das Versprechen Peer Steinbrücks, nach gewonnener Bundestagswahl ein handwerklich besseres Leistungsschutzrecht umzusetzen, während die NetzpolitikerInnen von Bündnis 90/Die Grünen deutlich machen, dass sie ein Leistungsschutzrecht für den falschen Weg halten, um der Presse ins 21. Jahrhundert zu helfen.

² <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2012/10/11/aus-der-lsr-petition-ler-nen-statt-zu-verzweifeln/>

³ <https://blog.till-westermayer.de/2013/03/kurz-carta-zahlt-mal-eben-durch/>

Und da stehen wir jetzt: Die alten Medien scheinen gesiegt zu haben (auch wenn z.B. Konstantin von Notz in der jetzt verabschiedeten, deutlich abgespeckten und widersprüchlichen Fassung eher einen Pyrrhussieg der Verlage sieht). Das Netz erkennt seine Machtlosigkeit. Und damit sitzen wir mitten im Sandkasten.

Lag's daran, dass die PIRATEN vom Weg abgekommen sind? War „Netzpolitik“ in den sogenannten etablierten Parteien nur eine wohlfeiles Themenkonjunktur, die niemand ernst genommen hat? Hätte anders agitiert werden müssen? Lag's am Zeilenabstand der Flugblätter, oder daran, dass das Thema niemand so richtig betroffen gemacht hat? Was meinen Lobo? All diese Gefechte und Selbstbespiegelungen lassen sich trefflich eskalieren, beispielsweise in Kanälen wie Twitter. Aber es sind auch mindestens zwei Texte entstanden, die es sich lohnt zu lesen.

II. Auf der Alm, da gibt's koa Öffentlichkeit

Da ist zum einen Michael „mspro“ Seemann, der die LSR-Schuldzuweisungsphase zum Anlass nimmt, wütend nachzufragen, wo eigentlich vorne ist⁴. Da tauchen einige Wahrheiten auf. Das eine ist sein Rückblick auf ACTA. Wer hat ACTA gekippt?

„Blöderweise waren das aber gar nicht wir. Das waren die Kids, die Youtubegeneration. Wir – die netzpolitisch Dauerbewegten – waren da eher eine Randerscheinung. Klar, die „Digitale Gesellschaft“ ein Bündnis aus Piraten, Anons, Digiges und Hedonisten hat das ganze organisatorisch gewuppt. Aber mobilisiert haben andere.“

Ob daraus gleich ein Generationenkonflikt („Wir merken gar nicht, wie wir Christoph Keese immer ähnlicher werden, wenn wir voller Entrüstung einen Bestandsschutz für den Google Reader fordern, als ob die Zukunft der Demokratie daran hinge.“) konstruiert werden muss, sei einmal dahingestellt. Aber recht hat er: Die ACTA-Proteste waren auch aus meiner Sicht erfolgreich, weil das Thema auf Schulhöfen und auf

⁴ <http://mspr0.de/?p=3493>

der Straße diskutiert wurde. Es war ein Element des öffentlichen Diskurses, es wurde eben nicht nur im Netz thematisiert, sondern auch die klassischen Massenmedien stellten (Filterlogik: passiert da was Neues – ja?) fest, dass es interessant ist, über die ACTA-Proteste zu berichten. Damit kam es zu einer positiven Feedbackspirale, die letztlich politische Aufmerksamkeit genug produziert hat, um ein Thema zu setzen und damit vorerst erfolgreich zu sein.

Erst dadurch, dass das Thema ACTA für die Öffentlichkeit außerhalb der netzpolitischen Filterblase („Netzgemeinde“ in all ihren Facetten) ein Thema wurde, konnte dazu letztlich erfolgreich Politik gemacht werden. Und Michael Seemann hat auch recht, wenn er feststellt, dass es auch im Netz eine Öffentlichkeit jenseits der UreinwohnerInnen gibt:

„Aber auf Facebook gibt es Pages mit vielen Millionen Abonnenten, auch in deutscher Sprache. Youtube, Facebook, Tumbler. Ob wir es wollen oder nicht: Dort findet die Öffentlichkeit statt. Wenn man unsere größten Blogs – Netzpolitik, Fefe, Hastenichtgesehen – daneben stellt,



befindet sich unsere Relevanz im gerade noch messbaren Bereich. Wenn Spiegel Online mal gerade nicht über uns berichtet, sind wir Scheinriesen, deren Wirken praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet.“

Müssen wir nun das „kleine gemütliche Bergdorf“ verlassen? Ich meine, ja und nein – solange wir als „Netzgemeinde“ uns bewusst sind, dass wir uns gerade am Stammtisch im virtuellen, alternativ angehauchten Szenelokal in angeregten Streit hineinsteigern, spricht nichts dagegen, das zu tun. Ob das jetzt der Cluster der netzgemeinschaftlichen Timelines auf Twitter ist, oder die Sekte, die sich lieber anderswo herumtreibt, ist dabei erstmal egal. Auch der Goffmansche Begriff der Hinterbühne trifft es vermutlich.

Anders sieht es aus, wenn wir tatsächlich organisiert politisch etwas bewegen wollen. Klar, es gibt auch da die Option des digitalen Aussteigerturns – Alpenhütte inklusive – aber so wird aus einem Nischenthema kein öffentliches Thema. Und: Die Öffentlichkeit gibt es trotz Filterblasen und Teilöffentlichkeiten im Netz weiterhin, und vielleicht gibt es sie erst recht.

Es gibt zwei Alternativen zur alternativen Szenekneipe, die beide effektiver sind, wenn es darum geht, im politischen Spiel mitzuspielen. Der eine Weg bleibt auf der Hinterbühne, aber auf einer anderen. Es ist der Weg der klassischen Lobbys. Die Wirtschaftsverbände nutzen diesen Weg (aber nicht nur diesen Weg) ebenso, wie es die großen Umweltverbände tun. Wer im Hintergrundgespräch heimlich, still und leise die Regierung, die Fraktionen, die die Mehrheit bilden (oder sie eines Tages bilden könnten) davon überzeugt, dass es doch gut wäre, dieses zu tun und jenes zu lassen, hat schon halb gewonnen.

Der zweite Weg geht über die Vorderbühne, auf die Straßen, in die Redaktionen – und auf diesem Umweg auch in die Parlamente. Wem es gelingt, sein oder ihr Anliegen so in der Öffentlichkeit zu verankern, dass es für einen kurzen Augenblick der Stabilität die herrschende Meinung zu sein scheint, hat ebenfalls schon halb gewonnen. Und, um auf Michael Seemann zurückzukommen: Indikatoren dafür, dass das gelungen ist, sind heute eben nicht nur die Talkshows und Schlagzeilen, sondern auch die Dinge, die im Gespräch der „ganz normalen Leute“ wie-

dergekäut werden. Die lustigen Bilder, die außerhalb der Filterblase der Netzgemeinde auf Facebook kursieren, das Gespräch in der Straßebahn, am Arbeitsplatz oder am Stammtisch.⁵

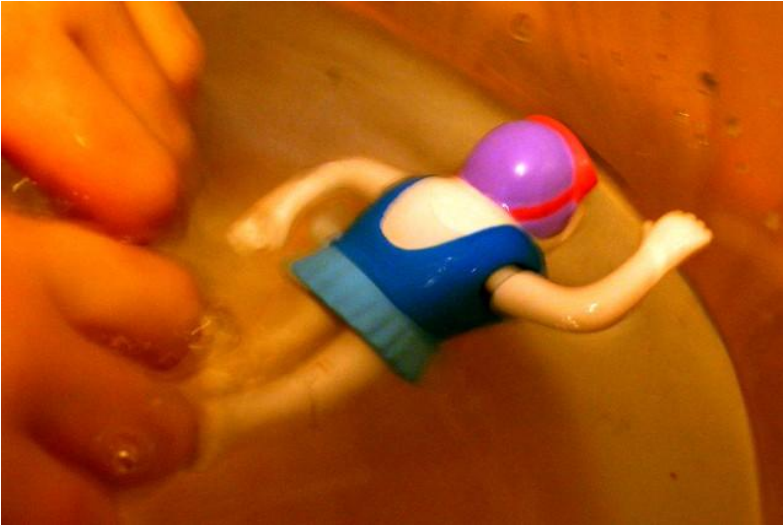
Und natürlich klappt es am allerbesten, wenn beide Wege beschritten werden. Werbung, politische PR, langfristig vorbereitete Projekte zur Stimmungsbeeinflussung, regelmäßige Hintergrundgespräche und Lobbyaktivitäten, aber eben auch die schnelle Reaktion auf Ereignisse mit Folgen. Das Gesamtpaket, das eine Bewegung so bucht, wenn sie von der Bewegung zum Wirtschaftsfaktor und zum politischen Player wird.

Wer sich das vergegenwärtigen möchte, muss nicht die Aktivitäten der INSM sezieren, sondern kann vergleichen, wie die Erneuerbare-Energien-Branche vor zwanzig Jahren (1993) aufgetreten ist, und wie sie heute auftritt. Vom breit im öffentlichen Bewusstsein verankerten, basisdemokratisch-politischen Arm („Atomkraft, nein danke!“) bis zum wirtschaftsstarken Großkonzern und den entsprechenden Verbänden ist da alles dabei.

Was eine solche Orientierung an politikgestalterischer Effektivität mit alternativen Almhütten macht, ist die andere Frage. Die mitschwingt, wenn Seemann am Ende seines Textes vier (mir allerdings zu technik-/plattformdeterministisch gedachte) Alternativen nennt und verwirft, und dann aber Ratlosigkeit äußert. Von mir verkürzt sind seine verworfenen Ratschlag (1) die Proklamierung autarker Techniknutzung (eigener WordPress-Host) für die Massen, (2) die abgeschottete Technikelite (die sich selbst genug ist und in der Bedeutungslosigkeit versinken wird) sowie (3) der „Marsch durch die Institutionen 1“ (lang lebe Facebook!) und (4) der „Marsch durch die Institutionen 2“ (Facebook nutzen, um Facebook zu bekämpfen).

Seemann endet damit, dass er nicht in die Kathrin-Passig-Falle (Technik bis 30 ist innovativ, Technik nach 30 ist verwerflich) tappen will, weiterhin für ein „freies Web“ kämpfen will, aber irgendwie nicht so richtig weiß, wie und wo das geschehen soll.

⁵ #aufschrei hat das übrigens geschafft, für einen Moment genau diesen Sprung vom Netzdiskurs in die Allgenerationensphäre der öffentlichen Meinung zu absolvieren.



Vielleicht liegt diese Ratlosigkeit daran – ich muss das nochmal betonen – dass er Netzpolitik scheinbar mit der technischen Infrastruktur in eins setzt. Mein Verständnis von Netzpolitik ist ein anderes. Dazu gehört allerdings auch, dass ich die Illusion eines „freien Webs“ für problematisch halte. Wir leben zwischen in den Mauerlücken großer Konzerne – egal, ob diese jetzt AOL/Time Warner oder Facebook heißen. Und auch die Nationalstaaten greifen gerne mit zur Mörtelkelle.

In diesen Mauerlücken wachsen schöne Blumen, und auch auf diese Mauern lassen sich Graffiti malen. Aber zu einem realistischen Blick auf das Netz gehört es eben, auch die Mauern zu sehen, die da längst stehen, und die abzureißen nun tatsächlich niemand eine Absicht hat.

III. Das Erwachen der Netzbewegung

Der zweite Text, den ich lesenswert fand, ist auf *Metronaut*⁶ erschienen und hat die Autorenzeile John F. Nebel. „Die Netzgemeinde ist tot,

⁶ <http://www.metronaut.de/2013/03/die-netzgemeinde-ist-tot-lang-lebe-die-netzbewegung/> (2026 nicht mehr erreichbar)

lang lebe die Netzbewegung“, heißt es dort. Letztlich ist dieser Text eine Reihe von Ratschlägen dafür, wie aus der sich selbst genügenden, sich selbst für die Welt haltenden „Netzgemeinde“ (wieder) eine Netzbewegung wird. Ich bin mir nicht sicher, ob der Text eine Reaktion auf den Seemannschen Rant ist, oder ob es sich dabei andersherum verhält, oder ob beide völlig unabhängig voneinander stehen. Auffällig ist zunächst einmal der sprachliche Duktus. Der Text bei *Metronaut* bewegt sich ganz klar in links(-autonomen) Sprachfeldern. Er ist geprägt von der Vorstellung, dass eine soziale Bewegung etwas ist, das *Widerstand* leistet – ein Konzept, das ich bei Michael Seemann nicht wahrnehme. Bei ihm geht es (wenn ich's auf den von mir rausgelesenen Kern verkürze) darum, den Rest der Welt von guten Ideen zu überzeugen, und dabei festzustellen, dass es dafür nicht ausreicht, sich mit denen zu unterhalten, die von den guten Ideen schon überzeugt sind.

„Lang lebe die Netzbewegung“ geht dagegen von einer ganz anderen sozialen Position aus: Wir können etwas bewegen, wir können etwas verändern, aber wir tun das immer gegen „die da oben“. Und John F. Nebel will uns daran erinnern, dass das die gesellschaftliche Position der netzpolitischen Avantgarde ist. Entsprechend hat er acht Tipps für den erfolgreichen Wiederaufbau der Netzbewegung als einer widerständigen sozialen Bewegung (ich kehre gleich noch einmal zu meinem Bemerkungen über Politik und Lobbyismus zurück, keine Sorge). Die sind:

- *Die guten Leute bei den zerfallenden PIRATEN identifizieren*
- *Sich endlich den Aktivist/innen außerhalb Berlins mehr öffnen*
- *Erklären und vereinfachen statt Meta-Meta*
- *Scheiss auf Konkurrenzen*
- *Junge, frische Leute einbinden*
- *Mehr Bloggen, mehr eigene Medien*
- *Runter vom Schoß der Macht*
- *Öffnung für Bürgerrechtsthemen aller Art*

Die Vision, die hinter diesen Ratschlägen steht, ist klar: Um zur politisch relevanten Massenbewegung zu werden, muss die Netzbewegung sich

öffnen (gegenüber dem Rest der Welt außerhalb der Filterblase Berlin (ja, ja, ja!), gegenüber Neulingen, gegenüber BündnispartnerInnen aus der breiteren Bürgerrechtsbewegung). Sie muss sich selbst als politische Bewegung verstehen (dazu gehört die thematische Verkürzung, dazu gehört der Aufbau einer Bewegungsinfrastruktur, dazu gehört das Selbstverständnis, sich nicht von ‚der Macht‘ einwickeln zu lassen, dazu gehört die Nachwuchsarbeit) und muss eine einheitliche Front bilden (mit ehemaligen PIRATEN, über die Grenzen der verschiedenen Vereine hinweg, mit einer Öffnung für Bürgerrechtsthemen).

Die Vision ist klar, und sie wirkt zunächst einmal attraktiv, definitiv sympathisch. Arbeiterbewegung, Friedensbewegung, Umweltbewegung, Autonome Bewegung, Antiglobalisierungsbewegung – und jetzt eben das „Breite linke Bündnis für ein freies Netz für alle“.

Ich wäre froh, wenn es so etwas gäbe. Allerdings zweifle ich daran, dass eine Rekonfiguration als so verstandene Netzbewegung tatsächlich den erwünschten politischen Erfolg mit sich bringen würde. Wenn die PIRATEN nicht den Weg „Partei“ eingeschlagen hätten, hätten wir vielleicht etwas derartiges⁷. Aber selbst dann würden meine Zweifel bleiben.

IV. Die Heterogenität der „Netzgemeinde“, oder: im Zweifel für den Zweifel

Letztlich glaube ich, dass meine Zweifel am Erfolg einer Widerstandsbewegung etwas damit zu tun haben, dass die schönen Etiketten der „Netzpolitik“ oder auch der „Netzgemeinde“ vielfältige Heterogenitäten überdecken. Und damit meine ich nicht die läppischen Flügel der Piraten, sondern die Tatsache, dass es fundamental unterschiedliche Vorstellungen davon gibt, was Netzpolitik eigentlich ist – und ebenso unterschiedliche Vorstellungen davon, was eine darauf bezogene politische Konfiguration eigentlich ausmachen müsste.

⁷ <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2012/08/12/piraten-als-bewegung-die-1970er-im-remake/>

Wer mir das nicht glaubt, darf einfach mal die Frage beantworten, ob ECO, BITKOM und Google netzpolitische Akteure sind. Und wenn nein, warum die nicht dazugehören sollen, meine Timeline aber schon.

Was ist denn die Freiheit des Netzes (des Netzes, und nicht des Webs, lieber Michael Seemann!), die zu erhalten (bzw. zu verteidigen (bzw. erst zu schaffen)) vielleicht noch so etwas wie einen gemeinsamen Kern darstellen könnte? Zwischen Verbraucherschutz und Verbraucherberatung (*Digiges* geht zum Teil in diese Richtung, und das hat auch was für sich) zum ersten, Open-Source-Lobbyismus zum zweiten, Freiheit vom Urheberrecht zum dritten, Antiüberwachungs- bzw.-Bürgerrechtspolitik zum vierten und Zugangsfreiheit zur Infrastruktur zum fünften fallen mir da ganz unterschiedliche Interpretationen der Freiheit des Netzes ein. Welche davon ist die richtige? Oder müssen alle zusammen geteilt werden, um Teil der Bewegung zu sein?

Klar, da gibt es Überschneidungen, klar, da lassen immer mal wieder Bündnisse schmieden. Aber wir sind eben nicht eins – und ich vermute mal, dass das auch für die Berliner Szene gilt. Das Netz intensiv zu nutzen, heißt nicht, die Macht der Konzerne einschränken zu wollen, und wer gegen Überwachung ist, muss noch lange nicht für Blogs sein.



Und, um nochmal auf die Diskussion des Seemannschen Rants zurückzukommen: Das alles ist immer noch Innensicht. (Oder, in den Worten von John F. Nebel: Meta-Meta). Was von diesen verschiedenen Freiheitsvorstellungen in der breiteren Bevölkerung ankommt, was für massenmediale Erzählungen anschlussfähig ist, und was in parlamentarische politische Arbeit übersetzbar ist, muss auch erst noch einmal diskutiert werden.⁸

Was ich damit sagen will: Netzpolitik als Netzpolitik gibt es nicht. Wer darauf aufbaut, ohne sich dessen bewusst zu werden, wird sich immer wieder über zusammenfallende Luftschlösser wundern. Netzpolitik war und ist heute schon eine Politik heterogener Bündnisse, die – so fluide und liquide ist das Netz allemal noch immer – schnell entstehen und schnell zerfallen. (Weswegen ich auch wenig Hoffnung habe, dass nach VDS und LSR bei BDA jetzt der große Erfolg eintritt).

Das alles wäre möglicherweise anders, wenn es im netzpolitischen Spektrum weniger Organisationen mit Allgemeinvertretungsanspruch gäbe (und das sind die parteinahen Verbände ebenso wie notgedrungen BITKOM und CCC), sondern mehr One-Issue-Akteure, die sich auch selbst als solche verstehen.

Oder noch besser, und vielleicht ist das meine Vision: Das Netz ist inzwischen, nach über vierzig Jahren, alltagsselbstverständlich genug, dass es spätestens mit der Übergabe der etablierten Bewegungsinstitutionen, NGOs und Lobbys von unten an die Generation der Mittdreißiger- und -jünger relativ selbstverständlich sein sollte, Freiheiten des Netzes in den jeweiligen Politikfeldern mitzudenken. Nicht durch Netzbeauftragte,

⁸ Kleiner Exkurs: Ich bin als parlamentarischer Berater in der grünen Landtagsfraktion für Netzpolitik mitzuständig. Faktisch ist das beim Thema Urheberrecht Kulturpolitik, beim Thema Breitbandausbau Infrastrukturpolitik für den ländlichen Raum, beim Thema Netzneutralität Verbraucherschutzpolitik, beim Thema Medienkompetenz entweder, je nach Fokus, Bildungspolitik, Sozialpolitik oder Medienpolitik, beim Thema Vorratsdatenspeicherung Innenpolitik, ebenso bei Open Data, und bei ACTA Justizpolitik ... und damit will ich nicht sagen, dass es ein eigenes Netzministerium bräuchte, sondern zeigen, dass, andersherum gedacht, eigentlich überall „Netz“ selbstverständlich mitgedacht werden müsste, was aber wiederum nicht durch eine allzuständige Bewegung erfolgen kann.

sondern weil das halt zu einem abgerundeten politischen Portfolio dazu gehört. Und dann machen Verbraucherschutzorganisationen eben ganz selbstverständlich auch Verbraucherschutz im Netz inkl. Abmahnungen und Netzneutralität, dann denken Bildungsverbände Open Educational Resources und einen sinnvollen Umgang mit dem Urheberrecht mit, und dann gehören Bürgerrechte im Netz ganz klar zum Themenfeld altherwürdiger Bürgerrechtsorganisationen. Gleiches gilt für Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, usw. usf.

Wir sind da noch nicht, jedenfalls noch nicht so ganz. In Teilen schon. Aber vielleicht kommen wir ja da hin. Und vielleicht hilft es dem Anliegen, sich für die verschiedenen Freiheiten des Netzes einzusetzen, deutlich mehr, wenn wir das nicht nur in netzpolitischen Verbänden und Bewegungen/Protobewegungen/Bewegungssubstituten tun (da gerne auch, und gerne reflektiert und der eigenen gesellschaftlichen Position bewusst), sondern ohne viel Aufhebens schlicht und einfach überall. Und bei Bedarf können wir uns verständigen.⁹

Warum blogge ich das? Public reading der beiden Blogtexte. Und weil eine Bewegung, die sich um einen leeren Kern herum versammeln will, eine schöne astronomische Metapher ist, aber typischerweise typische Schwierigkeiten bekommt. Oh, bei der Gelegenheit: Ich bin mir selbst unsicher, was eigentlich die Schlussfolgerung aus diesem Text ist. Würde gerne verschiedene Interpretationen vergleichen.

⁹ Um das am Beispiel BDA – Bestandsdatenauskunft – konkret zu machen: Dass da jetzt via Wiki einerseits (dahinter steht insbesondere die Entität formerly known as *Foebud*) und via Wiki andererseits (dahinter steht ‚Freiheit statt Angst‘ (kurz FSA) und der ‚AK Vorrat‘) versucht wird, u.a. für Demos am 14.4. zu mobilisieren, muss ich leider eher niedlich finden. Ein Tool ist ein Tool, versammelt aber, sofern es nicht schon spürbar brennt, nicht von selbst Protestakteure. Ist doch nicht das erste Mal. Einerseits. Und andererseits gibt es 16 Landesregierungen, die im Bundesrat über das Gesetz entscheiden werden. Wissen die, wie welche Entscheidung wo ankommt? – Oder nochmal LSR: Da muss die Frage doch lauten: Was tun wir jetzt, damit SPD und Grüne für den Fall einer Regierungsbildung nach dem 22.9. keinen Quatsch in ihr Regierungsprogramm schreiben?

Datenbefreiung, oder: staatsmonopolistischer Netzkapitalismus

17. März 2013 – *Digitales Leben, Politik und Gesellschaft*

Google räumt auf, und räumt dabei – zum Juli – auch den Google Reader ab. Wer das nicht kennt: das ist ein Tool, um Blogs und andere Nachrichtenquellen, sofern sie RSS-Feeds haben, synchronisiert zwischen mehreren Geräten zu lesen. Oder etwas weniger technisch: ein Tool, mit dem ich auf einen Blick sehe, welche Artikel in meinen Lieblingsblogs und welche Nachrichten von *tagesschau.de* ich noch nicht gelesen habe, und zwar egal, ob ich auf dem PC, auf dem Smartphone oder auf dem Tablet nachschaue. Zudem sehe ich auf einen Blick, ob meine Lieblingsblogs neue Einträge haben, muss also nicht der Reihe nach durchblättern, was es wo gibt. Der Google Reader war mal mehr (das habe ich aber nie genutzt), und er ist nicht unersetzbar. Tatsächlich setze ich ihn erst aktiv ein, seit ich ein Smartphone benutze. Auf dem PC war das Firefox-interne Handling durchaus ausreichend für mich, um diese gerade beschriebene Funktionalität zu erfüllen.

Trotzdem ärgert mich das Aus für den Google Reader, und da bin ich nicht alleine,¹ auch wenn manche dem auch Gutes in Sachen Monopolvermeidung² abgewinnen können. Was ich konkret mache, mit welchem Tool ich meine Lieblingsblog-Feeds in Zukunft lesen werde, das weiß ich noch nicht. Irgendetwas wird sich finden.

Aber ich musste doch wieder an die Eisenbahn denken. Also, erstmal an die Tatsache, dass netzbasierte, irgendwie „soziale“ Dienste, die werbefinanziert sind, so ein komisches Doppelding aus öffentlicher Infrastruktur und privater Dienstleistung darstellen. Faktisch jedenfalls. Ich hatte da anlässlich diverser Änderungen der Policy mal was über den

¹ <http://www.antipope.org/charlie/blog-static/2013/03/how-i-feel-this-morning.html>

² <http://netzwertig.com/2013/03/14/am-1-juli-ist-schluss-das-ende-des-google-reader-ist-traurig-aber-zu-begruesen/>

Fall Flickr – Wechsel nicht möglich³ geschrieben. Web 2.0 als Abhängigkeits-Internet.

Und weil das so ist, gibt es Menschen wie Alexander Schestag⁴, die es einfach prinzipiell für eine Dummheit halten, seine eigenen Daten bei irgendeinem mehr oder weniger kostenfreien Dienstleister liegen zu haben, statt alles selbst zu hosten. Er schreibt:

„Die Abschaltung des Google Readers wäre der richtige Anlass, um einmal über diese Dinge nachzudenken und vielleicht sogar einen Paradigmenwechsel bezüglich der Organisation digitalen Lebens einzuläuten, die allen Usern vielleicht etwas weniger Komfort, dafür aber wesentlich mehr Sicherheit und Zuverlässigkeit bei eben dieser Organisation geben würde. Aber offensichtlich ist das nicht gewollt. Schade drum. Hier wird gerade eine große Chance verpasst.“

Ich widerspreche ihm insofern, als ich – sagen wir mal, mit Blick auf die Psychologie der Ökonomie und die Existenz einer arbeitsteiligen Gesellschaft – kaum glaube, dass die *Do-it-yourself*-Lösung für mehr als eine winzige Minderheit einer nerdigen Randgruppe überhaupt eine Lösung ist. Klar, es gibt sicherlich wundervolle Tools, um mit wenig Aufwand auf dem eigenen Server all dieses cloudige Zeug zu machen – aber die Verantwortung, das zu administrieren, muss dann eben auch das eigene Hobby sein. Ja, Komfort ist wichtig im Konsum, und nein, es ist nicht nicht gewollt, sondern schlichtweg inkompatibel zum Leben im 21. Jahrhundert. Fast alle sind wir abhängig von irgendwelchen Netz-anbietern. Die wenigen, die das nicht – in dem Maße – sind, sind die, die viel Geld dafür zahlen, andere für sich eine sichere Infrastruktur betreiben zu lassen, oder es sind die, die es lieben, ihre Nächte in Linux-Shells zu verbringen. Der Rest hat *de facto* keine Wahl.

³ <http://www.heise.de/tp/artikel/25/25536/1.html>

⁴ <http://www.schestag.de/2013/03/14/was-wir-aus-der-abschaltung-des-google-readers-lernen-koennten-wenn-wir-denn-wollte/>

Für den Google Reader trifft das mit der Anbieterabhängigkeit übrigens nur bedingt zu, insofern Google Takeout die Möglichkeit bietet, die bei Google-Diensten liegenden persönlichen Daten gebündelt zugestellt zu bekommen und sie gegebenenfalls in ein anderes Tool einzuladen. Also z.B. die Liste meiner Lieblingsblogs⁵. Soweit, so gut.

Aber die Eisenbahnen. Ich finde ja schon seit längerem, dass es wichtig ist, nicht nur das Netz selbst (da geht es um Breitbandzugang, Netzneutralität und Deep Packet Inspection) als *De-facto*-Infrastruktur der Daseinsvorsorge zu betrachten, sondern auch Social Media als Infrastruktur zu verstehen. Wenn ich Twitter, Facebook, meinen Mailserver oder die Suche von Google benutze, dann tue ich das nicht, um zu „twittern“, zu „facebooken“, zu „mailen“ oder zu „googeln“, sondern um zu kommunizieren oder um mich zu informieren. Oder etwas, das irgendwo dazwischen steht – das osmotische Aufschnappen zeitgeistiger Kommunikationswelten auf den Fluren des Netzes, um es mal etwas blumig auszudrücken. Welches Tool-Medium dahinter steht, ist mir eigentlich erstmal egal. Abgesehen davon, dass ich möglichst wenig davon mitkriegen will, dass ich also idealerweise einfach nur kommuniziere.

Ganz so einfach ist es nicht, die medialen Tools machen sich bemerkbar, und die damit verbundenen Einbindungen in Netzwerke natürlich auch. Aber wenn morgen irgendwer das mitteilen würde, dass Facebook zumacht, ich aber mein ganzes soziales Netz 1:1 übertragen kann auf Bubblelab, dann wäre es überhaupt kein Problem, meinen Kommunikations- und Informationsbedürfnissen dort nachzugehen. Denn meine NachbarInnen, Bekannte, ParteifreundInnen und so weiter wären auch schon alle da.

Mit diesem Infrastrukturverständnis von Web-(2.0)-Dienstleistungen im Kopf fiel mir dann die Eisenbahn an. Und – zumindest wenn Wikipedia nicht lügt⁶ – gibt es da ein paar interessante historische Parallelen. So schreibt die Wikipedia:

⁵ <http://www.dataliberation.org/google/reader>

⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Eisenbahn_in_Deutschland

„In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die entstehenden Eisenbahnen in Deutschland von den Menschen unterschiedlich aufgenommen. Während unternehmerisch denkende Menschen wie Friedrich Harkort und Friedrich List in der Eisenbahn eine Möglichkeit zur Belebung der Wirtschaft und zur Überwindung kleinstaatlicher Bevormundung, speziell in Deutschland, sahen und sich deshalb bereits in den 1820er und frühen 1830er Jahren für den Bau von Eisenbahnen einsetzten, fürchteten sich andere vor Qualm und Rauch der Lokomotiven oder sahen durch sie ihr eigenes Einkommen gefährdet.“

Wir sehen eine heftige technikkritische Debatte über dieses große neue Ding Eisenbahn, und stellen fest, dass das Eisenbahnnetz aus einzelnen experimentellen – innovativen, unternehmerischen – Aktivitäten heraus erwachsen ist. Die ersten Strecken wurden von privaten Konsortien errichtet:

„Mehrheitlich und offiziell wird jedoch die 1835 von der privaten Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft in Nürnberg durch den Ingenieur Paul Camille von Denis erbaute Bayerische Ludwigsbahn als erste Eisenbahn in Deutschland angesehen, weil sie neuartige Dampflokomotiven einsetzte.“

Die von dieser privaten Gesellschaft gesetzten Standards hatten Bestand:

„Die Entscheidung der Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft für das englische System mit deren Schienenart und Spurweite, den Spurkränzen, Fahrzeugen und anderem hatte zudem normative Wirkung, da auch spätere deutsche Bahnen das offensichtlich betriebstaugliche System übernahmen.“

Im Rheinland baute ab 1844 die Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft⁷ die Netzinfrastruktur und betrieb einige Eisenbahnlinien. In anderen Landesteilen waren es teilweise auch Staatsbahnen einzelner Herzogtümer etc. Kurz: Mitte des 19. Jahrhunderts ist das Eisenbahnnetz eine

⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Rheinische_Eisenbahn-Gesellschaft

bunte Mischung großer privatwirtschaftlicher Betriebe und einige (halb-)staatlicher Institutionen. Gemeinsame Standards ergeben sich durch die normative Kraft des Faktischen – oder eben auch nicht.

„Die obrigkeitlichen Organe der deutschen Staaten standen dem neu aufkommenden Eisenbahnwesen mit unterschiedlicher Haltung gegenüber. Teils wurde die Initiative den Unternehmern überlassen, teils wurde versucht, eine staatlich getragene Eisenbahn zu fördern, dies am ausgeprägtesten in den süddeutschen Monarchien Baden, Bayern und Württemberg. Preußen setzte dagegen zunächst auf private Bahnen, übernahm aber schon früh einige dieser Bahnen aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten in staatliche Verwaltung, so etwa die Bergisch-Märkische Eisenbahn-Gesellschaft.“

Von 1871 bis 1920 waren Eisenbahnen Länderangelegenheit. Eine reichsweite Regulation gab es nur behelfsweise. „In den 1870er Jahren wurde dennoch das vielfältige Nebeneinander privater und staatlicher Bahnen ein immer gravierenderes Problem, wobei unterschiedliche Tarife die Abwicklung überregionaler Transporte erheblich behinderten. Öffentlich wurde immer häufiger eine Vereinheitlichung eingefordert.“

Ende des 19. Jahrhunderts entstanden parallel kleine private Eisenbahngesellschaften, und es wurden die großen Netze verstaatlicht. Aber alles weiterhin in Länderhoheit, mit Grenzbahnhöfen etc. (Nach mir vor verlass ich mich hier auf die Wikipedia). Ein Effekt der Zusammenführung der großen Netze in einer staatlichen Gesellschaft (in Preußen) war es, dass der Eisenbahnbetrieb rationalisiert werden konnte. Wer bisher eine Eisenbahn betrieb, versuchte, die Konkurrenz zu umgehen, um keine Trassengebühren an diese Zahlen zu müssen. Jetzt konnte übergreifend geplant werden.

Eine umfassende, einheitliche Eisenbahnorganisation wurde dagegen erst nach dem ersten Weltkrieg geschaffen. Die Länderbahnen wurden zur Deutschen Reichsbahn⁸ zusammengefasst, 1924 in ein Staatsunter-

⁸ [http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche Reichsbahn_%281920%E2%80%931945%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Reichsbahn_%281920%E2%80%931945%29)

nehmen eingebracht (und als Reparationsleistung bis 1932 verpfändet). Diverse private Eisenbahngesellschaften wurden erst im Dritten Reich in den Monolithen Reichsbahn übernommen. Nach 1945 wurde diese in der sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR als Deutsche Reichsbahn⁹ weitergeführt. In der französischen Besatzungszone gab es die Südwestdeutschen Eisenbahnen, in der britischen und amerikanischen die „Deutsche Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet“. Aus diesen dreien entstand nach Gründung der Bundesrepublik die Deutsche Bundesbahn¹⁰, ein Sondervermögen des Bundes. 1994 wurden Reichsbahn und Bundesbahn schließlich zur heutigen, staats-eigenen Deutsche Bahn AG¹¹ zusammengeführt – mit immer wieder aufflammenden Wünschen nach weiteren Liberalisierungen und mehr Konkurrenz auf der Strecke.

Was hat das jetzt mit der angekündigten Einstellung des Google Readers zu tun? Direkt nicht wirklich viel – aber vielleicht mag die historische Parallele nicht allzuweit hergeholt sein, dass wir heute eine aus diversen privat finanzierten, tüftlerische Innovationen heraus entstandene, weitgehend privatrechtliche Web-2.0-Netzinfrastruktur haben. Prinzipiell ist das auch eine funktionierende Organisationsform. Kritisch wird es da, wo privatwirtschaftliche Entscheidungen über diese Infrastruktur (z.B. die Einstellung bestimmter Dienste, der Verzicht auf bestimmte Standards) zu Umwegen und Kosten für die NutzerInnen führen. Wäre da nicht eine große, monolithische staatliche Struktur besser, um effizient diese unnötigen Kosten zu vermeiden?

Also so wie die Reichsbahn? Oder wie die Deutsche Netzinfrastrukturanstalt¹²? Das halte ich nach wie vor für falsch. Es geht nicht darum, Google zu verstaatlichen – auch wenn der Blick auf Google etc. als Infrastruktur diesen Gedanken für einen Moment naheliegend erscheinen

⁹ [http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche Reichsbahn %281945%E2%80%931993%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Reichsbahn_%281945%E2%80%931993%29)

¹⁰ [http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche Bundesbahn](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Bundesbahn)

¹¹ [http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche Bahn AG](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Bahn_AG)

¹² Siehe „Ein klares Nein zur Deutschen Netzinfrastrukturanstalt“ in diesem Band.

lässt. Nein, es geht mir darum, noch einmal sehr genau hinzuschauen, welche Standards so lebensnotwendig für eine funktionierende, effiziente Netzinfrastruktur sind, dass sie staatlich reguliert werden müssen.

Das ist – und auch das zeigt das Eisenbahnbeispiel – in einem heißen, alle paar Jahre durch neue Basisinnovationen neu aufgewühltem Markt wie dem Netz schwierig. Eine vor einigen Jahren gesetzlich festgeschriebene HTML-3.0-Kompatibilität wäre etwas Grauenhaftes. Dennoch glaube ich, dass es (neben dem ganzen Feld des Schutzes personenbezogener Daten und was alles sonst noch so unter „Verbraucherschutz 2.0“ fällt) möglicherweise eine gute Idee sein könnte, bestimmte Interoperabilitätsstandards regulatorisch zu unterstützen. Sowas wie eine Verpflichtung von Social-Media-AnbieterInnen, den Stand der Technik, was Austauschformate betrifft, in ihren Plattformen einzusetzen.

Dass es „Google Takeout“ gibt, und dass RSS ein akzeptierter Standard ist, erleichtert es Konkurrenzprodukten zum Google Reader, etwas aufzubauen und sich bei NutzerInnen durchzusetzen. Google Takeout gibt es, wenn ich das richtig nachvollziehe, weil es innerhalb von Google die Data Liberation Front gibt. Das Mission Statement dieser halbwegs revolutionären Ingenieurszelle (gegründet 2007, vor dem Hintergrund einer entsprechenden Aussage des CEO Eric Schmidt im Jahr 2004¹³) ist es:

“Users should be able to control the data they store in any of Google’s products. Our team’s goal is to make it easier to move data in and out.”

Wunderbar. Aber allein schon die Tatsache, dass die spielerischen Revolutionsanleihen funktionieren, zeigen, was für ein großer Schritt es wäre, wenn diese Grundsatz – dass NutzerInnen die Kontrolle über alle Daten behalten, die sie in irgendeinem Produkt von Google (oder einer anderen Firma) ablegen – zu einem Industriestandard würde.

Ich bin mir nicht sicher, ob Eric Schmidts Statement von 2004 – „He wrapped up his talk to employees by clearly stating that Google didn’t

¹³ <http://dataliberation.blogspot.de/2009/09/welcome-to-data-liberation-front.html>

lock its users in. He stressed that we didn't want people to use our products solely because they can't get their data out to switch to a competing service.“ – für die Firma, die Google heute ist, noch gilt. Es wäre schön, wenn das so ist. Weil es Google die Freiheit gibt, unprofitable Dienste zu schließen, und weil es uns allen die tatsächliche Freiheit gibt, mit unseren Daten zur Konkurrenz zu gehen, eine Blog-Reader-Genossenschaft zu gründen, oder letztlich doch auf die DIY-Variante mit dem eigenen Server zurückzugreifen. Nur reicht es da nicht aus, wenn Google die Data Liberation Front duldet – das müssten alle machen. Notfalls eben doch als regulatorischer Eingriff, um Konkurrenz und damit eine funktionierende marktliche Organisation zu ermöglichen.

Warum blogge ich das? Weil ich auch noch kurz was zur Schließung des Google Readers sagen wollte.

Auch in CARTA (19.03.2013) veröffentlicht.

PIRATEN: Ablauf des SMV-Scheiterns

13. Mai 2013 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Im Februar hatte ich mich länger über mögliche Vor- und Nachteile der von den Piraten geplanten ständigen Mitgliederversammlung (SMV) ausgelassen¹. Mein damaliges Fazit:

„Eine ständige Mitgliederversammlung könnte ein mutiger Schritt sein. Ob es den Piraten gelingt, hier soviel Mut aufzubringen, dass andere Parteien ein gutes Modell kopieren werden, bezweifle ich. Den tatsächlichen Einfluss (aka Macht) eines Tools wie SMV scheinen mir die Piraten deutlich zu überschätzen [...]“

Heute haben die Piraten auf ihrem Bundesparteitag über die Einführung einer SMV abgestimmt, die letztlich knapp die satzungsändernde Mehrheit verfehlte – was erwartungsgemäß zu Unkerufen und Abgesängen führte. Ganz am Schluss des Parteitags wurde dann noch eine recht weitreichende Urabstimmungsordnung angenommen, die auch elektronische Abstimmungen erlaubt. Nur hat's niemand mitgekriegt.

Ich habe das alles nur auf Twitter verfolgt, und nicht im Stream, hatte aber den Eindruck, dass auch das relativ komplexe Abstimmungsverfahren auf diesem Parteitag etwas damit zu tun hatte, dass die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit letztlich verfehlt wurde. Deswegen möchte ich in diesem Text – mit Blick in Protokolle, Geschäftsordnung und Antragsbuch (übersichtlich hier) der Piraten – aufdröseln, worüber wann und wie eigentlich abgestimmt wurde.

Zum Themenkomplex „SMV“ gab es erstens eine Reihe von Satzungsänderungsanträgen (SÄA... – mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu beschließen) und zweitens einige Entschließungsanträge (X...), die mit einfacher Mehrheit angenommen werden konnten. Der finale Tagesordnungsvorschlag (laut Wiki) sah letztlich vor, am Freitagabend und am Samstagabend (dann auf Sonntag vertagt) über das Thema SMV zu entscheiden.

¹ Siehe den Beitrag „Eine virtuelle Versammlung?“ in diesem Band.

Im Verlaufsprotokoll der Versammlung beginnt dieses Tagesordnungspunkt am Freitag ab der Marke 20:35:42. Demnach wurden die Anträge zur SMV für die Abstimmung auf fünf „Blöcke“ verteilt:

1. *Debatte über SMV ja oder nein*
2. *Falls 1. ja: weitestgehende SMV-Modelle („Hardcore-SMV“ laut Protokoll)*
3. *Falls 1. ja und 2. nicht angenommen: weniger weitgehende SMV-Modelle („softere Variante davon“ laut Protokoll)*
4. *Unabhängig von der SMV: Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten*
5. *„kommt nur zum Tragen, wenn keine anderen SMV-Anträge angenommen wurden“ (Protokoll)*

Diese Aufteilung in Blöcke wird dann zunächst einmal bis 20:49 diskutiert; es wird danach gefragt, ob einzelne Anträge richtig einsortiert sind und wie insgesamt abgestimmt werden soll. Danach kommt es zu einem GO-Antrag auf ein Meinungsbild über fünf verschiedene Varianten der Beteiligung außerhalb von Parteitag, das für alle Varianten (leicht) positiv ausgeht. Ab hier wird jedoch schon die Tendenz deutlich: eine Mehrheit für mehr Beteiligung, aber keine Zwei-Drittel-Mehrheit.

Block 1: Soll es eine Debatte über SMV geben?

Block 1 besteht aus dem Antrag auf Vertagung aller Anträge auf eine SMV (X016). Der Vertreter des Antrags meint, „jede Entscheidung wäre ein Gegeneinander. Das würde unweigerlich zu einer Verhärtung von Fronten in der Partei führen.“ Die Debatte dazu wird nach Pro und Contra sortiert geführt (insgesamt 10 Beiträge a 2–3 Minuten), wobei einige satirische Wortmeldungen „in der falschen Schlange“ dabei sind. Der Antrag auf Vertagung wird offen abgestimmt, die Versammlungsleitung sieht mehrheitlich Nein-Stimmen, es soll also nicht vertagt werden. Ein Mitglied beantragt daraufhin eine Auszählung, was aber deutlich abgelehnt wird. Damit kann der Parteitag sich mit dem Thema SMV befassen.

Block 2: „Hardcore-SMV“

Um 21.30 Uhr beginnt die eigentliche Auseinandersetzung mit den konkreten Anträgen – bevor es dazu kommt, gibt es allerdings noch einige GO-Anträge, zunächst einen GO-Antrag zum Wahlverfahren. Sollen alle Anträge als konkurrierend angesehen werden (das hieße nach der Piraten-GO: Meinungsbildung via Approval Voting, dann (konkurrierende) Abstimmung über die zwei Anträge mit den meisten Ja-Stimmen)? Der Antrag wird abgelehnt, damit bleibt die Abstimmung in Blöcken. Ein weiterer GO-Antrag auf Unterbrechung der Sitzung wird ebenfalls abgelehnt.

Um 21.35 Uhr kann Christopher Lauer als Antragsteller der beiden Anträge SÄA009 und SÄA010 dann tatsächlich das Wort ergreifen. Beide Anträge wollen eine weitgehende SMV („Hardcore“), mit dem Unterschied, dass SÄA009 die Satzung ausschließt und SÄA010 auch Satzungsänderungen per SMV zulassen würde. Laut dem Überblicksflyer von Niels Lohmann (und laut dem Antragstext ...) wäre SÄA009/010 eine ständig zur Verfügung stehende SMV gewesen, bei der alles bis auf Wahlen (bzw. bis auf Wahlen und Satzungsänderungen) abstimmbar gewesen wäre. Abstimmungen sollen dabei nach dem Prinzip der *Liquid Democracy* stattfinden, in namentlicher (offener) Online-Abstimmung und mit Delegationen.

Zu dem Antragspaar gibt es zunächst die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen, dann beginnt die eigentliche Debatte – vorher jedoch wiederum GO-Anträge, diesmal auf Meinungsbilder, die ein „durchwachsendes“ Ergebnis zeigen. Um 22.04 Uhr fangen die Pro- und Contra-Reden zu den beiden weitestgehenden Anträgen an. Trotz (oder wegen?) der durchwachsenden Meinungsbilder wird um 22.49 Uhr der GO-Antrag gestellt, eine geheime Abstimmung stattfinden zu lassen, der die erforderlichen zwanzig UnterstützerInnen findet – und zu einer länger andauernden GO-Schlacht führt: Ging es um die geheime Auszählung eines GO-Antrags auf Ende der Debatte oder um die geheime Auszählung der eigentlichen Abstimmung? Soll die Sitzung unterbrochen werden? Soll der GO-Antrag auf geheime Abstimmung neu ausgezählt werden? Panik breitet sich aus ... na gut, die Versammlungsleitung rätselt einige Mi-

nuten, wie es weitergehen soll, und schlägt dann vor, die beiden Anträge konkurrierend geheim abzustimmen, was allerdings nur geht, weil „es [...] in der GO da einen Trick mit konkurrierenden Anträgen“ gibt.

Da das Verfahren unklar bleibt, zieht Christopher Lauer den SÄA010 zurück – oder vielmehr, will ihn zurück ziehen, der Antrag wird aber von anderen PiratInnen wieder ins Rennen geschickt. Um 22.53 Uhr wird der Wahlgang dann tatsächlich gestartet – über beide Anträge, im *Approval-Voting*-Verfahren, d.h. die Mitglieder können beiden Anträgen zustimmen, oder einem, oder keinem. Das Wahlverfahren (Option 1 für Antrag 009, Option 2 für Antrag 010, keine Enthaltung) wird erläutert. Es gibt Vorschläge für andere Verfahren, die Rechtmäßigkeit des Verfahrens, das die eigentlich in der Geschäftsordnung vorgesehene Stichwahl bei konkurrierenden Anträgen „integriert“, wird angezweifelt.

Um 23.09 Uhr wird das Wahlverfahren noch einmal umgestoßen: Es soll die zusätzliche Option geben, explizit mit Nein zu stimmen, die aber in der Auszählung identisch mit einem leeren Zettel ist. Das Misstrauen ist groß – u.a. wird gefragt, ob der Wahlleiter sich als parteiisch ansieht. Um 23.15 Uhr kann dann (mit dem üblichen Piratenbrimborium, „zeigt die leeren Urnen“ etc.) endlich der Wahlgang eröffnet werden, um eine Viertelstunde später geschlossen zu werden. Um 23.56 Uhr wird das Ergebnis der Auszählung verkündet:

„2013-05-10 23:56:05 – Wahlleiter: Hallo. Ah... Ich komme dann zum letzten Akt des Tages: Verkündigung des Ergebnisses. 826 Stimmzettel, 811 Gültig. Auf 9, 38.8% auf den 10 49.2%, Nein-Beide 44.9% Damit ist keiner der SÄA angenommen. SÄA009 und SÄA010 sind beide nicht angenommen.“

Damit ist um kurz vor Mitternacht klar, dass keiner der beiden „Hardcore“-Anträge eine Mehrheit, geschweige denn eine Zwei-Drittel-Mehrheit gefunden hat. Um über das Wahlprogramm beschließen zu können, soll der Tagesordnungspunkt SMV erst am nächsten Tag um 19.30 Uhr fortgesetzt werden.

Block 3 und 4: weniger weitgehende Formen der SMV

Am Samstag um 21.30 Uhr sind die Anträge noch nicht aufgerufen; vielmehr wird der Parteitag unterbrochen, um 9.00 Uhr am Sonntag soll es weitergehen. Um 9.10 Uhr gibt es dann zunächst einmal eine kurze politische Rede der Bundesvorstandsmitglieder Sebastian Nerz und Klaus Peukert zum Thema SMV. Tenor: Wir müssen eine Entscheidung treffen und damit leben. Die Versammlungsleitung stellt ein ausgeklügeltes Verfahren vor, mit dem der TOP SMV innerhalb von einer Stunde durchgeführt werden soll. Dazu werden die Redezeiten auf eine! Minute reduziert. Zudem sollen alle Abstimmungen geheim stattfinden – die Versammlungsleitung geht von drei Abstimmungen aus.

Um 9.15 Uhr stellt Niels Lohmann die Anträge SÄA012 und SÄA027 vor. SÄA012 ist eine nur für Entschlüsse, nicht für Programm- oder Satzungsanträge nutzbare bindende Umsetzung der *Liquid Democracy*, mit Delegationen, online, ständig offen, ohne geheime Abstimmungen, aber mit anonymer Abstimmung. Eine Geschäftsordnung für die SMV soll erst auf einem späteren Parteitag beschlossen werden. Anders gesagt: eine Richtungsentscheidung ohne Konkretisierung. SÄA027 erweitert dies um die Online-Abstimmung von Wahlprogrammen.

Es gibt weitere Anträge: SÄA021 entspricht dem SÄA012, verzichtet aber auf die Orientierung am Prinzip der *Liquid Democracy* und auf Delegationen. Jemand stellt SÄA029 vor, der *Liquid-Democracy*-Onlineabstimmungen zur „Ausarbeitung von Beschlussvorlagen“ mit einer dezentralen Offline-Abstimmung verknüpft. Auch hier wird die Konkretisierung auf einen weiteren Parteitag verschoben.

Andi Popp stellt SÄA035 vor, die „SMV light“ – es soll eine Ständige Mitgliederversammlung eingerichtet werden, die Entschlüsse fassen kann und Delegationen vorsieht, die allerdings alle zwei Jahre neu vom Bundesparteitag bestätigt werden muss.

Schließlich wird SÄA041 vorgestellt, die „Schnuffel-SMV“, ein weiteres Modell, das deutlich abgespeckt gegenüber den weitergehenden Vorschlägen ist (und das zusätzlich eine geheime Abstimmung vorsieht, die auf „gegenseitigem Vertrauen“ basiert).

Neben diesen vier verschiedenen „starken“ SMV-Modellen steht zwei Anträge (SÄA026 und SÄA039), die beide darauf setzen, dass nicht online abgestimmt wird, sondern dass eine „Ständige dezentrale Mitgliederversammlung“ eingeführt wird, bei der Wahlurnen in verschiedenen Städten zu bestimmten Zeitpunkten geöffnet sind.

Schließlich wird noch der einzige Block-4-Antrag vorgestellt, SÄA003. Dieser sieht eine klassische Urabstimmung auf Papier vor, mit der außerhalb von Parteitag Personenwahlen und Entschließungen abgestimmt werden können. Der Antrag steht nicht in Konkurrenz zu den SMV-Anträgen, sondern will die Satzung der Piraten um ein Instrument ergänzen, das viele andere Parteien in ihren Satzungen längst kennen und gelegentlich auch einsetzen.

Ab 9.29 Uhr dürfen zu den vorgestellten Anträgen Verständnisfragen gestellt werden. Nach zehn Minuten ist die Fragerunde auch schon vorbei, und es gibt einen GO-Antrag auf Meinungsbilder. In diesem Meinungsbild kristallisiert sich heraus, dass eine Mehrheit eine SMV haben möchte, die Beschlüsse zu Programmen fasst, aber nicht zu Satzungen und Personen, die eher geheime Abstimmungen ermöglichen soll, die den Prinzipien der *Liquid Democracy* folgen soll, aber eher keine Delegationen vorsieht, und die online und regelmäßig stattfinden soll.

Die sieben Anträge werden in 20 kurzen, aber zumindest dem Protokoll nach durchaus sachlichen Redebeiträgen erörtert und die weltbewegende Bedeutung einer auf ständige Online-Abstimmungen setzenden Partei beschworen. Ab 10.23 Uhr – die Stunde, die für das Thema vorgesehen wurde, ist inzwischen überschritten – wird das Wahlverfahren erläutert. Die Anträge werden blockweise (3A – die verschiedenen Varianten zu Online-Beteiligung; 3B – dezentrale Parteitage; 4 – Urabstimmungen) im *Approval-Voting*-Verfahren abgestimmt, alle Abstimmungen sind geheim. Um 10.49 Uhr ist der erste Wahlgang zu Block 3A geschlossen.

Um 11.28 Uhr steht fest, dass im *Approval-Voting* kein Antrag in Block 3A eine Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht hat. Eine ganze Reihe an Anträgen erreicht allerdings die einfache Mehrheit. Am besten schneidet die „SMV

light“ mit 58 Prozent Zustimmung ab. Da keine Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht wurde, wird über Block 3B abgestimmt. Um 12.36 Uhr ist klar, dass auch die beiden Anträge zur Ständigen dezentralen Mitgliederversammlung keine ausreichende Mehrheit erhalten haben. In beiden Fällen wird aber wiederum die einfache Mehrheit klar überschritten (55%). Schließlich wird um 12.38 Uhr der Block 4 – Urabstimmung ja oder nein – geheim abgestimmt. Dieser wird mit 68,2 Prozent knapp angenommen, damit ergänzen die Piraten ihre Satzung um die Möglichkeit, zunächst einmal ganz klassische Urabstimmungen durchführen zu können.

Block 2 und 3, zweite Runde

Um 12.59 Uhr fällt der Versammlung auf, dass das für die *Approval-Voting*-Wahlen zur SMV verwendete Verfahren vermutlich nicht der Satzung/Geschäftsordnung entspricht: Es gab zwar *Approval Voting*, aber der in der Geschäftsordnung enthaltene „Bestätigungswahlgang“ fehlte jeweils. Die Versammlung schließt sich dieser Einschätzung an.² Es folgen also weitere geheime Abstimmungen – allerdings braucht die Versammlung bis 13.25 Uhr, um zu klären, was genau abgestimmt werden soll.

Die Abstimmungen selbst „kommen auf den Stack“ – sprich, sie finden statt, sobald Wahlleiter und WahlhelferInnen wieder bereit sind. Um 14.51 Uhr (wir erinnern uns, es ist Sonntag, allmählich reisen die ersten ab aus dem fränkischen Neumarkt ...) kommt es dann zur Stichwahl zwischen SÄA027 und SÄA035. Um 14.53 Uhr wird die Frage gestellt, die ich mir auch stelle: Wenn Block 2 weitergehend als Block 3 ist, müsste eigentlich zuerst die Stichwahl zu den „Hardcore-SMV“-Anträgen stattfinden. Wird aber abgelehnt. Letztlich geht es um die Stichwahl, welcher Antrag endgültig abgestimmt werden soll. Eigentlich müsste die Zwei-Drittel-Mehrheit dann auch erst für diese letzte Abstimmung gelten ...

In der Stichwahl zu Block 3A ergibt sich letztlich eine einfache Mehrheit (wenige Stimmen Vorsprung) für SÄA027. Dieser wird daraufhin

² Interessant finde ich, nebenbei gemerkt, dass es keine Darlegung der Versammlungsleitung gab, warum sie der Meinung war, dass das gewählte Verfahren zulässig ist.

(um 15.45 Uhr) erneut geheim abgestimmt – diesmal ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig. Diese wird mit 65 Prozent äußerst knapp verfehlt, die „SMV light“ wird damit nicht in die Satzung aufgenommen.

Ähnlich sieht es bei der ständigen dezentralen Urnenwahl aus – diese verfehlt mit 57 Prozent das Quorum allerdings recht deutlich.

Der „Hardcore-SMV“ aus Block 2, die ebenfalls noch einmal geheim endabgestimmt wird, ergeht es nicht besser. Bei um 17.19 Uhr noch 762 abgegebenen Stimmen erreicht sie 52 Prozent und verfehlt damit – wie um 18.13 Uhr feststeht – das Quorum deutlich. Interessant allerdings die Zunahme der Ja-Stimmen im Vergleich zur Abstimmung am Freitag.

Block 5: andere elektronische Abstimmungen

Parallel wird ab 15.17 Uhr zur beschlossenen Urabstimmung noch die „Entscheidungsordnung“ behandelt (X011) – in einer spontanen, intensiven Diskussion bis 15.45 Uhr. Im Protokoll liest es sich so, als würden einige der Anwesenden unter dieser auch die SMV verstehen. Ob die Mitglieder der Piraten da noch wussten, über was sie abstimmen?³

Die Abstimmung zu dieser Debatte findet dann (parallel zur Abstimmung über die „Hardcore-SMV“) ab 17.30 Uhr statt. Um 18.31 Uhr steht – während Mitfahrgelegenheiten angeboten und die Halle aufgeräumt wird – fest, dass der Antrag die hier notwendige 50%-Hürde übersprungen hat – 64 Prozent haben ihm zugestimmt.

Fazit

Während die lange diskutierten und ausgearbeiteten SMV-Modelle in jeglichen Varianten keine Zwei-Drittel-Mehrheit gefunden hat, wurde am Schluss – über die Hintertür einer Urabstimmungsordnung – ein

³ Interessanterweise enthält X011 tatsächlich einige Regelungen, die es ermöglichen, elektronische Abstimmungen mit Einmaltokens vorzunehmen, und relativ niedrige Hürden für Abstimmungsanträge – was wohl dazu führen wird, dass es zu den vierteljährlichen Stichtagen eine Flut von Urabstimmungsanträgen geben könnte.

recht komplexes und umfangreiches Modell der möglicherweise elektronischen, vierteljährlichen Urabstimmung in die Satzung und die Geschäftsordnung der Piratenpartei aufgenommen. Das kann zwar keine ständigen Online-Abstimmungen mit Delegationen, wäre aber in der Lage dazu, im vierteljährlichen Rhythmus dazu genutzt zu werden, ergänzend zu den regulären Parteitag der Piraten über alle möglichen Entschließungsanträge und Personenwahlen abzustimmen (ohne Debatteplattform dazu). Ich bin gespannt, ob dieses Tool dann tatsächlich genutzt wird – oder ob es, wie bei anderen Parteien (die allerdings nur nicht-elektronische Varianten der Urabstimmung vorsehen) nur alle paar Jahre tatsächlich hervorgekramt wird.

Warum blogge ich das? Mehr als Lesenotizen zum Protokoll des Piratenparteitags.



Die drei Ebenen des Falls Johannes Ponader

6. Juli 2012 – Grundeinkommen, Politik und Gesellschaft, Soziologisch gesehen

Der FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher ist ja sowas wie ein Piratenfan. Auch deswegen ist dem politischen Geschäftsführer der PIRATEN, Johannes Ponader, ein kleiner medialer Coup gelungen: Er hat – um die Pointe vorwegzunehmen – öffentlich erklärt, auf seinen Arbeitslosengeld-II-Anspruch zu verzichten. Das hat eine ganze Menge unterschiedlicher Reaktionen ausgelöst, vor allem von denen, die Ponaders Überschrift „Abschied vom Amt“ falsch verstanden haben. Parteiübergreifend, versteht sich ([schön analysiert dies das Blog der digitalen LINKEN](#)¹). Und es war auch eine Reaktion – darauf, dass versucht wurde, ihn öffentlich in eine Reihe mit Florida-Rolf etc. zu stellen, also als einen, der

¹ <https://blog.die-linke.de/digitalelinke/piraten-als-noch-nicht-partei-ein-lehrstuck-2/>

Sozialleistungen missbraucht. Ich finde Ponaders Reaktion nach wie vor respektabel. Bei einem freiberuflichen Theatermenschen ist die Idee, dass es sich hierbei durchaus auch um eine Inszenierung handelt, nicht so weit hergeholt – aber: die ist gelungen, und sie erfüllt meines Erachtens sowohl den Zweck, ihn selbst politisch zu präsentieren (das ist etwas, für das PolitikerInnen gerne auch einmal bezahlt werden, jedenfalls durchaus ihre Aufgabe) als auch den Zweck, eine ganze Reihe von Missständen im Zusammenhang mit der Agentur für Arbeit und den Hartz-Gesetzen einem damit sonst eher nicht in Berührung kommenden Publikum vor Augen zu führen. Auch wenn's in diesem Fall die politische Konkurrenz macht, finde ich das Vorgehen hier gut und richtig.

Ebenso wichtig ist es, dabei zwischen den unterschiedlichen Ebenen zu unterscheiden, die der „Fall Ponader“ inzwischen angenommen hat. Ein Argumentationsstrang – zuletzt ist mir hier vor allem Bodo Ramelow aufgefallen – bezieht sich auf die Ehrenamtlichkeit politischer Ämter. Ein zweiter Diskursstrang betrifft die Frage, ob die von Ponader beschriebenen Missstände im Jobcenter Einzelfallcharakter haben oder nicht. Und drittens geht es um die große Frage nach der Zukunft der Erwerbsarbeit und um das bedingungslose Grundeinkommen. All das vermischt sich in der Diskussion.

I. Die Ebene der Ehrenamtlichkeit

Johannes Ponader ist politischer Geschäftsführer der PIRATEN. Das ist in der Piratenpartei wie alle Vorstandsposten ein Ehrenamt. Er selbst legt Wert darauf, zwischen seinem Amt des politischen Geschäftsführers und dem Amt eines oder einer BundesgeschäftsführerIn zu unterscheiden; letzteres eher als Verwaltungsfunktion verstanden. Auf grüne Verhältnisse übertragen: Ponader ist die Steffi Lemke der PIRATEN, nicht deren Dorothea Staiger.

Die Linie der PIRATEN, zunächst einmal die Angestellten der Partei zu entlohnen (PressesprecherIn, Buchhaltung, oder eben auch Bundesgeschäftsführung), und den Vorstand bis auf weiteres ehrenamtlich

auszugestalten, finde ich für eine junge, finanziell und politisch noch nicht so ganz etablierte Partei nicht so ungewöhnlich. Ohne das im Detail recherchiert zu haben, würde es mich nicht wundern, wenn beispielsweise die Landesvorsitzenden, SchatzmeisterInnen etc. grüner Landesverbände auch heute nicht in allen Bundesländern hauptamtliche Posten sind. Aus Baden-Württemberg (vergleichbar viele zahlende Mitglieder wie bei den PIRATEN auf Bundesebene) weiß ich, dass wir unsere beiden Vorsitzenden und den Schatzmeister bezahlen, dass das aber von der Ausgestaltung her eher 3/4-Stellen sind.

Natürlich hat es Schattenseiten, wenn eine Partei ihr politisches Personal nicht bezahlen kann. Die 20, 30, 40 Stunden Engagement pro Woche neben einen Beruf zu packen, dass ist es etwas, das vermutlich ziemlich viel mit Burnout und hoher Fluktuation zu tun hat. Besonders professionell ist es nicht.

Aber, um zum Punkt zu kommen: Wenn der Bundesvorsitzende der PIRATEN, Bernd Schlömer, im Hauptberuf Beamter im Verteidigungsministerium ist, und sich nebenbei ehrenamtlich politisch engagiert, dann mag das zu Debatten über die politische Zurückhaltungspflicht von BeamtInnen führen. Es stellt aber niemand in Frage, dass das prinzipiell möglich ist. Sonst wäre es – wenn die Piratenpartei nicht das Geld oder den Willen hat, ihr politisches Personal zu bezahlen – letztlich ein Job, der nur den Ehemännern reicher Frauen, FabrikbesitzerInnen oder von MäzenatInnen geförderten Menschen möglich wäre.

Ponader hat einen Hauptberuf – er ist freiberuflicher Theaterpädagoge und Regisseur. Das ist nun nicht unbedingt eine Tätigkeit, die mit hohen Einnahmen verbunden ist. Aufgrund der Freiberuflichkeit mag diese Tätigkeit manchen suspekter erscheinen, als sie es wäre, wenn Ponader in, sagen wir, einem Jugendzentrum fest angestellt wäre. So sieht unsere Berufswelt heute aber eben schon längst nicht mehr aus.

Bevor ich zu den anderen beiden Ebenen komme, muss ich doch noch eine spitze Bemerkung zu LINKEN und anderen SozialdemokratInnen loswerden. In der Debatte um Ponaders Text in der FAZ waren die es, die sich meinem Gefühl nach am meisten dadurch hervorgetan haben, dass

sie forderten, er solle sich doch einen ordentlichen Job suchen. Und das ist leider kein Einzelfall: Sozialdemokratie steht nach wie vor Fest zu Bebel und der Bibel: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Im Kern der Arbeitspartei steht nach wie vor eine Arbeitsreligion, der alles als höchst seltsam und fragwürdig erscheint, was sich nicht in ein reguläres *Nine-to-Five*-Arbeitsverhältnis mit Wochenendzulagen packen lässt.

Das führt dann auf der anderen Seite – beispielsweise in den Gewerkschaften – nicht nur zu einem schwierigen Verhältnis zu Alleinselbstständigkeit und Freiberuflichkeit, sondern auch dazu, dass eine Hierarchie bezahlter Funktionärsposten als völlig selbstverständlich erscheint. Und was – wie in autonomen Bewegungen üblich – ohne Geldleistung freiwillig gemacht wird, kann ja nichts wert sein. Hier prallen immer noch Welten aufeinander.

II. Die Misstände im Jobcenter

In seinem Text beschreibt Ponader sehr plastisch, dass die Arbeitsagentur trotz aller Kunden-Rhetorik nach wie vor eine auf ganz bestimmte Ziele hin ausgerichtete Behörde ist. Ich will gar nicht in Frage stellen, dass es auch dort MitarbeiterInnen gibt, die sich engagiert und aktiv darum kümmern, passende Jobs für ganz unterschiedliche Menschen zu finden. Generell betrachte ich das von Ponader beschriebene System für höchst plausibel. Und er ist ja auch nicht der erste, der sich darüber beklagt – aber vielleicht der erste, der das so unerwartet sichtbar und offensiv tut.

Auch die Arbeitsagentur hängt, meine ich jedenfalls sagen zu können, sehr stark an herkömmlichen Vorstellungen von Arbeit und Beruf. Freiberuflichkeit mit Phasen der Arbeitslosigkeit dazwischen – das passt nicht ins Vermittlungsschema. Und brotlose Künste erst recht nicht – wollen Sie nicht was vernünftiges machen, junger Mann?

Vor inzwischen auch schon wieder zwölf Jahren war ich stellvertretender Vorsitzender des AStA/u-asta der Universität Freiburg. Ein Ehrenamt, neben dem weiter studiert wurde. Und was tat die damals noch

Arbeitsamt heißende Behörde, als zufällig mein Name in der Zeitung stand? Bei meinem Vater anrufen, ob den das Kindergeld, das meine Eltern damals für mich bekamen, korrekt abgerechnet sei. Schließlich sei ich ja als ASTA-Vorstand tätig, und das sei ja sicher bezahlt, insofern der Anspruch auf Kindergeld vermutlich nichtig. Was es natürlich nicht war. So dachte das Arbeitsamt vor zwölf Jahren, und mit mindestens dem selben Misstrauen agiert die Agentur für Arbeit heute.

Ich selbst hatte mir der Agentur für Arbeit bisher einmal zu tun. Nicht als Hartz-IV-Empfänger, sondern in der recht komfortablen Situation, als Akademiker mit Anspruch auf ALG-I nach dem Auslaufen einer Drittmittelstelle diesen Anspruch für ein paar Monate überbrückend einlösen zu können.

„Akademiker“: Wichtig, weil da im Jobcenter durchaus sortiert wird, und die Behandlung eine andere ist. Meine Betreuerin versuchte, hilfreich zu sein – aber den spezialisierten, zu einem großen Teil auf Kontakte und „mitkriegen, dass was frei wird“ beruhenden Jobmarkt für Soziologen mit meinen Spezialisierungen hatte ich trotzdem deutlich besser im Blick als sie, die für alles von Zahnmedizinerinnen bis zu Altägyptologen zuständig war. Dass das Amt Termine festsetzte, statt sie zu vereinbaren nervte mich ebenso wie die abgeschlossene Zielvereinbarung, die vor allem aus „aktiv selbst nach Angeboten suchen und Profil im Internetangebot der Agentur für Arbeit anlegen“ bestand. Den Fragebogen, den ich ausfüllen musste, fand ich auf meine Situation hin wenig passend (An welchen Wochentagen stehen Sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung? – wegen Kinderbetreuung, aber die hing bei mir nicht an Wochentagen). Und Angebote, die tatsächlich für akademische Karrieren zielführend wären, gab es eh nicht (eine Beratung zum Jobmarkt in der Schweiz, bei der die Fragen, die ich hatte, nicht wirklich beantwortet werden konnten). Wenn ich mir die Situation auf dem akademischen Arbeitsmarkt generell so anschau, dann wäre, um nur ein Beispiel zu nennen, sowas wie ein staatliches Stipendium zur Beendigung eines Promotionsvorhabens deutlich sinnvoller als der Versuch, Menschen auf Teufel komm raus in Werbeagenturen und Callcenter downzugraden.

Aber das ist eben nur ein Teilbereich des Arbeitsmarkts neben vielen anderen. In denen jeweils unterschiedliche Regeln und Erwartungen gelten, die letztlich alle in ein Raster gepresst werden müssen – nur als Beispiel: Zuverdienstmöglichkeiten! Dass das auch unter Androhung von Sanktionen nicht wirklich gut funktionieren kann, verwundert mich jetzt nicht.

Meine eigene Erfahrung ist aber nicht nur die eines speziellen Teilmarktes des Arbeitsmarkts, sondern auch eine ALG-I-Erfahrung. Nach allem, was ich darüber weiß, kippt die Balance von Fördern und Fordern bei ALG-II noch einmal deutlich weiter ins Ungleichgewicht, fällt auch die „Betreuung“ anders aus, geraten „Vermittlungsfälle“ noch viel stärker in den Vordergrund gegenüber Persönlichkeiten und Kompetenzen. Auch insofern kann ich Ponaders Kritik gut nachvollziehen, und finde es wichtig, dass er diese gut inszeniert öffentlich gemacht hat.

Für mich heißt das auch: Gerade Grünen (und eigentlich auch der SPD) steht es gut an, sehr deutlich zu sagen, zu welchen Fehlentwicklungen die Hartz-Gesetze geführt haben, und hier politisch klare Botschaften auszusenden. Dabei geht es nicht nur darum, Arbeitsplätze zu schaffen und einen Mindestlohn einzuführen, sondern eben auch darum, ALG-II zu der menschenfreundlichen Sozialleistung umzugestalten, als die sie vielleicht einst gedacht war. Im Vordergrund steht dabei für mich Sanktionsfreiheit und ein Recht auf eine den ganz unterschiedlichen Lebenssituationen angemessene differenzierte Behandlung. Das heißt dann aber auch, dass die Arbeitsagentur in ihrer Organisation so gestaltet werden muss, dass sie dieser Differenziertheit gerecht werden kann. Eine Steuerung anhand von Vermittlungsquoten ist dafür – angesichts der Nebenwirkungen, die so ein Instrument hat – definitiv nicht das richtige Mittel.

III. Arbeit heute, oder: die Frage nach dem Grundeinkommen

Manche werfen Ponader vor, nur Mitleid für sich selbst schüren zu wollen, statt Hartz IV insgesamt verbessern zu wollen. Oder sie sagen,

er wolle sich quasi selbst ein staatliches Grundeinkommen organisieren, ganz individuell. Den ersten Vorwurf halte ich für ein Missverständnis. Der öffentliche, ausführlich begründete Verzicht auf Hartz IV ist eine symbolische Handlung, die nicht um Mitleid heischt, sondern Öffentlichkeit herstellen will. Das ist Ponader gelungen.

Der zweite Vorwurf ist einer, der differenzierter zu betrachten ist. Ich glaube, es geht eher darum, zu zeigen, dass ein ausgefülltes, tätiges Leben mit einem Grundeinkommen prinzipiell auch heute schon möglich wäre. Das ist natürlich eine Provokation – vor allem denen gegenüber, die der Arbeitsreligion anhängen. Gerade im Kunstbereich klappt das klassische Erwerbsarbeitsmodell doch heute schon überhaupt nicht mehr – auch deswegen sind die aktuellen Urheberrechtsdebatten ja so heftig, weil die Kunstschaffenden, die sich vom Netz bedroht fühlen, oft gerade mal so über die Runden kommen, und Existenzängste haben. Ähnliches gilt für Kleinselbstständigkeiten unterhalb der Wirtschaftlichkeitsschwelle (nicht nur Modedesigner oder Lifestyle-Bloggerinnen in Berlin, sondern auch Subunternehmer in der Forstwirtschaft, um den Horizont etwas zu weiten). Zum Teil auch für akademische Tätigkeiten „unterhalb“ der Professur – Lehrbeauftragte, beispielsweise.

Die wohlfeil-sozialdemokratische Antwort auf all diese lebenskünstlerischen Nischen ist es, diese zuzubetonieren und statt dessen tariflich gesicherte abhängige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Den Rest darf der Markt erledigen – was sich nicht trägt, ist unabhängig vom individuellen und gesellschaftlichen Wert, der in einer solchen Tätigkeit geschaffen wird, nicht länger tragbar. Als wertvoll gilt nur, was sich auszahlt und bezahlt wird. Oder es ist halt Ehrenamt, Hobby, steuerlich nicht absetzbare Liebhaberei, die dann eben bitte neben dem Brothauptjob erledigt werden soll, danke. Oder zwischen den beiden Brothauptjobs. Und der Kindererziehung und Familienarbeit. 21.30 bis 22.59 sind die besten Zeiten dafür – danach dann aber bitte ab ins Bett, um dem Arbeitgeber wieder ausgeschlafen zur Verfügung zu stehen.

Ich bin überzeugt davon, dass eine lebendige Gesellschaft schlecht bezahlte, experimentelle und selbstbestimmte Nischen braucht. Diese

sind risikoreich, und befristete Arbeitsverhältnisse, ungewollte Teilzeit, eher schein- als selbstständige Werkverträge sind beides zugleich: Ausbeutungsinstrument und das Seil, an dem die, die in der Nische sind, sich weiterhangeln können. Auch das Arbeitslosengeld II kann so ein Tau für die Nische sein. Und es ist genauso multifunktional wie die anderen Seile – zum Hangeln und Hochziehen, aber auch zum Hängen (Hängematte, nicht Galgen) geeignet.

Bisher ist hier eine Mischung aus sozialdemokratischer Politik vorherrschend: Nischen werden planiert oder aufgefüllt, Risiken verboten, und Seile konfisziert (wegen der Galgen).

Ich bin weiterhin nicht davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist. Auch eine Hochlohngesellschaft wie die unsere braucht individuell riskante Nischen, um innovativ und lebendig zu bleiben. Berlin war dafür lange das Musterbeispiel. Ein Grundeinkommen kann – je nach Ausgestaltung! – das richtige Werkzeug dafür sein, um Ehrenamt und Familienarbeit, Kleinselbstständigkeit und Kunst zu unterstützen.

Diese Denkweise mag als neoliberal gescholten werden, aber sie ist es nicht – aus meiner Sicht ist sie liberal und emanzipatorisch. Auch ein Grundeinkommen ist ein riskantes Instrument. Es kann in der falschen Ausgestaltung dazu führen, dass klassische Familienbilder eine lebensverlängernde Infusion erhalten, und Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Es kann zum Instrument werden, das in der Wirtschaft eine Lohnspirale nach unten auslöst.

Auch deswegen meine ich, dass ein Grundeinkommen zwar sanktionsfrei (und keinesfalls bedarfsprüfend) ausgestaltet sein müsste und eine ausreichende Höhe haben müsste, dass es aber nicht zu bequem sein darf, von Grundeinkommen zu leben. Es muss durch Mindestlöhne flankiert sein, um Abwärtsspiralen zu verhindern. Es muss für alle offen sein, um Neiddebatten zu verhindern. Und es darf nicht allzu bequem sein, um tatsächlich Kreativität, Engagement und Innovation hervorzu- bringen. Aber dafür würde im Fall des Falles unsere Gesellschaft schon sorgen. In unserer im Kern immer noch arbeitsreligiösen Gesellschaft hinterlässt staatlich finanzierte Nichterwerbsarbeit nach wie vor tiefe,

blutende Stigmata. Und daran würde, befürchte ich, selbst ein Grundeinkommen nichts ändern.

Warum blogge ich das? Weil ich die Reaktionen auf Ponander parteiensoziologisch ebenso spannend fand wie hinsichtlich des Stellenwerts von Arbeit in der deutschen Sozialdemokratie.

Auch in CARTA (8.7.2012) veröffentlicht.



Vertraute Technik und die Verschlüsselung

7. Juli 2013 – Digitales Leben, Soziologisch gesehen

Ein Strang in der – durch die von Edward Snowden aufgedeckte permanente Überwachung der Netzkommunikation durch die NSA und andere Geheimdienste ausgelösten – Debatte dreht sich darum, warum verfügbare Kryptographie-Tools nicht eingesetzt werden.

map hat dazu einiges erhellendes geschrieben, unter dem Titel „Wir haben versagt“.¹ Kernthese: Kryptotechnologie – also etwa das Verschlüsseln von eMails – wird deswegen nicht eingesetzt, weil es keine einfachen Oberflächen und Tools dafür gibt. Gepaart mit der Arroganz

¹ <http://rainbowda.sh/wir-haben-versagt/> (2026 nicht mehr abrufbar)

der technologischen Elite. map vergleicht diese – uns? – mit der „Outer Party“ in Orwells 1984:

„Wir machen doch immer so gerne Neunzehnvierundachtzigvergleiche: Wir sind die Outer Party. Und die Proles gehen uns am Arsch vorbei. Diese DAUs, die iPhones und Facebook benutzen. Die ihre Daten an US-amerikanische Server schicken. Die Gmail oder GMX benutzen, statt ihre Mail selbst zu hosten. Unseren Ekel verbergen wir hinter zynischen Ratschlägen. Mit TOR zu surfen ist objektiv von eine „funktional kaputten“ Drosselung nicht zu unterscheiden. Wir haben kein Gefühl mehr für Menschen die mit diesen grauen Kisten nur ein bisschen mit ihren Freunden reden und rumsurfen wollen, statt ihre komplette Freizeit darin zu versenken. Nicht mit GNU/Linux handverschlüsselt? Ätschbätschselberschuld.“

Daraus folgt logischerweise der Ratschlag, dass Verschlüsselungstechnologie nur genutzt wird, wenn sie z.B. Teil alltäglicher Softwarepakete für den Mailverkehr ist.²

Ich habe hinter das „uns“ oben ein Fragezeichen gesetzt, weil ich mir nicht sicher bin, ob ich mich als Teil dieser technologischen Elite sehe. Ich habe genug Informatik studiert, um so ungefähr zu wissen, wie asymmetrische Verschlüsselungen funktionieren. Ich habe zumindest eine vage Ahnung, warum Schlüssellängen und die Komplexität, um diese Schlüssel zu knacken, etwas miteinander zu tun hat, und warum es dafür schlecht wäre, wenn es Rechner geben würde, die NP-Probleme in P lösen können. Ich vermute, dass ich in der Lage dazu wäre, auf meinem privaten Rechner PGP oder ein ähnliches Tool zu installieren, obwohl da Windows drauf läuft. Falls es ein Plugin für Thunderbird gibt, würde ich das wohl finden.

Trotzdem verschlüssele ich meine Mails nicht. Aus Faulheit. Weil ich eh davon ausgehe, dass eine permanente Überwachung durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Weil fast alle andere es auch nicht tun, und

² Was, wenn es so wäre, interessante Konsequenzen dafür hätte, wie verdächtig oder unverdächtig verschlüsselte Mails für z.B. Geheimdienste erscheinen.

es damit wenig Sinn machen würde, einseitig zu verschlüsseln, aber eben nicht verschlüsselt zu kommunizieren. Insofern trifft trotz aller informationstechnischen Konjunktive letztlich maps Beschreibung des DAUs, der sich eben nicht darum kümmert, auf mich durchaus zu. Und ja, wenn Outlook – die nicht von mir beeinflussbare Arbeitsumgebung für meine beruflichen Aktivitäten – und Thunderbird automatisch verschlüsselt kommunizieren würden, würde ich es nutzen.

Vermute ich. Es gibt allerdings noch ein zweites Argument in der Krypto-Debatte, das ich gerne skizzieren möchte. Und das hat etwas mit dem Tausch von Wissen gegen Vertrauen zu tun.

Eine Technik, die sich im Stadium der Erfindung befindet, oder die nur von wenigen *Early Adaptors* eingesetzt wird, ist oft eine, die von diesen verstanden wird. Im Detail, oder zumindest in groben Zügen. Die Techniknutzung vor der Phase gesellschaftlicher Diffusion hat sehr oft etwas mit Wissensgemeinschaften zu tun. Gerade, wenn es um den IT-Bereich geht, und um mehr oder weniger offene Software. Manche Technologie verlässt diese Nische nicht wirklich. Kulturell bildet sich das in einem Stolz der ExpertInnen auf ihr Wissen und ihre Kompetenz ab – die oben beklagte Arroganz der technologischen Elite.

Wenn eine Technik es schafft, in die kollektiv geteilte Handlungspraxis integriert zu werden, dann – hier folge ich lose Hörnings Idee der Veralltäglichung – kommt es zum Tausch. Um eine Technik kompetent zu nutzen, muss ich jetzt nicht mehr wissen, wie sie funktioniert, sondern nur noch, wie sie gut genutzt wird. Zum Alltagswissen der Praktiken des Umgangs mit weit verbreiteten Techniken gehört die Beherrschung bestimmter Regeln, gehören Erwartungen über Ergebnisse, gehört vielleicht auch Nutzungskompetenz – aber eben nicht mehr das technische Wissen über die inneren Abläufe. Mehr und mehr wird die Technik im Lauf der Veralltäglichung unsichtbar. Sie ist eben da. Sie wird genutzt. Sie wird schon funktionieren. Aus dem Wissen darüber, wie sie funktioniert, ist in der gesellschaftlichen Vervielfachung und ständigen Wiederholung der Praxis ein Vertrauen geworden, dass sie funktioniert.

Eine weit verbreitete Technik ist also mit Vertrauen aufgeladen, dass sie das erwartete Ergebnis produzieren wird, dass die erwartete Funktion stattfindet. Wenn ich mit den gewohnten Klicks und unter Nutzung der zum Umgang mit eMail gehörenden kulturellen Konventionen – die sich z.T. im Code abbilden – eine eMail losschicke, gehe ich davon aus, dass sie ankommt. Zudem gehe ich davon aus, dass sie bei ihrer EmpfängerIn ankommt, und nicht bei sonst irgendwem. Vertrauen darein, das Technik funktioniert.

Wenn ich vor jedem Abschicken einer Mail darüber nachdenken müsste, ob sie ankommt, und ob ich alles richtig gemacht habe, würde ich sehr viel länger dafür brauchen. Statt dessen gibt es viele Schritte beim Versand einer Mail, die fast unbewusst geschehen. Richtige eMail-Adresse, Mail fertig geschrieben, Anhang – danke Thunderbird für die Erinnerung – angehängt, abschicken. Habe ich sie jetzt? Ja, habe ich.

Manchmal funktioniert Technik nicht. Dann werden diese unproblematischen Aspekte des Mailversands sichtbar und damit problematisiert. Wir brauchen zum Teil ganz schön lange, um zum Beispiel, wenn eine Mail zurückkommt, festzustellen, wo der Fehler in der Empfängeradresse lag.

Meine These ist jetzt: Kryptographische Verfahren stellen dieses Vertrauen, das für veralltäglichte Techniknutzung extrem wichtig ist, permanent in Frage. Es ist nicht nur die Komplexität der Softwareinstallation und der Bedienung. Selbst ein reibungslos in Outlook integriertes Kryptotool würde vermutlich ständig daran erinnern, dass eMail eine unsichere Kommunikationstechnologie ist. Dass wir kein Vertrauen haben dafür.

An dieser Stelle können nun zwei Dinge passieren, die beide unerwünscht sind. Entweder ist die Kryptosoftware so gut in Outlook oder Thunderbird integriert, dass wir sie nicht mehr bemerken. Die Schlüssel werden automatisch abgeglichen und müssen vielleicht einmal eingegeben werden. Ob eine Mail verschlüsselt verschickt wurde, ist nur daran zu sehen, ob das Briefumschlag-Icon eine andere Farbe trägt. Die Technik suggeriert problemlose Sicherheit. Das Ver-

trauen in den reibungslosen und erwartungsgemäßen Mailverkehr wird nicht angetastet. Veralltäglichte Kryptotechnologie – so ähnlich wie `https://` im Browser. Maximal kommt mal eine Sicherheitswarnung, die dann aber schnell weggeklickt wird.

Damit würde zwar verschlüsselt kommuniziert, ich als Nutzer oder als Nutzerin wäre aber nicht in der Lage, zu sagen, ob denn nun tatsächlich verschlüsselt kommuniziert wurde. Mit wem Outlook meine geheimen Schlüssel und Passphrasen heimlich teilt. Ob nicht doch unterwegs irgendetwas passiert mit den Mails. Vertrauen in Technik, dass schon alles so funktioniert wie erwartet, und eben nicht unterwegs die NSA mitliest. Wenn doch, würde es nicht auffallen.

Die zweite Variante wäre eine Krypto-Implementation, die nervt. Bei der z.B. bei jedem Mailversand wieder die Passphrase eingegeben werden muss. Bei der das Vertrauen in die eingesetzte Software deutlich geringer ist. Die zugleich permanent daran erinnern würde, dass Mails ein unsicheres Kommunikationsmedium sind. Die meisten würden eine solche Technik vermutlich ziemlich schnell ausschalten. Weil sie sich schlecht in Routinen und Praktiken packen lässt. Und weil sie kulturell eben ständig auf den schmalen Grat zwischen Misstrauen und Sicherheit verweist.

Das scheint mir das Dilemma zu sein, in dem – unabhängig von der technischen Grundlage – ein weit verbreiteter Einsatz von Kryptotechnologie steckt. Ich halte es für fraglich, ob es eine Möglichkeit gibt, digitale Kommunikation sicherer zu machen, ohne diese Sicherheit entweder durch blindes Vertrauen in große Konzerne zu relativieren – also Sicherheit möglicherweise nur vorzuspielen – oder aber NutzerInnen permanent aus Routinen zu reißen und damit ihr Vertrauen in alltägliche Technik zu erschüttern.

Interessant ist in diesem Zusammenhang schließlich noch der Blick auf alte, existierende Verschlüsselungstechnologien. Schlüssel und Schlösser (die sich in ihren Grundzügen seit römischer Zeit kaum geändert haben). Urheberrechte. Briefumschläge. Siegel. All das sind Techniken, die vor allem Sicherheit suggerieren, die aber leicht ge-

knackt werden können. Wenn sie sicherer gestaltet wären – ein Haustürschloss, das kein Schlüsseldienst geöffnet kriegt – würden sie vermutlich nur selten eingesetzt. Solange sie ein gewisses Maß an Sicherheit suggerieren, wird ihnen gerne geglaubt.

Warum blogge ich das? Um einen Gedankengang, der nicht in einen Tweet passte, etwas auszuformulieren.

Auch in CARTA (08.07.2013) veröffentlicht.



Die ausbleibende Aufregung

4. August 2013 – *Digitales Leben, Politik und Gesellschaft*

Eigentlich sind es ungeheuerliche Enthüllungen. Programme – im doppelten Sinne, Software und groß angelegte Überwachungsprojekte – wie *Prism*, *Tempora*, *XKeyscore* tauchen auf. Der Bundesnachrichtendienst kooperiert mit der NSA und übergibt massenweise auf Vorrat gespeicherte Metadaten.¹ Was wirklich passiert, ist hinter dem Nebel von Geheimhaltung und Ablenkung nur zu erahnen. Jedenfalls scheint es plausibel zu sein, davon auszugehen, dass wir alle, die wir das Netz benutzen, in einem weit größeren Maß überwacht werden, als dies bisher vermutet wurde. Grundgesetz hin oder her.

¹ <https://netzpolitik.org/2013/500-millionen-verbindungsdaten-im-monat-bnd-betreibt-vorratsdatenspeicherung-durch-die-hintertur/>

Eigentlich sind es ungeheuerliche Enthüllungen. Grüne, Linke, Piraten regen sich auf. Die großen Zeitungen regen sich auf. Die SPD würde sich gerne aufregen,² ist aber angesichts ihrer Haltung zur Vorratsdatenspeicherung und ihres hyperstaatstragenden Flügels nicht so ganz glaubwürdig in diesem Vorhaben. Die FDP – ja, aber. Bundespräsident Gauck brauchte eine Weile, um sich mal kurz aufzuregen. Bundeskanzlerin Merkel wusste von nichts und glaubt, dass es ausreicht, sich darauf zu beschränken, höfliche Fragen zu stellen (78 Prozent der Deutschen halten das für unglaubwürdig³).

Vielleicht ist diese gebremste politische Entrüstung auch irgendwie wahlkampfbedingt. Ein Skandal, der nicht so richtig ins Angriffsschema passt. Und die Bevölkerung? Im Juli-Deutschlandtrend waren einige Fragen zu den Überwachungsprogrammen enthalten. 61 Prozent der Befragten sind über das Ausmaß an Überwachung in Deutschland überrascht. Nur 61 Prozent – denn im Gegenzug heißt das ja auch, dass mehr als jede Dritte ein derartiges Ausmaß an Überwachung vermutet zu haben scheint, davon jedenfalls nicht überrascht ist. Zwei Drittel glauben, dass der deutsche Staat überhaupt nicht die Macht hat, diese Art von Überwachung zu verhindern. Aber nicht nur das: 55 Prozent sagen, wer will, dass Terroranschläge verhindert werden, müsse mit diesem Ausmaß an Überwachung leben!

Aus linksliberaler Sicht ist das bitter: Eine klare Mehrheit scheint dem über die Jahre immer wieder breitgetretenen Deutungsmuster, dass für mehr Sicherheit eben die individuelle Freiheit eingeschränkt werden müsse, auf dem Leim gegangen zu sein (was ja nicht nur hier ein Problem ist⁴). Es ließe sich jetzt darüber spekulieren, wie viel Blockwartmentalität in diesen Zahlen steckt.

Jedenfalls verwundert es vor dem Hintergrund dieser Meinungsumfragen nicht, dass der große, breite Sturm der Entrüstung bislang

² <http://lumma.de/2013/08/04/himmel-arsch-und-zwirn/>

³ <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend1794.html>

⁴ <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2013/07/14/kurz-was-mundige-burgen-wissen-und-was-nicht/>

ausgeblieben ist. Und damit meine ich den, der sich generell gegen dieses Maß an Überwachung wendet, und nicht den, der sich darüber beklagt, dass „die Amis“ „auf deutschem Boden“ aktiv würden. Nicht wahr, Piraten?⁵

Dieser Umstand der fehlenden Empörung ließe sich jetzt ausführlich bedauern. Das ändert allerdings nichts daran, dass es – bisher – nur eine Minderheit der Bevölkerung ist, die sich unseren Sorgen um die Freiheit anschließen will. Auch der qualitative Schritt von der technisch aufwendigen Lauschmaßnahme aus analogen Zeiten zur Überwachung sämtlicher Netzkommunikation auf Knopfdruck, unterstützt durch intelligente Filterprogramme, um dieser Form von *Big Data* irgendwie her zu werden, scheint kein Gefühl des Verlusts oder der Bedrohung auszulösen.

Dass das so ist, dafür mag die Vorstellung, nichts zu verbergen zu haben, eine Rolle spielen. Das mag zu den anderen Gründen, warum sich beispielsweise Verschlüsselungstechniken kaum durchsetzen,⁶ dazu kommen. Und darin liegt ja auch – jenseits aller öffentlicher Erregung über „die Politik“ – ein grundlegendes Staatsvertrauen. Wer Polizei und Geheimdienstbehörden für Ämter voller Respektspersonen hält, wird sich keine Sorgen darum machen, dass intime Netznutzungsgeheimnisse von irgend jemand mitgelesen werden könnten. Solange es im deutschen Beamtenapparat bleibt, besteht kein Grund zur Sorge. Man ist ja keiner von denen.

Die, das sind wir – Linke, Linksliberale, Grüne – denen in langen Jahren der Konfrontation mit einem nicht wirklich vertrauenswürdigen Staat dieses Grundvertrauen verloren gegangen ist. Wir haben konkrete Erfahrungen damit gesammelt, dass nicht alles, was an Recht und Gesetz auf Papier geschrieben ist, in der Amtspraxis auch eine Rolle spielt. Wir können uns gut vorstellen, dass Überwachungsprivilegien politisch missbraucht werden. Diese eigenen, zumindest nahen Er-

⁵ <http://popcornpiraten.de/gegen-uberwachung-von-deutschen-burgern-auf-deutschem-boden/>

⁶ Siehe Beitrag „Vertraute Technik und die Verschlüsselung“ in diesem Band.

fahrungen fundieren die politische Überzeugung, dass es nicht sein kann, dass Grundrechte wie das auf Meinungsfreiheit, auf informationelle Selbstbestimmung, auf Unverletzbarkeit der Wohnung der „Sicherheit“ zuliebe ignoriert werden.

Und dann kommt die allmähliche Gewöhnung hinzu: Immer weiter ausgedehnte Lauschangriffe ebenso wie die mediale Repräsentation „guter Überwachung“ in Krimis und Thrillern, die Normalität von Vorratsdatenspeicherung und Datenabfragen, jede Menge Skandalisierungen, ja selbst der willentliche Schritt in soziale Netzwerke – all das hat dazu geführt, dass die moralischen Grenzen des privaten Raums aufgeweicht worden sind. Datenschutz erscheint oft als Relikt vergangener Zeiten. Zugespitzt: Wer heute konspirieren möchte, muss dies unter der Bedingung von Offenheit tun. Je sichtbarer die Tatsache allgegenwärtiger Überwachung ist, umso deutlicher wird dies.

Zwischen beidem, dem biedereren Wunsch nach einem Staat, der Sicherheit gewährleistet, und der Angst vor einem Staat, der dabei – in globalem Kontext – die Freiheit massiv einschränkt, besteht ein wohl fast unüberwindbarer Graben. Wenn es nicht eigene Erfahrungen sind, die einen oder eine hier die Seite wechseln lassen, dann, so befürchte ich, kann's höchstens noch das Mitfühlen am Fernsehapparat erledigen, wenn es denn um *human interest* geht. Nüchterne Argumente jedenfalls werden kaum jemanden davon überzeugen, den Überwachungsstaat *per se* abzulehnen.

Warum blogge ich das? Weil mich die Frage nach der ausbleibenden Aufregung durchaus umtreibt.

Auch in CARTA (05.08.2013) veröffentlicht.



Hochschul- und Forschungspolitik

Das Ende vom U

21. Juli 2012 – Freiburg, Hochschulpolitik

Seit dem 11.07.2012 ist das baden-württembergische Gesetz zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in Kraft. Ein Gesetz, das bei RCDS und LHG auf ätzende Kritik gestoßen ist, von der Landesstenkonferenz dagegen kritisch begrüßt wurde (also eigentlich finden sie's schon toll, aber es gibt jede Menge Detailregelungen, die auf Kritik stoßen). Ich will jetzt an dieser Stelle gar nicht auf die Pros und Contras

der baden-württembergischen Lösung eingehen – vielleicht mit Ausnahme der Feststellung, dass eine Besonderheit des hiesigen Gesetzes sicherlich die Tatsache ist, dass die Studierenden vor Ort aufgefordert sind, sich für jeweils ihre Hochschule die passende „Organisations-satzung“ auszudenken. Das kann das klassische Modell aus Studierendenparlament und AStA sein, es kann aber auch ein ganz anders gelagertes Modell sein.

Dass das Gesetz diese Flexibilität eröffnet, hat auch etwas mit der hochschulpolitischen Geschichte der letzten Generation in Baden-Württemberg zu tun. 1977/78 wurden die Verfassten Studentenschaften aufgelöst. Hintergrund war damals die Angst der CDU vor dem „linken Sumpf“, der in den Hochschulvertretungen vermutet wurde. Vielleicht gab es da ja sogar SympathisantInnen für die RAF! Die damalige Filbinger-Regierung demonstrierte Härte. Damit begann ein über 30 Jahre andauernder Zustand der „außerparlamentarischen“ Existenz für die ASten in Baden-Württemberg.

Ich nehme an, dass das letztlich eher dazu geführt hat, dass soziale Bewegungen und kritische Diskurse aus den Hochschulen und Institutionen heraus verlagert wurden – und dass, jetzt ganz weit springend, die Ablösung der CDU-Regierung vor gut einem Jahr durchaus auch etwas mit der Angst der Regierung vor kritischen BürgerInnen an den Hochschulen Ende der 1970er Jahre zu tun hatte.



Aus eigener Ansicht kenne ich vor allem das Freiburger u-Modell (u wie „unabhängig“). Das ist (wie mir auf der gestrigen Festveranstaltung des u-asta zu seiner baldigen Auflösung noch einmal in dem schönen Festvortrag von Lennart Lein vor Augen geführt wurde) tatsächlich ein Modell, das seit 1977/78 existiert. Nicht in der heute bekannten Form, aber in Form des Vereins

„Kasse der Studierenden e.V.“ (den es bis heute gibt und dem ich auch mal qua Amt angehörte), und als Instanz, die die ganzen Jahre hindurch auf Mehrheiten im offiziellen „KAStRA“ setzen konnte.

Anfangs war der u-asta ein Modell mit Studierendenparlament und AStA, in dem Gruppen wie MSG Spartakus, die jungdemokratische Liberale Hochschulgruppe oder die Gewerkschaften vertreten waren. Formal gab es das unabhängige Studierendenparlament bis zur Satzungsreform Ende der 1990er Jahre kurz vor meiner eigenen Vorstandsamszeit im u-asta. Faktisch muss es irgendwann Mitte der 1980er Jahre eingeschlafen sein; das Machtzentrum wanderte zur Fachschaftskonferenz (FSK) und (mehr oder weniger offiziell) in die „konf“ (ehrenamtlicher Vorstand und ehrenamtliche ReferentInnen des u-asta).

Politische Hochschulgruppen verloren an Gewicht. Auch wenn GEW, Jusos (bis Ende der 1990er Jahre), GRAS/Grüne (meistens) und Linke (meistens) den u-asta mitgetragen haben (also auf der BUF-AStA-Liste angetreten sind, und für diese geworben haben), hatten sie keine institutionalisierte Stimme mehr. Die lag vielmehr ganz dem Zeitgeist der 1980er Jahre entsprechend bei der Basis, also bei den offenen Fachschaften.

Die Fachschaftskonferenz ist und war – zumindest dem Anspruch nach – als Rätemodell mit imperativem Mandat eines der basisdemokratischsten Organisationskonzepte, dem ich bisher begegnet bin. In der FSK sitzt eine Vertreterin oder ein Vertreter jeder Fachschaft, ohne Stimmrecht dabei sind die Vorstände. Die FSK trifft sich im Semester wöchentlich und entscheidet nicht repräsentativdemokratisch, sondern im Räteystem. Das heißt: zur Entscheidung anstehende Punkte werden in der FSK diskutiert, in die Fachschaften gegeben (die wie gesagt offen ausgestaltet sind), dort wird dann idealerweise ein Beschluss gefasst und in dieser in der nächsten Sitzung der FSK – eine Woche später – entsprechend abgestimmt. Zum Teil werden, um ein mehrmaliges Hin und Her zu vermeiden, auch Beschlüsse über mögliche Varianten gefasst. Über der FSK stand dann nur noch die Vollversammlung.



Auch wenn einiges an „Alltagspolitik“ zumindest in den Jahren, in denen ich als Referent bzw. als Vorstand im u-asta dabei war, faktisch im Vorstand oder in der konf entschieden wurde, war es die FSK mit ihrem langsamen Entscheidungsverfahren, die die großen Entscheidungen getroffen hat. Das konnte dann auch mal bedeuten, dass ein mühsam im Hinterzimmer ausgehandelter Satzungskompromiss, um die Jusos wieder zu den das u-Modell tragenden Gruppen dazu zu bekommen, in der FSK gnadenlos abgelehnt wurde. Oder dass ein Misstrauensvotum in die FSK eingebracht wurde, weil dem Vorstand vorgeworfen wurde, dass das u-asta-info einseitig bzw. politisch nicht auf Linie war.

Der u-asta hat, soweit ich mich erinnere, immer mindestens drei verschiedene Schienen gleichzeitig gefahren: Es gab und gibt einen Servicebereich, etwa eine Bafögberatung. Dann hat der u-asta (über die von BUF gestellten SenatorInnen etc.) immer das Gespräch mit der Uni gesucht und sich dort eingemischt. Und schließlich hat sich der u-asta immer als linksalternative politische Stimme verstanden. Da Kasse e.V.

als Trägerverein unabhängig ist und war, war das zu jederzeit möglich – egal, ob es sich um die bewegenden Themen der 1980er handelte, um die Unterstützung der Antifa, um Hochschulstreiks und Anti-Studiengebührendemos oder um Bürgermeisterwahlen in Freiburg.

Zugespielt: Die Inoffizialität des u-asta hatte auch ihre Vorteile. Solange über den offiziellen Arm die Verankerung in der Hochschule gesichert war, solange damit auch Räume des AstA genutzt werden konnten (erst über dem Aspekt in einer Dachkammer, dann in der heute musealen Alten Universität in der Bertoldstraße und inzwischen in der Belfortstraße) – wozu BUF eine Mehrheit im offiziellen AstA brauchte – hatte der u-asta Ressourcen, um das politische Generationenprojekt vorantreiben zu können. Sicher, nur in arg begrenztem Maße, aber doch in ausreichendem Maße, um gehört zu werden und im linksalternativen politischen Leben Freiburgs eine mal mehr, mal weniger tragende Rolle einnehmen zu können.



Der formale Existenzzweck des u-asta ist seine Abschaffung. Dass es dazu kommen würde, war unerwartet. Mit dem eingangs erwähnten Gesetz zur Einführung der Verfassten Studierendenschaft ist dieser Satzungszweck erfüllt. So weit ich informiert bin, wird schon fleißig daran gearbeitet, die basisdemokratischen Strukturen des u-asta – soweit es möglich ist – in eine Organisationssatzung zu packen.

Ich bin gespannt, ob und wie das funktioniert. Eine gute Satzung wird dabei sicherlich herauskommen – und ich bin auch zuversichtlich, dass diese in der laut Gesetz notwendigen Urabstimmung eine Mehrheit an der Universität Freiburg finden wird.

Offener ist für mich die Frage, wie gut die Transformation aus der un-bequemen, unabhängigen, freien Struktur in die Vorgaben des Gesetzes gelingt. Das sieht zwar ein politisches Mandat vor, grenzt aber die damit verbundenen Themenbereiche durchaus ein. Und es mahnt – die neue Verfasste Studierendenschaft ist schließlich eine öffentlich-rechtliche Teilkörperschaft der Hochschule und keine linksalternative Initiative mehr – zu Neutralität und Besonnenheit. Da wird sich, da bin ich sicher, auch am Geist des bisherigen u-asta einiges ändern; in Freiburg endet damit irgendwann in den nächsten Monaten tatsächlich eine Ära. Ich bin gespannt.

Warum blogge ich das? Jetzt, da das Gesetz durch ist, kann ich das ja schreiben ;-)



Drei Komponenten grüner Hochschul- und Forschungspolitik

29. Juli 2021 – Hochschulpolitik, Nachhaltiges Leben, So grün, so grün

Seit einigen Jahren beschäftige ich mich ehrenamtlich und inzwischen auch beruflich mit grüner Hochschul- und Forschungspolitik. Hochschul- und Forschungspolitik ist dabei eines dieser mittelgroßen Politikfelder, das oft als weniger wichtig angesehen wird. Wer etwas auf sich hält, macht Außenpolitik, oder Wirtschaftspolitik, oder doch zumindest Innenpolitik. Oder eben Ökologie. Aber Hochschulpolitik? Forschungspolitik gar? Was soll denn daran grün sein?

Das jedenfalls ist eine Haltung, die einem manchmal entgegenschlägt, bei entsprechenden Anträgen, auf der Suche nach Zeitfenster oder Res-

sources in der Partei. Hochschule? Klar sind Studierende eine wichtige WählerInnen-Gruppe, aber die zwei Millionen allein machen den Kohl auch nicht fett. Und der Mittelbau wählt uns doch sowieso wegen der großen Politikfelder. So oder ähnlich wird dann gerne mal argumentiert.

Und dann bleibt es zunächst einmal eine offene Frage, ob es den tatsächlich sowas wie eine *grüne* Hochschul- oder Forschungspolitik *sui generis* gibt. Oder ob es sich dabei nicht einfach um eine Mischung aus den gerade üblichen Modetrends und Allgemeinplätzen und aus Klientelpolitik für Studierende bzw. AkademikerInnen handelt. Oder um ein doch stark technokratisches Feld, in dem Politik eigentlich gar nicht stattfindet.

Ich bin überzeugt davon, dass das nicht so ist, dass es in der Tat einen grünen Faden gibt, der sich durch die Hochschul- und Forschungspolitik der Partei durchzieht, auch wenn er vielleicht gar nicht so bewusst ist. Wer den Faden aufdröseln findet – so meine ersten, gerne ergänzbaren Überlegungen dazu – drei Komponenten, aus denen grüne Hochschul- und Forschungspolitik zusammengedreht ist. Und ich schreibe das jetzt einfach mal auf, ohne Programmtexte etc. heranzuziehen, um meine Eindrücke zu belegen. Insofern ist auch Widerspruch gern gesehen.

1. Was für eine Hochschule wollen wir?

In der Hochschulpolitik gibt es eine Reihe grundlegender Vorstellungen davon, was eine Hochschule überhaupt ist, was sie also für Aufgaben hat – und wie sie dafür idealerweise organisiert sein soll.

Vor den 1960er Jahren wurde Hochschule, insbesondere Universität, vor allem als Professorenhochschule verstanden, als ein höchst hierarchisches Gebilde. Idealtypisch vereinten sich hier humboldt'sch Forschung und Lehre, eine an der Zahl kleine Gruppe von Studierenden erhielt die Möglichkeit, im Studium die eigene Persönlichkeit zu entfalten. (Real diente die Universität lange Zeit vor allem dazu, den Nachwuchs an Priestern, Medizinern und juristisch ausgebildeten Beamten hervorzubringen).

Mit den Umbrüchen und der Bildungsexpansion der 1960er Jahre ff. tauchte die Idee der demokratischen Hochschule auf, die zum einen nicht mehr nur einer Elite offenstand, sondern sich geöffnet hatte, und die zum anderen nach innen entlang demokratischer Prinzipien kritisch, diskursiv und selbstorganisiert sein sollte, möglichst auf Augenhöhe zwischen StudentIn und HochschullehrerIn. (Faktisch aber doch schön nach den Gruppen getrennt).

Ungefähr mit den 1980er oder 1990er Jahren betraten dann zwei neue Vorstellungen die hochschulpolitische Bühne, oft zusammengedacht. Ein Schlagwort ist hier das der „unternehmerischen Hochschule“, die nicht mehr unter dem Leitgedanken der professoralen Wissenschaftlichkeit oder unter dem Leitgedanken der Demokratie organisiert sein sollte, sondern ihre Prozesse und Abläufe bitteschön effizient und stromlinienförmig zu ordnen habe, um mit einem möglichst geringen Ressourcen-Input einen maximalen Output in der Standortkonkurrenz zu erreichen, messbar anhand von Rankingpositionen für Forschung bzw. für Lehre, anhand von Indikatoren wie der Zahl der AbsolventInnen pro Jahr, der Zitierhäufigkeit der Publikationen oder der eingeworbenen Forschungsgelder.

Oft eng damit verknüpft materialisierte sich zudem die Idee der Hochschulautonomie: Ein erfolgreiches Bestehen im Wettbewerb ist demzufolge einfacher möglich, wenn Entscheidungen in der Hochschule fallen statt im fernen Stuttgart oder Berlin. Die autonome Hochschule ist nicht nur nach innen fast wie ein Unternehmen geführt, sondern richtet sich auch selbst strategisch optimal aus. In dieser neoliberalen Variante von Hochschulautonomie (bei der Autonomie vor allem als Instrument zur Effizienzsteigerung gesehen wird, nicht als Element der Subsidiarität oder demokratischer Nähe) wird dann Wert auf zentrale Führung in der Hochschule gelegt und das Rektorat (pardon, die Vorstandsvorsitzende) entsprechend gestärkt. Gesteuert wird über Kontextsetzungen – und über Zielvereinbarungen und Leistungsindikatoren, nicht mehr direkt.

Studierende tauchen in dieser Denkweise zuvörderst als (zahlende) KundInnen der Hochschule auf, die von dieser eine bestimmte Leistung

(Erwerb von Kompetenzen im Fach A) einkaufen, und sich ansonsten nicht weiter dafür interessieren, wie die Hochschule arbeitet.

Meine erste These ist nun, dass die Idee der autonomen Hochschule zwar auch in grünen Kreisen auf fruchtbaren Boden gefallen ist, hier aber nicht (nur) neoliberal interpretiert wird, sondern Autonomie tatsächlich als Selbstverwaltung verstanden wird. Eine im grünen Sinne autonome Hochschule wird nicht aus der gesellschaftlichen Verantwortung entlassen, und verliert auch nicht die Aufgaben der Grundlagenforschung und der Persönlichkeitsentwicklung, die beide historisch weit zurückreichen. Zudem wird Autonomie als demokratisches Prinzip und nicht als BWL-Instrument interpretiert, d.h. Studierende und die unterschiedlichen Beschäftigten der Hochschule werden tatsächlich als Hochschulmitglieder wahrgenommen, die gemeinsam darüber mitentscheiden sollen, wie sich die Hochschule ausrichtet, welche Schwerpunkte sie setzt, wie sie sich vor Ort organisiert, und was für ein Angebot sie macht.

In dieser Perspektive sind Studierende erwachsene Menschen, an die mit einer Entscheidung für ein Hochschulstudium auch Verantwortung übertragen wird – ohne per se vorauszusetzen, dass Studierende einer „verantwortungstragenden“ Schicht angehören. Hochschule soll deshalb Studierende schnell dazu befähigen, dass diese neben dem Studium auch „BürgerInnen“ der Hochschule werden.

Auch in der grünen Variante der autonomen Hochschule bleibt der Einfluss „der Politik“ reduziert. Aber an erster Stelle steht als Ersatz dafür nicht die Kontextsteuerung über Zielvorgaben, sondern die Vorstellung des politischen Diskurses. Die Hochschule wird als Einrichtung verstanden, die gesellschaftliche Aufgaben hat, die über Innovation im engeren Sinne und über die Ausbildung von Fachkräften hinausgehen. Um diesen übergreifenden gesellschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden, muss die Hochschule mit der Gesellschaft in Dialog treten, und sich für ihre inneren politischen Entscheidungen rechtfertigen.

Mit diesem Modell von Hochschule verbindet sich also ein Dreiklang aus weitgehender Autonomie, zu der im Gegenzug – und im Unter-

schied zur unternehmerischen Hochschule – jedoch ein starkes Element der Demokratisierung nach innen tritt. Die Organe und Mitglieder der Hochschule sollen tatsächlich etwas zu entscheiden haben (das heißt dann auch, dass es ein begrenztes und intern umkämpftes Budget gibt). Als drittes Element kommt die Verantwortung und Rechenschaft nach außen dazu, die sich beispielsweise zeigt in weitgehenden Transparenz- und Offenlegungsregelungen, aber auch in einer engen Kooperation zwischen Hochschule und Region.



2. Die nachhaltige Hochschule

Was ich grade eben mit gesellschaftlicher Verantwortung umschrieben habe, bezieht sich etwa auf die volkswirtschaftliche Bedeutung von Wissen und Innovation in einer Wissensgesellschaft. Aber dieser Punkt kann auch noch stärker konkretisiert werden. Hochschulen und Forschungseinrichtungen kommt dann die Aufgabe zu, Lösungen großer gesellschaftlicher Probleme zu finden (das EU-Forschungsrahmen-

programm wird inzwischen zum Teil anhand dieser Idee ausgerichtet). Hochschulen werden, auf die Spitze getrieben, als Maschinen betrachtet, die gesellschaftliche Probleme lösen, indem sie a. Ideen, Innovationen und Inventionen ausspucken, und b. jungen Menschen das richtige Mindset vermitteln, um diese Probleme zu lösen.

Am stärksten zugespitzt findet sich die Idee einer an gesellschaftlichen Problemlösung orientierten Hochschule im Diskurs um die Nachhaltige Hochschule wieder, etwa bei Uwe Schneidewind. Ziel einer nachhaltigen Hochschule ist es nicht nur, im Betrieb und in den Forschungszielen das Thema Nachhaltigkeit aufzunehmen. Darüber hinausgehend soll sich auch die ganze Struktur der Studiengänge und der Forschungsprojekte ändern – Stichworte sind hier Interdisziplinarität, insbesondere auch eine breite, interdisziplinäre Grundausbildung in den ersten Semestern des Bachelor-Studienganges; eine Orientierung an Problemfeldern, nicht an Disziplinen; Praxisnähe und Lernen durch Anwendung (auch im Sinne von Transdisziplinarität) sowie – last but not least – damit verbunden eine Abkehr vom Prinzip der Werturteilsfreiheit der Wissenschaft. Wenn dieses Szenario zu Ende gedacht wird, ist die Frage, ob Forschung bzw. Lehre dazu beiträgt, die Menschheit zu befähigen, sich nachhaltig zu



entwickeln (oder eben nicht), ein hartes Kriterium dafür, ob eine bestimmte Forschungsausrichtung „gut“ oder „schlecht“ ist.

Nachhaltigkeit ist nicht das einzige inhaltliche Thema, das – um das einfach mal festzustellen – grüne Hochschul- und Forschungspolitik motiviert. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Diversität, auch Geschlechtergerechtigkeit – alles das sind von grüner Seite an Hochschulen und Forschungseinrichtungen herangetragene Kernthemen.

3. Die Frage nach der Forschungsfreiheit

Damit bin ich bei der vielleicht schwierigsten Frage, wenn es darum geht, was spezifisch grüne Hochschul- und Forschungspolitik ausmacht – bei einer höchst widersprüchlichen Haltung zur Forschungsfreiheit und zur Rolle von Rationalität und Wissenschaft. Auf der einen Seite sind grüne AnhängerInnen überdurchschnittlich oft selbst AkademikerInnen. Zum Selbstbild vieler Grüner und meiner Meinung nach auch der grünen Partei gehört eine Orientierung an Vernunft, an der Kraft des besseren Arguments – das allerdings einer kritischen Hinterfragung stand halten muss. Die Geschichte der Umweltbewegung ist auch eine Geschichte des Infragestellens des offiziellen Stands von Wissenschaft und Technik mit Hilfe von Gegengutachten und alternativen ExpertInnen – die aber selbst wiederum wissenschaftliche Denkschemata herangezogen haben. Insofern sind Bündnis 90/Die Grünen eine Partei, die Wissenschaft und Forschung nahesteht, und bei der zu vermuten ist, dass sie sich in der Frage Grundlagenforschung oder (industriennahe) Zweckforschung sofort auf die Seite der Grundlagenforschung stellen wird. Wissenschaftliche Neugierde und Forschungsfreiheit, der Blick über den Tellerrand, die Kreativität auch im Studium – das müsste doch grün sein.

Allerdings ist das nur die eine Seite der Medaille. Wir Grüne sind auch eine Partei mit spirituellen, anthroposophischen und manchmal dogmatischen Wurzeln. Das führt zu Widersprüchen und Paradoxien, die vom harten Kern der wissenschaftlichen Gemeinde gerne aufgespitzt

werden. Oder anders gesagt: zur Offenheit gehört oft auch die Offenheit für lebenspraktische Unwissenschaftlichkeit.

Und mehr noch: Wenn die Frage Grundlagenforschung vs. Lösung konkreter Probleme heißt, dann dürfte auch hier die Präferenz klar sein – diesmal allerdings liegt sie, vermute ich, bei der problemlösungsorientierten Forschung. Zumindest dann, wenn die damit verbundenen Risiken einschätzbar erscheinen, und wenn hohe ethische Standards eingehalten werden. Diese Konfliktlage äußert sich, wenn es um (grüne) Gentechnik geht, um Tierversuche, um Militärforschung oder auch um Nuklearforschung. In all diesen Fällen wird Forschungsfreiheit nicht unhinterfragt hingenommen, sondern als begründungsbedürftig und möglicherweise im gesellschaftlichen Konsens verbotlich angesehen.

Oder andersherum: Forschungsfreiheit wird aus grüner Perspektive vielfach als ein mit großer Verantwortung verbundenes Recht angesehen, dessen Ausübung zum Teil mit – manchmal ja durchaus begründetem – Argwohn betrachtet wird. Dabei wird eingefordert, dass die Argumente Dritter von ForscherInnen angehört und berücksichtigt werden müssen, und dass insbesondere öffentlich bezahlte ForscherInnen der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig über ihr Tun sind.

Aus Sicht vieler WissenschaftlerInnen ist diese Haltung unbequem, falsch, vielleicht sogar völlig daneben. Es wäre aber unehrlich, diese interne Widersprüchlichkeit innerhalb grüner Programmatik zu ignorieren. Das heißt nicht, dass grüne ForschungspolitikerInnen sich nicht für Forschungsfreiheit und entsprechende Rahmenbedingungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen stark machen würden. Aber ob das in jedem Fall Mehrheitposition in der Partei ist, hängt vom einzelnen Fall und von den jeweiligen besseren Argumenten ab, die dabei nicht allein einer wissenschaftlichen Logik folgen.

Zusammengezwirbelt

Meiner Wahrnehmung nach beschreiben diese drei Komponenten so etwas wie die grundsätzliche Matrix, in der grüne Hochschul- und For-

schungspolitik derzeit stattfindet: Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden als weitgehend autonome – d.h. selbstverwaltete –, dabei nach innen demokratisch organisierte und zur Gesellschaft geöffnete Institutionen verstanden. Offenheit heißt auch, dass eine hohe Studierquote angestrebt wird. Zu den Aufgaben dieser Einrichtungen gehört die Lösung gesellschaftlicher Probleme wie der Frage nachhaltiger Entwicklung (wobei auch Grundlagenforschung als Forschung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme verstanden werden kann), sie sind nicht völlig zweckfrei. Insbesondere sind sie der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig. Von ForscherInnen verlangt grüne Hochschul- und Forschungspolitik, dass diese ihr Handeln reflektieren, begründen können und dass sie die damit verbundenen Risiken abwägen.

Deutlich wird dabei auch, dass grüne Hochschul- und Forschungspolitik nicht widerspruchsfrei ist. Jeder der drei Punkte kann auch als Konfliktfeld verstanden werden: politische Steuerung vs. Eigenverantwortung, Zweckfreiheit vs. Orientierung an nachhaltiger Entwicklung, Forschungsfreiheit vs. ethisch-moralische Bindung. Die Relevanz dieser Konfliktfelder erscheint mir typisch grün, die Positionierung innerhalb dieser Konfliktfelder ist dagegen eine, die einer gewissen Dynamik unterworfen ist, und nicht auf alle Zeiten gleich bleiben muss.

Warum blogge ich das? Lautes Nachdenken darüber, was an tatsächlicher grüner Hochschul- und Forschungspolitik grün ist. Vielleicht ist dabei noch ein Nachsatz wichtig: Das hier ist tatsächlich ein Nachdenken, eine Beschreibung eines von mir wahrgenommenen Zustands, den andere möglicherweise anders – auch differenzierter – sehen und wahrnehmen, und nur begrenzt ein politisches Manifest oder ein normativ-programmatischer Text. Und einen Anspruch auf Vollständigkeit hat's auch nicht ;-)

Ohne Titel?

15. Oktober 2012 – Hochschulpolitik, Politik und Gesellschaft

Person und Gewissen: Studien zu Voraussetzungen, Notwendigkeit und Erfordernissen heutiger Gewissensbildung¹ – das ist der Titel der 1980 an der Philosophischen Fakultät der Universität Düsseldorf angenommenen Doktorarbeit der Forschungsministerin Annette Schavan. Und es könnte der Punkt sein, an dem ihre politische Karriere ein Ende findet.

Ich bin mir noch nicht hundertprozentig sicher, was ich davon halten soll. Auf der einen Seite ist es völlig klar: Eine Bundesministerin, die – sollte sich der Verdacht bewahrheiten – in ihrer Promotionsarbeit wissentlich und willentlich getäuscht hat, und der deswegen der Titel entzogen wird, hat ein Problem. Das gilt erst recht, wenn diese Ministerin sich – wie hier geschehen – in der Guttenberg-Affäre schon sehr deutlich zum Thema der Qualität wissenschaftlicher Abschlüsse geäußert hat, und wenn sie qua Amt sozusagen der oberste Garant dafür sein soll, dass das Hochschul- und Wissenschaftssystem in Deutschland höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht wird. Insofern gehe ich davon aus, dass eine Aberkennung des Dokortitels Konsequenzen für Annette Schavan haben wird.

Trotzdem gibt es drei Punkte, die ich bei der jetzt neu aufflammenden Debatte schwierig finde. Der erste ließe sich unter eine Überschrift wie



¹ <http://d-nb.info/810052164>

„Persönliche Integrität und Skandalisierbarkeit“ stellen. Wie sollen Politik und Medien² mit kleineren und größeren Fehlern von PolitikerInnen umgehen? Wäre es eine unangemessene Verharmlosung, den einen oder anderen Skandal Skandal sein zu lassen. Ist es sinnvoll, um bei Annette Schavan zu bleiben, deren Wirken an einer 1980 als Abschlussarbeit eines grundständigen Studiums – zu diesem Zeitpunkt noch durchaus üblich – erstellten Promotion zu messen?³

Auch die ganzen Gates der PIRATEN fallen mir hier ein. Das Internet trägt das seine dazu bei, dass Fehlverhalten jeglicher Art überaus schnell skandalisierbar wird. Mein Gefühl: nach einer langen Phase des Vertuschens sind wir derzeit in einer Phase der Hypersensitivität gegenüber echten und scheinbaren Integritätsfehlern bei PolitikerInnen. Eine Phase, die es schwer macht, zwischen Bagatellen und Mappusiaden zu unterscheiden, und die noch dazu dem Takt der medialen Großwetterlage mit ihren Aufmerksamkeitstiefs und -hochs gehorchen muss.

Zweitens: Was sagt so ein Titel überhaupt aus? Und was sagt er im historischen Kontext aus? Je nach Fach (hallo, Humanmedizin!), Einbindung (hallo, wissenschaftliche Arbeitsteilung!), gesellschaftlichem Umfeld (hallo, Bürgertum!) und Zeitpunkt⁴ steckt hinter den Buchstaben „Dr.“ eine ganz unterschiedliche Leistung. Manche Arbeiten aus den 1960er und 1970er Jahren würden heute gerade noch so als Masterthesis durchgehen, manche andere haben einen Umfang und eine inhaltliche Tiefe, die sonst eher mit Habilitationsschriften verknüpft wird.

Innerhalb des Wissenschaftssystems mag das erfolgreich abgeschlossene, mit Buch und Prüfung und kritischer Bewertung durch andere WissenschaftlerInnen versehene, umfangreiche Projekt, das in einem Dr.-Titel mündet, mit all diesen Differenzierungen eine sinnvolle Funk-

² <http://carta.info/49861/der-tugendterror-der-emporten/>

³ Ich würde sogar behaupten: mit Fehlern wie dem vertuschten Zitieren von Sekundär- statt Primärquellen, die sicherlich nicht nur in Einzelfällen stattfanden, und die auch etwas mit wissenschaftlichen Kulturen etc. zu tun haben

⁴ Magisterstudiengänge wurden in den 1960er Jahren eingeführt, um die bis dahin im geisteswissenschaftlichen Umfeld übliche Promotion als Regelabschluss durch einen „berufsnäheren“ Grad zu ergänzen

tion haben. Ob der Weg dahin effizient organisiert ist, ist dann noch einmal eine ganz andere Frage.⁵

Kniffliger wird es, wenn der akademische Titel in andere Felder überführt wird. Dass Diplom und Magister, Bachelor und Master eine Orientierung auch für die Berufswelt bieten – ok.⁶ Aber was sagen die unterschiedlichen Doktorgrade in der Berufswelt – oder jenseits davon, als Ausweis gesellschaftlicher Anerkennung – denn nun eigentlich wirklich aus? Handelt es sich dabei um Meritokratie – oder um den Missbrauch eines für einen ganz anderen Zweck erfundenen Systems, mit dem Nebeneffekt, dass nun diejenigen, denen es um die sekundären Wirkungen geht, plötzlich aus dieser Motivation heraus versuchen, promoviert zu werden?⁷

Im Blick auf diesen zweiten Punkt finde ich den Vorschlag der grünen Wissenschaftspolitikerin Krista Sager sinnvoll, nicht nur Rahmenbedingungen und Qualitätssicherungen bei Promotionsarbeiten in den Blick zu nehmen, sondern auch den Dr.-Grad aus dem Personalausweis zu entfernen, also der Vermischung von wissenschaftsinternem Qualitätskriterium und gesellschaftlichem Statuskriterium eine Ende zu bereiten.

Drittens schließlich, und auch das ist eine Vermischung genau dieser beiden Punkte, stellt sich die Frage, ob eine gute Forschungsministerin promoviert sein muss. Wenn sie es ist, sollte sie den Doktorgrad ehrlich und wissenschaftlichen Standard entsprechend erworben haben. Wenn er dann aberkannt wird, stellt das die Glaubwürdigkeit in höchstem Maße in Frage. Soweit klar. Aber in einigen Kommentaren klingt die Vorstellung durch, dass gute Hochschul- und Wissenschaftspolitik nur durch jemand gemacht werden könne, der oder die „aus dem System“ kommt,

⁵ Beides sage ich auch als einer, der sich derzeit höchst unsicher darüber ist, ob und wenn ja was aus dem vor langer Zeit angefangenen Promotionsvorhaben noch so werden könnte.

⁶ Auch wenn sich lange darüber diskutieren lässt, warum ein Etikett wie „Diplom-Ingenieur“, aufgeklebt auf einen Bachelor of Engineering oder einen Master of Science, Etikettenschwindel ist, und kein zusätzliches Qualitätssiegel.

⁷ Dieses nur auf die Außenwirkung bedachte Motiv würde ich Schavan übrigens nicht unterstellen, wohl aber zu Guttenberg.

quasi nur auf Zeit von der Hochschule ins Ministerium abgeordnet ist. Und das halte ich für falsch. Nicht nur, weil es fragwürdig ist, ob eine Promotion eine Aussage darüber ist, ob jemand gute Politik machen wird, sondern auch deswegen, weil ich eine klare Aufgabentrennung sehe zwischen der Selbstverwaltung der Wissenschaft einerseits und der staatlichen Aufsicht, Steuerung und politischen Gestaltung andererseits. Zuviel Nähe kann hier durchaus zum Problem werden.

Warum blogge ich das? Weil ich gespannt beobachte, wie der „Fall Schavan“ weitergeht. Guttenbergs Plagiatsfall⁸ hat, soweit ich das sehe, nicht zu Änderungen der gesellschaftlichen Haltung zu Promotionen geführt, oder zu politischen Veränderungen etwa in der Qualitätssicherung. Vielleicht haben einige Status-Promovierende sich deswegen anders entschieden, oder mehr Energie in die Vertuschung von Täuschungen gesteckt. Aber richtige nachhaltige Folgen sehe ich nicht. Und ich befürchte, dass das auch jetzt nicht anders wird – insbesondere dann, wenn das Problem auch im Fall Schavan allein als personalisiertes Problem diskutiert wird. Schavan sollte Gewissen zeigen – und ihr Nachfolger oder ihre Nachfolgerin sich der oben skizzierten Aufgabe intensiv widmen. Von mir aus auch erst ab 2013.

P.S.: Ein Nebenaspekt des Ganzen ist die Tatsache, dass die systematische Suche nach Plagiaten erst durch die kollaborative Arbeit im Internet und die vielen digital zur Verfügung stehenden Texte so richtig ermöglicht wird. Und dadurch, dass akademische Abschlussarbeiten – aus gutem Grund – veröffentlicht werden müssen.

⁸ <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2011/02/17/logiken-des-promovierens-oder-senf-zu-guttenberg/>

Kurz: Schavan heißt jetzt Wanka

9. Februar 2013 – Hochschulpolitik

Ein paar generellere Überlegungen zum Plagiatsverfahren Schavan hatte ich bereits im Oktober aufgeschrieben. Jetzt ist es soweit: Die Bundesforschungsministerin hat heute ihren Rücktritt erklärt. Begründet nicht mit dem Plagiat – das sie weiterhin leugnet – sondern mit der Tatsache, dass sie als Forschungsministerin, wenn sie gegen eine Uni klagt, dem Amt schadet.

Stimmt zwar, ist aber doch eine interessante Verkürzung. Abgesehen davon blieb der Rücktritt ein Rücktritt mit Stil: Die Bundeskanzlerin elogierte und betonte Verdienste und die bleibende Freundschaft (Borgen, anyone?), Schavan gab sich verantwortungsbewusst und rational.

Ihre Nachfolgerin wird weder McAllister noch Gröhe, sondern die scheidende niedersächsische Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka – ostdeutsch, konservativ, Mathematikerin, FH-Rektorin, Ministerin in Brandenburg (CDU abgewählt) und Niedersachsen (CDU abgewählt) – fachlich also durchaus versiert. Ein Kurswechsel weg vom neoliberal-elitären, auf Technik fixierten Kurs in der Hochschul- und Forschungspolitik ist mit diesem Wechsel nicht verbunden; ich erwarte, dass Wanka da recht nahtlos an Schavan anknüpft. Und umso deutlicher wird, warum am 22.9. eine andere Politik gewählt werden muss.

Anhang

Personenindex

- Adolphi, Wolfram 166
Agamben, Giorgio 169
Albrecht, Jan Philipp 182, 184
Allmendinger, Jutta 151
Anderson, Terry H. 137
Andreae, Kerstin 9, 84
Andresen, Rasmus 107
Appadurai, Arjun 210
Austermann, Thomas 22
Bahr, Hans Eckehard 232
Bauer, Theresia vi, 45
Bebel, August 291
Beck, Volker 9
Bender, Biggi 43
Bickenbach, Matthias 208
Blumtritt, Jörg 207
Bourdieu, Pierre 27
Brandt, Willy 80
Brecht, Bertolt 104
Bühler, Andreas 107
Bütikofer, Reinhard 25
Castells, Manuel 209
Crouch, Colin 162
David, Sabria 207
Deligöz, Ekin 9, 86, 122
Doctorow, Cory 217
Domscheit-Berg, Anke 201
Dürr, Tobias 84
Engels, Friedrich 209
Erdal, Can 107
Ernst, Marcel 53
fefe 255
Fell, Hans Josef 89
Flaig, Berthold Bodo 28
Foucault, Michel 161
Fourier, Charles 139
Freude, Alvar 259
Friedman, Milton 139
Fuchs, Gerhard 143
Gabriel, Sigmar 17, 148
Galla, Nina 187, 201
Gauck, Joachim v, 113, 304
Gehring, Kai 107, 111
Gerrits, Lucas 107
Goethe, Johann Wolfgang 218
Goffman, Erving 262
Göring-Eckardt, Katrin 9, 18, 19, 20,
21, 44, 49, 84
Grass, Günther 80
Greiwe, Marlene 146
Gröhe, Hermann 327
Gronow, Jukka 135
Güllner, Manfred 148
Haßelmann, Britta 9
Häusler, Johnny 242
Hegel, G.F.W. 169
Heil, Hubertus 84
Held, Patrick 22
Höhn, Bärbel 9
Hörning, Karl Heinz 299
Huber, Joseph 136
Humboldt, Alexander 314
Humboldt, Wilhelm 314
Husen, Katja 189

Anhang

- Hybbeneth, Nico 22
Illich, Ivan 138
Illies, Florian 9
Ingelhart, Ronald 27
Jungk, Robert 134
Karpinski, Kay 42
Keese, Christoph 260
Keller, Ska 182
Keul, Katja 9
Kohl, Helmut 135
Köhler, Benedikt 207
Kotting-Uhl, Sylvia 43
Kraft, Hannelore 17
Kramm, Bruno 259
Kretschmann, Winfried 16, 19, 25,
33, 44, 48, 97, 253
Kuchenreuther, Roger 22
Kühn, Chris 38
Kuhn, Fritz 9, 24
Kuhnhenh, Kai 165
Künast, Renate 9, 18, 19, 21, 49
Kurth, Undine 9
Kurz-Scherf, Ingrid 152
Lauer, Christopher 281
Leidig, Sabine 165
Lein, Lennart 308
Lemke, Steffi 20, 128, 289
Lessig, Lawrence 130
Lobo, Sascha 260
Lohmann, Niels 254, 281, 283
Luhmann, Niklas 159, 213
Lumma, Nico 304
Mappus, Stefan 17, 81, 323
Marx, Karl 152, 209
Maslow, Abraham 35
Maye, Haran 208
Mayer, Alfred 22
McAllister, David 327
McGovern, George 139
Meister, Markus 22
Merck, F.W. 22
Merkel, Angela 88, 158, 304, 327
Mielich, Bärbl 16
Mihalic, Irene 107
Moberg, David 135
Mouratidis, Daniel 107
Muffe, Chantal 169
Müller-Gemmeke, Beate 43
Mutlu, Özcan 107
Nebel, John F. 265
Nerz, Sebastian 283
Neubacher, Alexander 148
Obama, Barack 224
Orwell, Georg 298
Ott, Hermann 89
Özdemir, Cem 38
Paine, Thomas 138
Palmer, Boris 23
Passig, Kathrin 264
Paus, Lisa 89
Peukert, Klaus 283
Ponader, Johannes 138, 288
Ramelow, Bodo 289
Reagan, Ronald 135
Reynolds, Alastair 212
Richel, Mathias 242
Roth, Claudia 18, 19, 21, 22
Rupp, Jörg 187
Sager, Krista 324
Schaller, Hans-Jörg 22
Schauws, Ulle 107
Schavan, Annette vi, 322, 327
Schestag, Alex 272
Schick, Gerhard 43
Schirrmacher, Frank 7, 288
Schlachter, Eugen 48
Schlömer, Bernd 290
Schmid, Nils 12

- Schmidt, Eric 277
Schmidt, Fritjof 9
Schmidt-Eisenlohr, Kai 45
Schneidewind, Uwe 318
Schnorrenberg, Jan 107, 158
Schröder, Gerhard 30
Schwarz, Andreas 16
Seeliger, Julia 231
Seemann, Michael 260
Seiler, Till 39
Siller, Peter 84
Simmel, Georg 135, 211
Simms, Timothy 23, 146, 182
Slonczewski, Joan 239
Snowden, Edward 297
Spitz, Malte 89
Spitzenberger, Franz 22
Splett, Gisela 16
Staiger, Dorothea 289
Stefanowitsch, Anatol 253
Steinbeis, Maximilian 158, 162
Steinbrück, Peer 17, 20, 85, 89, 149,
150, 259
Steinmeier, Frank-Walter 17, 84
Strengmann-Kuhn, Wolfgang 21, 89,
145
Ströbele, Hans-Christian 8
Stross, Charles 271
Tack, Anita 166
Thatcher, Margret 135
Tiedemann, Anne 107
Tiefenbach, Paul 144
Tobin, James 139
Trittin, Jürgen 9, 18, 19, 20, 21, 84,
96
Turkle, Sherry 208
Ulbricht, Walter 166
Van Parijs, Philippe 138
Vanderborgh, Yannick 138
Vaulont, David 107
von der Leyen, Ursula 224
von Notz, Konstantin 182, 260
Wagner, Arfst 89
Walker, Thekla 48
Walter, Franz 89
Wanka, Johanna 327
Wassermann, Sandra 143
Weisband, Marina 208, 231, 234
Welding, Malte 248
Wenke, Karl Ernst 138
Werner, Götz 138
Westermayer, Gerlinde 25
Westermayer, Manfred 25
Westermayer, Till 40, 45, 141, 208
Wichert, Börje 76
Wilhelm, Bettina 21
Winkler, Josef 9
Winkler, Werner 18, 22
Wulff, Christian 113
Zilleßen, Horst 138
Zimmer, Peter 22
Zion, Robert 108, 109
zu Guttenberg, Karl-Theodor 33, 322